REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 373 · 14.12.1994

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 46 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. 1994 wie 1914: Balkan als Spielball der Großmächte - he., Hamburg
2. Einschüchtern und kriminalisieren. Plauen: 15 AntifaschistInnen
3. Spendenaufruf: 50.000 DM für ak!
4. Bambule muß bleiben! Weg mit dem Bauwagengesetz! - Infogruppe Hamburg
5. Wir wünschen alles Gute! Irmgard Möller nach 22 Jahren aus der Haft entlassen - ga.
6. Die Politik der Türkei: Bomben statt Verhandlungen - nm
7. Terrorurteile gegen kurdische Abgeordnete - Ein Genosse der anti-rep-Kommission
8. Norwegen: Ohne EU geht's besser - J., Westberlin
9. Abschiebungen in Kriegsgebiete. "Einzelfallprüfung" auch für Kriegsflüchtlinge und Deserteure - Js.
10. Hinter das 19. Jahrhundert zurück. Zwangsmaßnahmen im Schweizer Ausländerrecht: Abbau von Grundrechten - Paul Rechsteiner
11. Konzertierte Aktion Zukunft. Die etwas andere Werbekampagne der Deutschen Bank - Js.
12. Prima Klima. Grüne Bundesversammlung im versunkenen Osten - mb., Berlin
13. Gerichtsstand Deutschland? Verträge zur Erhaltung der Gedenkstätte Auschwitz ratifiziert - Katja Leyrer
14. "RAF", "Ghandi" oder "ApO-Theater"? Kommentar zum Hungerstreik von PDS-Mitgliedern - Heinrich Eckhoff
15. Der starke Mann zeigt Schwächen. Berlusconis Regierung wankte, aber sie fiel nicht - Js.
16. Showmaster der Macht. Berlusconis inoffizielle Biographie - Js.
17. Frankreich: Nachträgliche Gedanken über einen gewonnenen Kampf. Interview mit einem Aktivisten der Jugendrevolte vom Frühjahr 1994
18. Der Fall Berlusconi(s?). Ein lesenswertes Buch zur Situation in Italien - Klaus-Dieter Lühn
19. Angola: Die Macht kommt aus den Gewehrläufen. Abschluß eines Friedensabkommens nach militärischer Wende - J., Westberlin
20. "Für die EZLN wird es schwer werden ..." Gespräch mit Salvador Castaneda über den Kampf der Zapatisten - Juan Chicoy
21. Bürgerkrieg im Gazastreifen? - Klaus Mellenthin
22. Gaza, 18. November 1994. Ein Augenzeugenbericht - Xavier Bonnet
23. "Es ist sehr schwer zu leben." Die türkische Wirtschaft zwischen Krieg und Neoliberalismus - Jan Keetman
24. Flüchtlinge in Diyarbakir ohne Versorgung - Spendenaufruf - Hilfswerk
25. Krieg um Öl - Frieden für Öl? Über die Pipeline-Führung für das Öl des Kaspischen Meeres - Sabine Ott
26. Arbeitsrecht gegen Frauen. Interview mit einer Gewerkschaftsführerin - Boris Scharlowski
27. Bad Kleinen - eine Rekonstruktion. Buchvorstellung - Redaktionsgruppe Jitarra
28. "... wir haben nichts zu verlieren ..." Prozeßerklärung von Birgit Hogefeld
29. Mit der STASI-Keule gegen Geheimdienstgegner
30. "Gegenmacht von unten." Neue juristische Konstruktion des Bundesgerichtshofs - Roland Röder
31. Tore zur Welt? Kongreß "Migration und Rassismus in europäischen Hafenstädten" in Hamburg - Heiko Möhle
32. Drahtzaun oder Menschenrechte schützen? - KM
33. Dem organisierten Neofaschismus entgegentreten. "Wie weiter" mit der Antifa-Bewegung? Eine Antw. aus autonomer Sicht - Rabaz-Red.
34. Richter Orlet aus Mannheim spricht wieder Recht - Antirassistisches Telefon
35. Justiz gegen Nazi-Kader - ES, Hamburg
36. Frey lügt - oder weiß er es nicht besser? - ES, Hamburg
37. Inseln des Friedens oder Grundstücke ohne Verkehrswert? Jüdische Friedhöfe und Grabschändungen (Teil 1). - Sieghard Bußenius

38. Flüchtlingselend größer denn je. Eindrücke einer Reise nach Ex-Jugoslawien und ein dringender Hilfsappell - Klaus Vack
39. Bankiers gegen Frauen. Bevölkerungspolitik als Allheilmittel - Anna Sax
40. Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation der Debatte sowie eine ausführliche Antwort von Karl Heinz Roth - J., Westberlin
41. "Jenseits von Moskau" - Leseprobe aus "186 und eine Geschichte von der inneren Entkolonialisierung" von Kai Ehlers
42. Schleierkomplex (zu ak 372, S. 19) - KM
43. Säuberung des deutschen Fußballs? - Js.
44. Quelldatei 16.htm
45. Quelldatei 25.htm
46. Quelldatei 38bu.htm

1. 1994 wie 1914: Balkan als Spielball der Großmächte

Autor: he., Hamburg · Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:45

Fortsetzung von Seite 1

Bosnien-Herzegowina war von Beginn an der problematischste Fall beim Auseinanderfallen der jugoslawischen Föderation. In den staatlichen Grenzen, wie sie auch innerhalb Jugoslawiens bestanden, gab es keine dominierende ethnische Gruppierung, sondern drei große Gruppen: ethnische Muslime, Serben und Kroaten. Dies war sicherlich ein Grund dafür, daß die Menschen in diesem Teil der ehemaligen jugoslawischen Föderation am meisten "jugoslawisch" dachten. Bei Umfragen gab in diesem Teilstaat der insgesamt größte Teil als Nationalität "jugoslawisch" an und sortierte sich nicht einer ethnischen Zugehörigkeit zu. Darauf ist auch zurückzuführen, daß die Regierung in Sarajewo sehr lange mit einer Unabhängigkeitserklärung wartete. Sie hatte von allen bestehenden Teilstaaten das größte Interesse am Zusammenhalt der Konföderation, denn unweigerlich mußten die divergierenden Interessen der Teilstaaten zu kaum lösbaren Konflikten im Inneren Bosnien-Herzegowinas führen.

Mit den Unabhängigkeitserklärungen zunächst Sloweniens, dann Kroatiens und später Mazedoniens und der Anerkennung dieser durch die UNO als souveräne Staaten, gab es für Bosnien-Herzegowina nur zwei Möglichkeiten: entweder diesem Schritt zu folgen, mit der Gefahr, einen Krieg im Inneren heraufzubeschwören; oder an der Seite von Montenegro im von Serbien beherrschten Restjugoslawien zu verbleiben, mit der Gefahr, mindestens einen Angriff von kroatischer Seite zu riskieren. Die Regierung entschied sich für die Unabhängigkeitserklärung. Auch der Staat Bosnien-Herzegowina wurde anerkannt und Mitglied der UNO. Im Frühjahr 1992 begann der Krieg im Inneren des Landes mit dem Versuch der bosnischen Serben, militärisch einen Anschluß der von ihnen kontrollierten Teile des Landes an Serbien zu erzwingen. Ihnen folgten die bosnischen Kroaten, so daß die Regierungstruppen einem Zweifrontenkrieg im eigenen Land ausgesetzt waren. Das Ergebnis dieses Krieges war, daß die bosnischen Serben bis heute ca. 70% des Landes kontrollieren.

Die Bosnien-Kontaktgruppe der fünf Großmächte legte 1993 einen "Friedensplan" vor, der die staatliche Einheit Bosnien-Herzegowinas, aber auch eine Aufteilung auf die verschiedenen ethnischen Gruppierungen vorsieht. 49% des Landes sollte den bosnischen Serben, 51% den muslimischen und kroatischen Serben zugesprochen werden. Unter Pressionen stimmte die kroatische Seite zu, weil Kroatien auf massive Unterstützung der westlichen Großmächte, vor allem Deutschlands, angewiesen war. Die muslimische Seite stimmte zu, weil dies der realistisch einzige Weg war, die staatliche Unabhängigkeit zu bewahren. Die bosnisch-serbische Seite lehnte diesen Plan ab, weil damit ihr Ziel, eine Vereinigung der von ihnen kontrollierten Gebiete (die weit über die im "Friedens"plan vorgesehenen Gebiete hinausgingen) mit der Republik Serbien nicht erfüllt worden wäre. Die Regierung Serbiens akzeptierte diesen Plan, weil mittlerweile die internationale Isolierung und das verhängte Embargo fatale Folgen für die serbische Wirtschaft und Gesellschaft mit sich brachten.

Im Frühjahr dieses Jahres erzwangen die USA eine Kooperation zwischen den bosnischen Muslimen und Kroaten bzw. Kroatien. Der Krieg zwischen diesen beiden Gruppierungen wurde nach dem Zugeständnis der Muslime eingestellt, Bosnien-Herzegowina in eine lose Föderation mit Kroatien zu stellen. Damit waren zwar nicht die Kriegsziele der bosnischen Kroaten und Kroatiens erfüllt, die genauso wie die bosnischen Serben auf einen Anschluß der von ihnen bevölkerten Gebiete hinarbeiten, aber sie waren diesem Ziel ein Stück näher gekommen.

Die bosnisch-herzegowinische Regierung nutzte diese neue Konstellation zu einer sofortigen militärischen Offensive gegenüber einem abtrünnigem Landesteil. Im Norden des Landes war unter Führung eines ehemaligen Mitglieds des Staatskomitees, Fikret Abdic, in der muslimischen Enklave um Bihac eine autonome Republik ausgerufen worden. Diese hat eine gemeinsame Grenze mit der Krajina, dem von Serben bevölkerten Gebiet Kroatiens (Schutzzone der UNO). Die politische Führung und ihre militärischen Verbände wurden vertrieben; sie flüchteten in die Krajina, mit ihnen aber, nach Angaben der UN, auch ca. 40.000 Menschen.

Im Oktober starteten die Regierungsverbände von Bihac aus eine überraschende militärische Offensive gegen in der Umgebung stationierte bosnisch-serbische Verbände. Sie machten innerhalb kurzer Zeit ca. 250qkm Geländegewinn. Von den Regierungstruppen wurde das Ziel dieser militärischen Aktion ausdrücklich darauf eingeschränkt, nur die Teile des Landes zu erobern, die ihnen nach dem Friedens- bzw. Teilungsplan der Kontaktgruppe zugesprochen werden sollten. Die Folge war eine weitere Fluchtbewegung eines Teils der um Bihac herum lebenden serbischen Bevölkerung.

Die bosnische Regierung ging offensichtlich von der Befürchtung aus, daß je länger die Teilung des Landes durch die militärischen Fakten zugunsten der bosnisch-serbischen Seite anhalten würde, sie immer mehr ins Hintertreffen geraten würde und sich die Großmächte der Kontaktgruppe letztendlich mit diesen Fakten arrangieren würden.

Die hierzulande parteiische Presse feierte diese militärische Offensive schon als Umkehrung der Machtverhältnisse. Warnungen der bosnisch-serbischen Seite, die Regierungstruppen würden in eine Falle laufen, wurden nicht ernst genommen. Unter den Anfeuerungsrufen aus Deutschland und den USA und begleitet von einer scharfen Kritik von französischer und englischer Seite, die bosnische Regierung verletze damit einseitig den vereinbarten Waffenstillstand, setzten die Regierungstruppen ihre Offensive fort. Das Ergebnis ist für die bosnische Regierung verheerend. Die militärische Gegenoffensive der bosnisch-serbischen Seite trieb die Regierungstruppen innerhalb von zwei Wochen nach Bihac zurück. An dieser Militäroperation beteiligten sich neben den bosnisch-serbischen Verbänden auch Truppen der Serben aus der Krajina sowie Verbände der abtrünnigen Muslime um Fikret Abdic. Heute ist Bihac von diesen Truppen vollständig umzingelt und kann selbst von den UN-Truppen nicht mehr mit den unbedingt notwendigen Lebensmittel versorgt werden.

In die Auseinandersetzungen griffen erstmals auch wieder Bomber der NATO ein, die einen Flugplatz in der Krajina bombardierten, von dem aus Luftangriffe gegen Bihac geflogen worden waren. Der NATO-Einsatz war von der UN angefordert worden, weil die Krajina selbst UN-Schutzzone ist und somit von diesem Gebiet aus keine Kampfhandlungen mit schweren Waffen geführt werden dürfen.

Die Politik der Großmächte

Seit einem Jahr wird in den USA eine Debatte um die einseitige Aufhebung des Waffenembargos für Bosnien-Herzegowina geführt. Von den oppositionellen Republikanern wird gefordert, das Embargo für die bosnische Regierung aufzuheben. Dies scheiterte vor allem an den US-Verbündeten England und Frankreich und an der Haltung Rußlands, das innerhalb der Kontaktgruppe am meisten die Interessen Serbiens vertritt.

Vor allem durch die Haltung der USA wurde Kroatiens gezwungen, die eigenen Militäroperationen in Bosnien einzustellen. Mit dem Versprechen einer möglichen Föderation zwischen Bosnien und Kroatien wurde sogar eine gewisse Kooperation erreicht. Dies sicherte der bosnischen Regierung auch Aufrüstung in gewissem Umfang. Die im Oktober begonnene militärische Offensive wäre jedenfalls ohne dieses Stillhalte- und Kooperationsabkommen kaum möglich gewesen.

Entscheidend für das Vorgehen der bosnischen Regierung dürfte tatsächlich die Diskussion innerhalb der USA gewesen sein. Die USA brachten noch während dieser Offensive einen Antrag in die UN-Vollversammlung ein, das Waffenembargo gegenüber der bosnischen Regierung aufzuheben. Es stimmten innerhalb der UN-Vollversammlung insgesamt 99 Staaten für diesen Antrag, niemand dagegen, 61 enthielten sich. Unter den Enthaltungen waren sämtliche europäische Staaten und Rußland. Diese Mehrheit war für die bosnische Regierung jedoch von vornherein nutzlos, da sie auch den Sicherheitsrat hätte passieren müssen. Dort jedoch haben Staaten wie Rußland, Frankreich und England ein Vetorecht, sodaß keine reelle Chance für eine Annahme des Antrags bestand.

Nach der Ablehnung des Antrages erklärten die USA, sie würden sich nicht weiter an der Überwachung des Waffenembargos beteiligen, womit auch die Rolle der NATO deutlich geschwächt worden wäre.

In der "Washington Post" wurden Pläne der US-Regierung zitiert, nach denen zwei Optionen vorbereitet würden. In der weitestgehenden Fassung sollten insgesamt 7 Mrd. DM Waffenhilfe sowie militärische Ausbildung zur Verfügung gestellt werden. Eine andere Fassung, die Minimallösung, sah "nur" Militärhilfe in Höhe von DM 500 Mio. vor. Gleichzeitig wurde in den in England erscheinenden Zeitungen "European" und

"Independent" unter Angabe von Informationen aus dem Pentagon behauptet, die USA habe schon Militärberater in Zivil nach Bosnien-Herzegowina gesandt. Die US-Regierung dementierte.

Dieses Vorpreschen der USA und die festgefahrenen "Friedens"verhandlungen, bei denen die bosnische Regierung keine Gewinne mehr erzielen konnte, werden der Hingrund für die Militäroffensive gewesen sein. Die bosnische Regierung hatte fest mit einer Unterstützung der USA gerechnet, die im entscheidenden Moment jedoch ausblieb.

Völlig auf den Kopf gestellt wurde das bisherige Vorgehen der USA, als sie nach den militärischen Erfolgen der bosnisch-serbischen Seite den bisherigen Friedens- und Aufteilungsplan zur Disposition stellte. Der Sprecher des Pentagon erklärte die bosnisch-serbische Seite zum Sieger. Deshalb sei an den geschaffenen Fakten bei weiteren Verhandlungen nicht vorbeizugehen. Die US-Regierung zog nach und erklärte sich nunmehr mit der von den Außenministern Englands und Frankreich schon seit längerem erhobenen Forderung einverstanden, nach der den bosnischen Serben eine Konföderation mit Serbien erlaubt werden soll.

Mit diesem Angebot reisten die die Außenminister Englands und Frankreichs, Hurt und Juppé, nach Belgrad, um sich dafür die Unterstützung der serbischen Regierung zu holen. Unmittelbar nach diesem Treffen kam etwas Bewegung in die bis dahin festgefahrenen "Friedens"verhandlungen. Die Regierung der bosnischen Serben signalisierte, daß sie unter diesen Umständen bereit wäre, über den Friedens- und Aufteilungsplan neu zu verhandeln und diesen gegebenenfalls zu akzeptieren.

Man muß kein Anhänger einer Verschwörungstheorie sein, um auf den Gedanken eines abgekarteten Spiels zu kommen. Zunächst wird die bosnische Regierung durch öffentliche Erklärungen ermuntert, eine Entscheidung zu ihren Gunsten zu suchen, wobei es lediglich um die Ziele ging, die im international anerkannten Friedensplan festgeschrieben waren, nicht um eine grundsätzliche Korrektur; dann wird nach der voraussehbaren militärischen Niederlage von den neugeschaffenen Fakten ausgegangen. Voraussehbar war diese Niederlage insofern, als immer von einer militärischen Überlegenheit der bosnisch-serbischen Verbände ausgegangen wurde, die nur durch Unterstützung von außen, entweder durch das Eingreifen der NATO oder Kroatiens, hätte geändert werden können.

Der Teilungsplan von 1993 sieht die staatliche Souveränität Bosnien-Herzegowinas vor. Weiterhin wurde erklärt, daß keinerlei militärische Fakten für die Aufteilung anerkannt werden sollten. Mit der neuen Haltung der Kontaktgruppe wird auch dies schnell hinfällig sein. Die serbisch-bosnische Seite kontrolliert heute 70% des Landes und wird kaum zu bewegen sein, hiervon wesentliche Teile zu räumen, denn um geschlossene Landgebiete an Serbien anzugliedern und um eine Landbrücke zur in Kroatien liegenden Krajina aufzubauen, erhebt sie Anspruch auf überwiegend von den Muslimen bewohnte Gebiete; dies gilt beispielsweise für Bihac. Werden diese Teile in eine Konföderation mit Serbien überführt, ist die Souveränität des bosnisch-herzegowinischen Staates nur noch Papier wert. Absehbar ist dann, daß der Reststaat nicht eigenständig lebensfähig; die Konsequenz wird zwangsläufig eine Föderation mit Kroatien sein, das damit auch seinen Anspruch auf die kroatisch bevölkerten Teile durchsetzen wird.

Wie kann es weitergehen?

Derzeit wird möglicherweise schon der Abzug der UN-Truppen vorbereitet. Die jetzt häufig geführte Diskussion, die UNO habe in Bosnien-Herzegowina versagt, ist einigermaßen töricht. Die UN-Truppen stehen im Land aufgrund des Einverständnisses aller am Krieg beteiligten Seiten. Ihre einzige Aufgabe ist die Sicherung von Versorgungskonvois sowie der Schutz der definierten Schutzzonen. Mehr, vor allem was den Schutz der Souveränität eines ihrer Mitglieder anbelangt, kann die UN gerade deshalb nicht machen, weil in ihren Gremien nicht Mehrheiten entscheiden, sondern das Vetorecht der Großmächte ausschlaggebend ist. Sollten jetzt tatsächlich die UN-Truppen abgezogen werden, wäre dies ein sicheres Indiz dafür, daß sich die Großmächte mit der jetzt erfolgten Teilung abfinden.

Die unter dem Stichwort "Vietnam auf dem Balkan" diskutierte Variante, daß nach einem solchen Abzug ein massives militärisches Engagement erfolgen wird, ist sehr unwahrscheinlich. Zum einen haben alle Großmächte deutlich gemacht, daß sie einen Krieg, der mit Bodentruppen in einer Größenordnung von mindestens 100.000 Mann geführt werden müßte, keinerlei Interesse haben. Zum anderen scheiden die möglichen Träger aus: Die NATO kann dies nicht sein, da ihre Hauptmächte, die USA und Deutschland einerseits und Frankreich und England andererseits unterschiedliche Interessen vertreten. In Frankreich wird

beispielsweise von einer "islamischen Bedrohung" des gesamten mediterranen Raumes ausgegangen, wobei vor allem auf die Entwicklung in Algerien hingewiesen wird. Die USA hingegen stehen in größerer Verantwortung gegenüber ihren arabischen Verbündeten, weshalb sie beispielsweise (sehr zum Ärger der französischen Regierung) die algerische Regierung drängen, die FIS an der Macht zu beteiligen. Diese Differenzen haben wahrscheinlich den Ausschlag für den US-amerikanischen Kurswechsel gegeben. Die US-Regierung führte jedenfalls für diese neue Orientierung an, daß ihr die NATO und das Verhältnis zu ihren Verbündeten wichtiger sei als die Fortsetzung der Mission in Bosnien.

Die USA werden keinen Alleingang gegen die Interessen ihrer europäischen Verbündeten (in Europa) unternehmen. Und Deutschland, selbst wenn man der Regierung unterstellen sollte, sie würde auf einen solchen Krieg drängen, kann sich einen solchen Alleingang weder politisch noch militärisch leisten.

Die wahrscheinlichste Lösung ist deshalb, daß nach einem Abzug der UN-Truppen der Krieg in aller Brutalität aufbrechen wird. Für alle Seiten gilt dann, zu sichern, was zu sichern ist. Eine zutreffendere Analogie als "Vietnam" (die ja nur aus Gründen des Eingreifens einer Großmacht gewählt wird) ist deshalb "Libanon": Ein Krieg zwischen den divergierenden Interessengruppen, wobei die Koalitionen wechseln können. Von einem solchen Krieg geht aber unweigerlich auch die Gefahr aus, daß er die jeweils angrenzenden Staaten erreicht und daß es möglicherweise wieder zu einer direkten Konfrontation zwischen den beiden Hauptkräften des ehemaligen Jugoslawien, Serbien und Kroatien, kommt. Dies würde dann doch wieder das oft heraufbeschworene und befürchte Flammenmeer über dem Balkan bedeuten.

he., Hamburg

Deutsche Bomber auf dem Balkan?

In die heiße Phase der Verschärfung des Kriegsgeschehens auf dem Balkan fiel die Meldung, das NATO-Hauptquartier habe die deutsche Regierung aufgefordert, Bomber für die NATO-Verbände in Bosnien-Herzegowina zu Verfügung zu stellen. Auch wenn diese Anfrage dann offiziell nicht mehr gestellt wurde und somit die Bundesregierung keine Entscheidung fällen mußte, lohnen einige nachträgliche Gedanken.

Erstens kommt eine solche Anfrage nicht ohne vorherige Beratung innerhalb der NATO-Gremien, in denen die BRD vertreten ist. Welche Stellen der BRD-Regierung oder des Militärs waren also an einer solchen Anfrage beteiligt? Zweitens weiß jeder, also auch im NATO-Hauptquartier, um die Brisanz einer solchen Meldung. Nimmt man nicht an, andere NATO-Staaten wollten ihren Verbündeten BRD düpieren, ist ebenso anzunehmen, daß es vorherige Konsultationen gegeben hat.

Die Regierung der BRD steht unter dem ständigen Druck ihrer NATO-Verbündeten, sich in gleicher Weise wie diese an NATO- und militärischen UN-Einsätzen zu beteiligen. Das Streben, eine gleichwertige Großmacht zu werden, drängt die Regierung, von ihrer Seite einen solchen Schritt zu forcieren. Dagegen spricht das Verhältnis insbesondere zu Staaten, die Opfer der deutschen Kriegsverbrechen geworden sind, die immer noch große Abneigung innerhalb der deutschen Bevölkerung, aber auch bei tragenden politischen Kräften; nicht zuletzt spricht aber auch das hohe Risiko eines solchen Einsatzes dagegen. Die erste Hürde ist nur mit einem international abgesicherten Einsatz zu erreichen; die zweite mit einer Zermürbungstaktik: es folgt dem ersten Einsatz von Bundeswehrsanitätern der Einsatz von Blauhelmen und die Entsendung von Aufklärungsflugzeugen. Dieses Hin- und Her wird es in den kommenden Jahren immer wieder geben, immer auch begleitet mit den "sorgenvollen" Mienen der herrschenden Politiker. Nicht ganz unwichtig ist aber auch das Risiko. Würde der erste Einsatz zu einem Fiasko, kann sich die Regierung an drei Fingern ausrechnen, daß sie in ihrem Bemühen um Jahre zurückgeworfen wird. Insofern war die Begründung, deutsche Flugzeuge müßten eingesetzt werden, weil es für andere zu gefährlich wird, eines der überzeugendsten Argumente gegen den Einsatz.

Letztlich ist aber auch nicht ganz ausgeschlossen, daß es sich bei diesem Vorgang um ein Ablenkungsmanöver der USA gehandelt hat. Neben den deutschen Tornados sind selbstverständlich auch die in Europa stationierten US-amerikanischen Bomber mit den entsprechenden Waffensystemen ausgestattet. Sieht man sich den Vorgang noch einmal vom Ende her an, so steht da die Erklärung der USA, sich nicht mehr an der Überwachung des Waffenembargos zu beteiligen und sich aus dem Konflikt herauszuziehen. Was liegt

also näher, als den Schwarzen Peter weiterzugeben, wohl wissend, daß insbesondere die BRD mit einer Zustimmung ins Schleudern geraten mußte.

2. Einschüchtern und kriminalisieren. Plauen: 15 AntifaschistInnen

Plauen: 15 AntifaschistInnen vor Gericht

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:15

Zwischen dem 17.11. und dem 24.11.94 fanden die ersten fünf Verhandlungstage gegen 15 AntifaschistInnen aus Plauen und Umgebung vor dem Plauener Amtsgericht statt. Ihnen wird schwerer Landfriedensbruch und schwere Körperverletzung vorgeworfen. Grund für dieses Gerichtsverfahren ist eine bereits seit zweieinhalb Jahren zurückliegende Auseinandersetzung mit Nazis aus Plauen, bei der drei Faschisten und ein BGS-Beamter verletzt worden sein sollen. Auch in Plauen kam es in den Jahren 1990 bis 1992 verstärkt zu zahlreichen Übergriffen von Nazis auf AusländerInnen und Linke - im Landkreis Plauen zu 27 fremdenfeindlichen Anschlägen (1992). Keiner dieser Übergriffe führte zu einer Verurteilung.

Im Vorfeld des Prozesses fand sich eine Unterstützungsgruppe für die kriminalisierten AntifaschistInnen, die über eine breite Öffentlichkeitsarbeit Hintergründe und politische Ausrichtung des Verfahrens aufzeigte (u.a. wurde eine Demonstration mit 800 TeilnehmerInnen am 5.11. in Plauen organisiert). Nachdem die politische Polizei (Staatsschutz) ihre Ermittlungen 1992 aufgenommen hatte, zeigte sich, welches Ziel verfolgt wird: Ausleuchtung von sich im Aufbau befindlichen antifaschistischen Strukturen und Gruppen, Erpressung von Aussagen gegen aktive AntifaschistInnen, die radikale Linke als gewaltbereite Gruppe zu isolieren bzw. sie mit rechten StraftäterInnen gleichzusetzen. Beleg hierfür sind unter anderem mehr als 50 Vorladungen oder Hausdurchsuchungen, die unmittelbar danach einsetzten. Diese Methoden reihen sich nahtlos in die Kriminalisierungsversuche in anderen Städten oder Regionen ein. Für die Unterstützungsgruppe heißt das: "Damit soll keine Gleichrangigkeit der konkreten oder möglichen Konsequenzen für Betroffene konstruiert, sondern darauf hingewiesen werden, daß das Ziel, welches die Justiz in Wiesbaden, Göttingen, Berlin, Zittau, Plauen oder anderswo verfolgt, im Kern immer das gleiche ist. Antifaschistischer Widerstand, der sich dem Korsett bürgerlicher Normen und Werte entzieht, der die Funktionalisierung faschistischen Gedankengutes und rassistischen Straßenterrors durch die bürgerliche ‚Mitte` anprangert, der versucht, die sozialen und ökonomischen Wurzeln des Faschismus in der kapitalistischen Gesellschaft aufzuzeigen, soll entpolitisiert und von seinen sozialen Bezügen getrennt werden!". Weiter heißt es: "Ob Provinz oder Großstadt, vorhandene oder kaum entwickelte politische Infrastruktur ... die Art der Angriffe des Staates gegen die antifaschistische Opposition, die über den reinen Anti-Nazi-Kampf hinausgeht, richtet sich an ihrer Wirksamkeit aus. Antifastrukturen und beginnende Selbstorganisierung sollen effektiv getroffen werden." (aus Prozeß-Info Nr. 1)

Ursprünglich waren fünf Verhandlungstage bis zur Urteilsverkündung angesetzt, diese Zeitvorgabe wird weit überschritten werden. Durch zahlreiche Anträge der 15 VerteidigerInnen (Einstellung des Verfahrens, Befangenheitsanträge) kam es noch nicht zur ZeugInnenvernehmung der geladenen Personen. Hingegen wurde der leitende Staatsanwalt, auf Antrag der AnwältInnen, in den Zeugenstand gerufen. Während der fast fünfstündigen Einvernahme des Staatsanwalts konnten zahlreiche Unrechtmäßigkeiten der Ermittlungsmethoden aufgedeckt werden: fehlende Protokolle von Anhörungen; Vorladungen Minderjähriger, ohne die Erziehungsberechtigten zu informieren; Versprechen auf Strafmilderung im Falle einer Aussage; damals Beschuldigte ohne Anhörung sofort an den Staatsschutz zugeführt zu haben, trotz Hinweis auf Aussageverweigerung.

Vorläufiges Fazit: Dieser Prozeß basiert vorwiegend auf bewußten Falschaussagen von Nazis, Namen wurden z.T. von der politischen Polizei vorgegeben, einige AntifaschistInnen in stundenlangen Verhören unter Druck gesetzt. Für die Angeklagten und die Verteidigung kann der Verfahrensausgang nur lauten: Freispruch.

3. Spendenaufruf: 50.000 DM für ak!

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:26

Die Blätter sind von den Bäumen gefallen, in den Regalen der Supermärkte türmen sich in buntes Stanniolpapier gehüllte Schokoladenhohlkörper, das Jahr neigt sich also seinem Ende entgegen. Der überwiegende Teil der erwerbstätigen Bevölkerung steht wie jedes Jahr um diese Zeit vor der Frage, welchem sinnvollen Zweck das demnächst zu erwartende oder schon erhaltene 13. Monatsgehalt - altmodisch-christlich auch "Weihnachtsgeld" genannt - zugeführt werden kann. Die oft genug ratlose und überforderte Redaktion von analyse & kritik kann hier klare Handlungsperspektiven angeben: Überweisungsträger ausfüllen und mit einer nicht zu kleinen Spende dazu beitragen, daß unser Spendenziel von 50.000 DM auch diesmal erreicht wird!

Unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten ist eine Zeitung mit einer Auflage von 4.000 Exemplaren und fast ohne Werbeeinnahmen ein Unding. Andererseits sind die Verkaufszahlen einigermaßen stabil; mehr als die Hälfte der Auflage geht an AbonnentInnen. Da das so ist und uns zuweilen sogar lobende und aufmunternde Zuschriften erreichen, haben wir uns dafür entschieden, auch im 24. Erscheinungsjahr von ak (was einstmals Arbeiterkampf meinte, heute analyse & kritik bedeutet) weiterzumachen.

Allerdings müssen wir, um die Existenz der Zeitung zu sichern, dem kapitalistischen Konkurrenzsystem ein Schnippchen schlagen. Sozialistische Umverteilung ist das Gebot der Stunde: Wer mehr hat, soll auch mehr zahlen und so den ak-LeserInnen mit schmalem Einkommen den Kauf der Zeitung zu einem halbwegs erschwinglichen Preis ermöglichen.

Anders als im letzten Jahr können wir nicht garantieren, daß bei erfolgreicher Spendensammlung unseren Leserinnen und Lesern eine Preiserhöhung erspart bleibt. Die Kosten sind schon in diesem Jahr erheblich gestiegen, und die in diesem Jahr vereinbarte "Nullrunde" bei den ohnehin geringen Gehältern der wenigen bezahlten Kräfte soll im nächsten Jahr nicht wiederholt werden. Unter der Rubrik "ak-intern" würden wir im Frühjahr 1995 gern folgende Schlagzeilen bringen: "Nullrunde durchbrochen!" und "Existenz von ak für ein weiteres Jahr gesichert!" Wer das lesen möchte, muß zahlen: Je mehr desto besser, aber auch kleine Spenden sind willkommen.

ak-Redaktion

Spenden-Konto:

Heinrich Eckhoff

Postbank Hamburg

BLZ: 200 100 20

Konto 464584-204

4. Bambule muß bleiben! Weg mit dem Bauwagengesetz!

Autor: Infogruppe Hamburg · Rubrik: Autonome · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:40

Der von Insidern erwartete Augenzeugenbericht über die "Krawallnacht" (Hamburger Abendblatt) im Hamburger Karolinenviertel muß an dieser Stelle leider entfallen: Die drei in Sichtweite der Kämpfe wohnenden Mitglieder der ak-Redaktion hielten sich zum entscheidenden Zeitpunkt in einer etwa einen Kilometer entfernten Kneipe auf, wo sie nach der Redaktionssitzung Entspannung suchten. Ersatzweise dokumentieren wir einen leicht gekürzten Bericht der Infogruppe Hamburg:

"Am Donnerstag, den 1. Dezember, fand abends um 21 Uhr ein Plenum am Bauwagenplatz Bambule statt. Da eine Räumungsverfügung für den Platz durch einen Gerichtsbeschluß ausgestellt worden war, wurde auf dem Plenum beschlossen, daß mensch sich nicht wehrlos räumen lassen wollte, sondern daß der Platz vor einer Räumung geschützt werden müsse. Nachdem mit dem Bau von Barrikaden begonnen worden war, kam auch schon die Polizei. Zuerst waren es nur wenige Streifenwagen, die nicht viel ausrichten konnten und mit Leuchtspurmunition und Steinen an ihrer Tätigkeit gehindert wurden.

Später, als um die 250 Polizisten zusammengezogen worden waren, begann die Polizei, mit Gasgranaten zu schießen. Die Bauwagenmenschen und deren UnterstützerInnen erwiderten dies mit brennenden Barrikaden, Steinwürfen und Leuchtmunition. Am Ende stand der Bauwagenplatz noch, auf der Straße blieben Barrikadenreste und zwei ausgebrannte Autos. Auf Seiten der Polizei gab es nach deren Angaben 22 Verletzte. Diese Anzahl ist hauptsächlich auf ihren Gaseinsatz zurückzuführen, da die meisten Granaten, die über die Mauer geschossen wurden, zurückflogen und so die Polizei statt die Verteidiger getroffen wurden. Auf Seiten der Bauwagenleute gab es zwei Leichtverletzte und keine Verhaftungen.

Die von den Medien verbreiteten Meldungen, daß Molotowcocktails eingesetzt und Stahlkugeln auf die Polizei geschossen worden seien (nur auf die Scheinwerferanlage der Polizei flogen welche), sind falsch und Erfindungen der Polizei und der Medien, da sowas wohl zu Straßenschlachten dazu gehört.

Bambule bleibt! Weg mit dem Bauwagengesetz!"

Infogruppe Hamburg c/o Schwarzmarkt

5. Wir wünschen alles Gute! Irmgard Möller nach 22 Jahren aus der Haft entlassen

Irmgard Möller nach über 22 Jahren aus der Haft entlassen

Autor: ga. · Rubrik: Haftbedingungen; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:44

Endlich! Nach über 22 Jahren haben sich für Irmgard Möller die Knasttore geöffnet. Am 1. Dezember ist sie aus der Haftanstalt in Lübeck entlassen worden. Am 17.11.1994 hatte - nach zweijährigem Gezappel - das Lübecker Landgericht ihre lebenslange Freiheitsstrafe auf fünf Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Mit roten Fahnen, Sekt und Blumen kamen viele ihrer FreundInnen und politischen UnterstützerInnen am Morgen zum Lübecker Knast, der gerade in letzter Zeit sehr oft Ziel von Demonstrationen oder Kundgebungen gewesen ist, um Irmgard Möller bei ihrer Entlassung zu begrüßen.

Während die Gefangenen immer darum kämpfen mußten, daß sie nicht vergessen wurden und daß ihre Stimmen in der Öffentlichkeit Gehör fanden - und finden - ist die Entlassung offensichtlich ein Medienspektakel wert. PressevertreterInnen fallen über die gerade aus dem Gefängnis tretende Irmgard Möller her. FreundInnen und Angehörige müssen sich einen Weg bahnen, um sie begrüßen zu können. So geht dann auch ihre Erklärung, mit der sie die Menschen vorm Knast begrüßen wollte, fast vollständig unter. "Für mich geht es jetzt darum, für die Freiheit von den anderen aus unseren Zusammenhängen zu kämpfen, weil es nicht sein kann, daß alle so lange gefangen sein sollen wie ich. Und es kann auch nicht sein, daß die anderen so lange gefangen sind, bis sie so krank sind, daß der Staat die Verantwortung nicht mehr tragen kann, und sie deswegen raustut." (zitiert nach "taz", 2.12.1994)

Irmgard Möller, Gründungsmitglied der Rote Armee Fraktion (RAF), ist die einzige Überlebende der "Todesnacht in Stammheim". Am 18.10.1977 wurde sie durch Messerstiche in der Brust schwer verletzt. Jan-Carl Raspe, Gudrun Ensslin und Andreas Baader wurden tot aufgefunden. Die öffentlich geäußerte Vermutung, daß Beauftragte des Staates die Gefangenen ermordet und Irmgard Möller schwer verletzt haben, wird bis heute strafrechtlich verfolgt. Eine Öffnung des Panzerschrankes, in dem die Akten über die Untersuchung des Falles liegen, ist bis heute verweigert worden.

Ins Gefängnis und damit in jahrelange Isolation kam sie für ihren Kampf gegen den Vietnamkrieg. Vietnam stand synonym für brennende Dörfer, napalmverbrannte Menschen, Massaker unter der Bevölkerung - für My Lay, ein vietnamesisches Dorf, das von der US-Armee vollständig ausgelöscht wurde.

Die vielen Demonstrationen und Kundgebungen gegen diesen Krieg Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre; organisiertes massenhaftes Desertieren von GIs in der BRD und den USA, denen die Einberufung bevorstand, und Proteste vielfältigster Art vermochten diesen Krieg der USA nicht zu stoppen. Viele verzweifelten fast angesichts der eigenen Hilflosigkeit.

Die RAF unternahm einen Sprengstoffanschlag auf den Heidelberger Computer der US-Armee, mit dem Bombenangriffe auf die vietnamesische Zivilbevölkerung berechnet wurden. Der Anschlag war zumindest in soweit erfolgreich, als die US-Armee für einige Tage ihre Bombenangriffe unterbrechen mußte und in der Öffentlichkeit bekannt wurde, daß die US-Armee von der BRD aus Einsätze in Vietnam plant und berechnet.

Freiheit für alle!

Die Entlassung von Irmgard Möller sollte beispielhaft dafür sein, wie bei allen weiteren Entscheidungen über die Entlassung von Gefangenen zu verfahren ist. Im Vordergrund der Begründung stand diesmal nicht der erschreckende - und von dem jeweiligen Knast nicht mehr zu verantwortende - gesundheitliche Zustand einer Gefangenen. Es war vielmehr eine politische Entscheidung. Die nach 15 Jahren übliche Haftprüfung wurde - wenn auch mit mehr als siebenjähriger Verspätung - für Irmgard Möller positiv entschieden, ohne daß die Forderung nach Abschwören und Verrat zur Bedingung gemacht wurde. Die lebenslängliche Strafe wurde auf fünf Jahre zur Bewährung ausgesetzt.

In der letzten Zeit hat es erfreulicherweise einige Freilassungen und Haftunterbrechungen für RAF-Gefangene gegeben. Oft waren die Gründe hierfür der lebensbedrohende Gesundheitszustand des Gefangenen oder der Gefangenen. Nachdem letztes Jahr eine Haftunterbrechung Bernd Rössner ermöglichte, sich in therapeutische

Behandlung zu begeben, und Günter Sonnenberg wegen seines schlechten Gesundheitszustandes aus der Haft entlassen wurde, konnten auch dieses Jahr einige der Gefangenen außerhalb der Knastmauern empfangen werden.

Oft genug gilt aber nicht einmal zerrüttete Gesundheit als ausreichender Grund, um Gefangene aus der Haft zu entlassen. Irreparable körperliche und seelische Schäden der eingesperrten Menschen werden in Kauf genommen. Freiheit für alle! Diese Forderung ist heute noch so aktuell wie vor 22 Jahren, denn noch immer sind viele eingesperrt.

Ingrid Jakobsmeier

Ein Jahr nach ihrer erneuten Verurteilung wurde Ende Oktober 1994 Ingrid Jakobsmeier aus der Haft entlassen. Die Entlassung erfolgte auf Beschluß des Oberlandesgerichts (OLG) Stuttgart. Ingrid Jakobsmeier hat zwei Drittel ihrer insgesamt 15jährigen Haftstrafe abgesessen. Sie war 1984 festgenommen und 1986 wegen Mitgliedschaft in der RAF zu neun Jahren Haft verurteilt worden.

Von dem 1990 in der ehemaligen DDR verhafteten RAF-Aussteiger Henning Beer wurde sie schwer belastet. Beer erkaufte sich mit seiner Aussage die Anwendung der Kronzeugenregelung auf die Höhe seiner Strafe. Daraufhin erhob die Bundesanwaltschaft (BAW) 1991 noch einmal Anklage gegen Ingrid Jakobsmeier wegen Beteiligung am Sprengstoffanschlag auf das Nato-Hauptquartier in Ramstein, bei dem im August 1981 17 Menschen verletzt wurden, und wegen des fehlgeschlagenen Raketenwerferangriffs auf den Oberkommandierenden der US-Streitkräfte in Europa, General Frederic Kroesen, in Heidelberg im September 1981. Das OLG Stuttgart verurteilte Ingrid Jakobsmeier daraufhin im Oktober 1993 zu einer Gesamtstrafe von 15 Jahren. Der Kronzeugenprozeß wurde geführt, als die Gefangene unmittelbar vor ihrer regulären Entlassung stand. Das zweite Urteil verhinderte das.

Christine Kuby

Seit Januar 1978, also fast 17 Jahre, war Christine Kuby inhaftiert, bevor sie Anfang November vorläufig aus dem Knast entlassen worden ist, um sich einer dringend notwendigen Bandscheibenoperation zu unterziehen. Christine Kuby hatte sich im Januar 1978 bewaffnet ihrer Festnahme zu entziehen versucht; sie wurde im Mai 1978 vom OLG Hamburg wegen versuchten Mordes zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt.

Bei ihrer Entlassung handelt es sich nicht um eine endgültige Entscheidung, sondern lediglich um eine Haftunterbrechung für die Operation. Das bedeutet, daß die Bedrohung, nach der Operation wieder in den Knast zu müssen, weiter auf ihr lastet. Schon im November 1992 stellte sie einen Antrag auf die mögliche Aussetzung einer lebenslangen Freiheitsstrafe zur Bewährung nach einer Strafvollstreckung von 15 Jahren. Dieses Entlassungsverfahren ist nun nach nahezu zwei Jahren immer noch nicht abgeschlossen.

Der Umgang des Staates mit den Entlassungsverfahren drückt auch im Fall Christine Kuby die Erpressungsabsicht aus: Erkrankungen der Gefangenen werden benutzt, um Druck auf sie auszuüben, sich zu unterwerfen und ihre politische Identität aufzugeben. Die Verschleppung und die Art und Weise, wie die Verfahren geführt werden, sollen genauso wie die Sonderhaftbedingungen die Gesundheit und die körperliche und psychische Integrität der Gefangenen zerstören.

Zuletzt war Christine Kuby zusammen mit Irmgard Möller und Hanna Krabbe im Lübecker Knast in Kleingruppenisolation.

Es fehlen noch die anderen!

Hanna Krabbe ist von der "Vierergruppe" Rollnick, Kuby, Möller, Krabbe in Lübeck übriggeblieben. Das bedeutet, daß sie nach der mit vielen Hungerstreiks erkämpften Zusammenlegung in die Kleingruppe wieder alleine ist. Hanna Krabbe sitzt seit fast 20 Jahren im Knast.

In Köln sind Heidi Schulz und Sieglinde Hofmann inhaftiert. Heidi Schulz kämpft um eine lebensnotwendige Operation und darum, danach nicht alleine in Köln zu sein, sondern mit einer anderen Gefangenen zusammengelegt zu werden. Konkret mit Eva Haule, die in Frankfurt gefangenen gehalten wird. Sieglinde Hofmann muß sich einem erneuten Prozeß stellen und wird dafür nach Stammheim verlegt werden.

Die Haftanstalten in Bayern haben immer noch ihre besonderen Noten: Manuela Happe und Brigitte Mohnhaupt sitzen beide in in Aichach im Gefängnis, sind aber streng voneinander getrennt. Rolf Heißler ist alleine in Frankenthal, Christian Klar in Bruchsal.

Eine "Dreiergruppe" gibt es in Celle. Dort sind Lutz Taufer, Knut Folkerts und Karl-Heinz Dellwo inhaftiert. Rolf-Clemens Wagner und Helmut Pohl werden in Schwalmstadt gefangen gehalten. Birgit Hogefeld steht jetzt in Frankfurt vor Gericht und ist auch dort inhaftiert.

Nach der Festnahmeaktion in Bad Kleinen sind aufgrund von Aussagen des V-Mannes Klaus Steinmetz Gisela Dutzi und Anne Rauch in Beugehaft genommen worden, um sie zu Aussagen zu zwingen.

ga.

6. Die Politik der Türkei: Bomben statt Verhandlungen

Prokurdische Zeitung in Istanbul und Ankara macht dennoch weiter

Autor: nm · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:43

Der Platz an der Kadirga Liman Caddesi im Istanbuler Stadtteil Kunkape erinnert an Bilder aus Beirut während des Libanonkrieges. Das dreistöckige Hauptgebäude der Zeitung "Özgür Ülke" ist völlig zerstört, die Außenmauern sind weggerissen, Schreibtische und Computer finden sich zwischen Schuttbergen vor der ausgebrannten Ruine, das gesamte Dach ist davongeflogen, Fenster und Außenmauern der Gebäude im Umkreis von 50 bis 100 Metern wurden ebenfalls beschädigt.

In der Nacht zum Samstag, den 3.12., erfolgten in zeitlich kurzen Abständen drei Bombenanschläge auf Büros und Redaktionsräume der Zeitung "Özgür Ülke" in Istanbul und Ankara. Ein Mitarbeiter starb, 19 wurden verletzt, vier davon schwer. Der materielle Schaden ist kaum zu beziffern: Alle drei Büros wurden mit sämtlichen Einrichtungen vollkommen zerstört. Im Istanbuler Hauptgebäude, dem Herz der Zeitung, befand sich die gesamte Produktionsanlage, über 30 Computer, Faxgeräte, Fotofax, das gesamte Archiv, Foto- und Reproanlagen.

"Die Wahrheit wird

nicht im Dunkeln bleiben"

Der bislang größte Bombenanschlag in der Türkei galt einer der auflagenschwächsten Zeitungen des Landes, doch die Sprengkraft der "Özgür Ülke" ist größer als die aller Staatsbomben. "Özgür Ülke" - zu deutsch "Freies Land" - ist die einzige Tageszeitung in der Türkei, die Tag für Tag offen die Realität des Kurdistankrieges darstellt, tausendfache Dorfzerstörungen, Verschleppung und Ermordung der BewohnerInnen durch Todesschwadronen sowie Menschenrechtsverletzungen der Polizei dokumentiert, anprangert. Özgür Ülke setzt sich immer wieder für eine Beendigung des Krieges durch eine friedliche Lösung ein.

"Die Wahrheit darf nicht im Dunkeln bleiben" und "die Wahrheit hat ihr Land gefunden" (in Anspielung auf den Namen "Freies Land") ist das Motto der Zeitung. Mit dieser Linie war die Zeitung "Özgür Gundem" den Herrschenden des Landes seit Beginn ihres Erscheinens im April 1992 (seit Mai 1994 unter dem Namen "Özgür Ülke") ein gewaltiger Dorn im Auge: Tägliche Verbote, Beschlagnahmungen, Drohungen, willkürliche Festnahmen verbunden mit schwersten Folterungen sowie die Ermordung und das "Verschwindenlassen" von zwanzig Mitarbeitern durch staatlich protegierte Killerkommandos war und sind der Preis für die tägliche Veröffentlichung der brutalen Wahrheit. Vor fast genau einem Jahr, am 10. Dezember 1993, hatte die Polizei in landesweiten Razzien sämtliche Büros der Zeitung besetzt und rund 100 MitarbeiterInnen festgenommen.

"Ihr seid Journalisten, und wir sind Folterer, wir lassen euch nicht arbeiten", hatten Schergen der politischen Polizei kürzlich der "Özgür Ülke" Journalistin Serap in Mersin erklärt, bevor sie sie irgendwo am Rand des Taurusgebirges wieder freiließen. In Diyarbakir, wo durchschnittlich pro Monat eine ganze Bürobesetzung der Zeitung festgenommen wird, erklärten die Folterer den sechs Journalisten, die sie von September bis Oktober vier Wochen lang schwersten Folterungen unterzogen, ohne Umschweife: "Wir haben den Befehl, Euch nicht arbeiten zu lassen, ihr behindert unsere Arbeit." Zwei der festgenommenen JournalistInnen wurden mit Pistolenläufen im Nacken gezwungen auszusagen, sie arbeiteten für die PKK. Diese "Aussage" wurde auf Video aufgezeichnet.

Die Handschrift des Staates

"Die Täter sind bekannt" erklärte Chefredakteur Baki Karadeniz auf einer Pressekonferenz wenige Stunden nach dem Anschlag, "wir warten nicht auf die Scheinermittlungen der Polizei, deren einziges Ziel es ist, falsche Fährten zu legen und die Aufmerksamkeit in die falsche Richtung zu lenken".

Drei Tage vor dem Attentat hatte der Nationale Sicherheitsrat, ein von Militärs dominiertes und der zivilen Regierung übergeordnetes Gremium, erklärt, "ein gewisses Presseorgan", welches immer wieder das Wort "Kurdistan" benutze, müsse endgültig zum Schweigen gebracht werden.

In der demokratischen Öffentlichkeit der Türkei wird von niemandem ernsthaft an einer Urheberschaft des Staates gezweifelt. "Es gibt keine illegale Organisation, die in der Lage wäre, zeitlich genau abgestimmt an drei

verschiedenen Stellen Anschläge solchen Ausmaßes durchzuführen", betonte die Zeitung "Cumhuriyet". Bülent Ecevit, Vorsitzender der sozialdemokratischen DSP, machte öffentlich die Kontraguerilla für den Anschlag verantwortlich und erinnerte an die Entwicklung vor dem Militärputsch 1980. Ministerpräsidentin Ciller, in der kritischen Presse als "kleine Schwester des Militärs" tituliert, enthielt sich bezeichnenderweise jeden Kommentars, während Staatspräsident Demirel erklärte, er hätte sich auch für die Schließung der Zeitung "Özgür Ülke" ausgesprochen, aber doch bitte nicht auf diese Weise...

Polizei verweigert Hilfe

Auch wenn davon auszugehen ist, daß weder die uniformierten Polizisten noch die "zivilen" Mitarbeiter der politischen Polizei in Aktionen der Kontraguerilla eingeweiht sind, kommt das Verhalten der Polizei vor Ort einer Mittäterschaft gleich. Sie leistete den Verletzten und Überlebenden der Anschläge keinerlei Hilfestellung, sich aus den Trümmern und Flammen zu retten. Zwanzig MitarbeiterInnen hatten sich in den drei Stockwerken an der Kadirga Liman Caddesi aufgehalten, als gegen 3 Uhr eine gewaltige Explosion das gesamte Gebäude erschütterte und Teile der Mauern zum Einstürzen brachte. Der Sprengsatz war in einem PKW in der im Erdgeschoß befindlichen Renault-Werkstatt plaziert (in der gewöhnlich auch die PKWs der Zivilpolizei repariert wurden).

Sechs Mitarbeiter von "Özgür Ülke", die sich in der Pförtnerloge direkt neben der Autowerkstatt aufhalten, werden von Metallfetzen und Mauerteilen zum Teil schwer verletzt, einige liegen unter den Trümmern begraben. Durch die nacheinander innerhalb kurzer Zeit erfolgenden Explosionen mehrerer Auto-Benzintanks in der Werkstatt, eines weiteren Sprengsatzes sowie der Ölheizung des Zeitungsbetriebes, steht in kurzer Zeit das gesamte Gebäude in Flammen, die Außenmauern, das Dach und Teile der Zwischendecken werden von dem Sprengsatz weggerissen.

Die Menschen, die in den oberen Stockwerken z.T. geschlafen haben, versuchen, sich aus Rauch, Flammen und Trümmern zu retten. Einer von ihnen springt aus dem ersten Stock und schleppt sich zur Polizeiwache, um die Feuerwehr zu alarmieren. Doch als die Polizisten erfahren, daß das Gebäude der "Özgür Ülke" brennt, schmeißen sie ihn raus, verweigern ihm, die Feuerwehr zu rufen.

Zwanzig Menschen drohen in Flammen und Rauch zu ersticken, während die Polizei alles mit unverhohlener Freude beobachtet. Auch die schließlich eingetroffene Feuerwehr wartet in Seelenruhe ab. Mit dem Hinweis, daß dies "zu gefährlich" sei, lehnt sie es ab, ihre Männer zur Bergung der Verletzten einzusetzen. Erst als die Menschen, die sich auf die Dachterrasse im zweiten Stock geflüchtet hatten, damit drohen, in die Tiefe zu springen, und einer ihnen, Ecevit, springt und sich dabei schwer verletzt, bequemt sich die Feuerwehr schließlich, ihnen Seile zuzuwerfen, an denen sie sich herablassen können. Kurze Zeit später explodiert der Tank des Generators, der sich auf der Dachterasse befand.

Nicht genug damit, daß die Polizei den Tod der im Gebäude befindlichen zwanzig Menschen billigend in Kauf nimmt oder darauf spekuliert: Im Krankenhaus werden die leichter Verletzten, die sich zur ambulanten Behandlung begeben haben, bereits von der Polizei erwartet und festgenommen. In stundenlangen Verhören geht es keineswegs um die Anschläge und mögliche Verdachtsmomente. Statt dessen werden die Überlebenden der Brandnacht mit den üblichen Beschimpfungen und Drohungen bedacht und als "PKK-Terroristen" beschuldigt. Erst nach über zwölf Stunden werden die Mitarbeiter der "Özgür Ülke", die z.T. barfuß und kaum bekleidet dem Brand entkommen sind, wieder freigelassen.

"Dieses Feuer wird Euch verbrennen"

Bis nachmittags um 16 Uhr brannte das dreistöckige Gebäude, in dem normalerweise täglich über 100 Menschen arbeiteten, das jedoch viel mehr beherbergte als Technik und Verwaltung einer Zeitung: die Hoffnung auf ein "freies Land" (für TürkInnen und KurdInnen) und den kollektiven Mut, trotz ständiger Drohungen, trotz Ermordung von bislang zwanzig Mitarbeitern täglich, NEIN zu schreien zu Krieg und Faschismus. Und während die Feuerwehr noch mit Löscharbeiten beschäftigt ist, beschließen die Mitarbeiter der "Özgür Ülke" der Bombardierung und Zerstörung ihres Gebäudes, in dem jede/r von ihnen hätte umkommen können, mit der schönsten und gewaltigsten Bombenexplosion zu beantworten: Die Zeitung wird auch am nächsten Tag erscheinen!

Linke Zeitungen aus Istanbul stellen Technik und Redaktionsräume zur Verfügung, Journalisten anderer Zeitungen springen bereitwillig ein, bringen Nachrichten, Fotos, und das Unvorstellbare gelingt: Während mehr als zwanzig Mitarbeiter noch von der Polizei festgehalten werden, andere sich um die Schwerverletzten und die Angehörigen des Toten Ergin Yildaz kümmern, wird auf engstem Raum die Ausgabe der "Özgür Ülke" für den nächsten Tag erstellt. Sie erscheint mit der Schlagzeile: "Dieses Feuer wird auch Euch verbrennen!"

Solidaritätswelle

In den folgenden Tagen setzt eine Solidaritätswelle ein, die die Bedeutung der "Özgür Ülke" für die demokratische Öffentlichkeit unterstreicht. In Adana findet eine Spontandemonstration vor dem Gebäude der Zeitung statt, täglich versammeln sich hunderte Menschen vor dem ausgebrannten Gebäude, der Besucherstrom reißt nicht ab: Gewerkschaftsgruppen, Schüler, Intellektuelle bieten ihre Unterstützung an, an mehreren Universitäten des Landes finden Protestaktionen statt, alle bieten Geldspenden an, kurdische Frauen bringen ihre Ohrringe und Armreifen, innerhalb weniger Tage steigt die Auflage der Zeitung auf mehr als das Doppelte, bekannte Intellektuelle schreiben für die Zeitung oder verkaufen sie auf den Straßen Istanbuls.

Der Bombenanschlag der "dunklen Kräfte des Staates" hat sich als Bumerang erwiesen. Sicher ist der Schaden, den die Bomben angerichtet haben, ernorm: Ersin ist tot, ein weiterer Freund ist vermutlich erblindet, der materielle Schaden wird von den Rechtsanwälten auf etwa 2,5 Mio. DM veranschlagt; doch den politischen Erfolg haben die Freunde der "Özgür Ülke" davongetragen: Damit, daß sie es geschafft haben, die Zeitung ohne einen Tag Unterbrechung herauszubringen, haben sie weit mehr als einen moralischen Sieg davongetragen und ihre Entschlossenheit unter Beweis gestellt. In einer Phase schärfster Repression, gekennzeichnet von Morden, täglichem "Verschwindenlassen" Oppositioneller, Verhaftungen und Verurteilungen, in einer Zeit, in der eine ganze Region Kurdistans verbrannt und zerstört wurde, einer Phase, in der die demokratische Opposition weitgehend hilflos zuschauen mußte und sich Angst und Resignation abzeichneten, hatten die Urheber der Anschläge offensichtlich darauf spekuliert, durch die völlige Zerstörung der Zeitung nicht nur das Erscheinen der "Özgür Ülke" zu verhindern, sondern auch einen Sieg im psychologischen Krieg davonzutragen.

Doch das Gegenteil ist eingetreten: Die Brandausgabe der "Özgür Ülke" schlägt den Militärs mitten ins Gesicht: "Uns könnt ihr nicht zum Schweigen bringen!" Dieser beispiellose Erfolg hat die gesamte demokratische Opposition der Türkei gestärkt und ermutigt, denn "Özgür Ülke" ist für die Türkei und die hier lebenden KurdInnen weitaus mehr als eine oppositionelle Zeitung: sie ist der tägliche Aufschrei: Wir leisten Widerstand!

nm

Die Politik der Türkei:

Bomben statt

Verhandlungen

Bomben gegen die Zeitung "Özgür Ülke", zwei engagierte Rechtsanwälte vermißt, die acht ehemaligen Parlamentsabgeordneten der Demokratiepartei DEP wegen "Mitgliedschaft in einer bewaffneten Bande" zu hohen Haftstrafen von sieben bzw. 15 Jahren Knast verurteilt, zwei weitere Dörfer zerstört, drei Angehörige der türkischen Menschenrechtsvereine wegen Berichten über Menschenrechtsverletzungen vor Gericht ...

Die Türkei begeht die Woche zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember auf ihre Weise. Dabei richteten sich die Bomben nicht allein gegen die Zeitung "Özgür Ülke", sondern - quasi als Startschuß für die KSZE-Verhandlungen in Budapest - auch gegen alle Hoffnungen, daß es über eine Vermittlung internationaler Gremien zu einer Verhandlungslösung im Kurdistankonflikt kommen könne. Die PKK hatte in der Vergangenheit wiederholt ihre Bereitschaft zu einem Waffenstillstand erklärt, um den Weg für eine politische Lösung zu ebnen; zuletzt durch einen Brief an zahlreiche Staatsoberhäupter in Europa und den USA vor Beginn der KSZE-Konferenz in Budapest. Auch der Bericht des entsprechenden Arbeitsausschusses zur Vorbereitung des Budapester Treffens hatte bezüglich des Kurdistankonflikts einen beidseitigen Waffenstillstand vorgeschlagen.

Die gewachsene internationale Beachtung der Kurdistanfrage durch Gremien wie den Europarat, das Europaparlament, die KSZE (wo Abgeordnete der DEP als Beobachter bzw. Referenten zugelassen sind) sowie die zunehmende Kritik der türkischen Kurdenpolitik auch seitens der USA hatten bei nicht wenigen Menschen in der Türkei Hoffnung aufkommen lassen. Doch die Haltung des Militärs und der Regierung ist unverrückbar: militärische Lösung ohne Zugeständnisse.

Kritik aus dem Ausland - z.B. durch die Beobachter beim DEP-Prozeß, aber auch durch ausländische Journalisten - wird als unerwünschte Einmischung betrachtet, gegen die es die "türkische Unabhängigkeit" zu verteidigen gilt - unter dieser Linie marschieren auch die (kemalistischen) Sozialdemokraten im nationalistischen Glied.

Der von Militärs dominierte Sicherheitsrat erklärte letzte Woche sein "Menschenrechtsprogramm": durch gezielte Desinformation (sprich: Gegenöffentlichkeit) im Ausland soll einem Mißbrauch der Menschenrechtsfrage gegen die Türkei vorgebeugt werden.

Trotzdem stellt sich die Frage, wie lange die Türkei an dieser Linie festhalten will und kann. Die Guerilla, welche die Militärs schon bis zum vergangenen Frühjahr "ausrotten" wollten, steht ohne große Verluste da. Die PKK hat angekündigt, daß sie ihre Guerillastärke im nächsten Jahr auf 50.000 steigern und eine "unerwartete Offensive" durchführen werde, falls es nicht zu Verhandlungen komme.

Während die Mehrheit der türkischen Gesellschaft dem Krieg durch "aktives Verdrängen" begegnet, kommt in letzter Zeit unerwartet deutliche Kritik aus Kreisen der türkischen Wirtschaft: Der schmutzige Krieg, der täglich umgerechnet etwa 30 Millionen US-Dollar verschlingt, hat die Wirtschaft des Landes an den Rand des Ruins gebracht.

nm

7. Terrorurteile gegen kurdische Abgeordnete

Autor: Ein Genosse der anti-rep-Kommission · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:46

Weltweiten Protesten zum Trotz hat das Staatssicherheitsgericht in Ankara die Politik des "Ausmerzens und Vernichtens" gegen jede kurdische Stimme fortgesetzt: Die kurdischen ParlamentarierInnen Leyla Zana, Hatip Dicle, Ahmet Türk, Orhan Dogan und Selim Sadak wurden wegen "Mitgliedschaft in einer bewaffneten Bande" zu 15 Jahren Haft verurteilt. Siebeneinhalb Jahre soll Sedat Yurtas ins Gefängnis, Mahmut Alinak und Sirri Sakik erhielten dreieinhalb Jahre Haft; durch die Anrechnung der Untersuchungshaft kamen sie auf freien Fuß.

Sieben der Abgeordneten vertraten zunächst die "Arbeitspartei des Volkes" (HEP), später die "Demokratiepartei" (DEP) in der türkischen Nationalversammlung, einer ist parteilos. Anfang März war ihnen die parlamentarische Immunität aberkannt worden, sie selbst wurden verhaftet. Die DEP wurde im Juni vom türkischen Verfassungsgericht verboten.

Vorausgegangen war dem eine Erklärung des damaligen Generalstabschefs Dogan Güres: "Die PKK-Terroristen sitzen im Parlament". Von Güres, der den Kurdistanfeldzug der Armee zum Vernichtungskrieg eskalierte und die "Ausrottung der Separatisten" als Ziel verkündete, hat Ministerpräsidentin Tansu Ç iller Diktion und Politik übernommen: "Wir haben die Terroristen aus dem Parlament geschmissen", kommentierte sie die Verhaftung der kurdischen ParlamentarierInnen.

Über sechzig Mitglieder und Funktionäre der HEP und DEP wurden in den letzten Jahren von Todesschwadronen ermordet. Der Prozeß setzte diese Politik der Vernichtung in den Gerichtsaal hinein fort. Die Anwälte hatten keine Chance, ihre MandantInnen zu vertreten. Jeder einzelne ihrer sechzig Beweisanträge wurde vom Staatssicherheitsgericht abgewiesen. Damit wurden auch völlig absurde Konstrukte der Anklage einer Nachprüfung entzogen: etwa daß sich die Abgeordneten in Paris im Beisein von Präsident Mitterrand mit PKK-Funktionären getroffen hätten.

Die Staatsanwaltschaft hatte gegen alle Angeklagten wegen "separatistischer Bestrebungen" die Todesstrafe gefordert. Konkret wurde ihnen Interviews und Reden zur kurdischen Frage vorgeworfen. Auch eine Petition an die KSZE fand in der Anklageschrift Erwähnung. Verurteilt wurden die Abgeordneten nun nicht nach Paragraph 125, sondern nach Paragraph 168 des türkischen Strafgesetzbuches wegen "Bildung und Unterstützung einer bewaffneten, gegen den Staat gerichteten Vereinigung". Das Gericht sieht ihre PKK-Mitgliedschaft bzw. -Unterstützung als erwiesen an. Die Abgeordneten hätten "intensive separatistische Tätigkeiten ausgeübt und die Massen aufgehetzt". Dafür führt es schlagende Beweise an: das "Nicht-Singen der türkischen Nationalhymne" auf einem Kongreß der DEP und das Fehlen einer Büste des Republikgründers Atatürk in der DEP-Parteizentrale. (zit. nach taz, 9.12.94)

Das Urteil ist ein Schlag ins Gesicht all derer, die die Einhaltung minimaler rechtsstaatlicher Spielregeln in der Türkei forderten. Das Europa-Parlament hat wegen des Verfahrens die Beziehungen zur Türkei abgebrochen, selbst die USA haben protestiert. Die türkische Regierung geht offenbar davon aus, daß sie darauf keinerlei Rücksicht zu nehmen braucht. "Die Beispiele des Irak, aber auch Bosniens zeigen der türkischen Regierung, daß sie heute machen kann, was sie will", meint der türkische Journalist und Verleger Ragip Zarakolu. "Es gibt so etwas wie permanente Straffreiheit. In dieser ‚neuen Weltordnung` scheint es leider möglich zu sein, in allen Teilen der Welt Massaker und Völkermorde zu begehen." Bundesaußenminister Kinkel, nach kurzer Unterbrechung wieder einer der Hauptwaffenlieferanten der Türkei, bestätigte das prompt. Er habe die Urteile "mit Betroffenheit zur Kenntnis genommen".

Ein Genosse der anti-rep-Kommission

8. Norwegen: Ohne EU geht's besser

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Westeuropa / EG allgemein; Norwegen · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:30

Zum zweiten Mal in ihrer Geschichte haben die Norwegerinnen und Norweger mehrheitlich gegen einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft abgestimmt. 1972 waren es 53,5 Prozent, die gegen eine Mitgliedschaft ihres Landes in der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) stimmten; diesmal votierten 52,3 Prozent der Abstimmenden (Wahlbeteiligung: 88,6 Prozent) gegen die Integration ihres Landes in das "Europa des Kapitals".

Auch wenn die antikapitalistische Linke in Norwegen nicht völlig bedeutungslos ist und den Anti-EU-Kampf um internationalistische und ökologische Argumente anzureichern vermochte, dürften die meisten norwegischen EU-Gegnerinnen und Gegner eher an die besondere ökonomische Situation ihres Landes bei ihrer Entscheidung gedacht haben. Denn die spezielle Wirtschaftsstruktur Norwegens läßt durch einen EU-Beitritt für das Land wahrscheinlich mehr Nachteile als Vorteile erwarten.

Da ist zum einen der landwirtschaftliche Bereich. Die in subarktischen Regionen wirtschaftenden Bäuerinnen und Bauern gehören zu den am höchsten subventionierten in ganz Europa, so daß ihnen ein ausreichendes Auskommen, vergleichbar mit denen von Industriearbeiterinnen und -arbeitern sicher ist. Der FAZ-Berichterstatter behauptet in diesem Zusammenhang demagogisch, die Bauern würden "Zuschüsse verlangen, um auch nördlich des Polarkreises Tomaten anzubauen". (FAZ, 28.11.94) Dabei ist der Grund der hohen Subventionierung, die zugleich mit Produktionsvorgaben verbunden ist, ein ganz einfacher: Ohne die staatlichen Zuschüsse wären die in unwirtlicher Gegend hergestellten Agrarprodukte preislich absolut nicht konkurrenzfähig. Die Folge: Ohne landwirtschaftliche Grundlage würden weite Teile des ohnehin sehr dünn besiedelten Landes praktisch menschenleer sein und eine Eigenversorgung Norwegens mit Grundnahrungsmitteln nicht möglich. (Übrigens verzichtet keines der führenden Industrieländer auf die strategische Option der Selbstversorgung.) Zwar hatte die norwegische Regierung in den Beitrittsverhandlungen mit der EU erstritten, die Landwirtschaft im nördlichen Norwegen auch weiterhin überdurchschnittlich bezuschussen zu dürfen. Zugleich hatte sie aber in vorauseilendem Gehorsam gegenüber der EU Pläne entworfen, um die Subventionen herunterzufahren.

Mit ähnlichen Problemen ist die Bevölkerung der Küste konfrontiert. Die Überfischung der Meere sowie die hochtechnisierten Fangmethoden der großen Fischtrawler haben viele kleine Fischer ruiniert oder an den Rand des Existenzminimums getrieben. Die meisten Orte an der Westküste Norwegens können aber nur auf Grund der Fischerei existieren, so daß neben der direkten Subventionierung der Fischerei auch Gelder über Regionalfonds in die betreffenden Regionen geleitet werden. Im Falle eines EU-Beitritts hätte Norwegen zudem die Fangflotten anderer EU-Länder, vor allem aus Spanien und Portugal "vor der Haustür" gehabt, mit denen die Fischbestände der norwegischen 200-Meilen-Zone hätten geteilt werden müssen.

Daß Norwegen es sich im Sinne des Wortes "leisten" kann, die Subventionierung defizitärer Bereiche in für heutige Verhältnisse großem Umfang aufrechtzuerhalten, verdankt es den Einnahmen aus den Ölvorkommen in der Nordsee. Wahrscheinlich wird Norwegen im nächsten Jahr als Ölexporteur auf den zweiten Platz hinter Saudi-Arabien vorrücken. Oslo hat an alle namhaften Erdölkonzerne Lizenzen zur Ausbeutung der Felder vergeben, sichert sich jedoch jeweils die Mehrheitsbeteiligung durch die staatliche Firma Statoil. Diese Praxis widerspricht Bemühungen in der EU, die nationalen Hoheitsrechte über Kohlenwasserstoff-Ressourcen dahingehend einzuschränken, daß Firmen aus EU-Staaten ein sogenannter diskriminierungsfreier Zugang zu fossilen Lagerstätten ermöglicht werden soll. Norwegens Erdölexporte machen rund zwei Fünftel der Ausfuhren des Landes aus. Ungefähr die Hälfte deckt die verarbeitende Industrie ab. Hier sind die wichtigsten Devisenbringer die Metallindustrie, die Holzwirtschaft, der Schiffbau und immer stärker die elektrotechnische Industrie. Auf Grund der Erdöl- (und in Zukunft immer stärker auch der Erdgas-) Exporte, erwirtschaftet Norwegen einen beträchtlichen Handelsbilanzüberschuß, der freilich den Preisschwankungen auf den Rohölmärkten ausgesetzt ist.

Hinsichtlich Produkten aus industrieller Fertigung ist Norwegen bereits in den europäischen Binnenmarkt integriert - und zwar (seit 1.1.1994) als Mitglied des 1992 aus der Taufe gehobenen Europäischen Wirtschaftsraums (EWR). Für ihn gelten im Prinzip ebenfalls die "vier großen Freiheiten" der EU: der freie

Markt von Waren, Diensten, Kapital und Personen (wobei dies bezogen auf den EWR nicht für Agrarprodukte gilt). Der EWR umfaßt die EU-Staaten zuzüglich der verbliebenen Staaten der einmal als Konkurrenzbündnis zur EWG gegründeten Europäischen Freihandelszone EFTA. Wenn am 1.1.1995 Österreich, Finnland und Schweden der EU beigetreten sind, werden von der EFTA aber nur noch Norwegen, Island und die Schweiz übriggeblieben sein; letztere wiederum hat sich jedoch in einer Volksabstimmung im Dezember 1992 mit knapper Mehrheit gegen einen Beitritt zum EWR entschieden, so daß demnächst der EWR im wesentlichen nur noch aus den EU-Staaten plus eben Island und Norwegen bestehen wird. Demnächst wird auch noch Liechtenstein dazustoßen. Da die Funktion des EWR im wesentlichen darin bestand, den einzelnen EFTA-Staaten den Eintritt in die EU schmackhaft zu machen, ergibt sich nun, nachdem deren Integration weitgehend erreicht wurde, die Möglichkeit, daß die EU den EWR irgendwann aufkündigt, um das unbotmäßige Norwegen auf diese Weise in die EU zu drängen.

J./Westberlin

Norwegen hat abgestimmt

Der Verfasser des folgenden Beitrags ist Redakteur der in Oslo erscheinenden linken Tageszeitung Klassekampen. Wir entnahmen den Artikel der Sozialistischen Zeitung der VSP vom 1.12.1994.

Für viele Linke war es ein überraschendes Ergebnis. Nachdem die schwedische Bevölkerung vor kurzem mit knapper Mehrheit für einen Beitritt zur Europäischen Union (EU) gestimmt hat, haben viele - auch ich - nicht gedacht, daß wir es schaffen können. Die norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland hatte die Abstimmung, wie in Schweden, mit einer Vertrauensgarantie gewinnen wollen: Glaubt mir, daß ich nur das Beste für Norwegen will. Doch diese Vertrauensgarantie hat die Bevölkerung nun verweigert.

Alles deutet darauf hin, daß die Ablehnung kein wahlarithmetischer Zufall, sondern fest verankert ist. Das Ergebnis ist etwa gleich geblieben gegenüber dem von 1972, als wir das letzte Mal über den Beitritt abgestimmt haben. Und das, obwohl Norwegen seitdem große sozioökonomische Veränderungen aufzuweisen hat. Heute gibt es weniger Bauern und weniger Fischer und sehr viel mehr Funktionäre jedweder Art als vor 22 Jahren. Heute ist das Land im allgemeinen sehr viel zentralisierter auf Oslo hin ausgerichtet als früher.

Trotzdem existiert heute eine größere Polarisierung zwischen Stadt und Land. In der Finnmark und den nördlichen Provinzen beträgt der Nein-Anteil fast 75 Prozent. (...) Die Nein-Mehrheit umfaßt die Westküste, Nordnorwegen und das südliche Inland. In Oslo und um den Oslofjord gibt es eine Mehrheit von Beitrittsbefürwortern. Trotzdem haben wir gedacht, daß es in Oslo davon mehr gebe. Gerade von den städtischen Intellektuellen wurden die EU-Gegner als konservativ verurteilt. So ist zwar die Mehrheit Oslos für den Beitritt, diese Mehrheit ist jedoch deutlich knapper geworden. Auch die ehemals konservativen Regionen Rogaland mit der Stadt Stavanger und Hordaland mit der Stadt Bergen haben nun eine deutliche Mehrheit für ein Nein. In Hordaland sind fast 8 Prozent mehr Nein-Stimmen zu verzeichnen. Das scheint doch eine bedeutende Wandlung zugunsten einer stärkeren Ablehnungsfront anzuzeigen. Die Besserverdienenden, die außerhalb Oslos wohnen und in Oslo arbeiten, sind die Hauptträger der Ja-Stimmen.

Im Vordergrund standen bei den EU-Gegnerinnen und Gegnern drei Argumente. Zum einen wird der Beitritt abgelehnt, da die EU keine demokratische Organisation ist. Die Ministerialbürokratie ist nicht kontrollierbar und die Norweger weigern sich, ihre Mitsprachemöglichkeiten in Brüssel abzugeben. Außerdem herrschen natürlich die Branchenargumente vor. Fischer und Bauern vertrauen schon den Politikern in Oslo nicht, erst recht nicht denen in Brüssel. Drittens gibt es vor allem in Oslo eine starke Ablehnung gegen das ökonomische System der EU, das den norwegischen Wohlstand bedroht. Hier sind es vor allem die Frauen, die mit etwa 57 Prozent mit Nein gestimmt haben.

Entscheidend für den Abstimmungserfolg war offensichtlich, daß es schon sehr früh gelungen ist, eine einheitliche Volksbewegung zu organisieren, von der deutlich linken AKP (Kommunistische Arbeiterpartei) bis zur eher rechten Bauernpartei, die sich nun gespalten hat. Diese Volksbewegung ist dezentral sehr stark verankert und hat es geschafft, große Massen zu mobilisieren. Und auch wenn es teilweise nationalistische und rassistische Argumente gegen den EU-Beitritt gab, so hat doch die organisierte Volksbewegung ganz explizit für Antirassismus und internationale Solidarität Stellung genommen.

Innenpolitisch wird das Ergebnis wenig ändern. Die sozialdemokratische Regierung ist sehr stark und ohne Alternative. Doch Bewegung findet bei den Gewerkschaften statt. Während der letzte Gewerkschaftskongreß gegen den EU-Beitritt Stellung bezogen hat, hat die Gewerkschaftsführung - ebenso wie die Sozialdemokraten - den EU-Beitritt befürwortet. Und außenpolitisch läßt sich nur hoffen, daß das Ergebnis eine starke Motivation für die Opposition in Schweden und Dänemark wird.

Peter M. Johansen

9. Abschiebungen in Kriegsgebiete. "Einzelfallprüfung" auch für Kriegsflüchtlinge und Deserteure

Autor: Js. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:08

Der von den sozialdemokratisch regierten Bundesländern im Frühjahr erlassene sechsmonatige Abschiebestop für Kriegsflüchtlinge aus Kurdistan und Ex-Jugoslawien wird nicht verlängert. Ihre Bundesratsmehrheit nützt der SPD nichts - nach einem halben Jahr wäre die Zustimmung der Bundesregierung zu einer Verlängerung des Abschiebestops notwendig gewesen. Diese Zustimmung wird von Innenminister Kanther mit zwei Argumenten verweigert. Zum einen sei eine bundeseinheitliche Regelung wegen der ablehnenden Haltung Bayerns und einiger anderer christlich regierter Bundesländer nicht machbar. Zum anderen verstoße ein genereller "gruppenbezogener" Abschiebestop auch gegen das Gesetz, das nun einmal die Einzelfallprüfung vorsehe. "Mit dieser Bundesregierung wird es keine allgemeinen Abschiebestops geben, die das Asylrecht unterlaufen", verkündete Kanther. Auch Kriegsdienstverweigerer und Deserteure müssen im Einzelfall darlegen, welche "konkreten Gefahren" sie bei einer zwangsweisen Rückkehr zu erwarten hätten. Nach dieser Logik wären Folterungen an Deserteuren in Ex-Jugoslawien und Ermordungen von Kurden durch Polizei, Militär oder Todesschwadronen bedauerliche Einzelfälle.

Als betrogene Betrüger erscheinen einmal mehr die Sozialdemokraten, die ihre Kapitulation in der Asylfrage u.a. mit der Behauptung zu beschönigen versucht hatten, sie hätten der Regierungskoalition ein wichtiges Zugeständnis abgehandelt - nämlich eine Sonderregelung für Bürgerkriegsflüchtlinge. Nun, da sich dieses angebliche Zugeständnis als Seifenblase erwiesen hat, appellierte der schleswig-holsteinische Innenminister Bull (SPD) an die Bundesregierung, "sich bei den Heimatländern um Garantien zu bemühen, die eine korrekte Behandlung der Abgeschobenen sicherstellen." Mit anderen Worten: Folter und Mord gehen zu weit; gegen eine Inhaftierung der Abgeschobenen ist dagegen nichts einzuwenden, wenn sie denn "korrekt" nach Recht und Gesetz erfolgt! Ihre über jeden Zweifel erhabene Gesetzestreue unterstreicht die SPD darüberhinaus durch die Zustimmung, mit der Abschiebung von straffällig gewordenen Asylbewerbern zu beginnen. Die von Bull gleichzeitig geäußerte Kritik an der Haltung Bayerns, die "den Fortschritt in der Sache blockieren" würde (Bull), bleibt angesichts der sozialdemokratischen Taten Wortgeklingel.

Wenn es trotzdem in der nächsten Zeit keine Massenabschiebungen nach Ex-Jugoslawien geben wird, dann ist das nicht etwa das Verdienst der SPD. Die Regierung in Belgrad besteht auf einem formellen Rücknahmeabkommen, das aber von Bonn wegen der damit verbundenen indirekten völkerrechtlichen Anerkennung Rest-Jugoslawiens verweigert wird. Aber auch so läßt sich das von Kanther definierte Ziel der Abschiebungen - die Verhinderung eines "Zureise-Sogs" - erreichen. Wer trotz allem heute nach Deutschland flieht, braucht starke Nerven. Die zwangsweise Verfrachtung zurück ins Herkunftsland - und damit in die Gewalt der dort Herrschenden - bleibt tagtägliche Bedrohung. Die SPD will nun diesen zermürbenden Zustand der Ungewißheit verkürzen: Geduldeten Flüchtlingen soll ein Bleiberecht eingeräumt werden - nach acht Jahren.

Js.

Quellen: taz, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung 25.-29.11.

10. Hinter das 19. Jahrhundert zurück. Zwangsmaßnahmen im Schweizer Ausländerrecht: Abbau von Grundrechten

Zwangsmaßnahmen im Schweizer Ausländerrecht: Abbau von Grundrechten - von Paul Rechsteiner

Autor: Paul Rechsteiner · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Schweiz · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:02

Der folgende Artikel wurde vor dem Referendum vom 4. Dezember geschrieben. Wir entnahmen ihn mit freundlicher Genehmigung der Zürcher WochenZeitung (WoZ) vom 4.11.1994. Der Autor ist Rechtsanwalt in St. Gallen und SP-Nationalrat.

Der Beginn des Abstimmungskampfes über die Zwangsmaßnahmen im Ausländerrecht steht ganz im Zeichen des in der Deutschschweiz zur Zeit herrschenden politischen Klimas. Der auflagestarke "Blick" brüstet sich damit, das neue Gesetz in Bundesrat und Parlament durchgesetzt zu haben, und bezichtigt die OpponentInnen, an jedem künftigen Drogentoten mitschuldig zu sein (zu den OpponentInnen gehören immerhin auch die bürgerliche Genfer Regierung, Joseph Voyame, der frühere Direktor des Bundesamtes für Justiz, und seit dem WoZ-Interview Verlegergattin Ellen Ringier). Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund seinerseits erklärt daraufhin tapfer, sich nicht gegen das Zwangsgesetz aussprechen zu wollen, weil dies chancenlos sei, nachdem eine Mehrheit der (noch gar nicht befragten!) Bevölkerung darin eine angemessene Antwort auf drängende Probleme sehe.

Schon die Vorlage über die erleichterte Einbürgerung und der Antirassismus-Artikel (vgl. ak 371, S. 21) haben im laufenden Jahr dieses Klima zu spüren bekommen. Die Kampagne gegen die Zwangsmaßnahmen hat es doppelt schwer, weil das neue Gesetz die beiden beliebtesten rechtspopulistischen Feindbilder bzw. Sündenböcke gleichzeitig anspricht: die AusländerInnen und die (illegalen) Drogen. Die Perfidie dieser Verknüpfung entbindet uns indessen nicht davon - im Unterschied zu den großen Vereinfachern im rechten Lager -, sorgfältig und differenziert zu argumentieren.

Begründet wird das Gesetz mit den Zuständen am Zürcher Letten. Daß diese Zustände unhaltbar sind, bestreitet niemand. Es besteht Handlungsbedarf, realistischerweise allerdings in der Drogenpolitik und nicht, indem den bestehenden Repressionsgesetzen ein weiteres gegen AusländerInnen hinzugefügt wird. Denn was kann das neue Gesetz in der Drogenszene ändern? Es vermindert weder die Zahl der Süchtigen noch die Nachfrage nach illegalen Drogen, noch die mit dem Drogenhandel auf dem Zwei-Milliarden-Markt Schweiz verbundenen Gewinnchancen, wie sie aufgrund der Prohibitionspolitik bestehen. Genausowenig wie dieser Drogenmarkt in den letzten zwanzig Jahren mit mehr Strafverfolgung und neuen Gefängnissen verkleinert werden konnte. Kann die Polizei größere Schläge gegen Drogenhändler führen, hat dies groteskerweise - was nach den Marktgesetzen aber logisch ist - zur Folge, daß die Preise steigen und damit auch die Gewinnmöglichkeiten auf dem illegalen Markt, selbstverständlich steuerfrei. Sofort stehen dann andere, SchweizerInnen oder AusländerInnen, bereit, welche die mit dem illegalen Geschäft verbundenen Risiken auf sich nehmen. Wer behauptet, das Gesetz über Zwangsmaßnahmen leiste einen vernünftigen Beitrag zur Drogenpolitik, streut den Betroffenen Sand in die Augen.

Das Gesetz richtet sich gegen AusländerInnen ohne rechtsgültige Aufenthaltsbewilligung, denen eben gerade nicht vorgeworfen werden kann, sie hätten ein Delikt begangen. Seine Anwendung im Drogenbereich heißt nichts anderes, als daß bei den betroffenen AusländerInnen die Unschuldsvermutung und fundamentale strafrechtliche Verfahrensgarantien außer Kraft gesetzt werden. Im Klartext bedeutet das: Es wird in Kauf genommen, daß Unschuldige eingesperrt werden, vorausgesetzt, es handle sich um AusländerInnen. Ist der Rechtsstaat Schweiz schon an diesem Punkt angelangt?

Die Willkür

der Fremdenpolizei

Was das Parlament effektiv beschlossen hat, ist kein Sondergesetz für den Zürcher Letten mit räumlich beschränkter Wirkung, sondern ein Gesetz gegen alle AusländerInnen in der Schweiz, bei denen etwas mit der Bewilligung nicht stimmt. Beispiele: Bis zu neun Monate in Ausschaffungshaft gesteckt werden kann (zusätzlich zu drei Monaten Vorbereitungshaft) eine abgewiesene Flüchtlingsfamilie samt sechzehnjährigen Kindern. Von der Haft verschont bleiben nur Kinder bis zu fünfzehn Jahren. Dasselbe kann einem ausländischen Arbeiter passieren, dessen Saison- oder Aufenthaltsbewilligung abgelaufen ist. Ebenfalls betroffen ist eine Jugendliche der zweiten AusländerInnengeneration, die in der Schweiz aufgewachsen ist und die es verpaßt hat, ihre Aufenthaltsbewilligung zu verlängern.

Die Voraussetzungen für die Anordnung der Ausschaffungshaft sind außerordentlich vage formuliert. AusländerInnen können, und zwar bereits nach einem erstinstanzlichen Entscheid, beispielsweise dann verhaftet werden, wenn "konkrete Anzeichen" befürchten lassen, daß sich die Betroffenen der Ausschaffung entziehen wollen. Eine Untersuchung zur Praxis der heutigen (maximal dreißig Tage dauernden) Ausschaffungshaft zeigt, daß solche Anzeichen für das Untertauchen unter anderem in folgenden Umständen erblickt werden: keine Reisedokumente, unerlaubte Einreise, Mittellosigkeit und fehlendes festes Domizil, Schwarzarbeit, Gesuch um Wohnsitzwechsel. Die entsprechende Praxis ist in den Kantonen sehr unterschiedlich. Der Ermessensspielraum oder umgekehrt formuliert: das Willkürpotential der für die Anordnung der Haft zuständigen Fremdenpolizei ist enorm. Eine richterliche Haftprüfung findet erst nachträglich statt.

Noch wenig Beachtung gefunden hat die Tatsache, daß für AusländerInnen ohne rechtsgültige Aufenthaltsbewilligung eine völlig neuartige Präventivhaft ohne Delikt eingeführt wird. Ist die Fremdenpolizei nämlich der Meinung, jemand störe oder gefährde die öffentliche Ordnung oder Sicherheit bzw. verstoße (nach den Worten der bundesrätlichen Botschaft) "gegen ungeschriebene Regeln des sozialen Zusammenlebens" (was immer das heißen mag), dann kann sie den Betroffenen einen Aufenthaltsrayon zuweisen und sie bei einem Verstoß gegen diese Auflage bis zu einem Jahr inhaftieren lassen. Wie die Staats- und Völkerrechtler, die sich in den Dienst von Bundesrat Arnold Koller gestellt haben, allen Ernstes behaupten können, diese Maßnahmen würden nicht gegen das Diskriminierungsverbot und die Rechtsgleichheit verstoßen, bleibt ihr Geheimnis.

Die Rayonauflage bzw. die rechtlich bindende Zuweisung eines Aufenthaltsortes wird im übrigen zu Unrecht als harmloser Eingriff in die persönliche Freiheit bezeichnet. Eine solche Auflage widerspricht nicht nur der sonst gepredigten Mobilität, etwa wenn den Arbeitslosen zugemutet wird, für eine Arbeit je zwei Stunden Hin- und Rückweg, also insgesamt vier Stunden Fahrzeit, pro Tag in Kauf zu nehmen. Sie bedeutet zugleich einen bedenklichen Rückschritt hinter die im 19. Jahrhundert mühsam erkämpften Grundrechte der Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit. Es besteht die Gefahr, daß auch weitere sozial benachteiligte Gruppen diesen Rückfall zu spüren bekommen werden, wenn er hier widerspruchslos akzeptiert wird. Die zwangsweisen "Rückführungen" von Drogensüchtigen in ihre Wohnsitzgemeinden sind jedenfalls ein Signal in diese Richtung.

Auch SchweizerInnen betroffen

In einem Punkt trifft das Gesetz übrigens auch SchweizerInnen (und AusländerInnen mit rechtsgültiger Aufenthaltsbewilligung). Unauffällig ist darin nämlich eine Klausel eingeführt worden, welche die Polizei ermächtigt, in Wohnungen oder "andere Räume" (gemeint sind vor allem Kirchen) einzudringen, wenn sie dort auszuweisende AusländerInnen vermutet. Für die Anordnung einer Durchsuchung genügt dabei ein einfacher Verdacht. Dies im Unterschied zum Strafprozeßrecht, wo ein dringender Verdacht bzw. Wahrscheinlichkeit gegeben sein muß, bis die grundrechtlich geschützte Unverletzlichkeit der Wohnung gebrochen werden darf. Die Schwelle für Eingriffe in Grundrechte wird auch hier markant herabgesetzt.

Angesichts dieser Perfektionierung des Ausschaffungsstaats und in Anbetracht all der vorprogrammierten Willkür haben gewisse KritikerInnen das Bedürfnis verspürt, ihre Empörung durch vorschnelle Faschismusanalogien ("Nein zu diesem Nazigesetz" usw.) auszudrücken. Derartige Parolen ersetzen nicht nur das Denken, sie verstellen auch den Blick auf besorgniserregende Entwicklungen, wie sie derzeit in den westeuropäischen Demokratien im Gange sind. Eine einigermaßen präzise Analyse ist aber auch hier Voraussetzung für vernünftiges politisches Handeln. AusländerInnen und Flüchtlinge werden in den heutigen westlichen Demokratien ausgegrenzt, so wie die sozialen Bewegungen im 19. und beginnenden 20.

Jahrhundert in den bürgerlich geprägten Demokratien unterdrückt wurden. Wer schon hier zum Faschismusvorwurf greift, hat nicht begriffen, was Faschismus ist.

Die Schweiz war auch vor dem und im Zweiten Weltkrieg eine Demokratie. Trotzdem war die offizielle schweizerische Flüchtlingspolitik dieser Zeit antisemitisch geprägt, was sich für die nach Nazideutschland zurückgewiesenen Flüchtlinge tödlich ausgewirkt hat. Wenn das neue Ausschaffungsgesetz bereits in "normalen" Zeiten derart willkürliche Verhältnisse schafft, was wären erst die Folgen in einer vergleichbaren Krisensituation? Eine Schweiz, die unter dem Druck rechtspopulistischer Kampagnen ein solches Zwangsgesetz erläßt, hat die Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg offensichtlich vergessen oder verdrängt.

Abstimmungskampf produktiv nützen

In einer Demokratie ist es immerhin möglich, die Auseinandersetzung um ein derartiges Gesetz öffentlich zu führen - vorausgesetzt, es finden sich genügend Leute, die bereit sind, dies auch dann zu tun, wenn es unpopulär ist. Und obwohl sie ja nicht selbst betroffen sind, sondern Minderheiten, die sich mangels politischer Mitsprachemöglichkeit nicht wehren können. Wie die Erfahrungen beispielsweise mit der zweiten Asylgesetzrevision zeigen, ist es für die Interpretation und Handhabung eines Gesetzes nicht gleichgültig, ob und von wem es mit welchen Argumenten bekämpft wird - selbst dann, wenn ein Abstimmungserfolg an der Urne außer Reichweite liegt. Erst recht gilt das für ein Gesetz mit einem derartigen Willkürpotential. Das entgegen allen Prognosen erfolgreich zustandegekommene Referendum gegen die Zwangsmaßnahmen hat bewirkt, daß sich die großen bürgerlichen Parteien und auch Bundesrat Koller erstmals wieder gegen links und gegen grundrechtliche Bedenken rechtfertigen müssen, während ihr Blick vorher rechtsaußen fixiert war.

Letztlich geht es auch um die zentrale Frage, wie die Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtspopulismus geführt werden soll. Der Berner Staats- und Völkerrechtler Walter Kälin, von dem ich sonst viel halte, hat seine Unterstützung der Zwangsmaßnahmen damit gerechtfertigt, daß die Rechtspopulisten ohne dieses Gesetz nur noch mehr Auftrieb erhalten würden. Ist es nicht umgekehrt? Was haben Minderheiten in diesem Land zu erwarten, wenn eine dreimonatige "Blick"-Kampagne genügt, damit das Parlament im Schnellverfahren ein derartiges Gesetz beschließt? Ein breiter Widerstand gegen das Ausschaffungsgesetz kann bewirken, daß die großen Parteien und Bundes-Bern kritische Bedenken wieder ernster nehmen müssen. Und auch, daß ins Bewußtsein rückt, wem mit dem neuen Gesetz - einmal vom "Blick" abgesehen - nachgegeben worden ist (im Parlament haben die Schweizer Demokraten und die Freiheitspartei Bundesrat Koller offen applaudiert). Gelingt beides, wäre immerhin schon etwas erreicht.

Das deutsche

Vorbild übertroffen

Mehr als 50.000 Unterschriften hatten humanitäre Organisationen, Linke und Gewerkschafter gesammelt, um einem rassistischen Sondergesetz der Schweizer Regierung mit einer Volksabstimmung entgegenzutreten. Daß das am 4. Dezember durchgeführte Referendum zur Verschärfung des schweizerischen Ausländerrechts so niederschmetternd ausfallen würde, hatten selbst Pessimisten nicht erwartet. Mit überwältigender Mehrheit von 72,9% Ja-Stimmen bei einer Stimmbeteiligung von 43% votierten die Schweizer Bürgerinnen und Bürger klar für die im März von der Regierung beschlossenen Zwangsmaßnahmen. Nicht nur in der fremdenfeindlichen deutschsprachigen Schweiz, auch in den französischsprachigen Landesteilen und im Ticino (Tessin) stimmte eine Mehrheit für die Gesetzesvorlage.

Danach können in der Schweiz lebende AusländerInnen maximal ein Jahr in "Vorbereitungshaft" gehalten werden, wenn sie von der Fremdenpolizei verdächtigt werden, "untertauchen" zu wollen. (Zum Inhalt des Gesetzes und seiner demagogischen Rechtfertigung durch Justizminister Koller und andere siehe nebenstehenden Artikel "Hinter das 19. Jahrhundert zurück".)

Mit der nun vom Volk der Schweizer bestätigten Regelung übertrifft das immer noch als "weltoffen" und "liberal" verkannte Land in Teilen sogar das deutsche Vorbild, dem offensichtlich nachgeeifert wurde. Nach deutschem Recht ist die Vorbereitungshaft auf sechs Wochen begrenzt. Erst nach letztinstanzlicher Ablehnung eines Asylantrags kann "Sicherheitshaft" von bis zu 18 Monaten Dauer verhängt werden.

Das Ergebnis des Referendums macht den im September erzielten Erfolg im Kampf gegen den Rassismus weitgehend zunichte: Damals hatte sich eine knappe Mehrheit von 54,7% für die Strafbarkeit rassistischer Handlungen und Propaganda ausgesprochen.

11. Konzertierte Aktion Zukunft. Die etwas andere Werbekampagne der Deutschen Bank

Autor: Js. · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:31

Unerforschlich sind die Wege der Werbung. Oft genug fragt mensch sich beim Betrachten eines Spots, was seine Macher sich dabei gedacht haben könnten. Die aktuelle Kampagne der Deutschen Bank stellt schon durch ihr Finanzvolumen von 10 Mio. DM das meiste bisher Dagewesene in den Schatten.

Schon der Start war rätselhaft. In ca. einminütigen Filmen mit vielen Schnitten trat jeweils ein nachdenklicher Mann im dunklen Anzug vor die Kamera und sprach bedeutungsvolle Sätze über Zukunft, Arbeit, Menschenwürde, Deutschland, die Japaner und überhaupt. Erst ganz am Schluß wurde ein blauer Himmel mit strahlend weißen Wölkchen eingeblendet und der Auftraggeber - und erwartete Nutznießer - genannt: "Deutsche Bank - wir fördern Zukunft."

Entstanden ist der eigentümliche Werbefeldzug im Anschluß an ein Kolloquium "Arbeit der Zukunft - Zukunft der Arbeit", veranstaltet von der "Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog". Die Hauptdarsteller der Fernsehspots haben an diesem Treffen teilgenommen, die von ihnen aufgesagten Sätze waren Kernaussagen der gehaltenen Vorträge. Zum Nachlesen und -denken wurden die Referate sodann in diversen überregionalen Tageszeitungen (die taz war nicht dabei), aber auch z.B. in der Woche und der Wochenpost, dokumentiert. Auf eine Seite mit dem Namen des Referenten, einem in großen Lettern gesetzten Merksatz und dem sehr klein gehaltenen Namen des Sponsors folgten - scheinbar ein Affront gegen alle Gesetze der Werbung - jeweils zwei volle Seiten Kleingedrucktes. Pro Person drei in größerer Type herausgehobene Sätze faßten die Message für das leseunwillige Publikum zusammen. Insgesamt neun "führende Experten" waren beteiligt. Einige Kostproben ihrer Thesen:

- Dr. Heinz Riesenhuber, MdB, ehemaliger Forschungsminister: "Unsere Zukunft ist heute, fördern wir die Innovationen. Wir brauchen das lebenslange Lernen, das Wissen, daß man immer wieder Neues zu ergreifen hat, daß man sich nicht auf dem ausruhen kann, was man hat."

- Professor Dr. Hans Küng, Theologe: "Lebensstandard ist kein Ersatz für Lebenssinn. Die Erlebnisorientierung bietet kaum eine wirkliche Lebensorientierung, sondern verdeckt nur das seit den späten 60er Jahren um sich greifende Orientierungsvakuum."

- Professor Dr. Meinhard Miegel, Geschäftsführer des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn: "Je nach Region stehen für ein Zehntel bis ein Fünftel der Erwerbswilligen derart attraktive Tätigkeiten nicht zur Verfügung. Damit sind sie - da sie weniger attraktive Tätigkeiten ablehnen - nach heutiger Terminologie arbeitslos."

- Walter Riester, 2. Vorsitzender der IG Metall: "Die Gewerkschaften stellen sich dem Wandel. Wer die Arbeitslosigkeit wirklich bekämpfen will, dem gegenüber sind wir bereit, über unkonventionelle Vorschläge ernsthaft zu diskutieren."

Und was soll das Ganze? Die Deutsche Bank, so erfahren wir, "fördert Zukunft" und diskutiert zu diesem Zweck sogar mit einem "Berufshäretiker" (so die Süddeutsche Zeitung über Professor Küng) und einem leibhaftigen Gewerkschafter. Klasse - aber sollen wir deshalb ein Konto eröffnen oder einen Kredit aufnehmen? Doch nein, so mechanistisch ist die Sache wohl nicht gemeint. Hier ist eher eine langfristige Imageförderung beabsichtigt. Die öffentlich demonstrierte Überparteilichkeit kann dabei nur nützlich sein.

Besonders wertvoll ist die bereitwillige Kollaboration des Kollegen Riester. Seltsame Moralvorstellungen pflegen die deutschen Gewerkschaften. Steinkühler mußte gehen, weil er sich mit Hilfe von Spekulationen persönlich bereichert hat; Riester, der das Ansehen (und mutmaßlich den Profit) des Finanzkapitals mehren hilft, bleibt nicht nur unbehelligt, sondern wird gar noch zum "führenden Experten" aufgewertet, auf den seine Kumpels stolz sein dürfen.

Daß die Deutsche Bank außerhalb von Kolloquien, in der täglichen Politik"beratung" (auch Lobbyismus genannt), am Althergebrachten festhält, wird von ihren führenden Repräsentanten überhaupt nicht

verheimlicht. Ihr Chefökonom Norbert Walter gab in einem Interview der Hamburger Morgenpost (26.10.) bereitwillig Auskunft über den von seinem Unternehmen gewünschten sozialpolitischen Kurs. "Lohnzurückhaltung ist unverzichtbar", noch wichtiger aber ist, daß endlich die richtige "sozialpolitische Weichenstellung" vorgenommen wird: "Bestehende Arbeitsplätze werden durch Sozialpläne so abgesichert, daß sich jeder Arbeitgeber fürchtet, Leute einzustellen, weil er die nicht mehr los wird, wenn es wieder bergab geht."

Forza Germania - auf Berlusconis Spuren. Den blauen Himmel mit den weißen Wölkchen haben sie auch von ihm übernommen.

Js.

12. Prima Klima. Grüne Bundesversammlung im versunkenen Osten

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:36

"Grüne hartnäckig kompromißbereit", titelte die taz am Tag nach der Bundesversammlung der Bündnisgrünen am 3./4.12. in Potsdam-Babelsberg, auf der Krista Sager und Jürgen Trittin zu SprecherInnen des Bundesvorstandes (BuVo) der Partei gewählt wurden, und empfahl sich somit wieder einmal als Hauspostille der grünen RealpolitikerInnen. Deutlicher brachte es die FAZ zu Papier: "Realpolitiker feiern Erfolge." Denn auch bei der Wahl zum BuVo verstand es Joschka Fischer, der "Große Steuermann" (Junge Welt), seine Option durchzubringen: "Am Ende mit Sager und Trittin ein Dream Team an die Spitze gewählt." (taz, 5.12.94).

Nachdem, auch weil ihm dies von Linksgrünen nahegelegt wurde, der Mecklenburger Dieter Feige seine Kandidatur zurückgezogen hatte, kandidierten für die beiden Sprecherposten des BuVo noch Jürgen Trittin, Ex-Minister aus Niedersachsen und dem linken "Babelsberger Kreis" angehörig, die Hamburger Reala Krista Sager und die vom linken Flügel "massiv" (FAZ) unterstütze Christiane Ziller, die in der vergangenen Legislaturperiode im Abgeordnetenbüro von Konrad Weiß gearbeitet hatte, sich aber auf der Bundesversammlung als Linke präsentierte: Sie stehe für konsequente Frauenpolitik, erteile einem "Flirt mit schwarz-grün" eine deutliche Absage und setze sich für die pazifistischen Positionen der GRÜNEN ein.

War ein linker "Durchmarsch" möglich?

In der entscheidenden Abstimmung konnte sich Krista Sager mit zehn Stimmen Vorsprung gegen Christiane Ziller durchsetzen. Zuvor war aber einige Überzeugungsarbeit von Seiten der Realos in den Reihen der Delegierten von Nöten, da sich ein Abstimmungsbündnis zwischen Teilen der ostdeutschen und den linken Delegierten abzuzeichnen schien. Da der bündnisgrüne Ost-Länderrat im Vorfeld der Bundesversammlung darauf verzichtet hatte, einen Sprecherposten für eine/n Ost-Vertreter/in zu fordern, konnte Christiane Ziller auf die Unterstützung der meisten ostdeutschen Delegierten hoffen. Den BürgerrechtlerInnen um Werner Schulz und Marianne Birthler war aber die West-Reala Sager lieber. Mit dubiosen Anwürfen gegen Ziller versuchten sie, eine Abstimmungsniederlage Sagers zu verhindern. So wurde ihr etwa durch den Hinweis, daß sie schon seit vier Jahren in Bonn lebe, die authentische Ostidentität abgesprochen.

Auch westdeutsche Realpolitiker, allen voran Joschka Fischer, versuchten, die Delegierten auf den rechten Weg zu bringen. "Unter Hinweis auf den vom bisherigen, nach dem Schema ‚eins links, eins rechts` besetzten Bundesvorstand und die nach demselben Strickmuster aus ihm und Kerstin Müller besetzten Fraktionsspitze warb er für ‚Integration`. Der Versuch eines ‚Durchmarsches der Linken`, warnte der Häuptling der Realos, könne zu einer Kampfabstimmung Trittin gegen Sager nebst den fälligen Redeschlachten, Verdächtigungen und negativen Schlagzeilen führen." (FR, 5.12.94). Im Endeffekt führte das Geklüngel im und vor dem Plenum zur knappen Wahl Sagers. Die heilige Kuh der Bündnisgrünen ist eben die Aufrechterhaltung der innerparteilichen Harmonie, deren herrschende Spielregel besagt, daß wichtige Ämter in Partei und Fraktion strömungsparitätisch zu vergeben seien. Zwar wurde zu Beginn der Wahl noch ein Antrag eingebracht, der eine Änderung des Wahlmodus erreichen sollte, so daß zuerst Trittin zur Wahl gestanden hätte (somit wäre die Drohung der Realos mit einer Kampfabstimmung Trittin-Sager ins Leere gelaufen). Doch hatte dieser Antrag keine Chance.

"Tatsächlich ist der Wahlerfolg von Frau Sager als Kandidatin der Realos ... auch ein Erfolg der Realpolitiker um Joseph Fischer. ... Dies gilt um so mehr, als die beiden weiteren Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands der Grünen, die politische Geschäftsführerin Heide Rühle und der Schatzmeister Henry Selzer, mit eindeutigen Ergebnissen wiedergewählt wurden, obwohl sie den Realos zumindest nahestehen." (FAZ, 5.12.94) Als eine der vier Ost-VertreterInnen war dann Christiane Ziller auch noch ein Sitz im BuVo sicher. Ebenfalls gewählt wurden Regine Barth (Köln), Rita Selitrenny (Leipzig), Kassim Hebbahni (Berlin) und Karsten Speck (Leipzig).

Der Osten

versinkt in den Strömungen

Haben die Wahlniederlagen in Ostdeutschland die Strategen des Bündnis 90 soweit aus der Bahn geworfen, daß sie nur noch minimalen Einfluß auf die Gesamtpartei ausüben können? Wohl kaum, doch zeigt der Verzicht auf die Nominierung eines eigenen Kandidaten, daß es nach den desolaten Ergebnissen bei den Bundes- wie Landtagswahlen in den ostdeutschen Landesverbänden zu kontroversen Diskussionen gekommen ist, die vermutlich zur verstärkten Ausdifferenzierung nach strömungspolitischen Kriterien führen werden. Wahrscheinlich wird es für die Politprofis von Bündnis 90, Werner Schulz (Geschäftsführer der Bundestagsfraktion) etwa oder Marianne Birthler (ehemalige Vorstandssprecherin und brandenburgische Ministerin, derzeit ohne Amt) und andere, in Zukunft schwieriger, sich als einzig legitime Repräsentanz der Ostgrünen zu behaupten. Dafür spricht auch, daß die von Schulz und Co. unterstützten Bürgerrechtler/innen wie Katrin Göring-Eckardt, Burghard Brinksmeier oder Heiko Leitz nicht in den Vorstand gewählt wurden, was Schulz in den Tagen nach der Bundesversammlung empört als Bruch des Assoziationsvertrages zwischen Bündnis 90 und den GRÜNEN anprangerte. Schon greift Werner Schulz zum moralischen Hammer gegen die in den BuVo gewählten Ostgrünen, indem er ihnen vorwirft, sie seien "keine authentische(n) Vertreter aus der DDR-Opposition" (taz, 5.12.94).

Der desolate Zustand der Ostgrünen verlieh ihrer Forderung nach sofortigem Umzug der Bundesgeschäftsstelle von Bonn nach Berlin zusätzliche Dringlichkeit. Konnte mensch sich im Ost-Länderrat nicht auf eine/n gemeinsame/n Kandidatin/en für die Wahl einer/s Parteisprecherin/s einigen, so wurde statt dessen der Umzug eingefordert. Was folgte, war ein salomonischer Beschluß: Bis spätestens 1998 soll der Umzug durchgeführt werden. Wenigstens in dieser Hinsicht konnte sich der linke Flügel in der Partei durchsetzen. Der Umzug der Bundesgeschäftsstelle zum jetzigen Zeitpunkt hätte der Bundestagsfraktion im politischen Tagesgeschäft zu noch mehr Gewicht verholfen. Nur wenn der Parteiapparat auch in der Nähe von Bonn beheimatet ist, kann er die geringen Möglichkeiten nutzen, die der Bundestagsfraktion per se zufallende Dominanz im politischen Prozeß wenigstens einigermaßen zu schmälern. Ebenfalls kann sich Marianne Birthler, die ja nicht mehr Parteisprecherin ist, über diesen Beschluß freuen. Fällt für sie, die als Spitzenkandidatin sowohl bei den brandenburgischen Landtags- als auch bei den Bundestagswahlen gescheitert war, doch so der Posten einer Leiterin des bestehenden Berliner Büros mit erweiterten Aufgabenstellungen ab.

Schwarz-grüne Gespenster

Bündnisgrüne Parteitage sind aber nicht nur Postenvergabestellen. Die durch die Unterstützung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Wahl Antje Vollmers in das Bundestagspräsidium entfachte schwarz-grüne Debatte bewegte die Gemüter der Delegierten auch an diesem Wochenende. "Kaum ein Redner versäumte es, ein Zusammengehen mit der Union rundweg abzulehnen", wußte der Korrespondent der FR zu berichten. (FR, 5.12.94) (Der Zauberlehrling?) Joschka Fischer bezeichnete die Debatte über eine schwarz-grüne Zusammenarbeit auf Landes- oder Bundesebene als "schwarz-grüne Geisterdiskussion". Er, ebenso wie Ludger Volmer, beschworen die programmatischen Unterschiede zwischen CDU und den Bündnisgrünen. Jürgen Trittin, der im Gegensatz zu Fischer auch die schwarz-grünen Kommunalkoalitionen in NRW kritisierte, forderte die Partei auf, Front zu machen gegen "den Marsch in Richtung Großmacht Deutschland, Schäubles Wiederentdeckung der Nation". Gegen die faktische Große Koalition von CDU/CSU und SPD müßten die Grünen die gesellschaftliche wie die parlamentarische Opposition organisieren. Eine Beschränkung auf pragmatische Verbesserungen im Detail lehne er ab. Ziel müsse sein, "die Gesellschaft strukturell zu verändern". In seiner Bewerbung forderte er zudem die besondere Unterstützung für das Magdeburger Modell ein, da dort bewiesen würde, "daß jenseits großer Oppositionen und landesväterlichem Absolutismus eine andere Politik möglich" sei.

Daß diese Position in der Partei nicht Mehrheitsmeinung ist, mußte Trittin spätestens im weiteren Verlauf der Bundesversammlung registrieren. Baden-württembergische Realos, die schon nach der letzten Landtagswahl Verhandlungen mit der CDU geführt hatten, feierten die Debatte als diskursiven Erfolg der Bündnisgrünen; es sei ein beachtlicher politischer Gewinn, daß es gelungen sei, von der CDU als potentieller Koalitionspartner ernst genommen zu werden. Wie aber der von Trittin formulierte Anspruch nach struktureller Veränderung mit solchem Ansinnen zu vereinbaren ist, erschient schleierhaft. Wenigstens die Sprecherin der Bundestagsfraktion, Kerstin Müller, wies in der weiteren Aussprache auf die naheliegende Tatsache hin, daß solche Debatten die Glaubwürdigkeit der Grünen, die CDU ablösen zu wollen, hintertreiben würden.

Militärintervention in Bosnien?

Ein weiteres kontrovers diskutiertes Thema an diesem Wochenende waren die Äußerungen des außenpolitischen Sprechers der Bundestagsfraktion, Gerd Poppe, Bürgerrechtler aus Berlin. Dieser plädierte in den Tagen vor der Bundesversammlung - entgegen eindeutigen Parteibeschlüssen - für eine Militärintervention in Bosnien. "Statt Kriegseinsätze mit Hilfe neuer Transportflugzeuge, Hubschraubern und dem Aufbau von Interventionstruppen vorzubereiten, gilt es, für Abrüstung, Konfliktvermeidung, Konfliktbegrenzung und zivile Konfliktregelungen zu streiten", bekräftigte erneut Trittin den alten Parteibeschluß. "Die scheibchenweise Einbeziehung der Bundeswehr in Kriegseinsätze - Adriaüberwachung, Awacs, jetzt Tornado - muß verhindert werden", beschwor er die Delegierten. Nichtsdestotrotz: Obwohl die Bündnisgrünen in einer in Potsdam verabschiedeten Bosnien-Resolution wiederum davor warnten, den Krieg in Ex-Jugoslawien für eine Militarisierung der deutschen Außenpolitik zu nutzen, fiel der Beschluß zur Rolle von UN-Blauhelmen weniger eindeutig aus. Wurden UN-Blauhelm-Kontingente in der Vergangenheit nicht als Mittel einer deeskalierenden Krisenintervention angesehen, fordert die nun beschlossene Resolution genau diese. Ausdrücklich wird die Stationierung von "zur Selbstverteidigung fähigen" UN-Einheiten gefordert. In den Reihen der BAG Frieden stieß dieser Beschluß auf vehementen Protest. Eingebracht wurde der Resolutionsentwurf von Ludger Volmer sowie von Ralf Fücks. Der eine wird als Vertreter der Parteilinken angesehen, der andere ist Oberrealo aus Bremen - gemeinsam arbeiteten sie mit ihrem Entwurf an der Aufweichung der antimilitaristischen Positionen der Grünen.

Zwar hat Fischer in Potsdam erklärt, daß die überwiegende Mehrheit der Bundestagsfraktion das eindeutige Nein der Partei zur Frage militärischer Intervention in Ex-Jugoslawien weiterhin respektieren werde, doch die Bedenken des Berliner Rechtsanwaltes und exponierten Linken Christian Ströbele scheinen nur zu berechtigt: "Die Bundestagsfraktion ist viel mehr geneigt, Kompromisse in der Tagespolitik anzubieten." (FR, 5.12.94) Daß er in dieser Situation ein rein linkes Sprecher-Duo als Gegengewicht zur Bundestagsfraktion lieber gesehen hätte, ist nur zu verständlich. Aber was soll's, Hauptsache "das neue gute Betriebsklima in der Partei stimmt", wie Ludger Volmer sich freute.

mb., Berlin

13. Gerichtsstand Deutschland? Verträge zur Erhaltung der Gedenkstätte Auschwitz ratifiziert

Autor: Katja Leyrer · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Außenpolitik der BRD; Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:06

Als der niedersächsische Kultusminister Rolf Wernstedt am 15. November des Jahres in Krakow aus dem Flugzeug stieg, hatte er gute Absichten und die Vollmacht, Verträge über insgesamt 10 Millionen DM zum Erhalt des Museums Auschwitz zu unterzeichnen. Wernstedts Funktion - assistiert vom brandenburgischen Staatssekretär Friedrich Buttler - war die des federführenden Stellvertreters sämtlicher Bundesländer, die sich analog der Bundesregierung entschieden hatten, einen Beitrag zu Renovierungs- und Konservierungsmaßnahmen in der Gedenkstätte zu leisten.

Eine Woche früher, am 8. November 1994, waren die Verträge des Bundes - insgesamt 10 Millionen DM über einen Zeitraum von 4 Jahren - ratifiziert worden. Weitere 10 Millionen DM sollen nun nach einem ähnlichen Modus aus den deutschen Ländern nach Polen gehen. Auf den ersten Blick gesehen ist damit endlich das, was bereits 1992 versprochen wurde, unter Dach und Fach: die Bundesregierung hatte nicht zuletzt aufgrund internationaler Kritik Gelder aus der Staatskasse zugesagt, um den "Verfall von Auschwitz" zu verhindern. Vorausgegangen war der internationalen Kampagne für die Unterstützung des Museums eine Schätzung der US-amerikanischen Lauder-Stiftung, nach der mehr als 40 Millionen Dollar erforderlich seien, um den Ort, der als Symbol für den Holocaust gilt, als Gedenkstätte zu erhalten. Daraufhin hatten verschiedene europäische Staaten mehr oder weniger bürokratische Zuwendungen beschlossen. Eine der ersten Zusagen kam von der belgischen Regierung, die einen Betrag von umgerechnet 2 Millionen DM ankündigte.

Baron Maurice Goldstein, Vorsitzender des Internationalen Auschwitz-Komitees in Brüssel, weist in diesem Zusammenhang gern darauf hin, daß dieser Beitrag, auf die Bevölkerungszahlen umgerechnet, erheblich höher sei als der deutsche: "Belgien hat vier Millionen Einwohner und spendet 2 Millionen DM. Sie haben 80 Millionen Einwohner, da müßten es mindestens 40 Millionen DM sein."

Eine pragmatische Rechnung, die aber nicht vorwurfsvoll gemeint ist, denn der Dachverband der Überlebenden-Komitees aus zahlreichen Ländern begrüßt die deutschen Zuwendungen für die Gedenkstätte ausdrücklich. Zu den 20 Millionen aus den Haushaltskassen sind übrigens noch einmal etwa 9 Millionen DM zu zählen, die sich vor allem aus 5,9 Millionen DM der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit und den Ergebnissen der Spendensammlungen des Norddeutschen und Hessischen Rundfunks zusammensetzen. Insbesondere diese privaten Spenden sind auf internationale Anerkennung bei den überlebenden Opfern von Auschwitz gestoßen.

Gesamtkonzeption

steht noch aus

Die Bundes- und Ländergelder werden projektgebunden an die Museumsleitung in Oswiecim vergeben, die wiederum dem polnischen Kultusministerium untersteht. Im Klartext heißt dies, daß Planungen, Kostenvoranschläge und Abrechnungen von deutschen Behörden kontrolliert werden, Entscheidungsfindung und Durchführung der Sanierungsprojekte jedoch vor Ort stattfinden müssen. Die Entscheidungen werden von einer polnischen Auschwitz-Stiftung und der Museumsleitung getroffen, die wiederum seit 1990 von einer Internationalen Sachverständigengruppe beraten wird. Dieser Beirat ist mehrheitlich von polnischen Fachleuten besetzt und von den widersprüchlichsten Vorstellungen über die Zukunft des Museums geprägt. Hier stoßen nicht nur politische und religiöse Differenzen aneinander. Wie in deutschen Gedenkstätten auch beklagen die Vertreter der Überlebenden-Organisationen ihre Minderheitenposition im Beratungsgremium.

Unter Einbeziehung dieser äußeren Schwierigkeiten scheint es beinahe verständlich, daß es eine Gesamtkonzeption für die künftige Gedenkstättenarbeit im Museum Auschwitz nicht gibt und jede Teilentscheidung über die Verwendung von finanziellen Zuwendungen schon ein erfreulicher Schritt ist. Das führt jedoch zwangsläufig zur mindestens indirekten Einflußnahme auf die künftige Konzeption des Museums und zu Entscheidungen, die nicht immer unumstritten sind.

Beispielhaft dafür sind auch einige der im November ratifizierten Projekte, die aus Deutschland finanziert werden sollen. So wird das sogenannte "Saunagebäude" in Birkenau für einige Millionen DM saniert, teilweise neu aufgebaut und zu einem Ausstellungskomplex hergerichtet, obgleich es über die Pläne seiner zukünftigen Nutzung innerhalb des Internationalen Museumsbeirates und auch der polnischen Museumsleitung noch keine Einigung gibt. Das ehemalige Aufnahmegebäude diente dereinst dazu, die ankommenden Menschen, soweit sie nicht an der Rampe in den Gastod selektiert worden waren, zu "registrieren": Hier wurden sie entkleidet, geschoren; hier wurde das Tätowieren der Nummern in den Arm vorgenommen; und hier wurden die zum vorübergehenden Weiterleben ausgesuchten Häftlinge wirklich geduscht und ihre Kleidung desinfiziert - daher der lagerinterne Name "Sauna". Im Gegensatz zu den meisten Häftlingsbaracken hatte man dieses Haus aus Stein erbaut, was zum 50 Jahre langen Überdauern der "Desinfektions- und Entwesungsanlage", wie das Gebäude im NS-Sprachgebrauch hieß, führte.

Die "Sauna" ist das größte, teilerhaltene Gebäude auf dem Areal des früheren Vernichtungslagers "Auschwitz II" und mit fast 2000 Quadratmetern Grundriß unbestritten geeignet, um als Ausstellungsraum zu dienen. Wie in anderen NS-Gedenkstätten auch sind Überdauern und jetzt anstehender Erhalt von SS-Gebäuden und "Funktionsräumen" aber durchaus Anlaß, um über Neukonzeptionen zu streiten. Und was für eine Ausstellung dort zu sehen sein wird, ist bislang umstritten.

Ebenfalls aus deutschen Geldern finanziert werden soll die Anbringung eines Besucherleitsystems durch die Gedenkstätte Birkenau. Viele Besucher haben in den vergangenen Jahren beklagt, daß die Beschilderung des mehr als 150 Hektar großen Geländes zu wünschen übrig läßt. Auffällig abwesend und unerträglich war vor allem das jahrelange Fehlen jeglichen Hinweises darauf, daß Birkenau ein Ort der Shoa ist und es sich hier nicht in erster Linie um ein Konzentrationslager sondern ein Vernichtungslager gehandelt hat. Besonders aus jüdischen Kreisen wurde allerdings deutlich der Wunsch geäußert, Birkenau als Friedhof wahrzunehmen und zu behandeln. Auch hier ist viel Fingerspitzengefühl erforderlich, um eine Beschilderung einzurichten, die all dem gerecht werden kann.

Jonathan Webber, Sozialanthropologe am Oxford Centre für Postgraduate Hebrew Studies und Gründungsmitglied des Internationalen Rats für Auschwitz skizzierte 1992 diesen Ort als einen Ort des ewigen Widerspruchs: Museum, Friedhof und touristischer Zielort zugleich, und all dies eben nicht für sich: "Wir haben in unserer Sprache keinen Begriff für das, was Auschwitz darstellt. Sicherlich hat es nicht für alle Menschen ein und dieselbe Bedeutung. Das heutige Auschwitz besteht aus einer Vielzahl von Wirklichkeiten, einer Vielzahl von Bedeutungen, Perspektiven und Herangehensweisen, die alle gleichzeitig vorhanden sind, auch wenn sie sich im Gegensatz zueinander befinden. Jeder dieser Teilaspekte scheint gleich wirklich und gleich wichtig zu sein, aber in jedem Fall sind diese Aspekte nur ein Teil der Realität und nur ein Teil der ganzen Bedeutung des Ortes."

Der niedersächsische Kultusminister Wernstedt, als Vertrags-Unterzeichner der deutschen Ländergelder einen halben Tag vor Ort, schien diese Widersprüchlichkeiten zu begreifen, wenn er auch von Amts wegen pragmatisch damit umgehen mußte. Im Terminplan standen neben Kurzbesichtigungen der beiden Gedenkstätten eine Kranzniederlegung, ein offizieller Termin mit der Museumsleitung und ein abendliches Essen mit dem deutschen Generalkonsul in Krakow. Der Sozialdemokrat überbrachte das - finanzielle - Ergebnis einer Initiative, die sein grüner Ex-Kollege Jürgen Trittin, damals Minister für Bundes - und Europa-Angelegenheiten in Hannover, angeschoben hatte. Im Frühjahr 1993 war es dann zum Beschluß der Länder gekommen, insgesamt 10 Millionen DM für den Erhalt der Gedenkstätten in Oswiecim bereit zu stellen.

Rolf Wernstedt, der sich das erste Mal an diesem Ort aufhielt, machte keinen Hehl daraus, daß ihn der Blick auf die Baracken und Ruinen der Gedenkstätte Birkenau in strömendem Regen tief bewegte. Die Verträge, die er Minuten später unterschrieb, lesen sich der amtsdeutschen Bürokratie entsprechend allerdings unangenehm herrisch: "Der Zuwendungsempfänger ist insbesondere verpflichtet (...) h) die Ausgabebelege mindestens fünf Jahre nach Vorlage des abschließenden Verwendungsnachweises aufzubewahren." Gerichtsort ist Hannover. So steht es im Vertrag.

Auch das ist eine der heutigen Realitäten von Auschwitz: Mit den deutschen Geldern hat, was die damit finanzierten Sanierungsprojekte betrifft, wieder deutsches Recht Einzug gehalten an jenem Ort, der ja nicht nur zum UNESCO-Welt-Kulturerbe zählt, sondern vor allem ein Symbol deutscher Vernichtungspolitik am jüdischen Volk ist.

Gedenkstätte,

Friedhof, Tourismusziel

Die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau wurde 1979 in die UNESCO-Liste der Kulturgüter der Menschheit aufgenommen. Angesichts schnurgerader und stacheldrahtbewehrter "Lagerstraßen" inmitten zerfallener Barackenreste und Ruinen der Krematorien mutet das befremdlich an. Doch diese Ernennung trägt sicherlich dazu bei, daß nunmehr nicht der polnische Staat allein für den finanziellen Erhalt des Geländes zuständig ist.

Geographischer Ort, damals wie heute: Oswiecim in Polen, eine kleine Stadt mit einem früheren jüdischen Viertel. Der wichtigste Arbeitgeber ist nach wie vor die Chemiefabrik, deren Grundsteine von IG-Farben-Häftlingen aus dem Lager "Auschwitz III" gebaut wurden. Der amtierende belgische Vorsitzende des Internationalen Auschwitz-Komitees war als junger Mann nach Auschwitz verschleppt worden; er leistete Zwangsarbeit in einer Kohlengrube der IG-Farben und wurde todkrank am 27. 1. 1945 von der Roten Armee befreit. Etwa zwanzig Jahre später erhielt er auf Grundlage eines Vergleichs zwischen der Claims Conference und der Firma IG Farben i.L. 2.500 DM "Entschädigung" für die Zeit des KZ-Aufenthaltes. Als jüdischer Verfolgter, der in einem westlichen Land lebte, gehörte er zu denen, für die ein Anspruch ausgehandelt worden war. Polnische Staatsbürger und alle Verfolgten aus dem Einzugsgebiet des damaligen Warschauer Paktes gingen leer aus.

Maurice Goldstein, vor einigen Jahren vom verstorbenen belgischen König Baudouin I. zum Baron ernannt, zeigt sich erfreut über die finanziellen Zuwendungen aus Deutschland, wäre allerdings auch froh über die Veränderung einige Rahmenbedingungen: unverständlich für ihn ist es beispielsweise, daß die bundesdeutsche Abwicklungsfirma IG Farben weder von sich aus noch auf Druck der Öffentlichkeit wenigstens einen ansehnlichen Beitrag zum Erhalt des Museums leistet. Immerhin existiert diese Nachfolgefirma des NS-Konzerns, der in Auschwitz ein eigenes KZ erhielt, unter anderem auch deshalb, um Entschädigungen an IG-Opfer zu zahlen. Auch das ist eine der heutigen Gegebenheiten von Auschwitz, diesem Ort mit dem bekannten deutschen Namen, der sich mitten im polnischen Oswiecim, befindet.

Polen ist im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern nicht reich. 1,5 Millionen Zwangsarbeiter beiderlei Geschlechts haben aus diesem Land unter den Deutschen gelitten. 600.000 ehemalige KZ-Häftlinge kamen nach 1945 aus den deutschen Lagern zurück. Der polnische Staat bringt seit den 50er Jahren umgerechnet und durchschnittlich jährlich ca. 3 Millionen DM auf, um das Museum Auschwitz zu erhalten und zu pflegen. Und es ist, ungeachtet einiger wiederum gutgemeinter Berichterstattungen, die vom "Verfall" sprachen, keineswegs verrottet oder schlecht geführt.

Damit soll nicht in Zweifel gezogen werden, daß das Museum Geld braucht, dringend und so unbürokratisch wie möglich!, - doch es braucht die Finanzhilfe auf einer anderen Ebene des Verständnisses. Es handelt sich nicht nur um ein sehr großes Museum, das mit den von Jonathan Webber benannten Widersprüchen seiner gleichzeitigen Existenz als Friedhof und Tourismusziel umgehen muß. Es gibt dort auch Probleme, die noch nirgendwo gelöst werden mußten: Was tut man mit Tonnen abgeschnittener, langsam verfilzender menschlicher Haare - und wie sind diese angemessen zu konservieren oder zu beerdigen? Wie ist richtig zu entscheiden angesichts verbleibender Barackenschornsteine und Sanitäranlagen in Birkenau, die genau das Gegenteil der "damals" bestimmenden Realitäten symbolisieren und zeigen? Für die Häftlinge der Birkenauer Lager waren wärmende Öfen in den Schlafbaracken und der Gang zum Klo oder gar zum Waschen die Ausnahme oder umkämpfte Erniedrigung. Allein, daß jene Baumaßnahmen - unabhängig davon, ob sie je funktionierten - aus Stein getätigt wurden und nicht aus billigstem Holz, macht, daß es sie heute noch gibt und sie die museale Realität darstellen.

Die Probleme im Museum Auschwitz sind nicht einfach zu umreißen, geschweige denn abzuhaken. Neben den hier angedeuteten gibt es mit Sicherheit noch Dutzende, wenn nicht Hunderte von gleichrangigen. Viel wäre schon gewonnen, wenn es ein Verständnis, mindestens eine Akzeptanz für die Schwierigkeiten gäbe. Und die sind nicht ohne: Der Ort, in dem abgewickelt wird, ist in Polen. Das meiste Geld geben zur Zeit, und dies aus bösem historischen Grund, die Deutschen, und das ist auch richtig so. Jüdische Forderungen und Interessen gehen, ob gewollt oder ungewollt, nach wie vor eher unter. Sie bleiben marginal wie die der Überlebenden überhaupt. Dies entspricht leider auch den Realitäten von Auschwitz und weist auf die ungelöste Frage, ob ein solcher Ort eher den Toten oder den Lebenden gehört.

Man wünscht sich an einem solchem Ort Regelungen, die im politischen Alltag ungewöhnlich sind. Auf die deutschen Finanzhilfen übertragen wäre dies der Wunsch, im Angesicht der Krematorien nicht Verträge machen zu müssen, die den "Gerichtsstand Deutschland" in einer ähnlichen Sprache beschreiben, wie es die SS einst tat, um die "Musterstadt Auschwitz" zu planen.

Katja Leyrer

14. "RAF", "Ghandi" oder "ApO-Theater"? Kommentar zum Hungerstreik von PDS-Mitgliedern

67 Millionen Steuerschuld wären für die PDS das Aus

Autor: Heinrich Eckhoff · Rubrik: PDS; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:37

Mit einem vorläufigen Sieg für die PDS endete am 8. Dezember vor dem Berliner Verwaltungsgericht der Streit zwischen der Berliner Finanzbehörde und der PDS. Erstere hatte insgesamt 67 Millionen Mark Steuerzahlungen für das Jahr 1990 gefordert, die unmittelbare Zwangsvollstreckung angeordnet und damit die PDS fast in den Konkurs getrieben. Obwohl die Entscheidung des Verwaltungsgerichts logisch, nach rechtsstaatlichen Prinzipien zwingend und folgerichtig ist, durfte aufgrund des vorangegangenen behördlichen Vorgehens nicht unbedingt mit einer solchen gerechnet werden. Wäre das Gericht der Ansicht der CDU-geführten Finanzbehörde gefolgt, wäre die PDS unmittelbar zahlungsunfähig geworden und hätte ihre von vielen Gegner immer wieder geforderte Auflösung in Form eines demütigenden Konkurses beschließen müssen.

Vieles dreht sich bei der PDS nach wie vor um die Finanzen. Entgegen der medial behaupteten Version, die PDS verfüge über ein riesiges Vermögen und habe damit enorme Vorteile gegenüber den anderen Parteien, stimmt genau das Gegenteil. Die PDS hat kein verfügbares Vermögen, weder in Geldmitteln noch in Immobilien oder Betrieben. Wovon immer wieder wieder besseren Wissens geschrieben wird, ist das sogenannte Altvermögen, d.h. die Geld- und Sachmittel, die die PDS mit Stichtag 30.6.1990 ihr eigen nennen konnte und die seit diesem Zeitpunkt unter Verwaltung der Treuhand, d.h. konkret der staatlichen Verwaltung, stehen.

Die SED nahm in der DDR nicht nur politische Aufgaben wahr, sondern war gleichzeitig neben den staatlichen Betrieben eines der größten Unternehmen. Hierzu zählten vor allem Verlage, Druckereien und Feriensiedlungen. Nach DDR-Gesetzen waren die Parteien (natürlich vor allem die SED, aber auch die CDU, die LDPD usw.) von Steuerzahlungen auf die Gewinne dieser Betriebe befreit. Die erste Regierung nach der Wende, unter Führung des heutigen PDS-Ehrenvorsitzenden Hans Modrow, beschloß, diese Begünstigung umgehend einzustellen und die Betriebe der Parteien der Körperschaftsteuer zu unterwerfen. Dies wurde in der Volkskammer noch beschlossen, ohne jedoch konkrete Richtlinien zu verabschieden. Die Zeit dieser Regierung war kurz. Am 18. März 1990 wurde eine neue Volkskammer gewählt, der eine von der CDU geführte Regierung folgte. Diese hatte vor allem die "deutsche Einheit" im Sinn und kümmerte sich wenig um Nachfolgeschaften der DDR. Sie beschloß, und setzte dies in der Volkskammer durch, das gesamte Vermögen der aus der DDR stammenden Parteien (ab jetzt Altvermögen genannt) zum 30.6.1990 unter staatliche Kontrolle zu stellen. Eine unabhängige Untersuchungskommission(UK) sollte eingerichtet werden, die mit dem Auftrag versehen wurde, festzustellen, welche Vermögensanteile von den Parteien "materiell rechtsstaatlich" erworben worden waren (wobei nicht das Recht der DDR, sondern ein fiktiv "rechtsstaatliches" zugrunde gelegt werden sollte, aber auch dies wurde nicht präzisiert). Selbstverständlich richtete sich dieser Beschluß hauptsächlich gegen die PDS. Dies war insofern gerechtfertigt, als sich die SED über ihre in der Verfassung festgeschriebene Stellung als "führende Partei" in den 40 Jahren der DDR Vermögen auf nicht zu rechtfertigende Weise angeeignet hatte. Selbstverständlich betraf dies aber auch die anderen Blockparteien (heute vereinigt mit der CDU und der FDP), die aufgrund der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR ebenso wie die SED Sonderrechte hatten.

Zu diesem Zeitpunkt verfügte die PDS tatsächlich über ein nominell riesiges Vermögen, mit dem sie allerdings faktisch nichts anfangen konnte. Die Besitztitel an Verlagen und Druckereien sowie an den Freizeitheimen waren schon zu diesem Zeitpunkt wenig wert, weil sich all diese Institutionen in der "freien Markwirtschaft" nicht mehr behaupten konnten. Finanziell konnten die PDS-Betriebe in der "freien Marktwirtschaft" nicht gehalten werden, weshalb alle Anstrengungen von Seiten der PDS darauf gerichtet waren, die Betriebe in die "Unabhängigkeit" zu entlassen oder sie zu verkaufen (selbstverständlich an westdeutschen Kapitalgruppen wie im Fall der Verlage). Bei beiden Operationen ging es jeweils darum, die zukünftigen BesitzerInnen zu verpflichten, die Arbeitsplätze der Betriebe zu sichern.

In dieser Übergangsphase wurden von der PDS 1990 an die parteieigenen Betriebe zur Überlebenssicherung Geldzuweisungen getätigt. So an die ZENTRAG, die den gesamten Bereich der ehemaligen SED-Verlage verwaltete. Diese erhielt im ersten Quartal 1990 insgesamt 80 Millionen Mark, um Entlassungen vor Abschluß von Verhandlungen mit anderen Verlagen zu verhindern. So ca. 8 Millionen Mark an Tagungsheime. Diese beiden Summen bilden nun die Grundlage für die jetzt von der PDS eingeklagte Steuerlast.

Am 26. Oktober 1990 übergab die PDS ihre Buchhaltungsunterlagen, gezwungen durch den "Einigungsvertrag", an die Unabhängige Untersuchungskommission, die nun selbstverständlich nicht mehr aus VertreterInnen der ehemaligen DDR bestand, sondern vom Bundestag bestimmt wurde. Sämtliches Vermögen der ehemaligen SED untersteht seitdem der Treuhand.

Die aus dem Jahr 1990 der PDS zustehenden Wahlkampfkostenrückerstattungen in Höhe von DM 13,6 Mio. wurden von der Treuhand konfisziert und zur Sicherung von Ansprüchen aus dem Altvermögen seitdem "verwaltet". Dies hatte insofern eine Berechtigung, als ein großer Teil der Wahlkampfausgaben der PDS für den Bundestagswahlkampf noch aus Zuwendungungen aus dem Altvermögen bestritten wurden.

Im November 1992 erließ die Steuerbehörde Berlin einen ersten Bescheid in Höhe von DM 3,2 Mio. für den Zeitraum bis 30.6.1990 gegenüber der PDS. Die Summe errechnete sich aus fiktiven Gewinnen, die die PDS in diesem Zeitraum erzielt haben soll. Dem Widerspruch der PDS vor dem Finanzgericht wurde insofern stattgegeben, als nicht sie, sondern die Treuhand als Verwalterin des Altvermögens für diese Zahlung zuständig sei.

Im Mai 1994 entschied der Bundesfinanzhof (Sitz: München) anders. Nicht die Treuhand, sondern die PDS sei Adressat des Steuerbescheides, womit einer Vollstreckung der ausgewiesenen Steuerschuld gegenüber der PDS nichts im Wege stehe. Dieser Beschluß wurde der PDS jedoch erst im September 1994 zugestellt.

Gegen diese Art der Steuerrechnung hatten sich zwischenzeitlich aber sowohl die Treuhand als auch die Unabhängige Kommission ausgesprochen. Beide mit einem eigenen Interesse. Die Treuhand wollte keine flüssigen Mittel verlieren, die sie aus dem beschlagnahmten Konten der PDS besaß; die Unabhängige Kommission wollte keine Gelder aus dem Parteienvermögen in den Staatshaushalt fließen lassen, sondern diese dem ihr aufgetragenen Ziel, gemeinnützige Zwecke in der ehemaligen DDR, zuführen.

Daraufhin machte das Finanzamt Berlin, unter der Leitung des CDU-Senators Pieroth(CDU), eine neue Rechnung auf. Jetzt erging eine Steuerforderung in schwindelerregender Höhe von 67 Mio. Mark, die sofort zu vollstrecken sei. Diese neue Rechnung legt zugrunde, daß nicht nur die vermeintlichen Überschüsse der PDS in der ersten Hälfte des Jahres 1990 (auf die sich die Forderung von DM 3,2 Mio. bezogen) zur Grundlage genommen werden, sondern alle Zahlungen der PDS bis zum 30.6.1990 an damals noch parteieigene Betriebe zur Existenzsicherung. Diese Zahlungen werden dabei vom Finanzamt als Gewinne verbucht.

Die PDS legte gegen diesen Steuerbescheid sowohl grundsätzlich als auch in der Höhe Widerspruch ein. Zugleich beantragte sie, diese Steuerschuld bis zu einer endgültigen Rechtsklärung aus dem Altvermögen (immerhin ca. 450 Mio. DM flüssige Mittel) zu begleichen. Dieser Vorschlag wird von der Treuhand übernommen, die in rechtlicher Hinsicht den gleichen Standpunkt wie die PDS vertritt. Die Treuhand ist jedoch nur Verwalterin des Altvermögens. Der Unabhängigen Untersuchungskommission obliegt die rechtliche Verwaltung der Gelder. Zwar ist auch diese der Ansicht, dieser Steuerbescheid sei unrechtmäßig, aber sie verweigert die einstweilige Zahlung durch die Treuhand, weil damit die Gelder nicht dem Auftrag zur Verwendung des Altvermögens der DDR-Parteien - Zuführung für Zwecke der Gemeinnützigkeit in den Ländern der ehemaligen DDR - entsprochen würde.

Die Berliner Finanzbehörde hatte den Zeitraum gut gewählt. Sie wußte, daß am 1.12. von der Bundestagspräsidentin die Überweisungen der Wahlkampfkostenrückerstattungen an die Parteien unterschrieben werden sollten. Die PDS hatte hieraus 6,7 Mio. DM zu erwarten. Das Finanzamt sendete einen Pfändungsbescheid nach Bonn, wonach die an die PDS zu zahlenden Gelder umgehend an die Finanzbehörde zu entrichten seien. Das von der PDS angerufene Finanzgericht entsprach zwar dem Antrag der PDS, die Vollstreckung auszusetzen, verfügte jedoch gleichzeitig, daß die Wahlkampfkostenrückerstattung in Höhe von DM 3,2 Mio. als Sicherheit zu hinterlegen sei. Dies war für die PDS nicht annehmbar, weil die gesamten Wahlkampfkosten mit Krediten finanziert worden sind, die nun zur Zahlung anstanden.

Für die PDS war eine Situation der absoluten Zahlungsunfähigkeit entstanden. Mit einem Vollsteckungsentscheid über DM 67 Mio. hätte sie auf Jahre hinaus keinerlei finanziellen Spielraum mehr gehabt. Die Höhe dieses Vollstreckungsbescheides entspricht in etwa den dem PDS-Bundesvorstand (und nur den betrifft diese Entscheidung) aus den Mitgliedsbeiträgen zustehenden Anteilen von ca. 12 Jahren plus den Zuwendungen aus den staalichen Geldern.

Daß mit diesen Schritten der finanzielle Ruin der PDS beabsichtigt wurde, offenbart sich in unterschiedlichen Gerichtsurteilen und Verfügungen der Finanzbehörden. Am 1.12. heißt es in einem Schreiben der Berliner Finanzbehörde: "Auch diese, für den Fall der Zwangsvollstreckung in das Vermögen der Partei befürchtete Vernichtung ihrer Existenz, rechtfertigt nicht die Gewährung des beabsichtigten Vollstreckungsaufschubs." Ganz anders beurteilte noch das Bundesverfassungsgericht die Situation, als es von der PDS aufgrund der ersten Steuerforderung von 3,2 Mio. DM angerufen wurde. Der Argumentation der PDS, sie werde aufgrund solcher Steuerforderungen in ihrer gesetzlich geschützten Wahrnehmung politischer Interessen gehindert, begegnete es so: "Namentlich ist derzeit nicht feststellbar, daß die Beschwerdeführerin (gemeint ist die PDS, die Red.) in ihrer Chancengleichheit im Wettbewerb mit den anderen Parteien beeinträchtigt werden könnte, weil sie vollziehende Steuerschuld aus ihrem neu erworbenem Parteivermögen zu begleichen hätte. Die Beschwerdeführerin hat bei der Treuhandanstalt beantragt, ihr Mittel aus dem treuhänderisch verwalteten Vermögen zur Verfügung zu stellen, die zur Begleichung der Steuerschuld erforderlich sind. Das von der Beschwerdeführerin vorgelegte Schreiben der Treuhandanstalt vom 29. September 1994 läßt nicht erkennen, die Treuhandanstalt könne nicht bereit sein, Steuerzahlungen aus dem Altvermögen zu erstatten."

Man muß nicht einmal ein willentlichen Komplott zwischen diesen verschiedenen Behörden konstruieren: Objektiver und nicht veränderbarer Fakt bei dieser Ausgangslage wäre geblieben, daß die PDS finanziell ruiniert worden wäre. Dies wurde dadurch bestätigt, daß die Bundestagspräsidentin Süßmuth mit ihrer Unterschrift über die Zuweisung der Wahlkampfkostenrückerstattung genau so lange wartete, bis der medial angekündigte Pfändungsbescheid auch bei ihr tatsächlich in Bonn eingetroffen war.

Im entscheidenden Gerichtsstreit am 8. Dezember wurde in fast allen Fragen der Argumentation der PDS gefolgt. Das Verwaltungsgericht entschied, daß alle Steuerforderungen auf vermeintliche Gewinne der PDS aus dem Altvermögen selbstverständlich auch aus dem von der Treuhand verwalteten Altvermögen zu zahlen seien. Weiterhin entschied es, was für die PDS und für ähnliche Verfahren noch wichtiger ist, daß eine Partei nicht über Steuerforderungen in ihrer politischen Existenz bedroht werden dürfe, weil dies dem grundgesetzlich garantierten Rechten von politischen Parteien widerspreche.

Die PDS hat sich damit auch erfolgreich dem zwischenzeitlich offerierten Angebot der UK widersetzt, die Steuern aus dem Altvermögen gegen Zusicherung einer Sicherung auf das jetzt bestehende Vermögen der PDS zu zahlen. Konkret geht es darum, daß die UK zwar zugestimmt hat, die Steuerlast in Höhe von DM 3,2 Mio. aus dem Altvermögen zu zahlen, aber dies an die Bedingung zu knüpfen, daß die PDS bereit sei, dafür Sicherheiten aus den ihr zugesprochenen Immobilien (z.B. dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin) zu geben. Die PDS hat dies abgelehnt, weil eine Sicherung der 3,2 Mio. Mark unweigerlich die Sicherung der weiteren 64 Mio. Mark nach sich ziehen würde, womit sie wiederum bei der Höhe der Forderungen am Ausgangspunkt stehen würde.

Alle gerichtlichen Entscheidungen in dieser Angelegenheit geben der PDS in der Sache recht. Sie kann ihr Recht jedoch nicht durchsetzen, weil verschiedene Behörden des Bundes, die jeweils Weisungsbefugnis haben, unterschiedliche Rechtsauffassungen vertreten. Die PDS wird damit zum Spielball dieser Behörden gemacht, was bei einer Größenordnung von 67 Millionen, die sofort zur Vollstreckung anstehen, zum Todesstoß führen kann. Insofern ist jede Polemik, daß es hier nur ums Geld geht, nicht ums Leben, völlig unangebracht, denn es geht tatsächlich um das Überleben dieser Partei. Daß es für das Gegenteil eine große Fangemeinde gibt, ist hinlängliche bekannt.

he., Hamburg

Welche Mittel

sind erlaubt?

"Wann ist ein Hungerstreik das richtige Mittel? Wenn es um den Weltfrieden geht? Um die Freiheit eines Volkes? Um die Existenz einer Partei? Es gibt keine gültigen moralischen oder politischen Kriterien, die diese Form öffentlichen Protestes als gerechtfertigt oder als ungerechtfertigt erscheinen lassen: Ein Hungerstreik ist ein ganz individueller Akt. Er kann weder von irgendwelchen Instanzen beschlossen noch ausgesetzt werden. Jeder Mensch hat die Freiheit, sich dafür oder dagegen zu entscheiden. Gesundheit ist weder Volks- noch Staatseigentum.

Natürlich gibt es immer Alternativen. Aber: Wer kann einen besseren Weg vorschlagen? Man muß jedem das Recht zubilligen, in einer von ihm als aussichtslos empfundenen Situation das letzte Argument in die Waagschale zu werfen: sich selbst. Wir sahen für uns keine andere Möglichkeit, als mit einem Hungerstreik auf die lebensbedrohliche Situation der PDS hinzuweisen. Nachdem die Partei nicht aus der deutschen Landschaft herausgewählt werden konnte, versucht man es mit dem unerbittlichen Mahlwerk der politisch beherrschten Bürokratie. Wo man mit dem Latein am Ende ist, wird beamtendeutsch gesprochen. Dienstsiegel statt Debatte, Anordnung statt Argument."

Lothar Bisky und Gregor Gysi

(Entnommen einer Dokumentation der PDS)

Der PDS werden Gelder für ihre Stiftung verweigert

Die PDS will über die Bundestagsgruppe für das Jahr 1995 insgesamt Mittel in Höhe von jährlich 30 Millionen DM für eine parteinahe Bildungseinrichtung/Stiftung beantragen. Dies entspricht in der Höhe den bisherigen Zahlungen an die Stiftungen der Grünen. Insgesamt werden an die parteinahen Stiftungen jährlich insgesamt 650 Millionen Mark vergeben. CDU und SPD erhielten bisher jeweils ca. 200 Millionen, CSU und FDP ca. 100 Millionen. In der vergangenen Wahlperiode waren der PDS Mittelzuweisungen für ihre Stiftung "Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung" verweigert worden, weil sie (wat hept wi lacht) "keine dauerhafte politische Kraft" darstelle.

Die Mittel für die parteinahen Stiftungen sind nicht gesetzlich geregelt, sondern werden vom Bundestag jeweils beschlossen. In der Legislaturperiode 1983 bis 1987 wurden den Grünen mit der gleichen Argumentation ("keine dauerhafte politische Kraft") Mittel vorenthalten. Als die CDU/CSU/FDP-Mehrheit dies auch nach der Wahl 1987 versuchte, wurden sie vom Bundesverfassungsgericht eines Besseren belehrt. Zwar wurde der Grundsatz anerkannt, daß Mittel für parteinahe Stiftungen an die Bedingung zu binden seien, daß es sich um "dauerhafte" politische Kräfte handele, aber das BVG sah dies schon beim zweimaligen erfolgreichen Sprung in den Bundestag für gegeben an. Seitdem erhalten die Grünen Mittel für ihre Stiftung Regenbogen (Buntstift, Frauenanstiftung, Heinrich-Böll), allerdings immer noch benachteiligt gegenüber bundesweit nicht stärkeren Parteien wie der FDP und der CSU.

Die CDU/CSU will auch in dieser Legislaturperiode an ihrer Weigerung festhalten, einer Stiftung der PDS Mittel zukommen zu lassen. Michael Glos(CSU) erklärte, "die Finanzierung von Kader-Schulungen mit Steuergeldern wäre ein politischer Treppenwitz". Er weiß offensichtlich, wofür das Geld in der CSU-nahen Stiftung (Hanns-Seidel-Stiftung) ausgegeben wird.

Agent-Provokateur im Finanzamt?

Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Mitglied der Unabhängigen Untersuchungskommission Arne Börnsen sucht einen Agent-Provokateur der PDS innerhalb der Berliner Finanzverwaltung. In einer Erklärung unter der Überschrift "Ein PDS-V-Mann beim Berliner Finanzsenator?" kritisiert er das Vorgehen der Finanzbehörde. Diese Aktion "würde unabsehbare Folgen für die PDS gehabt und mehr noch! - einen unermeßlichen politischen Flurschaden angerichtet haben". Weil absehbar gewesen sei, daß man gegenüber der PDS einlenken müsse, würde dies dann aussehen wie eine Kapitulation. Zur Sache äußert er:

"1. Es war politischer Wille der Volkskammer 1990, daß die ehemaligen Staats- und Blockparteien ihre gewerblichen Besitze veräußern sollten. Es war Wille des Einigungsvertrages, diese Veräußerungsgewinne für gemeinnützige Zwecke in den neuen Ländern zur Verfügung stellen zu wollen.

2. Es ist demgegenüber absurd, wegen der Veräußerung von Immobilien den Organisationen, hier die PDS, eine gewerbliche Tätigkeit zu unterstellen und sie damit zur Körperschaftssteuer heranzuziehen.

3. Das Vorgehen mag formaljuristisch korrekt sein, widerspricht jedoch diametral dem Einigungsvertrag und dem Willen, das ehemals zusammengeraubte Parteivermögen für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung zu stellen. Der Widerspruch muß politisch und ggf. durch den Gesetzgeber beantwortet werden. Bis dahin jedoch muß die Vollstreckung unbefristet und ohne Bedingungen ausgesetzt werden.

4. Wird das Vorgehen auch nur teilweise realisiert und die Forderung vollstreckt - z.B. durch Einbehaltung der Wahlkampfkostenerstattung -, dann gilt das Prinzip für alle Parteien und Massenorganisationen. Auch bereits abgeschlossene Vergleiche, wie mit dem DGB, ständen zur Disposition. Sollte die Frage juristisch geklärt werden müssen, verdienen sich Anwälte an den Verfahren eine goldene Nase - zu Lasten der gemeinnützigen Verwendung des Vermögens. Und den Rest frißt die Verwaltung, die über Jahre durch Treuhand und Kommission aufrechterhalten werden muß. Eine peinliche Perspektive!"

Diese harsche Kritik muß ihn selber erschreckt haben, denn nun war ja nicht mehr die PDS, sondern die Finanzbehörde des CDU/SPD-Senats auf der Anklagebank. Elegant dreht sich Börnsen in die Kurve: "Sehenden Auges ist insbesondere die Berliner Finanzverwaltung in eine politische Falle getapst.

Wissentlich - ohne Zweifel!

Bewußt? Entweder die politische Spitze der Finanzverwaltung ist völlig instinktlos und naiv, oder da sitzt - sarkastisch formuliert - ein V-Mann, der der PDS in die Hände spielen wollte. Dieses Ziel ist 150prozentig erreicht worden!"

(Zitiert nach ND, 3.12.94)

"RAF", "Ghandi" oder "ApO-Theater"?

Hohn und Spott von der einen, Haß von der anderen Seite schlug der Männerriege der PDS entgegen, als sie gegen den Würgegriff des Finanzamts in den Hungerstreik traten. Ein lächerliches "Apo-Theater" nannte es die FAZ in Anspielung auf den Ort des Geschehens: die Berliner Volksbühne. "Es geht doch nur um die Parteikasse der PDS, nicht um irgendwelche letzten Menschheitsfragen", fährt sie fort und ist damit bei dem Thema, das vor allem auch den sich als links verstehenden Teil dieser Republik beschäftigte: Durften sie überhaupt in den Hungerstreik treten. Ein klares Nein von Antje Vollmer, der Möchtegern-Mutter der Nation. Dieser Hungerstreik sei "lachhaft und nicht angemessen"; das Mittel des Hungerstreiks stehe in einer ganz besonderen Tradition: "Nicht in der des Karnevals, sondern in der des gewaltfreien Widerstands." Dieses Druckmittel auf diese Weise zu benutzen, halte sie für "nicht erlaubt". Also beim nächsten Mal bei Antje Vollmer anmelden. Hohn auch von der TAZ, die mutmaßt, der Steuerbescheid habe der PDS "anscheinend dermaßen auf den Magen geschlagen, daß sie deshalb kollektiv die Nahrung verweigern". Die Empfehlung vom Kommentator Dieter Rulff an die PDS: bessere Kontakte mit Stoiber, dann würde das Problem wie im Fall des Wurstfabrikanten gelöst. Eine ähnliche Spur verfolgt die Berliner AL, die den "Hungerstreik in Nadelstreifen" ausfindig gemacht hat und die PDS auf eine Stufe mit dem Millionenbetrüger Schneider stellt. Hans-Ulrich Jörges schließlich gibt in der "Woche" den Rat an Gysi: "Nehmen Sie sich Ghandi zum Vorbild... Als Ghandi-Ossi wären sie unschlagbar! Also rein in die Sandalen, rauf auf die Volksbühne, ran ans Spinnrad - und morgens am eigenen Urin laben. Urin schlucken für die Wahlkampfkosten-Erstattung!"

Den Vogel schoß jedoch Oliver Tolmein in der "Jungen Welt" ab. Jahrelang trainiert in Solidaritätsaufrufen für die Hungerstreikaktionen der RAF, nimmt er sich selbstverständlich das Recht zu entscheiden, wann wer hungerstreiken darf. "Hungerleider für Deutschland" beginnt er, womit jeder richtige Linksradikale und Antideutsche schon weiß: hier geht's um Nationalisten. Die Hungerstreiker der PDS seien "ehrenwerte Herren und Damen, gutsituiert, mit ordentlichem Aus- und keinem schlechten Einkommen", die sich, "wo sie nur konnten, als Regierungspartner" aufdrängten. "Hätte man sie gelassen, einige wären heute Minister." Gut sortiert und abgestempelt! Wenn das nächste Mal die Kali-Kumpel in Bischofferode streiken, werden wir dann von Oliver Tolmein lesen, die würden doch auch, wenn man sie ließe, lieber in der Chefetage sitzen?

Was nutzt es aber der PDS, wenn Oliver Tolmein noch im Nachsatz feststellt, sie habe selbstverständlich mit ihrer politischen Kritik an den Steuerbescheiden rundum recht? Angenommen werden muß, daß kein Mensch außerhalb der PDS einen Finger gerührt hätte, hätte sie zu anderen Protest- und Aktionsformen aufgerufen. Bei einer Demonstration wären die Mitglieder unter sich geblieben, und es ist kaum anzunehmen, daß außerhalb der einschlägigen Presse das überhaupt zur Kenntnis genommen worden wäre. Insofern spricht der

Erfolg für die PDS-Führungsriege. Es wurde ein Optimum an öffentlicher Verbreitung herausgeholt. Bis in den letzten Winkel der Republik ist wohl deutlich geworden, daß es sich um einen Willkürakt besonderen Ausmaßes gehandelt hat. Vielleicht ist es durch den Staub, den das ganze aufgewirbelt hat, sogar gelungen, Folgetaten der Behörde zu unterbinden.

Dennoch bleibt ein dickes Fragezeichen über der Aktion. Die Aktionsform selbst hat per se etwas märtyrerhaftes und auch demütigendes, weil man das Leben in die Hände des Gegners legt. Man ist auf die Gnade angewiesen oder darauf, daß die Gegenseite derart beschämt wird, daß sie ohne Gesichtsverlust nicht weitermachen kann. Insofern demonstriert ein Hungerstreik nur in den wenigsten Fällen Stärke, stattdessen vor allem Ausgeliefertheit. Niemand wird ernsthaft annehmen, daß auch nur einer der Hungerstreikenden tatsächlich bis zum bitteren Ende gegangen wäre, was der Aktion von vornherein einen rein demonstrativen Charakter gibt. Es gibt Situationen, wo Menschen nur ihr nacktes Leben in die Waagschale werfen können, um Veränderungen herbeizuführen. Das trifft auf die Männer und Frauen der PDS nicht zu. Das traf aber auch nicht zu, wenn Pazifisten gegen die Raketenstationierung in den Hungerstreik traten. Das traf auch niemals auf Ghandi zu, der diese Aktionsform so bekannt machte.

In der Linken hat es aus diesen Gründen immer große Vorbehalte gegenüber dieser Aktionsform gegeben. Dennoch wurde anderen niemals so vehement das Recht abgesprochen, für sich selbst und das eigenen Anliegen dieses Mittel anzuwenden. Das muß also offensichtlich auch etwas mit den Akteuren und nicht nur der Sache zu tun haben. Angelika Barbe, SPD-Gegenkandidatin von Gregor Gysi, drückte dies in dem Wunsch aus, das Finanzamt möge hart bleiben und die Hungerstreikenden nicht nachgeben.

Heinrich Eckhoff

15. Der starke Mann zeigt Schwächen. Berlusconis Regierung wankte, aber sie fiel nicht

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:21

Italiens Arbeitsminister Clemente Mastella atmete erleichtert auf: "Wir hätten enden können wie Tambroni." (La Repubblica, 2.12.) "Wir" bezeichnet hier die Regierung Berlusconi; der christdemokratische Ministerpräsident Tambroni, der im Sommer 1960 die Neofaschisten in eine informelle Regierungskoalition einbinden wollte, wurde durch eine antifaschistische Massenbewegung gestürzt. Hätte die von Berlusconi im letzten Moment beigelegte Kraftprobe mit den Gewerkschaften ebenfalls zum Sturz der Regierung führen können? Oder war sie nur eine der - auch nach Berlusconis Amtsantritt - üblichen Krisen, durch welche die Stabilität des Regimes nicht beeinträchtigt wird?

Kein vernünftiger Mensch wird ausgerechnet in den Programmen rechtsbürgerlicher Parteien feine Analysen der gesellschaftlichen Realität erwarten. Das im Februar 1994 beschlossene Programm von Forza Italia allerdings ist an Grobschlächtigkeit wohl kaum zu übertreffen. "Das explosive Anwachsen der öffentlichen Ausgaben ist die Ursache für alle sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes", heißt es da ohne jede Einschränkung. Das Gegenmittel zur Lösung "aller" Probleme: "Eine drastische Senkung der öffentlichen Ausgaben, die - jenseits von Proklamationen und nutzlosen Illusionen - eine effektive Wiederaufnahme der privaten Investitionen als der einzigen Garantie für den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes erlaubt." Die Programmschreiber haben dieses angebliche Allheilmittel tatsächlich auf sämtliche politischen Einzelfragen angewandt. (siehe nebenstehenden Artikel: Das Programm des "Mr. Thatcher")

Ende September hat die Regierungskoalition mit der Umsetzung ihres Sanierungsprogramms begonnen. Nach zähen Verhandlungen einigten sich die drei großen Koalitionsparteien Forza Italia, Lega Nord und Alleanza Nazionale sowie ihre kleineren Partner UDC ("Zentrumsunion") und CCD ("Christlich-demokratisches Zentrum") auf ein Haushaltsrahmengesetz, das die Staatsverschuldung dämpfen und durch rigorose Sparpolitik die Umverteilung von unten nach oben beschleunigen soll. Gemessen an den politischen Zielen von Forza Italia ist das Gesetz ein Minimalprogramm. Die Neuverschuldung soll um 49 Billionen Lire (ca. 49 Mrd. DM) gesenkt werden: zum einen durch Mehreinnahmen aus dem Abbau von Steuerprivilegien und aus Bußgeldern für Steuerhinterziehung und illegales Bauen; zum anderen durch Einsparungen in Höhe von 27 Bio. Lire (27 Mrd. DM), insbesondere im sozialen Bereich.

Die erste Rechnung ist bereits geplatzt: Das zunächst bis Ende Oktober terminierte Angebot einer Amnestie für Eigentümer von Schwarzbauten - gegen Selbstanzeige und Bußgeldzahlung - wurde kaum wahrgenommen. Eine Woche vor dem Stichtag waren auf diesem Wege lumpige 61 Milliarden Lire (61 Mio. DM) Ablaßgelder der Staatskasse zugeflossen. Auch nach diesem Modell erlassene Steueramnestien dürften kaum mehr bringen als eine Entlastung der Finanzverwaltung und der Gerichte von Hunderttausenden von Steuerhinterziehungsverfahren.

So bleibt also der Griff ins Portemonnaie der Armen. Vor allem Lega Nord und Alleanza Nazionale haben - mit Rücksicht auf ihre jeweilige Klientel - einen noch brutaleren Raubzug verhindert. Während die Lega vorzugsweise von den unteren Mittelschichten gewählt wird, verdanken die Neofaschisten, die "Partei des Südens", viele Stimmen den marginalisierten Dauerarbeitslosen des Mezzogiorno.

Als vermeintlich am wenigsten kampfstarken Gegner hatte sich die rechte Regierung die Rentner vorgenommen. Das Rentenalter soll auf 60 Jahre für Frauen und 65 Jahre für Männer angehoben werden. Das Privileg für Angehörige des öffentlichen Dienstes, schon nach wenigen Dienstjahren sog. "Babypensionen" beziehen zu können, soll abgeschafft werden. Die bisherige Pensionierungsmöglichkeit nach 35 Beitragsjahren sollte mit teilweise empfindlichen finanziellen Einbußen erkauft werden: Für jedes an der Erreichung der Altersgrenze von 60 bzw. 65 Jahren fehlende Jahr sollte die Rente um 3% gekürzt werden. Einbußen von bis zu einem Drittel wären die Folge. Während diese Maßnahmen auch eine weitere Belastung des Arbeitsmarktes bedeuten würden, wäre die ebenfalls vorgesehene Beschränkung des Teuerungsausgleichs ein brutaler Schlag für die vielen an der Armutsgrenze oder darunter lebenden alten Menschen.

Bestandteil dieses Klassenkampfs von oben ist eine Medienkampagne, die Menschen diesseits der Alpen ziemlich bekannt vorkommt. Bei sieben Millionen EmpfängerInnen einer Invalidenrente muß es ja "Sozialmißbrauch" geben: Der "blinde" Busfahrer und der "beinamputierte" Briefträger werden ebenso zu Paradebeispielen erhoben wie bei uns immer mal wieder die Handvoll Asylbewerber, die es geschafft haben, mehr als einmal Sozialhilfe zu kassieren. Daß die - streng genommen - illegal eingestrichenen Invalidenrenten ihren EmpfängerInnen Einkünfte knapp über dem Existenzminimum bescheren, ist den angeblichen Tugendwächtern keine Erwähnung wert.

Der Druck der Straße

Silvio Berlusconi ist ein viel zu guter Schauspieler, als daß er sich von dem Generalstreik am 14. Oktober beeindruckt gezeigt hätte. Während er auf Staatsbesuch in Moskau Jelzins Wodka schlürfte, kommentierte er den Aufruhr daheim scheinbar ungerührt: "Der Generalstreik wird mich nicht aufhalten. Weder mit einem noch mit zehn noch mit hundert weiteren Streiks wird eine Änderung des Haushaltsgesetzes zu erreichen sein." (La Repubblica, 15.10.) Daß, verglichen mit den mehr oder weniger rituellen "Kampftagen" der vergangenen Jahre, eine für seine Regierung nicht ungefährliche Oppositionsbewegung ihren Protest auf die Straße trug, hat er sicherlich begriffen. 13 bis 15 Millionen Menschen beteiligten sich am Streik, der vier Stunden, in einzelnen Branchen auch länger, dauerte. An den Massenaufmärschen in 90 italienischen Städten nahmen zwischen drei und fünf Millionen DemonstrantInnen teil.

Natürlich ging es dabei keineswegs nur um das Haushaltsgesetz. Der Protest richtete sich gegen die Rechtsregierung als solche. Selbst WählerInnen von Forza Italia waren dabei und taten öffentlich Buße: "Ich bin ein pentito ("Reumütiger": Anspielung auf die Kronzeugen aus den Roten Brigaden; Anm. Js.). Ich habe Berlusconi gewählt."

Wie sich genau vier Wochen später herausstellte, war der sciopero generale kein einmaliges Dampfablassen. Bei der vermutlich größten Demo in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg setzten am 12. November in Rom mehr als eine Million Menschen die Konfrontation mit dem Regime fort. Die "Wiederauferstehung der Straße" ("la risurrezione delle piazze") als politisches Kampffeld kam für den Historiker und "Demoforscher" Mario Isnenghi, der die politische Rolle der "Straße" seit 1848 studiert hat (1), nicht überraschend. Er verweist darauf, daß die "Revanche" nicht erst im Herbst begann, sondern schon kurz nach dem Wahlsieg der Rechten - "am 25. April in Mailand, bei der Versammlung zum Jahrestag der Befreiung. Das war ein echtes Wagnis: darauf zu setzen, daß nach einer langen Phase der Trägheit die Werte der Resistenza und des Antifaschismus noch große Massen auf die Straße locken könnten." (La Repubblica, 14.11.; zur Demo am 25. April vgl. ak 366, S. 23) Die Massenaktionen von Oktober und November seien nach dieser Erfahrung relativ leicht zu organisieren gewesen.

Die Grenzen der Telekratie

Nicht wenige linke und demokratische Kräfte in Italien und anderswo sahen im Wahlsieg von Forza Italia den Beginn eines neuen Absolutismus oder gar Faschismus - mit Berlusconi als dem "lächelnden Diktator" (Indro Montanelli) und unumschränkten Herrscher über die Bewußtseinsindustrie, während die endgültig zu Fernsehkonsumenten degradierten Untertanen allenfalls noch mit Hilfe der Fernbedienung Einfluß auf das Programm der Herrschenden nehmen würden. Der Eifer, mit dem Berlusconi und seine über Nacht in Minister verwandelten Topmanager die Zerschlagung des staatlichen Fernsehens RAI in Angriff nahmen, schien den schlimmsten Befürchtungen recht zu geben.

Der Versuch, die RAI durch Neubesetzung der Chefetage auf Regierungskurs zu bringen, gelang allerdings nur teilweise. Während RAI 1 am Tage des Generalstreiks regierungskonforme Desinformation verbreitete, forderte der traditionell linke Kanal RAI 3 Berlusconi mit einer dreistündigen Live-Übertragung von den regierungsfeindlichen Demonstrationen heraus. Berlusconis Statthalter konterten mit Repressalien gegen die populären RAI-1-JournalistInnen Lilli Gruber und Piero Badaloni, die an der Demo in Rom teilgenommen hatten.

Der dramatische Popularitätsverlust des großen Kommunikators und Einseifers konnte durch die geballte Medienmacht allenfalls gemildert werden. Die Umfrageergebnisse der letzten Monate sprechen eine deutliche Sprache: 65% der Befragten fanden, Berlusconis Haushalt widerspreche seinen vor der Wahl gemachten Versprechungen (denen zufolge es Steuererleichterungen für fast alle geben würde); Anfang November hielten

59% der Befragten - 8% mehr als im Vormonat - das Haushaltsgesetz für ungerecht; 41% (35% im Oktober) meinten, es bestrafe die sozial Schwächsten. Offensichtlich hat die "Agitation der Straße" - insbesondere der Generalstreik und die ihn begleitenden Massendemonstrationen - maßgeblich zum Ansehensverlust der Regierung, insbesondere aber ihres präpotenten Anführers, beigetragen.

Historischer Kompromiß

in der Opposition

Der Erfolg des Generalstreiks vom 14. Oktober und die römische Mega-Demo am 12. November hatten die Gewerkschaften dazu ermutigt, einen weiteren Generalstreik anzukündigen. Am 2. Dezember sollte er stattfinden und erstmals seit 1982 volle acht Stunden dauern. Eine weitere Zuspitzung des Kampfes schien nicht ausgeschlossen; mehr als ein Hauch von Umsturz lag in der Luft. Nach dem Oktober-Streik hatte Eugenio Scalfari, der Herausgeber der regierungskritischen Tageszeitung La Repubblica, geschrieben: "Die Leute gehen auf die Straße, aber danach kehren sie nach Hause und an die Arbeit zurück. Zum Glück. Wenn sie nicht wie gestern vier Stunden, sondern zwei volle Tage auf der Straße blieben, würde jede beliebige Regierung wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen." (La Repubblica, 15.10.)

Daß die Probe aufs Exempel ausblieb, könnte in alter Tradition den sozialdemokratischen "Verrätern" und "Klassenkollaborateuren" angelastet werden. Die in letzter Minute erzielte Einigung zwischen Gewerkschaften und Regierung, die zur Absage des Streiks führte, ist nicht mehr als ein Teilerfolg. Die Renten werden nicht, wie vorgesehen, das gesamte Jahr 1995, sondern lediglich bis zum 30. Juni eingefroren. Einen Rentenabzug von jährlich drei Prozent für pensionati unter 65 Jahren wird es nicht geben. Die Reduzierung des jährlichen Teuerungsausgleichs von 2% auf 1,75% wird zurückgenommen; künftig erhalten alle 2% Teuerungsausgleich, auch die bisher Bessergestellten. (Angaben nach La Repubblica, 2.12.)

Die Einigung wird die Staatskasse mit zusätzlich 4.000 Mrd. Lire (4 Mrd. DM) belasten. Berlusconi sieht sich dennoch, wie immer, auf der Seite der Sieger, denn die Übereinkunft sei "ein Sieg für alle. Ein Sieg des Landes und des gesunden Menschenverstandes. Niemand bleibt besiegt zurück." Noch am 16. November hatte das ganz anders geklungen: "Die Herausnahme der Pensionen (aus dem Haushaltsgesetz; Anm. Js.) würde die Regierung und das Land lächerlich machen, und dafür stehe ich nicht zur Verfügung. Es zählt nicht so sehr, was es kosten würde; es geht darum, daß ich nicht das Gesicht verlieren will." (La Repubblica, 2.12.) Das Gesicht hat er nicht verloren, wohl aber, wie es scheint, das Gedächtnis. Die in der Repubblica des öfteren und stets in Großdruck wiedergegebenen kraftstrotzenden Sprüche der vergangenen Wochen sorgen dafür, das Berlusconis "Geschwätz von gestern" in Erinnerung bleibt - eine überaus wirksame Methode zur Demontage des vermeintlich starken Mannes, die seinen deutschen Sympathisanten gar nicht gefällt. Die FAZ, die "das Kesseltreiben gegen Berlusconi" (Artikelüberschrift vom 7.10.) beklagt, enthüllte ihrem Publikum auch die niederen Beweggründe der Streikenden: "Jetzt streiken junge Rentner und Angestellte des öffentlichen Dienstes mit dem Vorwand, der hartherzige Kapitalist im Amt des Ministerpräsidenten raube der alten Witwe ihr Scherflein; in Wirklichkeit, um Privilegien und Pfründe aus den vergangenen ‚Jahren des Schlamms` zu verteidigen, wie man die Zeit der korrupten Parteienherrschaft nennt." (FAZ, 14.10.)

Ob mit dem kurzfristig abgesagten ganztägigen Generalstreik mehr herauszuholen gewesen wäre, ob Anfang Dezember gar der Sturz der Regierung greifbar nahe war, läßt sich nicht Bestimmtheit sagen. Die außerhalb der etablierten Gewerkschaften kämpfenden Cobas (Comitati di base - Basiskomitees) werfen den drei Gewerkschaftsverbänden CGIL, CISL und UIL vor, Berlusconi "gestärkt" und die enorme Mobilisierung, "die den Sturz der Regierung forderte", "vergeudet" zu haben. An Protestdemonstrationen der Cobas in Rom, Mailand und Turin beteiligten sich einige zehntausend Menschen. Aber die große Masse der Arbeiter ist "überzeugt, gesiegt zu haben", wie CGIL-Sekretär Toccane vermutlich wahrheitsgemäß verkündete. (La Repubblica, 3.12.) Gegenüber dem erst wenige Monate zurückliegenden Zustand völliger Bewegungslosigkeit wurde immerhin ein Fortschritt erzielt. Noch Anfang Juli wurde der neue Manteltarifvertrag in der Metallindustrie kampflos geschluckt. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 39 Stunden wurde mit Lohn"erhöhungen" unterhalb der prognostizierten Inflationsrate - also mit Lohnverzicht - erkauft.

Kapitalisten unzufrieden

Italiens führende Kapitalisten waren sich nach Berlusconis Zugeständnis an die Gewerkschaften einig: "Dieser Frieden ist zu teuer." FIAT-Chef Gianni Agnelli hatte ebenso wie Berlusconis Intimfeind Carlo De Benedetti

(Olivetti) davor gewarnt, die Rentenreform aus dem Sparhaushalt herauszunehmen. Luigi Abete, Präsident des Unternehmerverbandes Confindustria, mahnte gleichfalls ein "rigoroses Haushaltsgesetz" an. (La Repubblica, 3.12.) Schon im September hatten führende Kapitalisten bei einer als "privates Nachtessen" deklarierten Zusammenkunft im Hause Berlusconi mehr Entschlossenheit in der Wirtschaftspolitik gefordert. Die Neue Zürcher Zeitung berichtete über die denkwürdige Party: "Der Unternehmer an der Spitze der italienischen Regierung, Silvio Berlusconi, ist dieser Tage durch eine Gruppe Großindustrieller wegen wirtschaftspolitischer Nachlässigkeit getadelt worden." Insbesondere sei ihm vorgeworfen worden, "haushaltspolitischen Minimalismus zu betreiben, die Märkte zu verunsichern, entsprechende Zinserhöhungen zu dulden und den von den Regierungen Amato und Ciampi eingeleiteten Privatisierungsprozeß zu hintertreiben." (NZZ, 28.9.)

Ministerpräsident Giuliano Amato (PSI) war nicht einmal ein Jahr, von Juni 1992 bis April 1993, im Amt. Sein Nachfolger, der parteilose ehemalige Notenbankpräsident Carlo Azeglio Ciampi, machte Anfang 1994 durch seinen Rücktritt den Weg für die Neuwahlen frei, die Berlusconi an die Regierung brachten. Beide Kurzzeit-Regierungschefs, insbesondere Ciampi, gelten heute als tatkräftige Sanierer der Staatsfinanzen. Im Lager der im März 1994 unterlegenen progressisti ("Fortschrittliche") um die PCI-Nachfolgepartei PDS wurde nach der Niederlage offen darüber geklagt, daß man nicht Ciampi als Protagonisten des fortschrittlichen Wahlbündnisses aufgestellt hatte. Wenn die führenden Kapitalisten Italiens Berlusconi heute, verglichen mit den Übergangs- und Verlegenheitslösungen Amato und Ciampi, für eine Niete halten, ist das für die amtierende Regierung ein Alarmzeichen besonderer Art. Berlusconis schwächlicher Rechtfertigungsversuch, die Privatisierungspolitik werde von Alleanza Nazionale, "der Nachfolgeorganisation der schon immer etatistisch ausgerichteten neofaschistischen Bewegung" (NZZ, 28.9.), blockiert, könnte auch als Angebot an die Kräfte des "Zentrums" verstanden werden.

Bis vor kurzem galt, daß der aus der Democrazia Cristiana (DC) hervorgegangene Partito popolare italiano (Italienische Volkspartei - PPI) wohl zur Koalition mit Forza Italia und der Lega Nord, nicht aber mit den Neofaschisten bereit sei. Ende November ließ PPI-Sekretär Rocco Buttiglione gegenüber Berlusconis Pressesprecher durchblicken, daß ihm auch eine "redimensionierte" und "gesäuberte" Alleanza Nazionale als Partner genehm wäre. Das vor einem gemeinsamen Fernsehauftritt geführte Gespräch, das unbemerkt mitgeschnitten und später über den Fininvest-Kanal Italia Uno ausgestrahlt wurde, verursachte einen mittelschweren Skandal.

Durch seine vorzeitige Enthüllung ist das Doppelspiel des PPI zwar nicht gescheitert, wohl aber erschwert worden. Das Ergebnis der Teilkommunalwahlen vom 20.11. und 4.12. (siehe nebenstehenden Kasten "Nur Berlusconi verliert") macht eine kurzfristige bündnispolitische Umorientierung der Volkspartei ebenfalls unwahrscheinlich. Vom Abwärtstrend von Forza Italia profitierten einerseits die Neofaschisten, vor allem aber die Kandidaten des "Mitte-Links"-Bündnisses aus PPI, PDS und anderen. Im zweiten Wahlgang fielen die von den Regierungsparteien unterstützten Bewerber in vier von sechs mittelgroßen Städten durch. In Pisa hatte sich der Kandidat des centro-sinistra schon im ersten Wahlgang durchgesetzt.

Direkte Auswirkungen auf die nationale Ebene wird die Wahl nicht haben. Neuwahlen sind eher unwahrscheinlich, solange die Lega Nord und neuerdings auch Forza Italia dabei mit Stimmenverlusten zu rechnen haben. Den aktuell boomenden Linksparteien PDS und Rifondazione Comunista (RC) wird es recht sein. Eine Regierungsbeteiligung des PDS - die Outlaws von RC kommen dafür wohl kaum in Betracht - wäre angesichts des Zustandes der Staatsfinanzen ein höchst undankbares Geschäft.

Die taz-Redaktion hatte den auf den ersten Blick sympathisch wirkenden Einfall, ausgehend von der aktuellen "Renaissance der italienischen Linken", auf zwei Eurotaz-Seiten (6.12.) vorsichtigen Optimismus über die Chancen der westeuropäischen Linken zu verbreiten. Ebendort erweist sich aber bei näherem Hinsehen, daß der mutmaßliche "Trendsetter Italien" (Werner Raith) politische Alternativen nicht zu bieten hat. "Weder Lösungen noch religiöse, ideologische und nicht einmal administrative Dogmen" stünden zu Debatte, schreibt Giorgio Bocca, der brillante Leitartikler von L'Espresso und La Repubblica: "Es geht um die Macht, und nur um diese." Daß Berlusconi die "Macht" - gemeint ist hier eine regierungsfähige Mehrheit - für "mindestens 20 Jahre" behalten könnte, wie seine Anhänger im März frohlockten, ist mittlerweile ziemlich unwahrscheinlich. Auf alle weiteren Prognosen Über die Dauer seiner Regentschaft und über seine Nachfolger sollte derzeit besser verzichtet werden.

Js., 8.12.1994

Anmerkung:

1) Mario Isnenghi: L'Italia in piazza - I luoghi della vita pubblica dal 1848 ai nostri giorni; Mailand (Mondadori) 1994

Das Programm des " Mr. Thatcher"

Der nicht als Schmeichelei gemeinte Spitzname stammt von der römischen Tageszeitung La Repubblica. Silvio Berlusconi, der Bewunderer der Eisernen Lady und ihrer brachialen Wirtschaftspolitik, ist ihm in der praktischen Politik bisher allerdings nicht gerecht geworden. Die Bewältigung der "Effizienzkrise" steht einstweilen auf dem Papier - des Programms von Forza Italia. Ein einziger Gedanke - nur größtmögliche unternehmerische Freiheit kann uns noch retten - wird mit seltener Penetranz auf ausnahmslos alle politischen Probleme angewandt. Die immer wiederkehrenden positiven Schlüsselwörter sind Privatisierung, Wettbewerb, Konkurrenz, Markt, Steuersenkung und Steuererleichterung, Flexibilität, Mobilität, Entwicklung. Im Vergleich dazu nimmt sich das zeitgleich - im Februar 1994 - verabschiedete Grundsatzprogramm der CDU wie das Werk weltfremder Grübler und Zauderer aus. Einige Eckpfeiler dieses Meisterwerks des Thatcherismus italienischer Prägung:

- "Ernsthafte und radikale Rentenreform" durch Privatisierung der Rentenversicherung. "Der Staat muß Invaliditäts- und Altersrenten nur denen zahlen, die unter einem Mindesteinkommen liegen."

- Umgestaltung des Gesundheitswesens. Damit die Lohnnebenkosten sinken, soll nur noch eine Versicherung für größere Operationen für alle verpflichtend sein. Für alles übrige ist jedeR selbst verantwortlich und darf "frei wählen" zwischen privaten und öffentlichen Anbietern auf dem Gesundheitsmarkt.

- Der "Effizienzkrise" des Bildungssystems, seiner "Distanz zur sozialen Realität und zur Arbeit" soll ebenfalls durch Wettbewerb begegnet werden. Konkurrenz von privaten und staatlichen Schulen, mit voller Wahlfreiheit für den einzelnen Schüler - das Bildungsprivileg der Reichen wird wiederhergestellt. Für einige wenige "wirklich würdige Studenten mit niedrigen Einkünften" soll der Staat Stipendien bereitstellen.

- "Flexibilität" und "Mobilität der Arbeit". Nicht nur das Handwerk soll vor "restriktiven Normen über Entlassungen" und vor "gewerkschaftlichen Rechten im besonderen" geschützt werden. Kleine und mittlere Unternehmen sollen "flexible" Arbeitsverträge abschließen können, die weitgehend "an die, auch zeitlich begrenzten, Erfordernisse der Unternehmen gebunden sind". Für die "Industriepolitik" insgesamt soll gelten: "Flexibilität der Märkte, Deregulierung, um die Schaffung neuer Beschäftigung zu erleichtern, Mobilität der Arbeit, Revision der Verfahren von Einstellung und Entlassung, Steuerbefreiung für Investitionsgewinne sind Bestandteile dessen, was die italienische Industrie braucht."

- Bevorzugte Objekte der versprochenen Einstellungsoffensive sind Frauen, denen Teilzeitarbeit und Fristverträge angeboten werden sollen, und junge Menschen, für die zwischen Ausbildung und Eintritt in das normale Berufsleben eine Übergangszone eingerichtet werden soll. "Una zona cuscinetto" - was wörtlich "Kissen-Zone" bedeutet - diese niedliche Umschreibung steht für gänzlich ungesicherte Arbeitsverhältnisse mit erheblich reduzierten Einkünften.

Daten zur wirtschaftlichen und sozialen Situation

Das Jahr 1993 - nach der veröffentlichten Meinung eine Phase des Übergangs von der "Ersten" zur "Zweiten Republik" - brachte Italien eine weitgehend negative wirtschaftliche Entwicklung. Einige Daten:

- Absinken des Bruttoinlandsproduktes um 0,7% gegenüber 1992;

- Rückgang der Inlandsnachfrage um 5,3%;

- Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen um 11,1% und der Ausrüstungsinvestitionen um 15,6%;

- Rückgang des Bauvolumens um 6,2%;

- Anstieg der Konsumentenpreise um 4,5%;

- Abnahme des privaten Konsums um 2,1%;

- Verminderung des Imports von Gütern und Dienstleistungen um 7,3%;

- der Rückgang der Erwerbstätigkeit war noch um 4,8% größer als 1992; Anstieg der Erwerbslosenquote auf 10,4%.

Die Staatsschulden in Höhe von 1.834.433 Milliarden Lire - etwa 1,8 Billionen D-Mark - entsprechen etwa 120% des Bruttosozialprodukts. Der Anteil der Renten an den Staatsausgaben ist mit 21,1% extrem hoch; in Deutschland liegt er bei 15%, in Frankreich bei 18%. 1994 benötigt das italienische Rentensystem einen Defizitausgleich von etwa 50 Mrd. DM.

Das Gefälle zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden hat weiter zugenommen. Das durchschnittliche Geldvermögen der Familien ist im Norden mit 65,7 Mio. Lire fast dreimal so groß wie im Süden und auf den Inseln (25,4 Mio. Lire). In Mittelitalien liegt der entsprechende Durchschnittswert bei 41,9 Mio. Lire. Fast dreiviertel der Zinsen aus dem Besitz von Staatstiteln gehen in den Norden. Während diese Einnahmen im Norden zur Finanzierung teurer Konsumgüter dienen, fließen die Zinserträge vieler BewohnerInnen des Südens direkt in die Haushaltkasse.

In den südlichen Regionen und auf den Inseln gelten fast 10% der Menschen offiziell als arm; im reichen Nordosten (Trentino-Alto-Adige/Südtirol, Veneto, Friuli-Venezia-Giulia) sind es nur etwa 2%. In der Region Trentino-Alto-Adige beträgt die Erwerbslosenquote 3,1% (in der autonomen Provinz Südtirol liegt sie sogar deutlich darunter), in Sizilien 23%.

Das staatliche Expertengremium CNEL (Consiglio nazionale dell'economia e del lavoro) hat aus den vorliegenden Sozialdaten eine Klassenanalyse der italienischen Gesellschaft abgeleitet, die von dem Wochenmagazin L'Espresso mit eigenen Worten zusammengefaßt wird: Da gibt es "die echte und eigentliche Bourgeoisie (Unternehmer, Rentiers und Grundeigentümer), erweitert um Händler und Handwerker (die, dank der 1974 eingeführten Selbstanzeige, mit der die Steuerhinterziehung legalisiert wurde, auf steigende Einkünfte blicken); das Kleinbürgertum (Manager, Funktionäre und leitende Angestellte), in das einige Arbeiter aus den führenden Sektoren der Wirtschaft aufgestiegen sind; das Proletariat; das Subproletariat vor allem des Südens, das sich aus Arbeitslosen, Arbeitern mit Unterstützung aus der Lohnausgleichskasse (cassa integrazione) und den Alten mit Mindestrenten zusammensetzt."

Quellen:

IFO Schnelldienst 23/94; FR 12.11.1994; NZZ 29.9.1994; L'Espresso, 2.12.1994; Günter Trautmann: Die italienische Politik nach dem Wahlsieg Berlusconis, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 26.8.1994

" Nur Berlusconi verliert..."

... titelte La Repubblica nach dem ersten Wahlgang der Teilkommunalwahlen, zu denen ca. 2,6 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen waren. Gewählt wurde in 240 Städten und Gemeinden. Am meisten Aufmerksamkeit fand die Auseinandersetzung in sieben mittelgroßen Städten. Während sich in Pisa der Bürgermeisterkandidat des fortschrittlichen Bündnisses schon im ersten Wahlgang durchsetzte, war in den anderen sechs Städten eine Stichwahl notwendig. Nur in Pescara und Treviso siegten die Kandidaten der Regierungsparteien. In Brescia wurde der frühere DC-Sekretär Mino Martinazzoli (jetzt Partito popolare italiano/PPI) gewählt, der auch vom PDS unterstützt worden war.

Für die Stimmungslage im Lande aufschlußreicher sind die Ergebnisse des ersten Wahlgangs, bei denen nicht nur die Bürgermeisterkandidaten, sondern auch die sie unterstützenden Listen gewählt wurden. Forza Italia hatte durchweg Rückschläge zu verzeichnen. Ihr Stimmenanteil sank gegenüber der Parlamentswahl im März 1994:

- in Sondrio von 22,5% auf 17,5%.

- in Treviso von 22,2% auf 13,5%,

- in Brescia von 20,4% auf 12%,

- in Pisa von 16,3% auf 13,5%,

- in Massa von 18,8% auf 9,5%,

- in Pescara von 20,3% auf 14,5%.

Zu berücksichtigen ist hier allerdings, daß die Führer- und Fernsehpartei Forza Italia für Kommunalwahlen kaum die geeignete Organisationsform ist. Ihr schwaches Abschneiden ist deshalb nicht umstandslos auf die nationale Ebene hochzurechnen.

Alleanza Nazionale gewann in den genannten Städten zwischen 5,5% (Brescia) und 0,2% (Pisa) hinzu. In Brindisi ging ihr Stimmenanteil um 4,2% zurück, beträgt aber immer noch 23%. Ihr bestes Ergebnis erzielte AN mit 23,5% in Pescara.

Durchgängig verloren - zwischen 2,5% und 5,1% - hat die Lega Nord. Die Verluste sind damit allerdings nicht so deutlich, wie sie nach einigen Umfrageergebnissen befürchten mußte. In Sondrio erreichte die Lega mit 20,5% ihr Spitzenergebnis.

Die linken Parteien PDS und Rifondazione Comunista (RC) gewannen außer in Brindisi leicht bis deutlich hinzu. Den größten Sprung machten sie in Brescia, wo sich der PDS von 13,1% auf 21% und RC von 5,1% auf 7% verbesserten. Hochburg des PDS ist Pisa (27,5%), während RC ihr mit 13% bestes Ergebnis in Massa erzielte.

(Alle Angaben nach La Repubblica, 21.11. und 5.12.1994)

16. Showmaster der Macht. Berlusconis inoffizielle Biographie

Autor: Js. · Rubrik: Italien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:01

Das klassische Enthüllungsbuch über Silvio Berlusconis Aufstieg zur wirtschaftlichen und politischen Macht ist nun auch in deutscher Übersetzung erschienen. Es ist ein Buch, dessen Erscheinen Berlusconi mit unterschiedlichen Mitteln, u.a. Prozessen und Geldangeboten, zu verhindern versucht hat. Vergeblich: Die Erstausgabe erschien Anfang 1987. Die Verfasser, die Journalisten Giovanni Ruggeri und Mario Guarino, wurden später vom Vorwurf der Verleumdung freigesprochen. Berlusconi entging nur durch eine Amnestie einer Verurteilung wegen Falschaussage in "prozeßrelevanten Fragen".

Im Februar und März 1994 - die neugegründete Wahlpartei Forza Italia steuerte ihrem Triumph entgegen - folgten eine aktualisierte zweite und dritte Auflage. Die jetzt vom Gatza-Verlag in deutscher Übersetzung vorgelegte Geschichte endet also Anfang 1994. Ein im September fertiggestelltes Vorwort des Italien-Korrespondenten der taz, Werner Raith, faßt wesentliche Ereignisse seit den Parlamentswahlen Ende März 1994 zusammen: Den triumphalen Sieg von Forza Italia bei den Europawahlen im Juni, den Angriff auf das staatliche Fernsehen RAI, die Regierungskrise im Juli, die durch ein Eildekret zugunsten prominenter Korruptionsverdächtiger ausgelöst worden war.

Die Stärke des Buches besteht in der detaillierten Rekonstruktion von Berlusconis Lebensweg. Mitschüler, Lehrer, Jugendfreunde und frühe Geschäftspartner kommen zu Wort und lassen ein außergewöhnliches Persönlichkeitsprofil entstehen: Silvio Berlusconi ist ein skrupelloser Machtmensch mit einer Vielzahl von Talenten, ein Arbeitstier und Geschäftemacher, vor allem aber ein Künstler der Selbstdarstellung und großer Kommunikator. Daß diese besonderen Fähigkeiten nur eine notwendige Bedingung seines politischen Erfolges darstellen, wird von Ruggeri und Guarino deutlich herausgearbeitet. Schon seinen Aufstieg zum erfolgreichen Mailänder Bauunternehmer verdankt er der Protektion vor allem durch sozialistische und christdemokratische Politiker. Der Aufbau von Berlusconis Fernsehimperium wurde erst durch massive Interventionen seines "Paten", des ehemaligen PSI-Sekretärs und Ministerpräsidenten Bettino Craxi, möglich. Gleichwohl verstand er es, sich als "neuer Mann" zu präsentieren, der Italien aus dem Jammertal des Korruptionssystems in die strahlende "Zweite Republik" überführen werde.

Vieles in dem Buch mag LeserInnen außerhalb Italiens allzu detailliert erscheinen. Unzählige von Berlusconi gegründete, umgewandelte und wieder liquidierte Firmen werden aufgeführt. (Den im Original enthaltenen übersichtlichen Anhang mit den "38 geheimnisvollen Holdings" unter dem Dach der Fininvest hat der Gatza-Verlag dagegen leider weggelassen; ebenso fehlt das hervorragende Namensregister.) Mit allerlei Aufwand tragen die Autoren Indizien dafür zusammen, daß Berlusconi über Mittelsmänner mit der Mafia Geschäfte gemacht hat. Den letzten, entscheidenden Beweis müssen sie allerdings schuldig bleiben. Bei dem Versuch, Berlusconi als Vollstrecker des "Geheimen Plans" der Freimaurerloge P2 und ihres Großmeisters Licio Gelli darzustellen, kommen die Autoren über eine Reihe eindrucksvoller Analogien nicht hinaus. "Forza Italia P2" und "Die Sekte steigt in den Ring" lauten zwei Zwischenüberschriften im letzten Kapitel. Forza Italia erscheint so letztlich als "legaler Arm" der P2 - eine allzu sehr der "Dietrologie" (1), der Suche nach der großen Verschwörung, verpflichtete Deutung.

Die Politik, zu deren Durchsetzung Forza Italia gegründet wurde, kommt bei Ruggeri und Guarino kaum vor. Neben der personenbezogenen Sichtweise - zwei bis fünf Männer machen Italiens Geschichte: Berlusconi und Gelli, bis vor einiger Zeit auch noch Craxi, Andreotti und Forlani ("CAF") - hat im Schlußkapitel vermutlich vor allem Zeitdruck das Niveau gesenkt. Hier werden längere Zitate aus La Repubblica, L'Espresso und anderen Zeitungen aneinandergereiht. Das von brutaler Offenheit geprägte Programm von Forza Italia, eine unbedingt lohnende Lektüre, wird auf die irreführende Formel gebracht, es sei ein "unerträgliches Sammelsurium von Allgemeinplätzen in Form von Werbespots", zusammengesetzt "aus widerlichster Demagogie und altbekanntem Populismus". Das ist noch nicht einmal die halbe Wahrheit.

Js.

Anmerkung:

1) "dietrologia" - eine Wortschöpfung, abgeleitet von dem Wort "dietro" (dahinter): Die Neigung, Politik als Ergebnis geheimer Machenschaften zu interpretieren.

Giovanni Ruggeri/Mario Guarino: Berlusconi. Showmaster der Macht, Verlag Matthias Gatza (Berlin) 1994, 250 Seiten, DM 38,-

17. Frankreich: Nachträgliche Gedanken über einen gewonnenen Kampf. Interview mit einem Aktivisten der Jugendrevolte vom Frühjahr 1994

Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:04

Im Frühjahr 1994 fanden in Frankreich massenhafte und wochenlang andauernde Demonstrationen gegen ein von der Regierung geplantes Gesetz, dem "Vertrag der beruflichen Eingliederung" (Contrat d'Insertation Professionelle/CIP) statt. Diese häufig sehr militant geführten Auseinandersetzungen bildeten den Höhepunkt einer ganzen Reihe ähnlich heftiger Proteste etwa von seiten der Fischer, Bauern oder der Air-France-Beschäftigten, welche in Frankreich in den letzten anderthalb Jahren stattfanden.

Mit dem CIP sollte nach den Vorstellungen der Regierung für die Unternehmen ein Anreiz geschaffen werden, mehr Jugendliche in den Betrieben einzustellen. Offiziell wurde der CIP als Maßnahme gegen die sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit verkauft. Den betroffenen Jugendlichen war jedoch schnell klar, daß es sich dabei um ein Mittel zur Beschaffung billiger Arbeitskräfte handelte, das nur am Interesse der Unternehmen ausgerichtet war. Mit dem Gesetz sollte festgelegt werden, daß alle Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren zu einem Stundenlohn in Höhe von etwas mehr als 70 Prozent des in Frankreich gesetzlich verankerten Mindestlohnes (SMIC) beschäftigt werden können. Der SMIC (Salaire Minimum Interprofessionel) beträgt derzeit 34,83 Francs die Stunde, das sind rund 10 DM. Nach massiven Auseinandersetzungen auf der Straße erreichte die Anti-CIP-Bewegung die Rücknahme des Gesetzesentwurfs.

Das folgende Interview wurde mit einem Aktivisten der Anti-CIP-Bewegung im Rahmen eines Frankreichaufenthaltes in der Bretagne geführt. Es wurde dem ak vom "Internationalismus-TAG" über den Infoladen "Anschlag" in Bielefeld zur Verfügung gestellt und von uns redaktionell überarbeitet.

Bist Du organisiert?

In St. Nazaire gibt es eine anarchistische Gruppe, die mehr oder weniger organisiert ist und der ich angehöre. Wir machen nicht viel, weil wir zu wenige sind. Bei einer geringen Anzahl an Leuten sehen wir kaum eine Perspektive.

Wie ist die Lage der französischen Jugendlichen in bezug auf die Arbeitswelt?

Allgemein läßt sich sagen, daß es eine sehr hohe Arbeitslosigkeit wie überall gibt; das ist die ökonomische Krise. 30% der Jugendlichen unter 25 Jahre haben keine Arbeit. Sie haben vielleicht einen schlecht bezahlten kleinen Job oder machen ein Vorpraktikum, das letztendlich zu nichts führt. Die Arbeitslosigkeit in Frankreich nimmt eine fast unglaubliche Größenordnung an. Wir haben 3,5 Millionen Arbeitslose bei einer arbeitenden Bevölkerung von ungefähr 30 Millionen Menschen. Das macht eine Arbeitslosenrate von 12,5% ; und das ist nur die offizielle Zahl. Die inoffizielle und sicher die den wahren Verhältnissen mehr entsprechende Rate liegt sehr viel höher.

Was bedeutet der CIP?

Der CIP ist der "Vertrag der beruflichen Eingliederung", der von den Jugendlichen zum Vertrag der Unternehmerinteressen umbenannt worden ist, weil man diesen Gesetzesvorschlag der Regierung Balladur als Zugeständnis an die Kapitalistenklasse einschätzte. Gleich nach der Bekanntgabe des geplanten Gesetzes fand eine Mobilisierung der Gewerkschaften statt, was in einer gemeinsamen Demonstration seinen Ausdruck fand. Dem folgte der Protest der GymnasiastInnen und auf einer niedrigeren Stufe der der StudentInnen der IUT, einer Uni, die mehr auf das aktive Berufsleben ausgerichtet ist. Die Anti-CIP-Bewegung hat "national" in Paris begonnen.

Aber die Bewegung beschränkte sich nicht nur auf Paris. Sie erfaßte alle mittleren und größeren Städte Frankreichs. Das stellt einen Unterschied zur Schüler- und StudentInnenbewegung von 1986 dar, denn es ist nicht die Regel, daß solch eine Bewegung über Paris hinausgeht. Die Anti-CIP-Bewegung hat im März 94 sehr schnell begonnen, und man hat gleich angefangen, Parallelen zum Mai '68 zu ziehen. In Frankreich wie auch in Deutschland gibt es momentan eine große ökonomische Krise, wobei ich denke, daß Frankreich in einem

härteren Maße davon betroffen ist. Diese Krise drückt sich unter anderem in der Perspektivlosigkeit der Jugendlichen aus, und es gibt eine Art Fatalismus, der sich wie in anderen Ländern Europas ausbreitet. Was den CIP betrifft, ist man am Anfang der Bewegung nicht über die Forderung nach seiner Rücknahme hinausgekommen. Viele Jugendliche fühlten sich vom CIP angegriffen, weil sie schlechter bezahlt werden sollten als andere aus dem einzigen Grund, weil sie jünger sind.

Die erste Demo fand am 7. März in Paris statt, an der weit mehr als 20.000 Menschen teilnahmen. Zu dieser Zeit war ich in Périgueux und sogar in einer solchen Kleinstadt waren 2.000 Jugendliche auf der Straße (Périgueux hat etwa 30.000 EinwohnerInnen). In Paris gab es dann am 12. und am 17. März große Demos, und von diesem Zeitpunkt an begannen die Dinge interessant zu werden; auch in Nantes, als die Demos "ausgeartet" sind. Man sprach von einem neuen Mai 68 oder von einer Erscheinung, die dem Mai 68 mehr oder weniger ähnelt. Ich war auf der Demo am 17. März in Nantes. Nantes ist wirklich eine besondere Stadt, weil es dort eine alte anarchosyndikalistische Tradition gibt. Und es gibt eine mehr oder weniger große linksradikale Bewegung. In Nantes waren auch sehr viele Obdachlose und Arbeitslose in den Reihen der Anti-CIP-Bewegung, die ihre allgemeine Unzufriedenheit und ihren Haß auf die gesellschaftlichen Mißstände zum Ausdruck brachten. Es war für mich die erste Erfahrung in Nantes, daß eine Demo so abgegangen ist; es wurden zum Beispiel Barrikaden gebaut.

Auch in Paris, Lyon und anderen Städten gab es sehr militante Demos. In Bordeaux begann die Bewegung sehr militant; die Situation dort beruhigte sich aber in der folgenden Zeit. In Paris gibt es die Gettos rund um die Stadt und die Jugendlichen von dort, die vergessen und verloren in diesem Jahrhundert sind, drücken ihre Unzufriedenheit zu jeder Gelegenheit bei Demonstrationen aus. Diesmal haben sich viele Jugendliche in Paris sehr schnell von diesen Jugendlichen aus den Gettos entsolidarisiert und damit zu ihrer Kriminalisierung beigetragen. Sie haben in der Öffentlichkeit klargestellt, daß diese Jugendlichen nicht zur Bewegung gehören und daß sie ihre Gewalt ablehnen.

In Nantes haben sich im Gegenteil dazu viele Jugendliche verschiedenen Alters und aus den verschiedenen Provinzen solidarisch mit denen erklärt, die aufgrund von militanten Aktionen festgenommen wurden. In der Nacht nach der ersten großen Demo in Nantes ging es ziemlich heiß her, wobei es sehr viele Verhaftungen gab. Bei den folgenden Prozessen fanden sich dann einige hundert Leute ein, um die Verhafteten zu unterstützen, wobei zu bedenken ist, daß die Gerichtsverhandlungen nur zwei Tage nach der Demo stattfanden und keine große Zeit vorhanden war, Leute zu mobilisieren. Kurz gesagt: Es gab eine richtige Solidarität mit den Verhafteten. Infolgedessen ging es bei den folgenden Demos in Nantes heftig zur Sache.

Auf welche Art und Weise haben sich die Menschen in der Anti-CIP-Bewegung organisiert?

In St. Nazaire gab es wirklich sehr wenige Aktionen, die zudem den Rahmen der Forderung nach der Außerkraftsetzung des CIP nicht überstiegen. Einige von unserer Gruppe sind mit der schwarzen Fahne zu einer Demo in St. Naz gegangen und wurden relativ schnell aus der Demo ausgeschlossen. Wir konnten dort keine Schnitte machen, und das war auch ein Grund dafür, daß wir uns mehr nach Nantes orientierten. In Nantes haben wir an spontan entstandenen Vollversammlungen tendenziell anarchistischer und libertärer Gruppen teilgenommen. Während des Kampfes gegen den CIP gab es eine Gruppe mit dem Namen "Précaire et Solidaire Nantais", in der Obdachlose, Arbeitslose, Jugendliche und StudentInnen waren. Diese Gruppe existiert auch heute noch. Ich konnte unglücklicherweise nicht an den Vollversammlungen an der Uni Nantes teilnehmen, die wirklich eine sehr wichtige Rolle spielten. In den ersten Wochen der Bewegung haben die StudentInnen der Literaturfakultät die Stühle und Tische aus den Hörsälen rausgeworfen und täglich stattfindende AGs organisiert, zu denen auch die ganze Bevölkerung eingeladen war. Die Uni war für alle geöffnet, die an der Bewegung teilnehmen wollten. Es gab Delegierte der Arbeitslosen und der ImmigrantInnengruppen, was besonders wichtig war, weil es eine Reihe von repressiven Maßnahmen gegen ImmigrantInnen als Folge der neuen Gesetze von Pasqua gegeben hat. Man hat in diesen Tagen wirklich einen Austausch zwischen den verschiedenen sozialen Bereichen, den Arbeitslosen, StudentInnen, GymnasiastInnen etc. verfolgen können. Es gab ein einheitliches Ziehen an einem Strang, so wie Nantes es vorher nie erlebt hatte. Es gab auch die Forderung nach dem Rücktritt von Innenminister Pasqua, diesem dreckigen alten Fascho, von dem ihr in Deutschland sicher schon gehört habt. Er hatte nach den ersten Demos gegen den CIP zwei junge Algerier abgeschoben, die daran teilgenommen hatten und sie mit dem ersten Schiff nach Algerien geschickt. In Nantes haben wir den Rücktritt Pasquas und die Rückkehr der beiden

Algerier gefordert. (Aufgrund der massenhaften Solidarität "durften" die zwei wieder nach Frankreich zurückkehren.)

Es wurden auch Vorschläge diskutiert, die eine Einsetzung eines Mindestgeldes für alle Arbeitslosen forderten, weil es in Frankreich viele junge Arbeitslose gibt, die direkt nach der Schule arbeitslos werden und nicht das Recht und den Anspruch auf staatliche Hilfe haben. Diese Jugendlichen befinden sich in der Folge dann unmittelbar auf der Straße, wenn sie von ihren Familien nicht unterstützt werden können. Man hat auch die Einführung eines Mindestlohns für alle Jugendlichen und eines Mindestgeldes für Erwachsene, die Langzeitarbeitslose und aus den Listen des Arbeitsamtes rausgefallen sind, gefordert.

Gibt es politische Strukturen der Anti-CIP-Bewegung, die heute noch existieren?

In Nantes gibt es schon noch Gruppen, die sich während der Zeit der Demos gegründet haben und die versuchen, die Erfahrungen der Bewegung zu reflektieren. Im September fand an der Uni von Nantes die Sommeruni statt, die ganz im Zeichen der Reflexion der Anti-CIP-Bewegung, sozialer Bewegungen in Frankreich, der Kampfperspektiven und der zukünftigen Forderungen stand.

Der CIP wurde von Balladur Anfang April zurückgezogen, weil er zu befürchten begann, daß es noch größere Auseinandersetzungen geben wird. Die Bewegung hat eigentlich nur einen Monat existiert. Nach der Außerkraftsetzung des CIP war die Bewegung beendet und niemand ging mehr auf die Straße. Wir hofften, daß die Leute nach der gewonnenen Schlacht anfangen würden, sich mit ökonomischen Fragen auseinanderzusetzen. Es ist für uns ein unverkennbares Merkmal für die derzeitige ökonomische Krise, daß die Regierungen sich dazu verpflichtet fühlen, der Kapitalistenklasse in der Art und Weise Zugeständnisse zu machen, daß sie Einschnitte in den sozialen Bereichen machen. Überall in Europa. Und das zeigt uns, daß die Gesellschaft in einem sehr schlechten Zustand ist und das ökonomisch herrschende System am Absterben ist. In Nantes gibt es auf jeden Fall genug Stoff, der aufzuarbeiten ist, und die Reflexion dessen wird weitergehen. Auf "nationaler" Ebene oder was Paris betrifft kann ich zu dieser Frage nicht viel sagen, weil ich zu wenig informiert bin. In Paris ist das sowieso etwas Besonderes, weil es viele kleine Gruppen oder Grüppchen gibt, die mal etwas zusammen machen, sich dann aber wieder zurückziehen. Das ist sehr kompliziert dort.

Hast Du eine Erklärung für die sehr starken und militanten Aktionen von streikenden ArbeiterInnen, Fischern, Bauern etc. in Frankreich?

Es gibt in Frankreich wirklich viele Kämpfe, die aber nicht zusammenlaufen. Es gibt keine Verbindungen zwischen den StudentInnen, Bauern und Fischern. Während den Demos gegen den CIP gab es Versuche, sich mit den Fischern und Bauern zu treffen, was aber nicht geklappt hat. In Frankreich fehlt es meiner Meinung nach an einem gemeinsamen Strang. Bei den Fischern waren die Kämpfe dieses Jahr sehr spektakulär. Es handelte sich aber um einen Protest, der mehr Hoffnungslosigkeit als eine starke politische und soziale Bewegung ausdrückte. Man muß wissen, daß das Einkommen der Fischer sehr niedrig ist und ungefähr bei 2.000 Francs im Monat liegt. Sie können davon nicht leben und befinden sich in einer ausweglosen Situation. In Rennes hat es einen sehr gewalttätigen Tag gegeben. Aber meiner Meinung nach handelt es sich trotzdem nicht um eine militante und konsequente Bewegung, ihr Kampf war eher spektakulär als alles andere.

Man denkt jedesmal in solch einer Situation, daß es den Funken geben muß, der die Kämpfe in den unterschiedlichen sozialen Bereichen zu einer Bewegung zusammenführt. Aber das realisiert sich nicht. Ich habe sogar den Eindruck, daß es keine Solidarität unter den ArbeiterInnen der verschiedenen Bereiche in Frankreich gibt. Meine Einstellung dazu ist vielleicht ein wenig pessimistisch. Und dann gibt es in Frankreich ja auch noch die unterschiedlichen Gewerkschaften, die es nicht schaffen, sich an irgendeinem Punkt zu einigen, und man kann schon von einem Wunder sprechen, wenn sie am selben Tag gemeinsam zu einer Demo aufrufen. Überall gibt es wichtige soziale Bewegungen, die aber keine neuen Perspektiven eröffnen. Auch aus diesem Grund ziehen die ganzen Streiks an den Leuten vorüber.

Die siebziger Jahre sind längst vorbei in Frankreich. Alle zwei Jahre taucht eine Bewegung wie die gegen den CIP auf, aber daraus folgt nichts, nichts davon geht weiter und niemand stellt die Gesellschaft grundsätzlich in Frage. Es handelt sich immer um punktuelle und damit begrenzte Kämpfe.

18. Der Fall Berlusconi(s?). Ein lesenswertes Buch zur Situation in Italien

Autor: Klaus-Dieter Lühn · Rubrik: Italien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:09

Seit Frühjahr 1994 ist unter dem ewig lächelnden, Optimismus ausstrahlenden Silvio Berlusconi eine völlig neue Koalition aus Lega Nord, Neofaschisten/Alleanza nazionale und den Forza Italia-Clubs des Medienzaren am Ruder. Die Ereignisse der letzten Wochen: die landesweiten Flächenstreiks, der Generalstreik vom 14. Oktober, die Großdemo in Rom am 12. November mit weit über eine Million TeilnehmerInnen, die Niederlage der Forza Italia bei den Teilkommunalwahlen Ende November/Anfang Dezember haben auch hierzulande Schlagzeilen gemacht. Unter den vielen Neuerscheinungen auf dem politischen Buchmarkt dieses Herbstes zum Thema Italien ist die Analyse von Jens Renner (Der Fall Berlusconi. Rechte Politik und Mediendiktatur) zweifellos die informativste und tiefgründigste.

Im ersten von sieben Kapiteln behandelt der Autor "Die Zeit der Populisten" und ortet Berlusconi auf der Ebene von Ross Perot in den USA und Bernard Tapie in Frankreich. Im Gegensatz zu diesen beiden habe er tatsächlich die Macht errungen, weil er "einmalig günstige Bedingungen vorgefunden" habe. (S.19) Dieses spezifische politisch-gesellschaftliche Milieu wird im zweiten Kapitel "Die Wende - 1989 und die Folgen für Italien" näher untersucht.

Renner umreißt die parteipolitischen Umwälzungen in Italien nach dem Mauerfall in Berlin. Zunächst die Umwandlung des PCI in den PDS einerseits, Rifondazione Comunista andererseits. Die These, "wie es scheint, ist Rifondazione Comunista die einzige im Parlament vertretene Partei, die den neuen Rechtsblock frontal angreift" (31) trifft die politische Kräftekonstellation Italiens allerdings ebenso unzureichend wie die Konzession, "es wäre allerdings ungerecht und würde das Bild verfälschen, wollte man den PDS als gänzlich unfähig zur Opposition darstellen." (28) Erfrischend klar, angesichts sonstiger Verharmlosung in den Medien, fällt die Charakterisierung der Lega Nord als "Partei der aggressiven Abgrenzung, des Wohlstandschauvinismus und der Intoleranz gegenüber Minderheiten" (36) aus.

Die Aufdeckung der Schmiergeldaffären (Stichworte: mani pulite und tangentopoli) hat die "Erosion der Staatspartei" (38ff) enorm beschleunigt. Aber nicht die Linke füllt das plötzlich entstandene politische Vakuum in der Mitte, drückt das politische Koordinatensystem nach links, sondern Berlusconi gelingt es, scheinbar unvereinbare Gruppierungen - Lega Nord und Alleanza Nazionale - im Frühjahr 1994 zu einem Zweckbündnis gegen Links zusammenzubinden und Teile seines Fininvest-Managements in den Regierungsapparat zu hieven. Die Bildung dieses Triumvirats ist der eigentliche politische Kern des Phänomens Berlusconi. Die einzelnen Etappen des Aufstiegs des einstigen Staubsaugervertreters zum Millionär, des Craxi-Günstlings zum Craxi-Erben im Namen des "neuen Italiens" listet Renner in den Kapiteln 4 und 5 auf (S. 83-134).

Ein eigenes Kapitel widmet Renner - völlig zu Recht - Berlusconis Bündnispartner Alleanza Nazionale: "Der modernisierte Faschismus" (57-82) Er erinnert daran, wie z.B. der Italien-Korrespondent der FAZ die Regierungsbeteiligung von Finis Getreuen ausdrücklich als überfälliges Ablegen eines "Denkverbots" bejubelt hatte (75 ff). Allerdings, und da trifft die Kritik weniger Jens Renner als die italienische Linke insgesamt, ist über die politisch-programmatische Verankerung des Neofaschismus, sein Wählerklientel, so gut wie nichts bekannt. Als Fini vor einem Jahr - mit Hilfe Berlusconis - fast zum Bürgermeister Roms gewählt worden wäre, war die Linke geschockt, als Finis Mannen im folgenden März bei den Parlamentswahlen mit rund 13 Prozent ihren Stimmenanteil mehr als verdoppelten, war die Linke wiederum geschockt, als Berlusconi sie ministrabel macht, war der Aufschrei europaweit. Aber nach wie vor wird sie nur als Gemenge von Ewiggestrigen und Skinheads abgetan, nicht als soziale Bewegung, die - soweit aus der Presse bekannt ist - stark im Staatsapparat in Rom, nicht nur bei Militär, Polizei, Geheimdiensten, verankert ist, ihre Hochburgen nicht mehr nur im Süden hat und gerade unter Jugendlichen über beträchtliche Anhängerschaft verfügt. Die Ergebnisse der jüngsten Kommunalwahlen zeigen einen weiteren Vormarsch der Neofaschisten.

Kommen wir nun zum Thema Medienmacht und Fernsehmonopol. Auch hierzulande wurde Berlusconis Wahlsieg mit der Macht seines Fernseh- und Presseimperiums begründet. Zweifellos besitzt die Fininvestgruppe das Monopol im nationalen Privatfernsehen: mit den Sendern Rete 4, Canale 5 und Italia 1

erreicht er zusammen mehr als 50 Prozent Einschaltquote, unbestritten auch, daß ein politisches historisches Ereignis wie die Großdemo vom 12. November in der Nachrichtensendung telegiornale 4 genauso viel Sendesekunden einnimmt wie die Meldung über die neueste Niederlage des Berlusconi-Vereins AC Mailand, aber mit Jens Renner würde auch ich behaupten: "Die naheliegende und vielfach dargebotene Erklärung, Berlusconis Erfolg beruhe auf der Täuschung und Manipulation der Öffentlichkeit via Fernsehen, greift eindeutig zu kurz. Die Redensart von der videocrazia, durch welche die jahrzehntelange bestimmende partitocrazia abgelöst worden sei, verzerrt das Bild. Das Medium hat nicht die Message ersetzt, sondern nur optimal unter die Leute gebracht. Und Berlusconi hat seine Pläne nicht versteckt, sondern offen ausgesprochen. Das hat ihm zumindest nicht geschadet." (125f) In diesem Sinne gilt es also, "kritisch, aber ohne elitären Dünkel an die Massenkultur heranzugehen ... Die Politik der italienischen Rechten - wie auch der kapitalistischen Modernisierer in vergleichbaren Ländern - ist auf Dauer durch kein noch so genial manipuliertes Fernsehprogramm konsensfähig zu machen." (186)

Ob allerdings "die schöne bunte Welt des Fernsehens die Rebellion sogar ungewollt fördern könnte" und sich so "die Unzufriedenheit der Arbeitslosen aus den Massenquartieren der italienischen Metropolen in grenzenlose Wut verwandelt" (ebd.), überlassen wir der Dialektik der Geschichte.

Vielmehr und sicher ist es "die Politik, für die Berlusconi gewählt wurde, die wahrscheinlich schon bald die Menschen auf die Straßen und Plätze treiben und zu ganz traditionellen Kampfformen wie Streiks, Demonstrationen und Besetzungen greifen lassen wird." (ebd.) Diese Politik des harten Marktliberalismus - Renner referiert breit das Wahlprogramm von "Mr. Thatcher" (136 ff) - hat mit seinem Haushaltskürzungsversuch bei Renten, Gesundheit, Stellenstop im öffentlichen Dienst, Stipendienkürzungen etc. Millionen auf die Plätze getrieben und inzwischen die Regierung zum Nachgeben gezwungen. Aber das zentrale Problem ist alles andere als gelöst, verschärft sich vielmehr von Tag zu Tag: die immense Staatsverschuldung von nunmehr etwa 2.000 Mrd. DM, mit jährlichen Zinslasten von rund 200 Mrd. DM bei einem Etat von etwa 800 Mrd. - Zinslasten, die bislang durch zusätzliche Schuldenmacherei, nicht durch vermehrte Steuereinnahmen und jetzt immer stärker durch Kürzungen bei den Sozialleistungen finanziert werden. Der italienische Staatsapparat ist immer mehr zu einer riesigen Umverteilungsmaschine von Einkommen von unten nach oben degeneriert (siehe dazu verschiedene Artikel in der Zeitschrift Sozialismus).

Die Rechtsregierung versucht das, was dem einkommens- und/oder mehrwertsteuerhinterziehenden Notar in Mailand oder Barbesitzer in Rom rechtens für seine Staatspapiere an Zinsen zusteht, immer stärker den Lohnabhängigen und Rentnern direkt aus der Tasche zu ziehen, die sich - siehe Rom - natürlich heftig dagegen wehren. Die Schuldenfalle wird allenfalls auf höherer Stufe reproduziert. Jens Renner spricht das Problem der Staatsverschuldung natürlich an (vgl. 47f.), verkennt aber m.E. wie viele andere auch seine systemsprengende Tragweite.

Klaus-Dieter Lühn

(Mitarbeiter der Zeitschrift Sozialismus)

Jens Renner, Der Fall Berlusconi. Rechte Politik und Mediendiktatur, Göttingen 1994 (Verlag Die Werkstatt), 192 Seiten, 24 DM

19. Angola: Die Macht kommt aus den Gewehrläufen. Abschluß eines Friedensabkommens nach militärischer Wende

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Angola · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:39

In der sambischen Hauptstadt Lusaka wurde am 20. November zwischen hochrangigen Vertretern der angolanischen Regierung sowie der rechten angolanischen Rebellenbewegung UNITA ein Friedensabkommen unterzeichnet. Dieses unter Federführung der UNO zustande gekommene Abkommen sieht einen Waffenstillstand sowie die Beteiligung der UNITA an der Regierung und Verwaltung des Landes vor. Der Wortlaut des Vertrages ist bisher nicht veröffentlicht worden, so daß Einzelheiten der Abmachung bislang kaum bekannt sind - oder aber noch ausgehandelt werden müssen. Eine politische Einschätzung der Kräfteverhältnisse in Angola wie auch des Abkommens selbst ist kompliziert; festgehalten werden kann nur, daß die UNITA militärisch seit längerer Zeit zunehmend in die Defensive geraten ist.

Bekannt wurden bis jetzt im wesentlichen folgende Vorhaben, ohne daß schon über ihre konkrete Umsetzung Klarheit bestünde:

- Die UNO soll den Friedensprozeß dieses Mal mit 7.000 Soldaten überwachen und nicht, wie in den Jahren 1991/92 nach dem Friedensabkommen von Bicesse mit lediglich einigen hundert.

- Die seit den Wahlen von 1992 noch ausstehende zweite Runde der Präsidentschaftswahlen soll abgehalten werden. (Damals hatte der Staatspräsident Dos Santos als Kandidat der regierenden MPLA mit knapp 50 Prozent der abgegebenen Stimmen die absolute Mehrheit im ersten Wahlgang nur geringfügig verfehlt; UNITA-Kandidat Savimbi war auf lediglich 34 Prozent der Stimmen gekommen.)

- Die Spitzenpolitiker der UNITA sollen eine Leibgarde unterhalten dürfen.

- Die Sondereinheiten der Polizei werden nicht aufgelöst.

- Die UNITA soll entwaffnet und ihre Soldaten sollen in die angolanische Armee integriert werden. Außerdem soll sie die von ihr besetzten Gebiete frei geben.

- Die UNITA soll mit vier Ministern an der Regierung beteiligt werden. Machtpolitisch entscheidende Ämter wie das Innen-, Verteidigungs- oder Außenministerium befinden sich offenbar nicht darunter. Des weiteren soll die Contra-Bewegung sieben Vize-Ministerämter, sechs Botschafterposten, drei Gouverneursposten und sieben Vize-Gouverneursposten erhalten. Schließlich sollen ihr zahlreiche Ämter auf bezirklicher und Gemeindeebene zugeschanzt werden.

Diese Zahlen entsprächen, falls sie tatsächlich so ausgehandelt worden sein sollten, hinsichtlich der Anzahl wie des Verteilerschlüssels einem Angebot der angolanischen Regierung, welches sie schon im ersten Vierteljahr 1994 unterbreitet hatte. Die UNITA wies damals freilich noch dieses Angebot brüsk zurück, zumal die relative Bedeutungslosigkeit der seinerzeit angebotenen vier Ministerposten (Geologie und Bergbau, Handel, Gesundheit sowie Hotelwesen und Tourismus) geradezu ins Auge sprang. Dasselbe war von der angebotenen Zahl von drei Gouverneursposten zu sagen: Angola besteht immerhin aus 18 Provinzen. Besonders inakzeptabel mußte es jedoch für die UNITA sein, daß keines der angebotenen Gouverneursämter für die beiden im zentralen Hochland gelegenen Provinzen Huambo und Bié vorgesehen war, den ursprünglichen Hochburgen der UNITA, was auch in den Ergebnissen der Wahlen 1992 zum Ausdruck gekommen war. (Vgl. ak 349 vom 16.12.92)

Aktuell scheint es so auszusehen, daß auch diesmal die Provinz Huambo für die UNITA nicht im Angebot ist. Die gleichnamige Hauptstadt dieser Provinz, die von der UNITA zugleich als ihre Hauptstadt angesehen wird, war zudem wenige Tage vor Unterzeichnung des Abkommens von den Regierungstruppen zurückerobert worden, was ohne Zweifel eine äußerst schmerzliche und wahrscheinlich auch strategische Niederlage für die UNITA darstellt.

UNITA-Terror

nach den Wahlen von 1992

1992 hatte die UNITA ihre deutliche Wahlniederlage nicht akzeptiert und, kaum daß das vorläufige Endergebnis der Wahlen bekanntgegeben worden war, Anfang November zunächst versucht, die angolanische Hauptstadt Luanda in einer vorbereiteten Aktion staatsstreichartig zu erobern. Dabei war sie im wesentlichen am entschlossenen Widerstand der Bevölkerung sowie an Spezialeinheiten der Polizei gescheitert. Sie konnte aber in den folgenden Wochen fast 80 Prozent des angolanischen Territoriums unter ihre Kontrolle bringen, da die MPLA-Regierung in sträflichem Leichtsinn im Zuge des "Friedensprozesses" die Armee des Landes der weitgehenden Auflösung preisgegeben hatte. (Siehe ak 354 vom 5.5.93) Die Regierung behielt die Kontrolle im wesentlichen nur noch über einige Küstenbereiche einschließlich der Hauptstadt Luanda sowie über die meisten Provinzhauptstädte des Landes, deren Menschen allerdings unter zum Teil grauenhafter Belagerung durch die UNITA zumeist weit über ein Jahr zu überleben suchten. Im Zuge dieser Kämpfe hatte die Regierung Anfang März 1993 nach einer 55tägigen Schlacht auch Huambo an die UNITA verloren. Weitere drei Provinzhauptstädte waren ebenfalls in die Hände der UNITA gefallen. "Wir haben Krieg geführt, und wir haben gewonnen", erklärte Savimbi damals in seinem ersten öffentlichen Auftritt nach fünf Monaten gegenüber einer ausgewählten Schar von Journalisten. (taz, 16.4.93)

Angesichts der damaligen festen Verankerung der angolanischen Regierung in der Hauptstadt Luanda und ihrer militärischen Souveränität in der Erdölprovinz Cabinda (einer kleinen Exklave nördlich Angolas) widersprach diese Feststellung Savimbis zweifellos den Tatsachen. Doch gleichzeitig hatte sie aus seiner Sicht auch Richtiges. Denn die vor allem im bevölkerungsreichsten Stamm Angolas, den Ovimbundu, verankerte UNITA hat ein stark ethnisch geprägtes Selbstverständnis und daher die Teilung Angolas als mögliche Option im Auge behalten; gemäß dem Motto "lieber das halbe Angola ganz, als das ganze Angola halb". Insofern glaubte sich Savimbi damals durchaus zurecht in einer starken Verhandlungsposition, von der aus er massiv die "Dezentralisierung" des Landes einforderte.

Die angolanische Regierung bzw. die MPLA stand deshalb vor dem schwierigen Problem, daß ihr Gegner an einer gütlichen Machtteilung von vornherein nicht sonderlich interessiert war. Es blieb ihr deshalb politisch kaum ein anderer Weg, als innenpolitisch gegenüber der UNITA weitgehend auf die militärische Karte zu setzen - unter der Voraussetzung allerdings, daß sie dazu überhaupt in der Lage war. Schon aus diesem Grund bleibt deshalb die hierzulande fast durchgängig verbreitete Sichtweise, in Angola führten etwa "zwei Führungscliquen (...) einen Privatkrieg (...) (aus) gegenseitige(m) Mißtrauen und die Furcht um die eigenen Pfründe" (so zum Beispiel Willi Germund in der taz, 21.11.94), doch sehr an der Oberfläche haften. Abgesehen davon, daß schon im Hinblick auf die große Zahl der Opfer und um der historischen Wahrheit willen die Täter nicht mit denen, die sich wehren mußten, in einen Topf geschmissen werden sollten. Im Angesicht des "brutalsten Krieges der Welt mit astronomischen Totenzahlen" (so der UN-Beauftragte für Angola, Alioune Blondin Beye; FAZ, 14.9.93) voller Betroffenheit oder gar Verzweiflung Ursache und Wirkung aus den Augen zu verlieren, kann im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung nicht von Nutzen sein.

Ab Mitte 1993 begann sich die Lage in Angola zwar nur ganz allmählich, dafür aber stetig zugunsten der Regierung zu verändern. Von großer politischer Bedeutung war die diplomatische Anerkennung Angolas Mitte Mai 1993 durch die USA (nachdem die Bush-Administration nach ihrer Wahlniederlage der UNITA Ende 1992 schnell noch 40 Millionen Dollar hatte zukommen lassen). Unmittelbar brachte dies dem Land zwar kaum einen Nutzen, da sich damit das Engagement der Clinton-Regierung zugunsten der angolanischen Regierung schon weitgehend erschöpft hatte; etliche Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, die zwar die UNITA als Hauptverantwortliche benannten (erstmals in einer Resolution vom Juli 1993), zugleich jedoch über folgenlose Sanktionsandrohungen praktisch nicht hinauskamen, spiegelten die faktische Neutralität der USA bzw. ihr Interesse an einer Machtteilung zwischen Regierung und UNITA wider. Eine entscheidende Schwächung der UNITA lag somit nicht im Interesse der USA, die sich auch mehrmaligen Bitten der angolanischen Regierung verschloß, die UNITA-Vertretung in Washington zu schließen.

Andererseits jedoch gingen nun etliche Regierungen dazu über, der angolanischen Regierung mit militärischer Hilfe wirkungsvoll unter die Arme zu greifen. Großbritannien hob das Waffenembargo gegen Angola auf, Rußland begann Ersatzteile für die MIG-Kampfflugzeuge der angolanischen Luftwaffe zur Verfügung zu stellen. Israel soll der angolanischen Luftwaffe zwanzig Ausbilder zur Verfügung gestellt haben. Des weiteren betätigte sich die angolanische Regierung nun auf dem internationalen Waffenmarkt in großem Umfang als Waffenkäufer. So erstand sie beispielsweise Kriegsmaterial aus ursprünglich sowjetischer Produktion (u.a.

T-72 Panzer) in der Ukraine, Usbekistan und Bulgarien (Africa Confidential, 1.7.94), aus Brasilien wurden Raketenwerfer geliefert. Bezahlt wurde mit den Einnahmen aus der laufenden Erdölproduktion oder durch Verpfändung der zukünftigen Erträge. Zugleich ging die Aufrüstung der angolanischen Streitkräfte mit ihrer Reorganisierung bzw. ihrem Neuaufbau einher. Dabei schreckte man nicht einmal vor der vertraglichen Verpflichtung aus Südafrika stammender Söldner zurück, darunter offenbar etlicher, die in vergangenen Zeiten auf seiten der UNITA oder der südafrikanischen Rassistenarmee gegen die MPLA und die in Angola stationierten Cubaner gekämpft hatten.

Militärische Wende

Anfang 1994 hatten die angolanischen Streitkräfte einige unauffällige, jedoch strategisch bedeutsame Erfolge errungen. So hatten sie sich im Januar in die Lage versetzt, Druck auf die von der UNITA besetzt gehaltene nordangolanische Ölstadt Soyo auszuüben. Zu gleicher Zeit gewannen sie die Kontrolle von vier Brücken über den Kwanza zurück und unterbanden damit den Nachschub von Nahrungsmitteln und Treibstoff aus der und über die von der UNITA besetzt gehaltenen Provinz Uige im Norden zum Hauptquartier der UNITA in Huambo. In Saurimo, im Osten des Landes, gelang es, die Landebahn des Flughafens soweit zu befestigen, daß dort Bomber stationiert werden konnten, die von dort Angriffe auf den von der UNITA in der Provinz Lunda Norte betriebenen Diamantenabbau und -handel flogen. Und schließlich hatte die Armee vier Militärkolonnen aus westlicher, südlicher und nördlicher Richtung nach Zentralangola in Marsch gesetzt, die sich Huambo bis auf 80 Kilometer nähern konnten.

Darüber hinaus hatte die Regierung nun humanitäre Hilfsflüge in von der UNITA kontrollierte Gebiete mit der Begründung untersagt, daß die Rebellen ihrerseits die Belieferung der von ihr eingeschlossenen Städte mit Nahrungsmitteln und medizinischen Gütern konsequent verhindere und zudem die UNITA ihre Armee aus den eigentlich für die Zivilbevölkerung bestimmten Hilfssendungen versorge.

US-Geheimdienstberichte schätzten, daß im Frühjahr 1994 der Anteil der von der UNITA kontrollierten Gebiete auf rund 50 Prozent des angolanischen Territoriums zurückgegangen war. (AC, 1.4.94) Zugleich sah sich die UNITA genötigt, den Vorschlägen der Regierung nach einer Machtteilung im Grundsatz zuzustimmen. Die schon erwähnten Ministerpostenangebote der Regierung hatten offenbar die Billigung der US-Administration gefunden, so daß die UNITA nun eine neue "Verteidigungslinie" bei den Verhandlungen aufbaute: Sie bestand auf die Zuteilung des Gouverneursposten von Huambo, was die MPLA wiederum als "nicht verhandelbar" zurückwies.

Die politische Entwicklung Angolas und der weitere Verlauf der Friedensverhandlungen sind seit ungefähr Mitte 1994 undurchsichtig. Auf der einen Seite geriet die UNITA durch den sich weiter verstärkenden militärischen Vormarsch der Regierung und ihre eigene weitgehende internationale Isolierung immer stärker unter Druck, einem Friedensabkommen zuzustimmen, wobei sie ihren Anspruch auf Huambo bis zur Rückeroberung durch die Regierungstruppen Mitte November nicht aufgegeben und zur Bedingung ihrer Unterschrift gemacht hatte. Insofern stellt ihre Unterzeichnung des Abkommens wenige Tage nach dem Fall Huambos auch eine schwere politische Niederlage für sie dar. Die durch ihre militärische Schwäche veranlaßte zunehmende Kompromißbereitschaft der UNITA hat womöglich auch zu einer Kräfteverschiebung innerhalb der Organisation geführt: Savimbi, der nicht zur Unterzeichnung des Abkommens in Lusaka erschienen war, wurde schon seit Monaten nicht mehr im Radiosender der UNITA gehört. Es gibt Gerüchte, daß er bei einem Anschlag, der irgendwann im Sommer stattgefunden haben soll, von eigenen Leuten schwer verletzt worden ist. (FAZ, 11.10.94)

In umgekehrtem Verhältnis zur zunehmenden Kompromißbereitschaft der UNITA dürfte auf seiten der Regierung der Wille zu einem baldigen Abschluß der Friedensgespräche in Anbetracht ihres erfolgreichen militärischen Vormarsches abgenommen haben. Der Druck, dem sie dabei seitens der an einem Arrangement mit der UNITA interessierten internationalen Mächte (offenbar einschließlich der südafrikanischen "Frontstaaten") ausgesetzt war, dürfte enorm gewesen sein. Schon Ende Juni hatte die US-Regierung "die angolanischen Führungspersönlichkeiten, die versuchen, den Friedensprozeß durch vorteilhafte Positionen im militärischen Bereich zu beeinflussen", verurteilt und des weiteren erklärt: "Der Ehrgeiz, den Krieg fortzuführen, sowie die Tatsache, daß auf die Internationale Gemeinschaft die humanitären Verpflichtungen und die enorm hohen Kosten für die Hilfsaktionen abgewälzt werden, kann nicht hingenommen werden." (Angola Panorama Nr. 85, 30.6.94)

Insofern könnte die Eroberung Huambos das Äußerste gewesen sein, was die angolanische Regierung international noch durchsetzen konnte. Angesichts des erfolgreichen Vormarsches der Armee in praktisch allen Landesteilen (inzwischen hatten Kämpfe auch in den strategischen Rückzugsgebieten der UNITA an der Grenze zu Zaire stattgefunden: die Erdölstadt Soyo konnte zurückerobert und die UNITA in der Diamantenprovinz Lunda Norte angegriffen werden), ist der vereinbarungsgemäß 48 Stunden nach Unterzeichnung des Friedensabkommens in Kraft getretene Waffenstillstand für die Regierung vermutlich ein bitterer Kompromiß. Man kann nur hoffen, daß die angolanischen Streitkräfte bis zu diesem Zeitpunkt in der Lage waren, möglichst viele militärisch entscheidende Positionen zu besetzen, um auch bei der nun auszuhandelnden konkreten Umsetzung des Friedensabkommens von einer relativen Position der Stärke aus agieren zu können.

Eine eher positive Interpretation des Friedensabkommens stellt die These dar, daß mit den Vereinbarungen verhindert wird, daß die UNITA angesichts ihrer militärischen Niederlage auf den Schlachtfeldern wieder zu einem langfristig geführten Guerillakampf zurückkehrt. Diese These dürfte zugleich die Annahme beinhalten, daß UNITA-Chef Savimbi bei einem Arrangement mit der Regierung innerhalb seiner Organisation politisch entmachtet ist.

Eine für die Zukunft eher pessimistische Sichtweise befürchtet hingegen, daß die UNITA nur in Anbetracht ihrer momentanen militärischen Schwäche dem Friedensabkommen zugestimmt habe, um sich nun unter dem Schirm des Waffenstillstands militärisch zu reorganisieren. Mit Zaire im Rücken und bislang immer noch (!) anhaltender Unterstützung durch rassistische Kräfte aus der Republik Südafrika bleibt sie bis auf weiteres ein militärisch ernstzunehmender Faktor.

J./Westberlin

20. "Für die EZLN wird es schwer werden ..." Gespräch mit Salvador Castaneda über den Kampf der Zapatisten

Autor: Juan Chicoy · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:29

Salvador Castañeda, geb. 1946, war Mitbegründer des Movimiento de Acción Revolucionaria, einer politisch-militärischen Organisation in Mexiko, die in den 70er Jahren einen Guerillakampf organisierte. Nach der Zerschlagung des MAR saß er mehrere Jahre im Gefängnis. 1980 erschien sein erster, autobiographischer Roman "Por qué no lo dijiste dodo?", der in Spanien den Juan-Grijalbo-Literaturpreis erhielt. 1990 gründete er mit anderen Ex-Guerilleros das "Zentrum für historische Studien der bewaffneten Bewegungen", dessen Leiter er ist.

Mexiko ist eines der Länder, in denen die politisch-militärischen Organisationen in der Vergangenheit wenig Erfolg hatten. Keiner der bewaffneten Gruppen der 60er und 70er Jahre gelang es, sich in einen politischen Faktor auf nationaler Ebene zu verwandeln, wie es den Guerillaorganisationen z.B. in El Salvador oder Nicaragua gelang. Heute, da offensichtlich eine Phase des bewaffneten Kampfes in Lateinamerika zu Ende geht, und ein großer Teil der ehemaligen Guerillaorganisationen sich endgültig von der Revolution verabschiedet hat (ERP, M-19), scheint die EZLN eine neue Phase des bewaffneten revolutionären Kampfes einzuleiten. Wie konnte sich diese Organisation so schnell - nach nicht einmal zwei Wochen Krieg - in eine politische Kraft mit derartigem Gewicht verwandeln?

Vor dem 1. Januar 1994 lagen zehn Jahre klandestiner Arbeit. Das war im Prinzip derselbe Prozeß, den wir durchmachten, aber unter völlig anderen geographischen Bedingungen. Die Abgelegenheit der Region erleichterte es der EZLN natürlich, unbemerkt ihre Organisation aufzubauen. Mit einer ganzen Reihe von Sicherheitsrisiken, mit denen unsere Stadtguerilla oder die Gruppen von Lucio Cabañas und Cenaro Vázquez in der Sierra von Guerrero rechnen mußten, waren sie nicht konfrontiert. Es gab zehn Jahre lang keine militärische Konfrontation, als suchte sie das Bundesmilitär auch nicht, um mit ihnen Schluß zu machen. Als sie am 1. Januar fünf Munizipien einnahmen, stießen sie daher auch auf keinen Widerstand. Die Armee war einfach nicht da. Mit der örtlichen Polizei fertig zu werden, kann kaum als militärischer Akt betrachtet werden.

Im Mai 1993 gab es einen Zusammenstoß mit der Bundesarmee ...

Das war der einzige. Die EZLN zog sich danach zurück, und die Bundesarmee zog sich ebenfalls zurück; aber nicht, weil sie nicht in der Lage gewesen wäre, die EZLN zu bekämpfen, sondern aus politischen Gründen: Die Regierung wollte den Abschluß des NAFTA-Abkommens nicht gefährden, sie wollte die Wahlen im August nicht gefährden.

Der Rückzug der EZLN nach der Besetzung der Munizipalhauptstädte am 1.1. lief auch deshalb so geordnet, weil sie keine größeren Probleme mit der Bundesarmee hatten. Die eigentliche militärische Konfrontation ergab sich im Kampf um die Kaserne Rancho Nuevo. Es gelang ihnen nicht, die Kaserne einzunehmen. Sicher haben sie diese Erfahrung verarbeitet und sind auf weitere Konfrontationen vorbereitet. Aber es ist schwierig, über die militärischen Fähigkeiten der EZLN Aussagen zu treffen, denn außer Rancho Nuevo haben sie keine realen Kämpfe geführt.

Die gegenwärtigen Bedingungen sind absolut zum Vorteil der Bundesarmee. Die hat ihren Belagerungsring in aller Ruhe ausbauen und verstärken können, mit Militärberatern, moderner Bewaffnung. Vier Schiffsladungen modernster Waffen haben sie über den Hafen von Veracruz herangeholt. Die Bundesarmee ist in einer Position, die ihr viele Möglichkeiten erlaubt, effektive Schläge gegen die EZLN zu führen.

Glaubst du nicht, daß die EZLN im Dschungel einen taktischen Vorteil hat?

Das ja, es wird nicht leicht sein für die Bundesarmee, dort einzudringen. Zumindest könnten sie das nur unter großen Verlusten, denn dort befindet sich die EZLN in ihrem eigenen Gelände, und sie ist ebenfalls gut vorbereitet. Aber die Bundesarmee hat viele Möglichkeiten, denn die Einheiten der EZLN sind mittlerweile mit Sicherheit perfekt lokalisiert. Die Bundesarmee kann Luftwaffe und Fallschirmjäger einsetzen. Die EZLN kann ihre Zone nicht verlassen. Insofern sitzen sie in einer Falle.

Keine Basen

außerhalb von Chiapas

Die EZLN behauptet, landesweit organisiert zu sein.

Wer weiß? Bis jetzt sieht man davon nicht viel. Offensichtlich ist - und das ist ein großer Mangel -, daß sie kein eigenes Pressesystem haben mit einer landesweiten Verteilerstruktur. Sie haben keine Radiostation, über die sie den zivilen Widerstand koordinieren können. Über die drei normalen Zeitungen hinaus, die ihre Erklärungen veröffentlichen, gibt es nichts. Und der Rest der Medien ist absolut in der Hand der Regierung.

Warum kann die "Demokratische Nationalkonvention" (CND) nicht eine logistische und politische Struktur dieser Art bilden?

Die CND ist in einer Situation des Friedens entstanden. Wenn der Waffenstillstand zerbricht, wird die Konvention aufhören zu funktionieren. Wenn es ernst wird, werden die Köpfe und die radikalsten Kräfte der CND interniert werden, denn sie sind perfekt lokalisiert.

Als Marcos in einer seiner letzten Erklärungen radikalere Töne anschlug und von der Möglichkeit der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes sprach, fingen schon die ersten CND-Führer an, ihn dafür zu verurteilen. Die CND existiert unter diesen Bedingungen des Waffenstillstands, wenn die sich ändern, ist es wahrscheinlich, daß die CND verschwindet. Sie kann keine effektive Unterstützung für die EZLN sein. Wenn der Staat zur "militärischen Lösung" übergeht, kann die CND weder logistische noch politische Unterstützung bieten, und die Medien werden verstummen. Die EZLN hat eine ganz wichtige Sache vernachlässigt: Die Schaffung von Unterstützungsbasen außerhalb ihrer Zone. Jetzt sagen sie, ja, wir haben eine Gruppe "Soundso" in der Sierra Gorda/Querótaro, aber man sieht nichts davon. Wozu also diese Erklärung? Die Erklärungen nutzen sich ab. Sie haben gesagt: Wenn die PRI Wahlbetrug macht, kommt es zum Aufstand. Dann haben sie gesagt, wenn Zedillo am 1.12. die Regierung übernimmt. Nichts ist passiert. Und wenn am 8.12. der PRI-Gouverneur in Chiapas die Macht übernimmt, wird wieder nichts passieren.

Die Situation in Chiapas ist allerdings anders. Im Gegensatz zum Rest der Republik ist die Situation dort kurz vor der Explosion und im Gegensatz zur CND ist der Rat der Campesino- und Indígenaorganisationen (CEOIC) eine reale Kraft.

Aber sie sind nicht bewaffnet.

Wer weiß?

Bis jetzt ist davon jedenfalls nichts zu sehen. Das ist ziviler Widerstand, der viel leichter zu kontrollieren ist.

Zu geringe

militärische Erfahrung

Aber das hängt vom Ausmaß dieses Widerstandes ab. Außerdem ist es in Mexiko nicht schwierig, Waffen zu besorgen.

Das Problem ist nicht, Waffen zu besorgen. Das Problem ist die Feuerkraft, die militärische Vorbereitung dieser Leute (die sie nicht besitzen), ein einheitliches militärisches Kommando (das nicht existiert). Sie sind nicht in der Lage, sich mit einer ausgebildeten und ausgerüsteten Berufsarmee zu schlagen. Allein die EZLN ist dazu in der Lage - eventuell. Die Perspektive des CEOIC ist es, einen friedlichen Übergang zu erreichen. Eine Sache, die völlig unmöglich ist. Selbst wenn sie das in ihrem Staat erreichen können, könnten sie es nicht auf die nationale Ebene ausdehnen, also bleiben dem Staatsapparat alle Möglichkeiten.

Die EZLN betont ständig, keine Avantgarde zu sein. Das ist nichts als Konfusion. Natürlich sind sie die Avantgarde, auch wenn sie sagen, nein, wir wollen nicht. Entscheidend ist doch nicht, was du sagst, sondern, was du tust. Wenn du als erster den Kampf aufnimmst, polarisierst du die Dinge und mußt die Verantwortung übernehmen, allen Widerstand zu organisieren, alle zivilen Kämpfe, die sich aus deiner Offensive ergeben, koordinieren. Ich denke auch, daß es ein Fehler war, schon nach nicht einmal zwei Wochen Kampf an den Verhandlungstisch zu gehen. Sie hätten mehr militärische Aktionen durchführen müssen, ihre Fähigkeit, der

Bundesarmee ernsthafte Schläge zufügen zu können, demonstrieren müssen, um dann eventuell mit einer stärkeren Position in die Verhandlungen zu gehen.

Wie siehst du die militärischen Möglichkeiten der EZLN, wenn der Krieg wieder ausbricht, was nicht unwahrscheinlich ist? Wo siehst du ihre größten Schwächen?

Nicht mehr militärische Aktionen durchgeführt zu haben, ist einer der größten Fehler. Ein zweiter, sofort an den Verhandlungstisch gegangen zu sein, und damit dem Staat die Möglichkeit gegeben zu haben, einen Krieg niedriger Intensität (low intensity war) einzuleiten, während ihnen durch den Dialog die Hände gebunden waren. Der Staat hat schon eine Generalamnestie für alle Bewohner der EZLN-Zone angekündigt. All das ist eingebunden in einen kontinentalen Plan der Aufstandsbekämpfung.

Interne politische Differenzen?

Glaubst du, man kann schon von einem low intensity war sprechen?

Ja. Der Staat hat mit den Verhandlungen, mit der Amnestie die Initiative, die er Anfang Januar verloren hatte, wieder an sich gerissen, während sich die Position der EZLN verschleißt. Es ist ein Abnutzungskrieg. Allein die Tatsache, daß sie sich seit fast einem Jahr im Kriegszustand befinden, eine Armee von 6.000 Leuten oder mehr, die nicht mehr produzieren können, weil sie in ständiger Gefechtsbereitschaft sein müssen. Klar, daß das interne Probleme schafft. Es bedeutet eine Erschöpfung ihrer Unterstützungsbasen. Wie lange können sie das aushalten? Die Bundesarmee kann so lange warten, wie sie will. Sie hat alle Vorteile auf ihrer Seite, ökonomische Ressourcen, sie können ihre Truppen auswechseln etc.

Außerdem existieren offensichtlich interne politische Differenzen in der EZLN über die Konzeption des Kampfes. Die Erklärungen von Mayor Moisés und Comandante Tacho sind grundverschieden von denen Marcos'. Marcos spricht ständig davon, daß sie nicht die Absicht haben, die Macht zu erobern. Moisés sagt: Wir werden die Macht erobern und die sozialistische Revolution durchführen. Aber in der breiten Öffentlichkeit nimmt man nur Marcos wahr. Warum? Er ist ein guter Redner, ein Schriftsteller, ein Poet. Moisés und Tacho sprechen nicht gut Spanisch. Marcos setzt auf die Unterstützung von Kreisen, die - wenn die Situation ernst wird - die Zapatisten nicht mehr kennen werden. Die ersten Intellektuellen springen ja jetzt schon vom Zug. Die ganze Konvention hat nur die Funktion, das Loch zu füllen, das dort ist, wo sie in der Vergangenheit eine politische und logistische Struktur hätten aufbauen müssen. Zwei Wochen vor den Wahlen organisieren sie die Konvention! Die soll nach den Wahlen die Gesellschaft mobilisieren. Aber wie? Die sogenannte Gesellschaft ist fraktionalisiert, die Reste der Linken sind zersplittert. Sie haben auf die PRD gesetzt. Auch das hat nicht funktioniert. Heute tritt die PRD in die Regierung ein, die morgen versuchen wird, mit der EZLN Schluß zu machen. Sie sind in einer äußerst schwierigen Situation.

Außerdem hat der Staat die famose Losung vom "Frieden" für sich kapitalisieren können. Diese Losung ist völlig abstrakt. Der "Frieden" ist gut für die Herrschenden, immer haben sie in Frieden gelebt, deshalb sind sie heute ja immer noch dort. Und die Intellektuellen der CND gebrauchen diese Formel in derselben abstrakten Weise. Schließlich hat die Mehrheit der Bevölkerung am 21. August für den "Frieden", nämlich die Staatspartei, gestimmt, denn diese Art von Dingen wie "Frieden" regelt naturgemäß der Staat. Eine Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung kann sich nicht auf diesen Typ von Leuten stützen. Das ist keine reale, effektive, konsistente Unterstützung.

Aber das sind ihre objektiven Ressourcen. Wie können sie die Situation ändern?

Das sind die Ressourcen in diesem Moment. Das kann nicht beliebig andauern. Die CND ist für einen friedlichen Übergang zur Demokratie, für eine Übergangsregierung. Was für eine? Wer soll sie bilden? Die CND wird sagen: wir nicht. Davon abgesehen hat sie auch nicht das politische Gewicht. Meiner Ansicht nach versucht die EZLN im Moment vor allem Zeit zu gewinnen, um die Basen zu organisieren, die sie nicht haben, außerhalb ihrer Zone. Aber gleichzeitig arbeitet die Zeit für die Regierung. Der Fehler war, den Krieg zu beginnen, ohne das vorher gemacht zu haben. Es ist derselbe Fehler, den wir mit dem MAR in den 70er Jahren gemacht haben. Einige unserer Genossen haben im August mit Marcos darüber diskutiert. Wir passen eben nicht in euer Schema, hat er gesagt.

Die ganze Politik der EZLN seit Januar scheint mir äußerst improvisiert und voluntaristisch. Am ersten Januar geben sie eine Deklaration heraus, in der sie sagen: Vamos, marschieren wir nach Mexiko-City und nehmen

es ein. Was soll das?, dachte ich, und nach nicht mal zwei Wochen fangen sie an zu verhandeln. Was hat denn eine Nationale Befreiungsarmee, die die Macht erobern will, zu verhandeln? Mit dem Staat um die Macht verhandeln?

Die Strategie des friedlichen Übergangs hat nicht funktioniert

Ich denke, daß die Idee der Verhandlungen nicht so sehr war, dieses oder jenes Zugeständnis von der Regierung zu erreichen, sondern vielmehr die verstreuten oppositionellen Kräfte im Land zu erreichen und zu einer politischen Bewegung zu vereinigen.

Ja, das war der Ausgangspunkt für die Konventionsidee. Aber das war eine Fehleinschätzung. Wir sehen die Resultate. Ich denke, sie versuchen jetzt, ihre eigene Struktur zu organisieren. Aber das ist nicht so einfach und braucht Zeit. Es besteht die Gefahr, daß dieser entscheidende Mangel ihr politisches Konzept grundlegend verändert. In der Richtung, daß sich die EZLN in eine pressure group für Verhandlungen verwandelt. Genaugenommen ist das schon die Situation, in der sie sich befindet, und es ist nicht klar, wie sie da wieder herauskommen kann. Das ist etwas, was vielen bewaffneten Bewegungen in Lateinamerika passiert ist, z.B. in Kolumbien. Die sitzen in den Bergen, aber nie werden sie die Macht erobern, sie versetzen dem Staat einzelne Schläge, um Druck in Verhandlungen ausüben zu können. In Kolumbien sitzen sie seit 40 Jahren da oben, und die Chancen verschlechtern sich von Jahr zu Jahr.

Ich glaube auch, daß die EZLN darauf gesetzt hat, als pressure group für einen friedlichen Übergang zur Demokratie wirken zu können. Aber diese Möglichkeiten haben sich erschöpft: die Verhandlungen, die PRD, die CND.

Aber Allianzen einzugehen, einschließlich mit demokratischen Sektoren der Bourgeoisie, war nicht notwendigerweise falsch.

Natürlich nicht. Diese Allianzen sind notwendig und sinnvoll. Der Punkt ist nur, sie haben nicht so funktioniert, wie sie sollten. Eine der grundlegenden Lehren der kubanischen und nicaraguanischen Revolution ist die Notwendigkeit, eine politische Front zu bilden, die fähig ist, die Macht zu erobern und in der die revolutionären Kräfte die Hegemonie haben.

Warum glaubst du, daß die CND nicht der Ausgangspunkt für eine Front sein kann?

Eine ihrer wichtigsten Aufgaben ist die Mobilisierung der Zivilgesellschaft. Aber sie mobilisiert niemanden. Sie bleibt ohne Folgen. Im Norden Mexikos bewegt sich überhaupt nichts. Die größten Mobilisierungen außerhalb von Chiapas gibt es hier in Mexiko-City: 5.000 Leute am 1. Dezember, in einer Stadt von 25 Millionen. Und selbst auf diesem Niveau wird es nicht andauern können, wenn es nicht gelingt, ein höheres Stadium der Auseinandersetzung zu erreichen. Die Mobilisierungskraft ist begrenzt, aufgrund vieler Faktoren. Das politische Bewußtsein über die Ziele ist begrenzt. Aber auch ganz alltägliche Faktoren: Die Leute können nicht einfach von der Arbeit wegbleiben etc. So ist es nun mal im Moment, aber das sind bestimmende Faktoren bei einer Aufgabe wie dieser.

Die Situation in Chiapas ist jedoch eine andere. Wie siehst du die Perspektiven?

Vielleicht können sie die Einsetzung des PRI-Gouverneurs am 8.12. verhindern und Avendaño als Gouverneur durchsetzen oder eine Parallelregierung schaffen. Aber dann?

Nun, es gibt einen realen Prozeß der Zersetzung des bürgerlichen Staates in Chiapas, mit der Autonomiebewegung der Munizipios, in denen die radikalen Indígenaorganisationen faktisch die Macht ergriffen haben ...

Aber immer noch hat der Staat, die Zentralregierung, Möglichkeiten zu vermitteln, Fincas zu kaufen, zu verhandeln, das Problem einzudämmen und zu isolieren. Und wenn sich die Bewegung nicht ausdehnt auf andere Staaten, hat sie keine Perspektive. Sie können nicht ständig demonstrieren, marschieren, Fincas und Rathäuser besetzen. Das wird das Problem nicht radikal lösen, solange es regional begrenzt bleibt. Und die Regionalisierung des Konflikts ist auch die Strategie der Regierung, sie sagt: Chiapas ist nicht Mexiko. Die Kräfte in Chiapas werden sich erschöpfen, wenn sie nicht in ein höheres Stadium des Kampfes übergehen können. Vor ein paar Tagen sind drei Campesinoführer umgebracht worden, wieder einmal. Und was ist die Reaktion? Es gibt keine. Und die anderen, die Todesschwadrone, die Weißen Garden stehen Gewehr bei Fuß.

Daran besteht kein Zweifel. Bis jetzt sind sie nicht zu einem generalisierten Gegenangriff übergegangen, weil sie genauso abwarten, daß der Staat ihr Problem auf "zivile Weise" löst. Aus demselben Grund wartet die Bundesarmee erstmal ab. Aber wie überall in Amerika haben sie natürlich den Plan für die militärische Option schon fertig in der Tasche. In anderen lateinamerikanischen Ländern gibt es nicht diese Möglichkeiten der Vermittlung, die erlauben, daß sich die Armee noch einmal zurückzieht, damit der Staat das Problem auf politische Weise löst. Auf die lange Sicht konsolidiert sich die Position der Regierung immer mehr, während sich die Position der EZLN verschleißt.

Wie siehst du die Perspektiven der EZLN unter dem neuen Präsidenten Ernesto Zedillo?

Sie verschlechtern sich noch mehr. Zedillo wird eine reformistische Politik durchführen, wie sich an der Kooptation der Oppositionsparteien PAN und PRD schon zeigt. Der moderate Teil der PRD wird zusammen mit einem Teil der PRI, der Gruppe von Camacho Solís, "Democracia 2000", in ein paar Jahren eine neue reformistische Partei bilden, die der PRD-Linken, den Cardenisten das Wasser abgraben wird. Für die EZLN wird es schwer werden, sich zu halten oder gar wieder in die Offensive zu kommen.

(Das Gespräch wurde am 5.12.94 in Mexiko-City von Juan Chicoy geführt.)

21. Bürgerkrieg im Gazastreifen?

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Israel / Palästina; PLO · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:38

"Wenn kein Wunder geschieht, muß das Abkommen zwischen uns und Israel zusammenbrechen. Wir können nicht mit einer Wirtschaftsblockade leben, die Rabin als brutale Kollektivstrafe gegen uns verhängt. Wie kann ich den verbitterten Bewohnern Gazas ein besseres Leben versprechen? Wie kann ich garantieren, daß sie nicht ins Lager der Gegner (des Abkommens - Anm. KM) übergehen? Unter solchen Umständen verlangt Israel von uns, daß wir einen Bürgerkrieg führen!" (Nabil Shaath, Berater Arafats und Chefunterhändler, in einem Interview mit der israelischen Tageszeitung "Jediot Acharonot")

Latent bestand der prinzipielle Gegensatz zwischen einerseits den Teilen des palästinensischen Volks, die eine nationale Lösung - die Schaffung eines palästinensischen Staates - anstreben, und andererseits den Teilen, die für eine islamische Lösung - eine überstaatliche Gemeinschaft aller MuslimInnen auf "islamischem Boden" - eintreten,seit dem Beginn palästinensischer Unabhängigkeitsbestrebungen. Praktisch begann dieser Gegensatz spätestens dann zu wirken, als innerhalb der Fatah, der bestimmenden Fraktion der Palästina-Befreiungsorganisation (PLO), die bisherige Zielsetzung der "Befreiung ganz Palästinas" allmählich aufgegeben wurde.

Die PLO erreichte 1974 den internationalen Durchbruch; die Vereinten Nationen boten Arafat die Gelegenheit, im November dieses Jahres vor der Vollversammlung zu sprechen. Im März 1975 hielt Said Hammami in London eine mit Arafat abgestimmte Rede, die einen eindeutigen Aufruf zur Bildung eines palästinensischen Staates neben Israel bei Gewährleistung friedlicher Koexistenz beider Staaten darstellte. Die Rede wurde von der PLO gedruckt und weit verbreitet. (Eine ganz andere Geschichte ist indes, daß dieser - so Uri Avnery - "revolutionäre Durchbruch" wie alle anderen ähnlich gearteten Angebote der PLO über fast zwanzig Jahre hinweg von Israel unbeantwortet blieb.)

Die bestimmenden israelischen Politiker wollten in diesen (durchaus unerwünschten) Angeboten eher eine Bedrohung als eine Chance für den Frieden sehen. In manchen politischen Kreisen bestand damals zudem die Annahme, man könne die BewohnerInnen der besetzten Gebiete irgendwie loswerden, das Land aber behalten.

In den siebziger und bis zur Mitte der achtziger Jahre setzten die israelischen Besatzungspolitiker auf eine Schwächung der PLO, indem deren Anhänger scharfer Unterdrückung und Verfolgung ausgesetzt waren, die islamischen und islamistischen Kräfte aber geduldet und gefördert wurden. "Wir helfen islamischen Gruppen, um eine Gegenkraft zu den linken Kräften zu schaffen, die die PLO unterstützen", ließ 1986 der Militärgouverneur des Gazastreifens, General Segev, wissen. Die Muslimbruderschaft hatte so über ein Jahrzehnt lang und finanziert u.a. von Saudi-Arabien und Kuwait die Gelegenheit, die Infrastruktur aufzubauen, auf die sich seit dem Losbruch der Intifada die Islamische Widerstandsbewegung (Hamas) - identisch mit der früheren Muslimbruderschaft - und andere (militante) islamistische Gruppen stützen können.

Schon in den achtziger Jahren nutzten islamistische Kräfte die israelische Duldung zu Angriffen auf (tatsächliche oder vermeintliche) palästinensische Linke. Die Auseinandersetzung zwischen der PLO einerseits, Hamas und ähnlichen Gruppen andererseits eskalierte während der Intifada in blutigen Kämpfen, in deren Ergebnis auch Tote zu beklagen waren. Allem Anschein nach ist auch manche Ermordung von (angeblichen) KollaborateurInnen Teil dieses Kampfs militanter Islamisten um die Vorherrschaft in den besetzten Gebieten gewesen.

Die Auseinandersetzungen - nun zwischen der PLO-geführten Palästinensischen Nationalbehörde (PNB) und Islamisten - hat die Bevölkerung des Gazastreifens bis hart an die Grenze zum Bürgerkrieg gebracht.

Elend

Nicht nur ist die Hoffnung der EinwohnerInnen des Gazastreifens auf eine Besserung der Lebensumstände nach dem Inkrafttreten der Teilautonomie in einem Teil ihres Gebiets unerfüllt geblieben. Ihre Verelendung hat im letzten halben Jahr sogar noch erheblich zugenommen. Die Verantwortung hierfür ist Israel nicht nur "historisch" anzulasten - in dem Vierteljahrhundert der Besetzung ist eine eigenständige wirtschaftliche

Entwicklung be- und verhindert worden, Erwerbsmöglichkeiten waren für viele Arbeiter des Gazastreifens nur noch in Israel zu finden; zumindest eine Mitverantwortung für das fortschreitende Elend ist Israel auch aktuell zuzuschreiben. Nach wie vor werden die besetzten wie die Autonomiegebiete nach Anschlägen in Israel abgeriegelt, tage-, wochen- und manchmal monatelang. Ein großer Teil der Gaza-Arbeiter ist damit von ihrem Erwerb abgeschnitten, von dem in aller Regel große Familien abhängig sind. Zudem schränkt Israel die Vergabe von Arbeitsgenehmigungen für Israel immer mehr ein. (Für die Verrichtung von "arab work" - Arbeit auf dem Bau, in der Landwirtschaft, Straßenreinigung etc. - werden ArbeiterInnen aus Rumänien und asiatischen Staaten eingeflogen.) Nach der jüngsten Totalaussperrung nach dem Bus-Attentat in Tel Aviv wurde erst 13.000 Arbeitern die Einreise nach Israel gestattet. 70.000 Arbeitsgenehmigungen wurden für ungültig erklärt und müssen neu beantragt werden, wobei aller bisherigen Praxis nach die Anzahl der erneut erteilten Genehmigungen wieder reduziert werden wird. Ohnehin erhalten nur Palästinenser, die bereits in Israel gearbeitet haben und über 30 Jahre alt sind, eine Arbeitserlaubnis.

Desweiteren sind die von den sog. Geberländern zugesagten Dollar-Milliarden bisher ausgeblieben. Die PNB spricht vom Empfang von 40 Millionen US-Dollar und ist nach ersten Ausgaben schon so pleite, daß die Entlohnung der Behördenangestellten, darunter die palästinensischen Sicherheitskräfte, nicht gesichert ist. (Erst nachdem palästinensische Polizei am 18. November Demonstranten zusammenschoß, wurden 240 Millionen fast sofort und weitere 240 Millionen bis zum Jahresende zur Auszahlung freigegeben!)

In einer Situation, in der sich Menschen um ihre Hoffnungen getrogen sehen und fortschreitendem Elend ausgesetzt sind, haben allerorten "Extremisten" großen Zulauf. Im Gazastreifen kann der Grad der Hoffnung(slosigkeit) der Bevölkerung fast direkt am Maß ihrer Zustimmung zu islamistischen Gruppen gemessen werden: Sind es in "normalen" Zeiten 20-25% der Bevölkerung, die Hamas und ähnliche Gruppen unterstützen, sind es in Krisenzeiten bis zu 40 oder 50%.

In diese schon explosive Lage hinein regiert ein Arafat, der seine immense Fähigkeit, durch Vermitteln, Taktik und Taktiererei die allerschwierigsten Situationen politisch überlebt hat, gänzlich verloren zu haben scheint und dessen autokratischer Führungsstil auch innerhalb der eigenen Reihen verurteilt wird - ein Arafat, der einer in Sachen Demokratie denkbar ungeübten Autonomieregierung vorsteht.

Gazi al-Jabali, Generaldirektor der palästinensischen Polizei im Gazastreifen, verfügte Anfang September, daß die Leitung mehrerer öffentlicher Gebäude in Gaza-Stadt, darunter ein Kino und das Haus des YMCA, politische Versammlungen in ihren Räumen zuvor von der palästinensischen Polizei genehmigen lassen müssen. Den palästinensischen Busgesellschaften im Gazastreifen verbot er, politische Gruppen ohne seine vorherige schriftliche Genehmigung zu befördern. Gestützt auf die erste Verfügung wurde die Durchführung einer Konferenz der DFLP, die gegen das Abkommen mit Israel opponiert, verboten. Das Gebäude des YMCA, wo die Konferenz stattfinden sollte, wurde von der palästinensischen Polizei geschlossen. - Es ist dies, neben dem zeitweiligen Verbot mißliebiger palästinensischer Zeitungen, nur eines von vielen Beispielen dafür, daß die PNB an die Stelle der politischen Auseinandersetzung mit der Opposition repressive Macht einsetzt.

Mord

Am 2.11. wurde Hani Abed, Dozent des Kollegs für Wissenschaft und Technik in Khan Yunis (Gazastreifen), beim Starten seines Wagens von einer Bombe zerrissen. Abed wurde von israelischer Seite beschuldigt, Aktivist von Dschihad Islami (einer militant islamistischen Gruppe) zu sein, aber nie angeklagt. 1991 wurde er unter der Beschuldigung, einen von Israel Gesuchten versteckt zu haben, für sechs Monate inhaftiert. Kurz vor Inkrafttreten der Autonomieregelung für den Gazastreifen versuchten israelische Soldaten vergeblich, seiner habhaft zu werden. Als am 20.5. zwei israelische Soldaten von palästinensischen Schützen am Kontrollpunkt Erez erschossen wurden, wurde Abed verdächtigt, in diese Tat verwickelt zu sein. Er wurde am 24.5. von palästinensischer Polizei festgenommen und 14 Tage in Haft gehalten.

Der palästinensischen Menschenrechtsorganisation Al Haq, die die Ermordung Abeds untersucht, liegen mehrere Aussagen vor, denen zufolge Kollaborateure im Auftrage israelischer Behörden Abed auffinden und/oder töten sollten. Abed selbst wurde von einem palästinensischen Polizeioffizier gewarnt, daß eine israelische "Spezialeinheit" (eine Todesbrigade) ihn suche. Die seinerzeitige Inhaftierung Abeds, heißt es aus palästinensischen Polizeikreisen, sei zu dessen eigener Sicherheit erfolgt.

Nach der Ermordung Abeds wurde im Gazastreifen sofort der Verdacht geäußert, daß israelische Behörden in diese Tat verwickelt seien, sie möglicherweise angestiftet hätten - und der PNB wurde vorgeworfen, die Bewohner des Gazastreifens unzureichend zu schützen ...

"In wessen Interesse lag es, Hani Abed zu töten?", fragte Alex Fishman, Militärkommentator der israelischen Tageszeitung Maariw, und antwortete gleich selbst: "Nach dem Angriff auf den Bus (...) in Tel Aviv hat die israelische Regierung Hamas und anderen bewaffneten Gruppen von Extremisten den totalen Krieg erklärt." Die britische Tageszeitung The Observer berichtete unter Berufung auf eine Rabin nahestehende Person, Rabin habe nach dem Bus-Attentat befohlen, Führer von Hamas innerhalb und außerhalb der Autonomiegebiete zu liquidieren. Die palästinensische Zeitung Al Quds zitiert Rabin mit der Aussage: "Jenen, die Bomben legen, schießen und kidnappen, kann ich versichern, daß der Arm des israelischen Militärs lang ist, er wird sie erreichen, und sie werden ein bitteres Ende nehmen." Fishman verwies in Maariw auf die "reichen Erfahrungen", die Israel auf diesem Feld habe. Nahum Barnea, Kommentator der israelischen Tageszeitung Jediot Acharonot, geht direkt von israelischer Beteiligung aus: "Der Gazastreifen ist ein interessantes Ziel. Die Wahl lehrt uns etwas über Rabins Herangehensweise: Er weigert sich, die Verpflichtungen, die er in den Osloer Abkommen bezüglich der örtlichen Bewohner (der Autonomiegebiete - Anm. KM) einging, zu verinnerlichen." Gemeint: Die Verpflichtung, die Verfolgung von Rechtsbrüchen und Straftätern im Autonomiebereich den palästinensischen Behörden zu überlassen.

Als Arafat am Tag nach der Ermordung Abeds an der Trauerfeier teilnehmen wollte, wurde er, wie sich später Führer der Islamisten entschuldigten, von "jugendlichen Heißköpfen" tätlich angegriffen und aus der Moschee hinausgeworfen. War die Ermordung eines Palästinensers noch der soundsovielste Fall dieser Art, wo israelische Todesbrigaden, Siedler oder palästinensische Kollaborateure "Gesuchte" umgebracht hatten, so war nach Ansicht von örtlichen Beobachtern der Angriff auf Arafat die Provokation gegenüber den Autonomiebehörden. Die Lage wurde weiter mit Kundgebungen gegen Arafat verschärft. Am 4.11. demonstrierten 5.000 Islamisten: "Arafat, das sind die Ergebnisse deines Friedens", lautete eine der Parolen.

Am 11.11. sprengte sich ein Mitglied von Dschihad Islami am Kontrollpunkt zu der im Gazastreifen gelegenen Siedlung Netzarim selbst in die Luft und tötete dabei drei israelische Reserveoffiziere und verletzte weitere elf Personen. Dschihad Islami bezeichnete das Attentat als Rache für die Ermordung von Hani Abed. Die PNB ließ nach dem Selbstmordanschlag (nach unterschiedlichen Angaben bis zu) 150 Islamisten festnehmen und Wohnungen und Moscheen durchsuchen. Außerdem wurden alle Kundgebungen von Gruppen verboten, die gegen das israelisch- palästinensische Abkommen opponieren.

Massaker

Vor der Palästina-Moschee, der größten Moschee in Gaza, waren am 18.11. zweihundert mit Schilden und Schußwaffen ausgerüstete palästinensische Polizisten aufgezogen, um eine nach dem Freitagsgebet angekündigte und von der PNB verbotene Demonstration von Islamisten zu verhindern. Polizisten, die die Moschee betraten und forderten, die politischen Ansprachen zu beenden, wurden aus der Moschee vertrieben und versuchten nun, die auf einen Lastwagen montierten Lautsprecher, mit denen Predigt und Ansprachen auf den Vorplatz übertragen wurden, zu entfernen. Als sie daran gehindert wurden, schossen sie in die Luft. Die daraufhin aus der Moschee strömenden Menschen begannen, die Polizisten mit Steinen zu bewerfen. Die Polizisten schossen in die Menschenmenge. "Schüsse kamen aus jeder Richtung", berichtete ein Fotograf. Ein örtlicher UNWRA-Sprecher beobachtete, daß die Polizei wahllos in die Menge schoß. Polizeiwagen wurden umgestürzt, einige in Brand gesteckt. Die Schießerei setzte sich in den umliegenden Straßen fort. Am Ende dieser "Schlacht" waren 13 Palästinenser - darunter mindestens zwei Fatah-Mitglieder - von palästinensischer Polizei erschossen und 200 durch Schüsse verletzt. Rabin ließ wissen, nun könne kein Zweifel mehr daran bestehen, daß Arafat seinen Verpflichtungen nachkomme.

Erwartungsgemäß wurde von der PNB behauptet, die Schüsse seien zuerst aus den Reihen der Demonstranten abgegeben worden - was nicht auszuschließen ist -, und von Sprechern der Islamisten, die Polizei habe zuerst geschossen - was ebensowenig auszuschließen ist. Die Bemühungen neutraler Kräfte, in diesem Falle Vertreter der palästinensischen Israeli verschiedener politischer Richtungen, waren erforderlich um den Gazastreifen vor dem offenen Ausbruch eines Bürgerkriegs zu bewahren und Islamisten und PNB zur Verständigung an einen Tisch zu bringen. Die getroffenen Vereinbarungen, darunter ein gegenseitiger Gewaltverzicht von Hamas und PNB, scheinen lediglich geeignet, einen Status quo zu wahren. Sie lösen

jedoch die grundlegenden Probleme nicht, da die Gewalttätigkeiten nicht von ideologischen Differenzen (hier: islamische versus nationale Lösung) verursacht sind. Solche und schlimmere Ausbrüche können nur verhindert werden, wenn für die BewohnerInnen des Gazastreifens umgehend eine spürbare Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage geschaffen wird.

Eine solche Besserung der Lage kann allerdings nur erreicht und erhalten werden, wenn in grundlegenden politischen Fragen Übereinstimmung zwischen den verschiedenen Kräften erreicht wird. "Nach dem letzten Freitag", dem Tag des Massakers, schreibt der palästinensische Journalist Azmi Bishara, könne sich "niemand mehr an die Vorstellung klammern, gegen die israelische Besatzung mit den alten Mitteln weiterkämpfen zu können, ohne in Konfrontation mit den palästinensischen Autoritäten zu geraten. Es gibt jetzt nur noch die Alternative, auf dem bisherigen Weg weiterzugehen und in einen Bürgerkrieg zu geraten oder die vorhandenen Gegensätze politisch zu artikulieren: in einer Wahl, an der auch Hamas teilnimmt und in der eine neue Führung des palästinensischen Volkes gewählt wird, die dann mit Israel über eine permanente Lösung, nicht über eine Übergangslösung verhandeln sollte."

Die Aussichten, daß dieser Weg beschritten wird, stehen eher schlecht. Die PNB ließ (auf Geheiß Arafats?) vier Zeitungen - drei palästinensische und die israelische Jerusalem Post - beschlagnahmen, weil in ihnen die Anzahl der Teilnehmer einer Hamas-Demonstration zu hoch angegeben worden sei. (An einer vorherigen Demonstration für Arafat hatten höchstens halb so viele Menschen wie an der Hamas-Demonstration teilgenommen ...) Ist dies noch lächerlich und dumm, sind die "neuesten Erkenntnisse" der israelischen Regierung alles andere als komisch.

Siedlungen

Die Regierung will - jetzt! - festgestellt haben, daß die nächste Phase des Abkommens, der Rückzug der israelischen Truppen aus palästinensischen Bevölkerungszentren der Westbank bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung aller dortigen Siedlungen, nicht durchführbar ist. Der naheliegende Schritt, die weithin als eines der größten Friedenshindernisse erkannten Siedlungen in den besetzten Gebieten zu evakuieren, ist für Rabin ausgeschlossen. Keine Siedlung werde während der fünfjährigen "Übergangszeit" bis zur endgültigen Lösung geräumt, hat er wieder und wieder betont. Jüngst hat Rabin noch Kirjat Arba, eine Hochburg jüdischer Rechtsextremisten, in den Rang einer "Sicherheitssiedlung" erhoben. Und obwohl zahlreiche Minister eine Evakuierung der Siedlung Netzarim im Gazastreifen fordern, soll auch diese Ansammlung von Häusern mit ihren 32 Familien nicht aufgelöst werden. Die Siedlung hat anerkanntermaßen weder einen wirtschaftlichen Nutzen noch eine Sicherheitsfunktion, ihr Schutz hat jedoch in diesem Jahr bereits Kosten in Höhe von acht Millionen US-Dollar verursacht. Das Militär hat einen Plan vorgelegt, demzufolge für 300 Millionen US-Dollar Straßen in der Westbank neu gebaut oder erweitert werden sollen, so daß jede einzelne Siedlung auf "verteidigbaren" Wegen, die nur von Militär und Siedlern befahren werden dürfen, zu erreichen ist. Rabins Linie wird weiter dadurch unterstrichen, daß die bei Jerusalem gelegene Siedlung Betar um 1.000 Wohnungen für 12.000 Menschen erweitert wird.

Militärs haben erklärt, die Aufgabe, sich aus dichtbesiedelten palästinensischen Gebieten zurückzuziehen und gleichzeitig den Schutz der Siedlungen zu gewährleisten, nicht lösen zu können. Und Rabins Beharren auf dem Weiterbestehen aller Siedlungen ist kein "Opium fürs Volk", um seine Regierung und den Friedensprozeß zu retten. Er hat sich für eine Änderung des Abkommens von Oslo ausgesprochen. Fürs erste solle der Rückzug (bei dem es sich faktisch ohnehin nur um eine Umgruppierung handelt) ausgesetzt werden und nur während der drei Tage der anstehenden Wahlen zur Autonomieregierung erfolgen.

An die Stelle einer Beschleunigung der Durchführung der Abkommen zwischen Israel und der PLO - ganz zu schweigen von einem Vorziehen der Verhandlungen über die endgültige Lösung - tritt damit, setzt Rabin sich durch, eine weitere und einschneidende Verzögerung. Was wäre geeigneter, die PLO zu weiterer Botmäßigkeit zu veranlassen, die Bevölkerung der besetzten und der Autonomiegebiete am Sinn des Friedensprozesses gänzlich zweifeln zu lassen und den islamistischen Kräften weiteren Zulauf zu verschaffen?

Klaus Mellenthin

Quellen:

Diverse Ausgaben aus November bis Anfang Dezember 1994 von: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Biladi - The Jerusalem Times (Ostjerusalem), Frankfurter Rundschau, The Jerusalem Post - international edition (Israel), The Jerusalem Report (Israel), Neue Zürcher Zeitung (Schweiz), News from Within (Israel), SonntagsZeitung (Schweiz), Süddeutsche Zeitung, tageszeitung, The Other Front (Israel), WochenZeitung (Schweiz)

Uri Avnery: Mein Freund, der Feind. Bonn (Dietz) 1988

22. Gaza, 18. November 1994. Ein Augenzeugenbericht

Autor: Xavier Bonnet · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:19

Auf dem zentralen Markplatz "Midan Filistin" herrscht andere Aufregung als sonst. Das geordnete, ja geradezu liebevolle Chaos, das seit dem Abzug der israelischen Armee vor etlichen Monaten allmählich Einzug gehalten hatte - trotz schreiender Armut gibt es die Gewißheit, zumindest nicht mehr erschossen zu werden - ist innerhalb von Sekunden wie weggeblasen: Schüsse aus der Richtung zum Meer hin - etwas Beunruhigendes scheint passiert zu sein, wohl in der Nähe der Palästina-Moschee. Ein Blick auf die Uhr läßt Schlimmes befürchten: Das Freitagsgebet ist gerade zu Ende, "Dschihad Islami" setzt seinen von den palästinensischen Autonomiebehörden verbotenen Protestmarsch durch.

Doch wer schießt? Wieder Salven aus derselben Richtung, diesmal aus mehreren Gewehren, fünf, sechsmal, in kürzestem Abstand. Taxifahrer rasen in Höchstgeschwindigkeit - so weit es die Schlaglöcher zulassen - auf den Marktplatz, brüllen durcheinander: "Palästinenser schießen auf Palästinenser", "Muslime gegen Muslime", "Arafat, das Schwein".

Ein schwarzer Kastenwagen hält, wird umringt von Dutzenden. Der Fahrer, Tränen laufen im über das ganze Gesicht, weist gestikulierend ins Wageninnere. Wieder zerreißen Schüsse die Luft, "Allahu Akbar" schreien weinende Menschen und wenden sich mit schmerzverzerrten Gesichtern ab. Im Wagen liegt ein blutverschmierter Körper, zerrissene Kleidung, ein Loch mitten im Gesicht, ein grausiger Anblick. Es scheint wahr zu sein: Palästinensische Polizei hat blutigen Ernst gemacht. "Es gibt noch mehr Tote", schreien herbeigelaufene Jugendliche.

Frauen lassen ihre Einkaufstaschen fallen, werfen sich zu Boden, recken die Arme hilfesuchend zum Himmel, schlagen sich mit beiden Händen ins Gesicht. Immer wieder der kraftsuchende Ausruf "Allahu Akbar", vermischt mit dem Stakkato von Maschinenpistolen. Je mehr man sich diesem tödlichen Geräusch nähert, die "Omar-Al-Muchtar"-Hauptstraße hoch, desto offensichtlicher wird, daß hier ein ungleicher "Straßenkampf" stattfindet. Während Kinder Steine aufsammeln und sie wütend in die Fensterfront des Nasser-Kinos schleudern, bis keine Scheibe mehr heil ist, geht es direkt an der "Seraja" offensichtlich um mehr als Bilderstürmerei.

Die Zentrale der Polizei, zugleich Sitz des Geheimdienstes und das Hauptgefängnis, ist an allen Seiten von Hunderten von Menschen umringt. Unter ohrenbetäubenden Lärm - von innen wird unablässig mit Maschinenpistolen in die Luft gefeuert - werden Steine, Flaschen, Büchsen, Schuhe, Müll über den Stacheldraht geworfen. Man rüttelt an den Eingangstoren, schreit die Soldaten an, verflucht sie. Noch schießen sie unschlüssig über die Köpfe hinweg, als Drohung, ohne direkt in die Masse zu zielen. Manche Soldaten schleudern Steine in hohem Bogen zurück. Krankenwagen fahren vor und sammeln Menschen auf, die mit Platzwunden wimmernd auf dem Boden liegen. Ein junger Mann von vielleicht 18 Jahren steht breitbeinig da, fixiert irgendeinen Punkt im Polizeigebäude, reißt sich mit beiden Händen das T-Shirt von der Brust und schreit: "Schieß Antoine Lahad, schieß, ich habe keine Angst vor Dir." (1)

Aus zwei Lautsprecher-Wagen, die sich vorsorglich außer Schußrichtung und gut hörbar postiert haben, geben Hamas-Angehörige Statements ab, werden die - ausschließlich männlichen und um die 18 Jahre alten - Jugendlichen angefeuert: "Die Polizei des zionistischen Kollaborateurs Arafat hat vor einer halben Stunde das Feuer auf unseren friedlichen Protestzug eröffnet. Die Feinde des Islam werden bitter bezahlen. Der islamische Widerstand fordert die Sicherheitskräfte auf, sich ihm anzuschließen."

Im Schutz eines Hausflurs hält mich ein alter Mann mit feuchten Augen flehend am Arm fest und fragt mich, ob die Israelis zurückgekommen seien. Als ich verneine, winkt er mich vorsichtig an die Stelle, wo der Himmel durch das kaputte Dachgerüst zu sehen ist, deutet auf das Sportflugzeug dort oben und sagt: "Aber sie filmen Gaza seit einer halben Stunde. Vielleicht marschiert ihre Armee bereits wieder ein." Doch das ist nicht notwendig. Rabin wird zwei Stunden später, als die Ausmaße des Massakers bekannt sind, beruhigt sagen, daß man nicht mehr behaupten könne, Arafat würde das Abkommen von Oslo nicht einhalten.

Plötzlich geht ein Ruck durch die Menge. Direkt am Stacheldraht-Zaun, der die "Seraja" schützen soll, fallen zwei Menschen zu Boden, von Kugeln getroffen. Ein paar Dutzend Demonstranten hatten versucht, auf das Gelände vorzudringen. Hat ein palästinensischer Polizist durchgedreht und gegen die Befehle gehandelt oder

wurde die offizielle Order ausgegeben, direkt auf die Demonstranten zu schießen? Hunderte werfen sich zu Boden, verstecken sich hinter Autos, hechten schutzsuchend über Mauern. Querschläger pfeifen um unsere Ohren, Fahrzeugscheiben bersten im Kugelhagel. Nein, das ist keine Ausnahme! Unter dem Schutz von Bäumen stehen mehrere palästinensische Uniformierte und feuern einige Sekunden lang direkt auf Körperhöhe. (Die "Sicherheitskräfte" der Autonomie-Behörden dürfen laut Osloer Abkommen nicht über Tränengas verfügen, sind ausschließlich mit Handfeuerwaffen ausgerüstet.)

In etwa fünf Meter Entfernung explodiert eine Geräusch-Schock-Granate. Zehn, zwölf Demonstranten sacken zu Boden, halten sich die Ohren zu, zittern und brechen in Tränen aus: Nervenzusammenbrüche. Die Situation ist unübersichtlich, da sich unter den Zufluchtsuchenden auch einige ältere Männer befinden, die Pistolen auspacken und unsicher um sich blicken. Sind es palästinensische Geheimdienstler, von Israel bezahlte Kollaborateure, bewaffnete Hamas-Leute oder schlicht Leute, die sich auf dem illegalen Waffenmarkt von Gaza mit Schießeisen versorgt haben?

Meine Ohren dröhnen, ich breche vom Schock der Nervengranate selbst in Tränen aus und bringe mich über Hausdächer, durch Schlammlöcher hindurch und mit Hilfe von Unbeteiligten für diesen Tag in Sicherheit.

Xavier Bonnet

Anm. d. Red.: Lahad, Libanesischer Kommandeur der von Israel unterstützten christlichen Miliz im Süd-Libanon. Anspielung auf die den palästinensischen Nationalbehörden unterstellte Kollaboration mit Israel.

23. "Es ist sehr schwer zu leben." Die türkische Wirtschaft zwischen Krieg und Neoliberalismus

Autor: Jan Keetman · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:14

Ende November hat das türkische Parlament ein Gesetz zur Privatisierung der staatlichen Betriebe verabschiedet, nach dem sich das internationale Kapital die Finger leckt - vor allem für die Bereiche Luftverkehr, Energieversorgung und Telekommunikation. Gleichzeitig erlebt die türkische Wirtschaft die wohl schwerste Krise ihrer Geschichte. Mit den Ursachen des Scheiterns der Staats- und Privatwirtschaft in der Türkei und den Ergebnissen neoliberaler Roßkuren befaßt sich der folgende Artikel.

Die Nationalhymne wurde gespielt und der Janitscharenmarsch, Kanonen böllerten Salut und es sprachen der Staatspräsident, die Ministerpräsidentin und ihr Stellvertreter. Das Volk lauschte in gehörigem Abstand und gut bewacht. Die Feier galt einem Jahrhundertprojekt, für das die Buchstaben GAP stehen. GAP bedeutet "Südostanatolienprojekt" und beinhaltet den Bau von 17 Staudämmen an den biblischen Flüssen Euphrat und Tigris, mit deren Hilfe sagenhafte Energiemengen erzeugt werden sollen. Durch künstliche Bewässerung von 1,7 Millionen Hektar Land soll ein neuer Garten Eden entstehen. Dessen Erträge würden ausreichen, die gesamte Türkei zu ernähren oder durch Exporte nach Europa oder in die arabischen Ölstaaten Devisen zu bringen. Dabei trifft es sich gut, daß GAP so nebenbei auch noch der Konkurrenz in Syrien und Irak den Wasserhahn um einige Windungen weiter zudreht. Außerdem wird gehofft, daß die mit dem Projekt verbundenen sozialen Umwälzungen dem kurdischen Widerstand die Basis entziehen werden.

Aber wurde GAP wirklich eröffnet? Eigentlich ging es nur um einen halbfertigen Bewässerungstunnel, in den mal probehalber 3% der angepeilten Wassermenge geleitet wurden und zwar mit Hilfe eines Rohres, das nach Feier und Probelauf wieder abgebaut werden wird. Es fehlt noch viel an GAP, z.B. erfolgte für den Bau eines 250 km langen Kanals noch nicht einmal die Ausschreibung. Wie in den Vorjahren hat auch dieses Jahr das Finanzministerium Schwierigkeiten, das geplante Geld zu überweisen, bis Anfang November kam erst die Hälfte. Der Vorsitzende des türkischen Landwirtevereins schätzt, daß GAP noch 20 Jahre im Bau sein wird. Dabei hätte die türkische Landwirtschaft ein kleines Wunder nötig, denn durch Krieg und Vernachlässigung der Bewässerung gingen dieses Jahr die Ernteerträge um 30% zurück.

Ebenso wie die GAP-Feier war auch das andere große nationale Ereignis so überflüssig wie ein Kropf. Begleitet von Manövern drohte die Türkei Griechenland mit Krieg für eine Ausweitung seiner Hoheitsgewässer, die Athen nicht einmal angekündigt hatte.

Entsprechend dem berühmten römischen Spruch über die Volksunterhaltung ist bei so viel Spielen zu fragen, wie es denn um das Brot steht. Die Antwort lautet: Brot ist in einem Jahr um 100% teurer geworden, Reis um 251% und Hülsenfrüchte um 257%. Eine vierköpfige Familie braucht sieben Millionen Lira (TL) im Monat um ausreichend Lebensmittel kaufen zu können. Arbeiter verdienen sieben bis acht Millionen, Angestellte vier bis fünf Millionen und der Mindestlohn beträgt 2,74 Millionen. Mit drei Mindestlöhnen könnte sich die vierköpfige Familie gerade Schuhe kaufen. Erheblich gestiegen sind auch die Ausgaben für Miete, Heizung, Strom etc. Umgerechnet hat ein Arbeiter gerade 300 Mark im Monat, bräuchte mit Familie aber 750 Mark. Die 12,5% Arbeitslosen haben nicht einmal das. Daß es durch Verzicht, durch die weitverbreitete Heimarbeit von Frauen und Kinderarbeit dennoch möglich ist, die Familie durchzubringen, ändert nichts an der Feststellung, die eine Zeitung in der Überschrift "Es ist sehr schwer zu leben" zusammenfaßte.

Während der neoliberale Stabilisierungskurs, den Ministerpräsidentin Tansu Ciller, nicht zuletzt wegen des Drucks auswärtiger Gläubiger und des IWF, eingeschlagen hat und der die 12 Millionen türkischer Familien, die von Lohnarbeit leben, bis aufs äußerste belastet, hat er das Ziel, die türkische Wirtschaft wieder flott zu machen, bisher nicht erreicht.

Um den Punkt zu verstehen, an welchem sich das Land heute befindet, ist es notwendig, etwas tiefer in die Geschichte der Türkei auszuholen.

Der Republikgründer Atatürk wollte die "Souveränität der Nation" auf die "Souveränität der Wirtschaft" stützen, denn ein Land, das außer Zucker, Textilien und Zement alles kaufen mußte, konnte nicht unabhängig sein. Doch es fehlte an der Infrastruktur und an in- und ausländischen Investoren. Also übernahm der Staat zum Teil

diese Rolle. Das paßte gut zu Atatürks hauptsächlich von Beamten und Offizieren getragener Bewegung, die die Modernisierung auch in anderen Bereichen mit den Mitteln des Kommandostaates vorantrieb. Dieser Weg war bis zu einem gewissen Grade auch sinnvoll und nicht einmal etwas besonderes, erinnert sei z.B. an die Rolle des Staates beim Aufbau des Post-, Schienen- und Luftverkehrs in Deutschland. Banken, Handel und Industrie machten Fortschritte, erreichten aber nicht den Stand der klassischen Industrienationen.

Ein weiteres Element dieser Wirtschaftspolitik war das Prinzip der Importsubstitution. D.h. hohe Einfuhrzölle schützen den Aufbau der eigenen Industrie, die dann mit ihren Produkten Einfuhren ersetzt. Zwar entstand mit diesen Mitteln eine etwa zu gleichen Teilen staatliche und private Industrie, sie blieb aber auf den Binnenmarkt bezogen, war wenig innovativ und international kaum konkurrenzfähig.

Bevor die eigene Industrie ausländische Produkte ersetzen konnte, mußten zunächst Maschinen aus dem Ausland gekauft werden und das Geld hierfür wieder weitgehend vom Ausland geborgt und Zinsen und Tilgung ins Ausland abgeführt werden. Wegen mangelnder Konkurrenzfähigkeit der neuen Industrien führten diese Investitionen aber kaum zu mehr Exporteinnahmen. Deswegen mußte die Türkei ständig mehr Devisen kaufen als sie einnahm, und das untergrub den Kurs der Lira. Daher stiegen die ohnehin durch die Einfuhrzölle belasteten Importpreise, die dann auch die inländische Inflation antrieben. Die schwache Lira verstärkte wiederum den Hang zu ineffizienter Produktion, denn die ausländische Konkurrenz war relativ teuer und Investitionen in moderne Maschinen aus dem Ausland waren es ebenfalls.

Die Dauerhaftigkeit dieser Krise läßt sich am Verfall der Türkischen Lira (TL) ablesen. 1923 wurde 1 TL = 1 Dollar festgesetzt. Die Lira hatte wie das Pfund zwei Untereinheiten, nämlich 1 TL = 100 Kurus und 1 Kurus = 40 Para. 1960 konnte man im teuren Istanbul noch für eine Lira und 25 Kurus zu Mittag essen. Von 1960 bis 1970 verdreifachte sich der Umlauf an Lira, von 1970 bis 1980 stieg er auf das 54fache, von 1980 bis 1990, als der Monetarismus in der Türkei herrschte, stieg er auf das 225fache. Zu Beginn dieses Jahres war 1 Dollar = 14 900 TL, am 1. Dezember = 36 500 TL.

Der Militärputsch von 1980 war weitgehend ein Versuch, diese Dauerkrise der türkischen Wirtschaft auf dem Rücken der ArbeiterInnen zu lösen. 600.000 Menschen kamen ins Gefängnis, viele starben durch grauenhafte Folterungen oder wurden hingerichtet. Durch die Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung wurde eine Umverteilung möglich, die einige wirtschaftliche Erfolge ermöglichte, die Probleme aber nicht auf Dauer löste. Mit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die PKK 1984 entstand ein neuer Kosten- und Unsicherheitsfaktor, den die Ökonomie der Türkei immer weniger verkraften kann.

Das Paket ist geplatzt

Ein jäher Kurssturz der Lira zu Jahresbeginn und die Zurückstufung der Kreditwürdigkeit der Türkei zwangen das Land zum ersten Mal seit 1980 wieder an den Tropf des IWF und im April zu einem radikalen Sanierungsprogramm, dem sogenannten "Stabilitätspaket" der Ministerpräsidentin Tansu Ciller. Verschiedene Preise und Gebühren wurden um 100% angehoben und öffentliche Investitionen gestoppt. Gleichzeitig zog der Staat Geld an sich, indem er Wechsel ausgab, die sogenannten "Bons", auf die er für drei Monate 50% Zinsen zahlte. Die Bons wurden ein großer Erfolg, die Haushaltslöcher waren gestopft und die Inflation sank wegen der Geldabschöpfung im Sommer auf fast schon mitteleuropäisches Niveau. Allerdings stiegen wegen der Konkurrenz der Bons auch die Bankzinsen, während gleichzeitig der Konsum einbrach. Ganze Industriezweige legten Zwangspausen ein, und vor allem in der Bauindustrie brachen Firmen zusammen, in kurzer Zeit gingen fast 600.000 Jobs verloren, und Reallohnverluste mußten hingenommen werden.

Dabei sind die Hoffnungen, die in das Paket gesetzt wurden, weitgehend geplatzt. Allein im Oktober stiegen die Preise um 9,5%, gegenüber dem Vorjahresmonat sogar um 137%. Nachdem die Inflationsrate im letzten Jahr 66% betragen hatte, wird sie im Jahr des "Stabilitätspaketes" vermutlich 116% oder mehr betragen. Erwartet wird auch ein Rückgang des Bruttosozialproduktes um 3,8%. Im bisher schlechtesten Jahr der türkischen Wirtschaft 1980 war es nur um 1,1% gefallen. Weiterhin werden auch Löcher im Außenhandel und im Haushalt erwartet. Nicht einmal die teure Anleihe mit den Bons funktioniert noch, vermutlich weil zu viele Leute auf Devisen sitzen und auf einen noch lukrativeren Sturz der Lira spekulieren. Zu solchen Spekulationen besteht Anlaß, schließlich muß die Türkei nächstes Jahr 7,6 Milliarden Dollar Tilgung und 4,6 Milliarden Dollar Zinsen zahlen, die Devisenreserven liegen aber etwas unter 7 Milliarden Dollar und schmelzen bereits jetzt leicht ab.

Um Frau Ciller Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, muß gesagt werden, daß alle diese Negativa auch wieder gewünschte Wirkungen hervorbringen. Sinkende Reallöhne, eine schwache Währung und ein geschmälerter Binnenmarkt stimulieren den Export. Der türkische Export in einige Länder der GUS und ostasiatische Boomländer stieg z. T. beachtlich an. Diese Effekte hatten wohl auch Ciller und ihre auswärtigen Kreditgeber hauptsächlich im Auge. Diese Ergebnisse können allerdings den enormen binnenwirtschaftlichen Schaden des Pakets nicht einmal annähernd ausgleichen. Das Phänomen der Exportsteigerung hängt außer von der Weltkonjunktur zu einem guten Teil auch von dem ab, was es eigentlich bekämpfen soll - die schwache Währung.

Ebenso unsicher ist, ob die Privatisierung der "Öffentlichen Industriebetriebe" (KIT) Kapital und unternehmerisches Engagement in großem Maßstab ins Land bringen wird. Einiges, was schon jetzt zu den Rosinen der türkischen Wirtschaft zählt oder der Markterschließung dient, wird sicher zu verkaufen sein. Beim Rest ist wohl ähnliches zu erwarten wie bei der Übernahme der DDR-Wirtschaft: Beseitigung der Konkurrenz, Pokern um Schrumpfkuren und Subventionen aller Art.

Wo bleiben da die Gewerkschaften, könnte man sich fragen. Es ging dieses Jahr den Lohnabhängigen nicht nur schlechter denn je, sie mußten auch mitansehen, wie alle, die sich Spekulationen mit Bons oder Devisen leisten konnten, an der Misere gut verdient haben. Trotzdem wird dieses Jahr, wenn kein Wunder geschieht, als ein Jahr mit besonders wenig Streiks in die Geschichte der Türkei eingehen. Wie soll auch gestreikt werden bei so vielen Entlassungen und wenn die Industrie ohnehin ständig Zwangspausen einlegt? Wie die Verhältnisse sind, kann man ohnehin nur versuchen mitzuschwimmen oder die Systemfrage zu stellen, und die das tun sind nicht die Gewerkschaften.

Die türkische Gesellschaft segmentiert und radikalisiert sich zur Zeit entlang anderer Linien. Da sind zunächst die KurdInnen, die sich von der türkischen Republik verabschieden wollen, die IslamistInnen, die sich durch Umgestaltung zum religiösen Staat ebenfalls von Atatürks Republik verabschieden wollen und die größte und potentiell mächtigste Gruppe, die türkischen Nationalisten, die aber zugleich auch die inhomogenste Gruppe darstellen. Für ein rassistisches Konzept steht die kleinbürgerliche und sehr militante MHP. Mit ihr sucht die Ministerpräsidentin Tuchfühlung. Eine andere nationale Richtung verherrlicht die Republik aus den Tagen Atatürks und ähnelt mit diesem Rückgriff auf ein vermeintlich goldenes Zeitalter den von ihr strikt bekämpften islamischen FundamentalistInnen. Dieser Gruppe gehören viele kemalistische Linke an.

Unter dem Strich hat dem Neoliberalismus niemand etwas entgegenzusetzen. Mögen dessen Rezepte auch fraglich und für die breite Masse sehr, sehr hart sein. Auch der Rückgriff auf nationale oder religiöse Identitätsmythen ändert nichts daran, daß die Hoffnung des Landes an Bankiers, Investoren und Touristen aus dem Ausland hängt, zumal die reichen TürkInnen, von denen es mittlerweile auch viele gibt, die kosmopolitische Devise des Kapitalismus, Geld dort anzulegen, wo es den meisten Gewinn bringt, und sei es in fremder Währung oder gleich im Ausland, durchaus verstanden haben. Zu dieser Gruppe gehört auch die national gestimmte Ministerpräsidentin, die von ihrem Vermögen, dessen peinlich geringe Versteuerung ständig für Turbulenzen sorgt, einen beträchtlichen Teil in den USA angelegt hat.

Als die Spitzen der türkischen Politik das erwähnte Richtfest an einer Wasserröhre in Kurdistan feierten, war mit riesigen Lettern der Spruch angebracht: "Wir haben Berge durchbrochen und wir haben ein Zeitalter durchbrochen". Damit wäre durchaus ein mögliches Ziel türkischer Politik zu benennen, nämlich sich vom Zeitalter Atatürks nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet zu verabschieden, sondern auch seiner autoritären und nationalistischen Staatsräson abzuschwören. Anstatt, wie dieses Jahr ca. 18 Milliarden Mark - das entspricht etwa 2/3 aller Exporterlöse der Türkei - in einem Krieg zu verpulvern, der in zehn Jahren nicht zu gewinnen war, wäre es dann möglich, die drängenden Infrastrukturprobleme in den rasant wachsenden Metropolen anzugehen (alleine Istanbul wächst jeden Tag um mehr als 1.000 Menschen) und auch das dringend notwendige System von Sozialversicherungen zu schaffen, das eigentlich im Regierungsprogramm steht. Auch solche Maßnahmen würden die Wirtschaft stützen. Dagegen bietet der pure Neoliberalismus keine Antworten auf Probleme wie die drohende Seuchengefahr durch ungenügende Wasseraufbereitung, auf die unerträglich schlechte Luft der Städte, die sich im Winter, wenn die Touristen weg sind, in wahre Giftküchen mit Millionen alter Öfen verwandeln.

Jan Keetman

24. Flüchtlinge in Diyarbakir ohne Versorgung - Spendenaufruf

Autor: Hilfswerk · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:17

Mitte September begann das türkische Militär mit einer neuen Welle der Zerstörung kurdischer Dörfer. Innerhalb weniger Wochen wurden über 240 Ansiedlungen von der Armee niedergebrannt bzw. entvölkert. Die Menschen fliehen zu Tausenden in die kurdische Hauptstadt Diyarbakir, in der es an Infrastruktur für Arbeit, Wohnung, Gesundheitsversorgung und Schulbildung für die Flüchtlinge fehlt. Das Hilfswerk "Hevi" bemüht sich derzeit um Unterstützung für die Flüchtlingskinder in Diyarbakir.

Während die Bilder von den unmenschlichen Zuständen in kurdischen Flüchtlingslagern im Norden Iraks im Jahre 1991 täglich über die Bildschirme gingen, findet derzeit in Türkisch-Kurdistan nahezu unter Ausschluß der Weltöffentlichkeit ein Vernichtungs- und Vertreibungskrieg gegen das kurdische Volk statt, der Tausende von Menschen in die Stadt Diyarbakir treibt, in der ihnen jegliche Unterstützung fehlt. Die Haltung der Weltöffentlichkeit scheint durch Rücksichtnahme auf den NATO-Partner Türkei bestimmt, obwohl das, was in Türkisch-Kurdistan vor sich geht, sich in nichts von dem Vorgehen Saddams gegen die irakischen Kurden unterscheidet. Rund 2.000 Dörfer wurden in den letzten drei Jahren von den staatlichen Kräften niedergebrannt, zerstört und entvölkert. Nach Angaben des türkischen Menschenrechtsvereins waren es allein in den ersten acht Monaten dieses Jahres 1.284 Dörfer und Weiler. Selbst Teile der türkischen Regierung sprechen von 1.390 zerstörten Dörfern und kritisieren diese Zustände.

Das türkische Militär brennt Wälder und Ernten ab, es verwandelt Kurdistan in eine Wüste. Die Menschen werden aus ihren Dörfern gejagt und verlieren ihr gesamtes Hab und Gut. Die Vertreibungen erfassen inzwischen die gesamte kurdische Region, selbst Kleinstädte und sogar Provinzhauptstädte wie Sirnak, Cizre, Nusaybin, Lice, Silopi, Kulp, Dogubeyazit, Cukurca oder Hakkari wurden durch Panzer und Artillerie verwüstet.

Seit dem 17. September bildet die kurdische Provinz Dersim (Tunceli) den Schwerpunkt des Krieges gegen das kurdische Volk. Nach Angaben von Dorfbewohnern in den Kreisstädten Ovacik, Pülümür und Hozat brannte die türkische Armee innerhalb weniger Tage über 37 Dörfer und Ortschaften nieder; die Wälder in der Umgebung wurden in Brand gesteckt. Die Bewohner suchten zunächst in den nahegelegenen Städten Zuflucht.

Millionen Menschen sind inzwischen aus Kurdistan geflohen. Nur wenigen gelang die Flucht ins europäische Ausland, wo sie derzeit hoffen, daß man ihnen Asyl gewährt, zumindest aber nicht in das Land ihrer Verfolger und Unterdrücker abschiebt. Zahlreichen Menschen gelang auch die Flucht in den Westen Anatoliens oder nach Istanbul, wo sie am Rande der Großstädte obdachlos und arbeitslos ihr Leben fristen müssen.

Die meisten der aus den Dörfern vertriebenen Menschen - die Ärmsten der Armen - haben aber nicht einmal die Möglichkeit, bis in die westtürkischen Großstädte zu fliehen. Sie haben sich im Umfeld der kurdischen Großstädte angesiedelt. Hier müssen sie oftmals in erbärmlichen Hütten oder gänzlich ohne Dach über dem Kopf leben. Die Einwohnerzahl von Diyarbakir, der Hauptstadt Kurdistans, hat sich in den letzten drei Jahren auf 1,5 Millionen Menschen verdreifacht. Selbst für die ursprünglich 500.000 Menschen waren die Infrastrukturbedingungen mehr als mangelhaft. Die Zahl der ÄrztInnen und LehrerInnen lag weit unter dem Durchschnitt der Türkei. Inzwischen sind ganze Bereiche der Versorgungseinrichtungen zusammengebrochen. Eine medizinische Versorgung der Flüchtlinge in den Slums und den um die Stadt errichteten Hüttensiedlungen findet kaum noch statt, es drohen Krankheiten und Seuchen.

Am schlimmsten leiden die Kinder unter dieser Situation. Aber nicht nur, daß sie derzeit kaum wissen, wie sie die nächsten Tage überleben sollen. Durch die Vertreibungen werden ihnen auch für die Zukunft nahezu alle Chancen genommen. Denn auch das Bildungssystem in den Slum-Gebieten und Flüchtlingssiedlungen liegt im argen. Oftmals gibt es keine Räume für Schulen; selbst dort, wo es diese gibt, gibt es nicht genügend Lehrer. Und selbst dort, wo die Möglichkeit des Schulbesuchs besteht, fehlt es an allem. Die Flüchtlingsfamilien sind zumeist völlig mittellos und haben kaum genug, um den täglichen Überlebenskampf zu führen. Geld für Stifte, Hefte, geschweige denn für die in der Türkei obligatorische Schulkleidung, ohne die ein Schulbesuch nicht möglich ist, oder für Lehrbücher ist nicht vorhanden. Ohne eine Schulausbildung haben die Kinder und Jugendlichen auch in Zukunft kaum Chancen auf ein menschenwürdiges Leben. Deshalb ist es für sie wichtig,

auch in der derzeitigen Situation weiterhin die Schulen zu besuchen, um schließlich auch einen Abschluß zu bekommen. Aus diesem Grunde will das Hilfswerk für Kurdistan "Hevi" Schülern und Schülerinnen aus Diyarbakir, die aus ihren Dörfern fliehen mußten, den weiteren Schulbesuch ermöglichen. Dafür sind pro Schüler jährlich etwa 300,- DM (Schultasche: rund 35,- DM; Schulkleidung: rund 125,- DM; Schulbücher: rund 50,- DM; Schulmaterial (Hefte, Schreibutensilien usw.): rund 90,- DM) notwendig.

Soweit einzelne Schüler und Schülerinnen dieses wünschen (leider werden Kontakte zu Ausländern von den türkischen Behörden oftmals mit Repressalien beantwortet, so daß diese Entscheidung den Betroffenen überlassen bleiben muß), können von "Hevi" auch Patenschaften vermittelt werden.

"Hevi" heißt übersetzt Hoffnung und ist ein Hilfswerk für Kurdistan, das im Februar 1992 gegründet wurde. In ihm wollen Deutsche und KurdInnen gemeinsam Hilfe für das derzeit auf die Türkei, den Irak, den Iran und Syrien aufgeteilte Land und die dort lebenden Menschen leisten. Zu den Gründungsmitgliedern gehören u.a.: Dr. Jürgen Miksch (Ev. Akademie Tutzing), Dr. Wolf-Dieter Just (Ev. Akademie Mühlheim/Ruhr), Walter Zuber (Hannover), Dr. Omar Simo (Arzt, Heidelberg), Dr. Ali Tarhan (Kinderarzt, Düsseldorf), Dr. Fikret Yildis (Arzt, Duisburg), Sertac Bucak (Internationaler Verein für Menschenrechte in Kurdistan, Bremen), Claudia Roth (Mitglied des Europaparlaments, Bonn).

Ihre Spenden für das Hilfsprojekt in Diyarbakir können Sie auf das Konto 67000 16560 bei der Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00) überweisen. Das Hilfswerk "Hevi" e.V. ist vom Finanzamt Berlin als gemeinnützig anerkannt worden. Spenden an "Hevi" sind steuerlich abzugsfähig.

Kontakt: Mukaddes Sahin, Kultur- und Hilfsverein Kurdistan, Paul-Lincke-Ufer 44a, 10999 Berlin, Tel. 6189120, Fax 6113319; Gila Klindworth, Tel. 6116618

25. Krieg um Öl - Frieden für Öl? Über die Pipeline-Führung für das Öl des Kaspischen Meeres

Autor: Sabine Ott · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Interventionspolitik und Kriege; Osteuropa allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:13

Am 20. September 1994 wurde der Vertrag über die Förderung des aserbaidschanischen Öls unterschrieben. Dieser Vertrag wurde zwischen der staatlichen aserbaidschanischen Ölgesellschaft SOCAR und einem Konsortium abgeschlossen. Das Konsortium bilden die britische BP, die US-amerikanische AMACO, UNACOIL, PANNZOIL, STATOIL, RAMCO, die MCDermott international und die türkische Ölgesellschaft TPAO. Die russische Ölgesellschaft LUKOIL ist zu 10% an der aserbaidschanischen SOCAR beteiligt. Die Reserven der Ölfelder, deren Erschließung vereinbart wurde, werden auf knapp vier Milliarden Barrel (ein Barrel sind 159l) geschätzt. Die Investitionen haben ein Volumen von 7,5 Mio. US-Dollar.

Mit der Unterzeichnung dieses Vertrages kam eine Frage auf die Tagesordnung, deren Lösung die ökonomische wie politische Landkarte zeichnen wird: der Verlauf der Pipeline, die das Öl in die (westlichen) Zentren der Vermarktung bringen soll. Auf längere Sicht geht es nicht nur um das aserbaidschanische Öl, sondern um die weiteren Ölreserven des Kaspischen Meeres und Zentralasiens (1). Nach US-amerikanischen Schätzungen stehen die Ölreserven Zentralasiens an zweiter Stelle hinter Saudi-Arabien. An der Lösung dieser Frage hat das Ölkonsortium ein vitales Interesse, ebenso die erdölfördernden Länder der Region (2).

Für den Verlauf der Pipeline für das Öl Zentralasiens gibt es zwei Vorschläge, die eher chancenlos sein dürften: zum einen der Wunsch Japans, die Pipeline über Pakistan an den Indischen Ozean zu bauen, und zum anderen die Pläne Irans, die Pipeline durch ihr eigenes Land nach Kharg am Persischen Golf zu führen - ein Vorhaben, das auch Turkmenistan favorisiert.

Demgegenüber stehen die Vorschläge, die den Kern aktueller innenpolitischer Auseinandersetzungen und außenpolitischer Hegemonialansprüche treffen: Wird die Pipeline über russisches Gebiet verlaufen oder wird sie an den türkischen Golf von Ceyhan führen?

Die aktuelle Debatte um den Verlauf der Pipeline für das Öl Aserbaidschans gewinnt, weil immer eine mögliche Anbindung an das zentralasiatische Öl mitgedacht wird, an Brisanz. Die Kontrolle einer solchen Pipeline wäre für das jeweilige Land ein Machtgewinn, für den sich ein hoher Einsatz lohnt.

Unter russischer Kontrolle stehen zwei bereits existierende Pipelines. Eine verbindet das Kaspische Meer mit dem Schwarzmeer und führt von Kasachstan an den russischen Schwarzmeerhafen Noworossisk. Dadurch ist es Rußland möglich, sich in die Ölgeschäfte Kasachstans einzumischen, und der inzwischen zurückgetretene Kasachische Präsident Nasarbajew sah sich gezwungen, die "Interessen des Brudervolkes" mitzuberücksichtigen (3). Die zweite Pipeline verläuft von Baku (Aserbaidschan) durch Tschetschenien ebenfalls nach Noworossisk. Abgesehen von dem Beispielcharakter, den Tschetschenien mit seiner Lossage von der russischen Föderation haben könnte, liegt das Interesse Rußlands an Tschetschenien am schwarzen Gold (4).

Dagegen stehen die konkurrierenden Interessen der Türkei, die in verhohlen panturkistischen Tönen ihren Mittelmeerhafen am Golf von Ceyhan anpreist. Gemäß ihren Vorschlägen soll die zu erbauende Pipeline von Baku an den türkischen Mittelmeerhafen Yumurtalik führen. Ob das Öl von Baku aus über den Iran oder über Armenien nach Nahicevan (aserbaidschanisches Gebiet) fließen soll, ist dabei noch offen. Eine andere Möglichkeit ist die Nutzung der bestehenden Pipeline von Baku durch Georgien nach Batumi (5), von wo aus das Öl mit Tankern zum türkischen Schwarzmeerhafen Samsun gebracht werden würde, um in einer neu zu errichtenden Pipeline zum Golf von Ceyhan gepumpt zu werden.

Bereits im November 1992 haben die Ölgesellschaften SOCAR, BP, PENNZOIL, AMACO und die türkische Pipelinegesellschaft BOTAS ein Abkommen unterzeichnet, in dem die Bildung einer Arbeitsgruppe vereinbart wurde. Diese Arbeitsgruppe, die mit der Untersuchung des Verlaufs einer Pipeline für das aserbaidschanische Öl beauftragt war, gab ihre Ergebnisse im Februar 1993 bekannt. Dabei wurden drei Möglichkeiten genannt: die Linien Baku - Noworossisk, Baku - Poti (Georgien) oder Baku - Midiyat - Ceyhan (6). In der türkischen Presse wurden diese Möglichkeiten unter dem beinahe verzweifelt anmutenden Versuch erörtert, die Pipeline

Baku - Ceyhan als die einzig gangbare Alternative darzustellen. Die beiden anderen Möglichkeiten wurden abgelehnt, weil sie, um das Schwarzmeer mit dem Mittelmeer zu verbinden, die Durchfahrt durch den Bosporus und die Dardanellen mit Tankern benutzen müßten (7). Schiffahrtstechnische, ökologische, verkehrs- und sicherheitstechnische Argumente wurden aufgetürmt, um die Unmöglichkeit zu demonstrieren, daß die Pipeline an einem russischen Hafen endet und das Erdöl über See weitertransportiert wird. Die ökologischen Bedenken der türkischen Regierung sind nun keinesfalls von der Hand zu weisen. Mit ihren einseitigen Beschlüssen zur Drosselung des Schiffverkehrs verstößt sie jedoch gegen die internationale Regelung. Offenkundig werden die politischen Interessen durch die indirekte (verkehrstechnisch begründete) Androhung eines Embargos gegen Rußland.

Und Rußland reagierte prompt: Die russische Regierung gab bekannt, daß sie die Interessen der Türkei bezüglich der großen ökologischen Probleme, die ein zunehmender Verkehr durch die Meeresengen verursachen würde, respektiere und schloß mit der bulgarischen und griechischen Regierung ein Abkommen über den Bau einer Pipeline von Burgaz (Bulgarien) nach Alexandropolis (griechischer Mittelmeerhafen). Das Abkommen, das im September 1994 zustande kam, sieht vor, weiterhin die russische Pipeline für das Öl Kasachstans und Sibiriens zu benutzen, das mit Tanker von Noworossisk über das Schwarzmeer nach Burgaz gebracht werden soll. Zusätzlich zu dem Bau der 350 km langen Pipeline, der nächstes Jahr beginnen soll, wurde der Bau einer Ölraffinerie bei Burgaz beschlossen.

Der türkische Staatspräsident Demirel gab seiner Beunruhigung über diese Entwicklung auf dem Treffen der Turk-Republiken in Istanbul am 18./19. Oktober 1994 Ausdruck. Vor den Staatspräsidenten Alijew (Aserbaidschan), Nasarbajew (Kasachstan), Akajew (Kirgistan), Kerimow (Usbekistan) und Niyazow (Turkmenistan) unterstrich Demirel die Bedeutung des Gipfels, der zum zweiten Mal stattfand (8), und hob die gemeinsame Grundlage der Länder in "Sprache, Geschichte und Kultur" hervor. "Es gibt keine Stagnation in der Entwicklung, sondern die gegenseitige Zusammenarbeit, die bilateral und auf vielseitige Bereiche gegründet wurde, gewinnt auf allen Ebenen neue Dimensionen" (9), so Demirel. Trotz der Beschwörung der Verbundenheit der turksprachigen Länder wählte Demirel seine Worte in Bezug auf Rußland vorsichtig, nimmt doch die Politik der teilnehmenden Staaten Rücksicht auf russische Belange. Auch ist der wichtigste Handelspartner in der GUS für die Türkei immer noch Rußland (das gilt auch für den Iran). Mit diesen Drahtseilakten ging der Gipfel ohne konkrete Ergebnisse zu Ende.

Von Demirel wurde auf dem Gipfel auch der armenisch-aserbaidschanische Konflikt angesprochen. Dies führt wieder zum politischen Aspekt der Pipeline-Frage. Wenn die Baku-Georgien-Linie abgelehnt wird, was aufgrund der Instabilität des Landes zu vermuten ist, dann ist ein Frieden zwischen Armenien und Aserbaidschan unerläßlich. Ein Friede, auf den auch England und die USA drängen. Angelpunkt der Diskussion über die Baku-Ceyhan-Linie ist, ob die Pipeline über Armenien oder den Iran verlaufen wird. Letztere Alternative wird von der USA strikt abgelehnt. Als ein Zeichen für die Wahl der armenischen Alternative wird der Besuch des englischen Abgeordneten Richard Chennon gewertet, der mit einer Parlamentarierdelegation in Eriwan war. Während dieses Besuches wurde der Vorschlag gemacht, daß Armenien sich, als Gegenleistung für den Bau der Pipeline durch sein Gebiet, aus Aserbaidschan zurückziehen solle, der Lacin-Korridor wurde in diesem Vorschlag ausgenommen (10). Es wird erwartet, daß dieser Vorschlag von Armenien akzeptiert wird, um sich durch Gebühren für die Pipeline eine eigene Einnahmequelle zu sichern (11).

Andrerseits vertrat der englische Botschafter in Baku, Thomas Young, in einem Interview mit der türkischen Zeitung Cumhuriyet (12) die Meinung, "... die Iran-Ceyhan-Pipeline ist die Vernünftigste." Die vergangenen Ereignisse in Aserbaidschan, wo der nun entlassene Ministerpräsident Gussejnow erfolglos versuchte, gegen Alijew zu putschen (über eine russische Unterstützung wird gemunkelt), sind auf dem Hintergrund des Erdöl-Vertrages, der am 20.9.1994 abgeschlossen wurde, zu sehen. Young sagte in dem Interview dazu: "Meiner Meinung nach ist es sehr wichtig, daß Alijew Staatspräsident ist, damit der Öl-Vertrag vorwärts kommt. Wichtigkeit hat er auch im Hinblick auf das Fortbestehen der Beziehungen, die mit den westlichen Ländern geknüpft wurden."

Auch aus innenpolitischen Gründen spielt der Verlauf der Pipeline eine wichtige Rolle. Die gesellschaftspolitischen Strukturen Aserbaidschans sind noch immer geprägt von Verwandtschaftsverbänden, und so ist der Vermerk, daß Nahicevan die Heimatprovinz Alijews ist, nicht ohne Bedeutung. In Anbetracht der

instabilen Verhältnisse könnte diese Tatsache zu einem Brennpunkt zukünftiger veränderter Machtverhältnisse werden.

Aber nochmal zurück zur Türkei: Nach ihrem Vorschlag soll eine aus Baku kommende Ölleitung in Midiyat mit der bereits bestehenden Pipeline, die vom irakischen Kirkuk an den Mittelmeerhafen Yumurtalik führt, verbunden werden (13). Seit der Verhängung des UN-Embargos gegen den Irak im August 1990 fließt durch diese Pipeline kein Öl mehr. Aber in dieser Pipeline "steht" noch Öl, über das die türkische Pipeline-Gesellschaft BOTAS schon seit geraumer Zeit mit Bagdad verhandelt. Anfang Juni diesen Jahres hat nun die US-Regierung eingewilligt, daß die Türkei dieses Öl abpumpen kann (14). Daß bei den zahlreichen Verhandlungen, die die Türkei mit dem irakischen Regime führte und die von so manchen Sympathie-Bezeugungen begleitet sind, auch die Nutzung der Pipeline für aserbaidschanisches (und kasachisches) Öl zur Verhandlung steht, ist wahrscheinlich. Forderten doch die BOTAS und die türkische Ölgesellschaft TPAO zusammen mit dem Außenminister auf einer Versammlung Anfang Dezember 1994 den Staatspräsidenten Demirel und die Ministerpräsidentin Ciller eigens auf, sich mehr für den Bau der Pipeline auf höchster politischer Ebene einzusetzen und der TPAO größere Anteile an dem Ölgeschäft zu sichern.

Die Ausarbeitung und Verhandlungen um den Verlauf einer Pipeline für das aserbaidschanische Öl sind gekennzeichnet von einem Schlagwort: "Krisenregion". Bei diesen Verhandlungen fällt der Blick immer auf die Instabilität der zentralasiatischen Republiken, auf Georgien, Tschetschenien oder auf den armenisch-aserbaidschanischen Konflikt, aber auch die Befürworter einer Pipeline durch die Türkei sehen ihr Projekt durch eine "Krisenregion" verlaufen: Nordwestkurdistan. Der englische Botschafter in Baku erklärte dazu lapidar: "Wir müssen die Pipeline vor den kurdischen Terroristen schützen. Das ist ein Problem, aber es ist lösbar." (12) Die Verantwortlichen der ERNK gaben bekannt, daß eine Pipeline nicht ohne sie existieren wird: "Man kann die Erde Nordkurdistans nicht benutzen, ohne unsere Erlaubnis einzuholen und ohne sich offiziell an uns (PKK) zu wenden." Bereits seit längerer Zeit sind Pipelines und Bohrtürme Ziel von Anschlägen der kurdischen Guerilla.

Der rechtliche Status des Kaspischen Meeres ist ein weiterer Aspekt der Auseinandersetzungen. Zu Zeiten der Sowjetunion wurde das Kaspische Meer als "See" definiert. In Verträgen aus den Jahren 1921 und 1940 ist seine Nutzung genau beschrieben. Die Frage ist, ob diese Verträge, die die Sowjetunion unterzeichnet hat, noch gültig sind bzw. ob sie jetzt für Rußland gelten. Aserbaidschan erkennt diese Verträge nicht an. Rußland fordert, daß das Kaspische Meer als "Meer" definiert wird und das bedeutet nach internationalem Recht die Einräumung einer 12-Meilen-Zone für die angrenzenden Staaten. Hintergrund ist, daß der größte Teil des aserbaidschanischen Öls sich außerhalb dieser Zone befindet, sprich: in internationalem Gewässer. Zu der Frage der (Neu-)Aufteilung der Bodenschätze, Erdöl und -gas, der Fischfangrechte etc. in diesem "internationalen Gewässer" soll sich, so Rußland, eine Arbeitsgruppe bilden, an der Vertreter aller Anrainerstaaten teilnehmen. Das Kaspische Meer sei ein geschlossenes Ökosystem und keiner der Anrainerstaaten könne das Meer in Sektoren teilen, so die Argumentation Rußlands. Das heißt, daß jegliche Abkommen ungültig sind, wenn sie nicht von allen Anrainerstaaten anerkannt werden (so auch der aserbaidschanische Ölvertrag). Rußland hätte damit das machtvolle Instrument eines Veto-Rechts.

Auf dem Istanbuler Gipfel vertraten auch die Staatspräsidenten Nasarbajew (Kasachstan) und Niyazow (Turkmenistan) die Forderung nach einer Kommission, die sich mit der Verteilung der Schätze des Kaspischen Meeres beschäftigt. Die beiden Staatspräsidenten betonten jedoch, daß diese Forderung nicht gegen den aserbaidschanischen Ölvertrag gerichtet sei.

Iran, als ein weiterer Anrainerstaat, ist ebenfalls um seinen Einfluß in den zentralasiatischen Staaten bemüht. Der geographische Vorteil des Landes wird jedoch durch die Isolierung seitens der USA und die Skepsis einiger Führungen dieser Republiken getrübt. Führungscliquen, die das Ende der Sowjetunion überdauert haben, müssen eine islamische (und nationalistische) Opposition in eigenen Land fürchten. Die Beziehungen des Iran zu den zentralasiatischen Ländern, auf die er angewiesen ist, werden deshalb nicht unter dem Zeichen eines starken Islam gepflegt, sondern sind reine Handelsbeziehungen mit ökonomischem Charakter. Eine bedeutende Rolle spielen dabei Tadschikistan, auch auf dem Energiesektor, Turkmenistan, Kasachstan und Aserbaidschan. Der Iran unternimmt derzeit Schritte, um Anteile an der staatlichen aserbaidschanischen Ölgesellschaft zu erheischen. Für Aserbaidschan ist der Iran der wichtigste Handelspartner mit einem Anteil von 36% am aserbaidschanischen Außenhandel. Die Auflösung der engen Beziehungen zwischen der Türkei

und Aserbaidschan und die Annäherung zwischen der Türkei und dem Iran geben diesem mehr Spielraum. Daß im Iran 20 Millionen iranische Aseris leben, birgt jedoch die ständige Gefahr eines Konfliktes.

Die zentralasiatischen Staaten schauen sich aber keineswegs nach einem "neuen großen Bruder" um, hieße er Türkei oder Iran. Abgesehen davon, daß die wirtschaftliche Situation weder in der Türkei noch im Iran umfangreiche Hilfsmöglichkeiten zuläßt, ist die ökonomische Struktur der zentralasiatischen Republiken noch stark geprägt von der zentralistischen, kolonialen Ausrichtung auf Moskau. 80% ihrer Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze und der Außenhandel muß wegen mangelnder Devisen mit Rohstoffen abgewickelt werden. Mit der Durchführung marktwirtschaftlicher Reformen sollen sämtlich interessierte ausländische Investoren angelockt werden. Politische oder ideologische Belange spielen unter dem Druck schwacher Wirtschaftsstrukturen keine Rolle. Dies drückt sich auch in der Bilateralisierung der gegenseitigen Beziehungen aus (16). Als Beispiele seien hier nur der Vertrag zur Zusammenarbeit zu erwähnen, den die Außenminister der Türkei und Kasachstans, mit der Beteiligung der türkischen Gesellschaft für Entwicklung und Zusammenarbeit (TIKA) und kasachischen Ölgesellschaften am 17.10.1994 unterzeichneten. Des weiteren ein Vertrag zur Entwicklung von Handel und Landwirtschaft, den Anfang Dezember die USA, Israel und die Türkei mit Usbekistan und Turkmenistan abgeschlossen haben.

Das Rennen um das große Ölgeschäft ist in vollem Gange. Die Politik um den Verlauf der Pipeline wird auch in Zukunft sich verändernde Konstellationen schaffen. Wenn es auch im Moment so aussieht, daß Israel und Europa den Bau der Pipeline durch die Türkei unterstützen, die USA dagegen die Ansprüche Moskaus, die zentralasiatischen Republiken als ihr Einflußgebiet zu betrachten, unterstützt, ist der letzte Vertrag noch nicht unterschrieben.

Nur eines ist sicher: Die Bevölkerung dieser Länder ist nicht unterschriftsberechtigt.

Sabine Ott

Anmerkungen:

1) Zu den Ländern Zentralasiens gehören Kasachstan, Usbekistan, Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan.

2) Das sind Kasachstan (Erdöl, Kohle), Turkmenistan (Erdgas), Aserbaidschan (Erdöl). Die Erdölvorkommen Usbekistans reichen zur Deckung des Eigenbedarfs.

3) In Kasachstan beträgt der Anteil der russischen Bevölkerung 38%.

4) Tschetschenien hat sich Ende 1991 für unabhängig erklärt, wird aber von keiner Regierung anerkannt. Auf seinem Gebiet liegen große Erdölfelder und es ist Zentrum und Umschlagplatz der Erdölindustrie. Grund genug für Rußland, sich an Offensiven gegen den tschetschenischen Präsidenten Dudajew zu beteiligen, die Ende November begannen, und ihn zu Verhandlungen zu zwingen.

5) Georgien ist aufgrund seines Konfliktes mit Abchasien zur GUS zurückgekehrt, so daß diese Pipeline zur Zeit in der russischen Einflußsphäre liegt (Abchasien hat sich am 27.11.1994 von Georgien losgesagt).

6) Am 9. Mai 1993 unterzeichnete daraufhin die Türkei mit dem aserbaidschanischen Ölminister ein Abkommen, daß die Pipeline nach Georgien nicht in Frage kommt. Dieses Abkommen fiel noch in die Zeit der Präsidentschaft Eljibeys, der eng mit der Türkei kooperierte.

7) Seit 1936 besteht ein Vertrag, daß die Türkei der internationalen Schiffahrt offenen Zugang zum Wasserweg gewährt.

8) Der 1. Gipfel der turksprachigen Länder fand im Oktober 1992 unter der Amtsperiode Turgut Özals in Ankara statt. Die Vorschläge zur Liberalisierung des Handels, Zollabbau und dem Bau einer Pipeline, die die Türkei auf diesem Gipfel vorlegte, wurden nicht aufgenommen; auch ein Abkommen über wirtschaftliche Kooperation wurde nicht unterzeichnet.

9) Özgür Ülke, 20.10.1994

10) Der Lacin-Korridor ist eine Verbindung von Armenien zu dem armenischen Berg Karabach.

11) Armenien war zu sowjetischer Zeit ein großer Exporteur von Maschinen und elektronischen Geräten. Mit der Unabhängigkeit und aufgrund des Embargos wegen des Konfliktes mit Aserbaidschan kam es zu einer Energiekrise, die die Industrieproduktion fast zum Erliegen brachte.

12) Cumhuriyet, 28.10.-3.11.1994

13) Diese Pipeline wurde während des ersten Golfkrieges gebaut, als Syrien seine Pipeline für irakisches Öl dicht machte.

14) Ein größerer Teil des Erlöses steht der Türkei aufgrund eines Transportabkommens mit dem Irak zu. Vom Rest sollen 30% an die (kuwaitischen) Kriegsopfer des zweiten Golfkrieges gehen, ansonsten sollen dafür Medikamente und Nahrungsmittel an den Irak geliefert werden. Gegen die Verteilung dieser Güter sträubt sich die Regierung in Bagdad und deswegen kann die Türkei die Pipeline nicht leerpumpen.

15) Özgür Ülke, 18.10.1994

16) Ein Kennzeichen dafür ist die Schwäche gemeinsamer Märkte. Ankara und Teheran haben 1992 die Eingliederung der zentralasiatischen Republiken in die Economic Cooperation Organization (ECO; 1964 von Pakistan, der Türkei und Iran gegründet) beschlossen. Im Juni 1992 wurde die Wirtschaftsgemeinschaft der Schwarzmeerstaaten auf Initiative des türkischen Staatspräsidenten gegründet. Der Iran kündigte daraufhin eine Gemeinschaft der Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres an. Im Januar 1993 sollte mit der zentralasiatischen Union ein gemeinsamer Markt gebildet werden. Auch der GUS-Gipfel am 21.10.1994 trägt der Bilateralisierung der Beziehungen Rechnung: es wurde die Bildung einer zwischenstaatlichen Wirtschaftskommission beschlossen, die die ökonomischen Schritte der einzelnen Länder koordinieren soll.

26. Arbeitsrecht gegen Frauen. Interview mit einer Gewerkschaftsführerin

Ein Round-Table-Gespräch

Autor: Boris Scharlowski · Rubrik: Internationale Solidarität; Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:23

Anfang November stand die europäische Bananenmarktordnung vor Gericht. Ein internationales Tribunal befand in Den Haag über die Auswirkungen der Marktordnung auf die Länder des Südens. Konstatiert wurde unter anderem, daß die vor eineinhalb Jahren in Kraft getretene Bananenmarktordnung zu einer Verschärfung der sozialen und ökologischen Ausbeutung in den zentralamerikanischen Produzentenländern geführt hat. Das Urteil diese Tribunals verlangt eine Ergänzung entsprechender Klauseln.

Im Mittelpunkt des am 4.11.1994 von der angesehenen niederländischen NRO (nicht Regierungsorganisation) "Solidaridad" initiierten Tribunals stand eine entwicklungspolitische Bewertung der zum 1.7.1993 in Kraft getretenen "Gemeinsamen Marktordnung Bananen" (GMO) der Europäischen Union. VertreterInnen der betroffenen zentralamerikanischen Kleinbauern und Gewerkschaften standen Vertretern der Produzenten aus AKP-Ländern (Afrika, Karibik, Pazifik) und europäischen ParlamentarierInnen gegenüber. Allein die geladenen VertreterInnen der europäischen Fruchtmultis "Fyffes" und "Geest" waren nicht gekommen.

Die im Zuge der Vereinheitlichung des EU-Marktes geschaffene Verordnung schützt Bananen aus der Europäischen Union (sogenannte Gemeinschaftsbananen) und schreibt bestimmte Handelsprivilegien für Bananen aus den AKP-Ländern fest. Gleichzeitig legt sie eine begrenzte Einfuhr von Bananen aus den zentralamerikanischen Produktionsländern (sogenannten Drittlandbananen) fest. Zusätzlich zu den zollfreien Gemeinschafts- und (traditionellen) AKP-Bananen dürfen demnach 2 Millionen Tonnen Bananen zum Zollsatz von 100 ECU pro Tonne (das entspricht 0,23 DM pro Kg) aus Lateinamerika importiert werden. Dieses Kontingent, das jährlich je nach Bedarf an die neuen Konsumbedürfnisse angepaßt werden kann, wird nach einem bestimmten Schlüssel den verschiedenen Vermarktern zugänglich gemacht. So dürfen 66,5% dieses Kontingents von Marktteilnehmern beantragt werden, die bisher weitgehend "Drittlandbananen" vertrieben hatten. Lizenzen über 30% stehen jenen Marktbeteiligten zur Verfügung, die bereits Bananen aus der EU bzw. aus AKP-Staaten vermarktet hatten. 3,5% (d.h. rund 70.000 Tonnen) verbleiben sogenannten Newcomern und werden unter diesen zu gleichen Teilen verteilt. Direkte Folge der Marktordnung in Europa ist eine massive Umstrukturierung des traditionellen europäischen Marktgefüges im Bananensektor zugunsten vor allem britischer und französischer Handelsunternehmen, die schon früher mit Bananen aus AKP-Ländern im Geschäft waren.

Auf dem zentralamerikanischen Festland gestaltet sich indes die Einschätzung des europäischen Bürokratenwerks weniger positiv. Alfonso Coto, Bischof aus Costa Rica und Ankläger auf dem internationalen Tribunal in Den Haag, unterstrich die schweren sozialen und ökologischen Folgen des Bananenanbaus in seinem Land. Aber auch in Ecuador und der Dominikanischen Republik ist unter dem Eindruck der Marktordnung die Produktion vor allem der nationalen und der kleineren Produzenten, die für die Multis bisher als Puffer dienten, gesunken. Viele der Kleinproduzenten stehen heute arbeitslos auf der Straße. Im Vorfeld des Inkrafttretens der GMO hatte die unkontrollierte Expansion des Bananenanbaus bereits zu einem Verkaufsdruck auf die Kleinproduzenten und somit bei vielen zum endgültigen Aus geführt.

Dennoch sind - Ironie des Welthandels - dem Umsatzrückgang aus zentralamerikanischer Sicht auch positive Seiten abzugewinnen. In Costa Rica wenden sich viele Produzenten wieder einem diversifizierten Anbau zu. Einer unkontrollierten Ausdehnung des Bananenanbaus, wie sie seitens der Multis zum Zwecke der Quotensicherung noch vor Inkrafttreten der Marktordnung unternommen wurde, scheint zunächst einmal Einhalt geboten zu sein.

Anders die Einschätzung der Vertreter der AKP-Staaten. Edwin Laurent, Botschafter der vier Staaten der karibischen Windward Inseln bei der EU, vertritt eine durchaus positive Bewertung der Marktordnung. Die strukturellen und geographischen Besonderheiten der Kleinen Antillen begünstigen den Anbau der Bananen durch kleinere und mittlere Produzenten. Verglichen mit der agroindustriellen Produktion in Zentralamerika fallen daher die Produktionskosten der gelben Früchte höher aus. Gleichzeitig hat dies aber einen positiven

Effekt auf die sozialen und ökologischen Gestehungskosten. Würden diese Länder den Schutz durch die Marktordnung verlieren, wären sie dem Zugriff US-amerikanischer Multis mit allen bekannten Konsequenzen ausgesetzt. Edwin Laurent: "Alles, was wir derzeit haben, ist unser Geschäft mit den Bananen. Verlieren wir es, würde das für uns das Ende bedeuten, uns bliebe keine Hoffnung."

Applaus von Margret Daly. Die ehemalige EU-Parlamentarierin der britischen Tories, als "Bananaqueen" apostrophiert, zog Laurents Argumentation dazu heran, ihre Absichten zu unterstreichen. Die von den zentralamerikanischen VertreterInnen aufgeworfenen Fakten vermochten sie nicht zu beeindrucken. Die Marktordnung sei die beste, die man habe, so ihre Einschätzung.

Das internationale Tribunal befand in seinem Urteil, die EU müsse - wie bereits von europäischen NROs seit längerem gefordert - dringend zu einer Berücksichtigung sozialer und ökologischer Standards gelangen. Das Urteil fand bei den VertreterInnen Zentralamerikas breite Zustimmung.

Boris Scharlowski

" Das müssen die Konsumenten wissen"

Ein Round-Table-Gespräch

Boris Scharlowski, BanaFair, hatte bei dem internationalen Tribunal in Den Haag Gelegenheit VertreterInnen verschiedener Kleinbauernorganisationen und Gewerkschaften zu den Folgen der "Gemeinsamen Marktordnung Bananen" zu befragen. An dem Gespräch nahmen teil: Christian Muiser, Priester auf einer Bananenplantage der Standard Fruit Company in Limón (Costa Rica), Joaquin Vasquez Mateo, Präsident der UROCAL (Regionale Vereinigung der Bauernorganisationen der Küstenregion) in Ecuador, Tony O. Lebrón, Agraringenieur, der mit Kleinproduzenten zum Bereich ökologischer Bananenanbau in der Dominikanischen Republik zusammenarbeitet und Gerardo Vargaz, Mitarbeiter der Pastoral Social de Limón und Mitarbeiter von Foro Emaus, einem Zusammenschluß von gewerkschaftlichen, kirchlichen und anderen Basis-Initiativen in Costa Rica.

BanaFair: Kann man bereits jetzt von direkten Folgen der Gemeinsamen Bananen Ordnung der EU in den Ländern Zentralamerikas sprechen?

Christian Muiser: Die erste direkte Folge der Marktordnung in Costa Rica ist das Ende des unkontrollierten Bananenanbaus. Neben den ökologischen Konsequenzen hat dies eine weitere positive Auswirkung. Denn dadurch wird der Versuchung Einhalt geboten, die bisherige Monokultur noch weiter zu entwickeln und damit die Existenz des Landes ausschließlich auf den Bananenanbau zu stützen. Durch die Verringerung des Absatzes sind die betroffenen Länder heute verpflichtet, nach neuen Produkten für den Export Ausschau zu halten. Die zweite Folge ist, daß die Multis, die in Costa Rica die Kontrolle über den gesamten Bananenmarkt innehaben, nicht darunter leiden, weil sie die größte Quote innehaben. Aber viele Arbeitsplätze sind abgebaut worden. Die Produktion nahm zu Lasten der nationalen und kleinen Produzenten stark ab. Einige von ihnen mußten bereits Konkurs anmelden.

Joaquin Vasquez: Im Falle Ecuadors zeigen sich als negative Folgen der Verlust von 14.000 ha Bananenanbaufläche und die daraus resultierende Arbeitslosigkeit von 60.000 Familien auf dem Land. Außerdem fungieren die Kleinproduzenten für die großen als Puffer. Deshalb gibt es eine starke Konkurrenz zwischen den Kleinproduzenten um die Zulieferung für die Multis. Dies führt zu einer Verringerung der Bananenpreise und zu einer zunehmenden Verschuldung der Bauern gegenüber den Banken.

Es gibt also direkte ökonomische Folgen für Eure Länder, die direkt an die ArbeiterInnen und die Produzenten weitergegeben werden?

Joaquin Vasquez: Ja, tatsächlich gehen in Ecuador die negativen Folgen der Marktordnung direkt zu Lasten der ArbeiterInnen und der nationalen Produzenten und damit auch zu Lasten der Bevölkerung, denn die Arbeitslosigkeit führt zu sozialen Konflikten im Lande.

Welche Folgen sind in der Zukunft zu erwarten?

Tony Lebrón: Die Situation wird sich für die Kleinproduzenten verschlimmern, denn deren Pflanzungen werden eliminiert. Eine Folge dieser Konzentrationstendenz wird die verstärkte Anwendung von Pestiziden sein, mit allen Folgen für das ökologische System.

Was könnt Ihr gegen die Marktordnung von Lateinamerika aus unternehmen?

Joaquin Vasquez: Wir werden den Kontakt mit den anderen Arbeiterorganisationen in Lateinamerika beibehalten. Und natürlich auch mit den europäischen Organisationen, um einen Konsens darüber zu erreichen, wie eine gerechtere, sozial ausgeglichenere und umweltverträglichere Marktordnung gestaltet sein könnte. Gerade die kleineren Produzenten sind an einer solchen Reform der Ordnung sehr interessiert.

Welche Forderungen erhebt Ihr bezüglich der Marktordnung?

Gerardo Vargas: Wir sind mit dem Quotensystem einverstanden, aber nicht damit, wie es formuliert worden ist. Wir sind der Meinung, daß die Verordnung neu formuliert werden muß. Soziale und ökologische Klauseln müssen integriert werden. Festgeschrieben werden sollten in der Verordnung Klauseln zur Respektierung der Menschenrechte, zur Organisationsfreiheit der Arbeiter, zur Möglichkeiten der Fortbildung und ein Verzicht von Seiten der Produzenten Wälder abzuholzen, Flüsse auszutrocknen oder die Pflanzungen mit Pestiziden aus der Luft zu besprühen.

Die Zuteilung der Quoten muß zudem in den Händen der Länder und nicht der Multis liegen. Denn erst dann haben die nationalen Produzenten Vorteile von den Quoten.

Joaquin Vasquez: Ja, ich bin durchaus dafür, daß die Marktordnung in sozialer und ökologischer Hinsicht verbessert wird. Wir schlagen aber auch vor, daß ein Fonds eingerichtet wird, der die Kleinproduzenten bei Diversifizierungsbestrebungen unterstützt und somit weitere Arbeitsstellen auf dem Land in Lateinamerika schafft.

Christian Muiser: Gleichzeitig sollten Initiativen dieser Art in erster Linie seitens der betroffenen Länder von den Regierungen und sozialen Organisationen zum Schutze der Bevölkerung und der Arbeiter entwickelt werden.

Welche Art der Unterstützung kann aus dem Norden kommen? Was können wir machen, um euch zu unterstützen?

Christian Muiser: Die wissenschaftliche Forschung kann dazu beitragen, den Einsatz von Pestiziden zu ersetzen, damit die Menschen weder direkt noch indirekt, z.B. über das Wasser, vergiftet werden.

Tony Lebrón: Eine Unterstützung ist es, die Konsumenten über die negativen Auswirkungen dieser Bananenproduktion zu informieren. Das heißt über die Folgen des Einsatzes von Pestiziden zu informieren und wie dieser vermindert werden kann. Denn jede Banane, die gegessen wird, besitzt eine negative Geschichte. Der Verkauf von ökologisch erzeugten Bananen wäre das geeigneteste Mittel zum Schutze des Konsumenten als auch des Produzenten.

Gerardo Vargaz: Die größte Unterstützung, die die Gruppen aus Europa geben können, ist Druck auf die Unternehmen auszuüben, damit diese Sozial- und Umweltklauseln unterschreiben.

Unsere Situation ist in jedem Falle nicht besser geworden, sondern sie verschlechtert sich jeden Tag, wie z.B. im Falle der ArbeiterInnen, die jeden Tag aufs Neue durch das politische System unter Druck gesetzt werden. Ich meine auch die Repression durch die staatliche Polizei oder durch die privaten Sicherheitsmannschaften der Konzerne, die sehr gewalttätig gegen die Arbeiter vorgehen. Dies sollen die Konsumenten in Europa wissen. Häufig ist es so, daß die Menschen, wenn sie eine Banane essen, nicht wissen, daß den ArbeiterInnen, die diese Banane produziert haben, alle Rechte genommen worden sind, daß deren Würde nicht respektiert wird. Die Situation ist beängstigend. In der einen oder anderen Weise haben wir alle die Verpflichtung gegen die Ungerechtigkeit zu kämpfen.

Boris Scharlowski

Arbeitsrecht gegen Frauen

Interview mit einer Gewerkschaftsführerin

Iris Munguía ist Gewerkschaftsführerin der Bananengewerkschaft SITRATERCO in Honduras. Dort betreut sie den Bereich Erziehung und Frauen.

BanaFair: Iris, welche Arbeiten verrichten die Frauen in der Bananenproduktion?

Iris Munguía: Die Frauen arbeiten im allgemeinen im Bereich der Verpackung der Bananen. Sie wählen die Früchte aus, etikettieren sie, wickeln sie ein, wiegen sie und packen sie in Kisten. In den Verpackstationen sind sie ständig einem Kontakt mit den verwendeten Chemikalien ausgesetzt.

Auch in arbeitsrechtlicher Hinsicht sind die Frauen benachteiligt. Denn für sie gibt es - im Fall von Produktionsausfälle - keinerlei Garantien eines Lohnkostenausgleichs. Im Gegensatz dazu erhalten die Männer in solchen Fällen einen Lohnausgleich oder werden zumindest zu einer anderen Arbeit geschickt. Die Frauen müssen daheim bleiben. Gibt es nur drei Tage, an denen produziert wird, können die Frauen auch nur drei Tage arbeiten.

Auch unsere Lebenssituation ist oft problematisch. Denn rund 80% der Frauen, die im Bananenanbau arbeiten, sind ledig. Eines unserer größten Probleme ist, daß wir nicht wissen, was wir mit unseren Kindern machen sollen, wenn wir arbeiten. Es gibt keine Kindergärten. Wir sind also gleichzeitig Hausfrauen, Arbeiterinnen, die bis zu 12 Stunden arbeiten, und - wenn wir gewerkschaftlich organisiert sind - Gewerkschafterinnen. Wir Frauen haben also einen dreifachen Arbeitstag zu erfüllen.

Wie sind die Folgen der Bananenmarktordnung für die Frauen?

Iris Munguía: Die Einführung der Marktordnung wurde vor allem zum Schutze der ehemaligen Kolonien der EU geschaffen. Auch wenn die Multis jetzt aufgehört haben unsere Wälder abzuholzen, wird die Marktordnung weitaus schärfere Folgen für die Arbeiter und Arbeiterinnen der zentralamerikanischen Länder und deren Organisationen haben.

Die Situation ist sowohl für die männlichen Kollegen als auch für die weiblichen Kolleginnen ziemlich chaotisch. Denn gäbe es Sozialklauseln, nach denen die Multis die Menschenrechte, die Arbeits- und Umweltgesetzgebung respektieren müßten, hätten wir Frauen zumindest einen besseren Stand. Vor allem jetzt, da Chiquita auf vier Monate terminierte Entlassungen gegen 2.800 Frauen ausgesprochen hat, hätten wir ein Einkommen, mit dem diese Zeit überstanden werden könnte. Es gibt aber leider keine Sozialklauseln, die diesen Bereich regeln. Wir sind also nicht gegen ein Quotensystem bei der Bananenvermarktung, wir können aber nicht damit einverstanden sein, so lange es keine Abmachungen gibt, die zu einem Schutz der sozialen Rechte der Arbeiter und Arbeiterinnen und der Umwelt beitragen.

Welche Forderungen habt ihr Frauen für die Verbesserung der Bananenmarktordnung?

Iris Munguía: Die Situation der Frauen, die in den Verpackstationen der Multis arbeiten, ist in allen lateinamerikanischen Ländern quasi gleich: Kontakt mit Chemikalien, lange Arbeitszeiten, geringe Entlohnung... Als Gewerkschafterinnen suchen wir derzeit nach neuen Möglichkeiten und Alternativen zur jetzigen Situation, um bessere soziale Absicherungen zu erhalten.

Wir glauben, daß momentan das wichtigste ist, daß die Quoten nicht den Multis direkt zugeteilt werden, sondern an unsere Regierungen vergeben werden. Es könnten dann einige Sozialklauseln ausgehandelt werden, die zu einer Verbesserung der Situation der Bananenarbeiterinnen beitragen könnten. Gäbe es in Zeiten des Produktionsausfalls einen gewissen Lohn, müßten die Frauen nicht mehr in die Städte ziehen, um in diesen Zeiten dort ihr Geld zu verdienen.

Boris Scharlowski

BanaFair

Der Verein BanaFair sitzt im hessischen Gelnhausen. Schwerpunkte seiner Arbeit sind derzeit:

Unterstützung der BananenarbeiterInnengewerkschaften in Nicaragua und Costa Rica, Ausbau von Kontakten zu Bananenkleinproduzenten in Zentralamerika und der Karibik, Auseinandersetzung mit dem Thema EU-Binnenmarkt, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit mit entwicklungspolitischen Organisationen in Europa.

BanaFair hilft gerne bei der Beschaffung von Infomaterial und bei der Durchführung von Informationsveranstaltungen zum Thema Bananen und der Bananenkampagne. Und: Selbstverständlich können über BanaFair fair gehandelte Bananen bezogen werden.

Kontakt/Informationen: BanaFair e.V. Langgasse 41, 63571 Gelnhausen, Tel.: 06051.16350, Fax: 06051.16260, e-mail: banafair@link-f.rhein-main.de

Die Arbeit von BanaFair kann auch durch steuerabzugsfähige Spenden unterstützt werden. Spenden bitte auf das Spendenkonto:

BanaFair, Kto. 716057, Raiffeisenbank Nordspessart, BLZ 50763189

27. Bad Kleinen - eine Rekonstruktion. Buchvorstellung

Autor: Redaktionsgruppe Jitarra · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; RAF; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:35

Wolfgang Grams wurde wehrlos am Boden liegend von einem Angehörigen der GSG 9 durch einen Schuß in den Kopf ermordet.

Das ergibt sich aus der Recherche und den in diesem Buch dargestellten Fakten und Zusammenhängen.

Dies entspricht im Kern den Aussagen der Kioskverkäuferin Baron, dem anonymen Spiegel-Zeugen und dem BKA-Beamten im Stellwerk, der die Situation bis kurz vor dem Schuß genauso schildert wie die beiden anderen Zeugen, im entscheidenden Moment jedoch angeblich wegsieht.

Aus den Zeugenvernehmungen geht hervor, daß Frau Baron nicht die einzige zivile Zeugin des Mordes ist. Aber sie ist die Einzige, die von Anfang an aufrecht und ehrlich zu ihren Beobachtungen steht, während die anderen Zeugen ihren Frieden mit den Mördern machen und nicht gesehen haben wollen, was sie gesehen haben.

Für Mord spricht auch die sofort nach dem Schußwechsel einsetzende gezielte und systematische Vernichtung genau der Spuren, die den Mord mit großer Wahrscheinlichkeit bewiesen hätten. So die Reinigung der Hände von Wolfgang Grams, die viel gründlicher war, als zum angeblichen Zweck der Abnahme der Fingerabdrücke notwendig. Diese Reinigung erfolgte noch vor der Obduktion, so daß eventuell vorhandene Spuren nicht mehr gesichert werden konnten.

Danach setzte die allgemeine Vertuschungs- und Vernichtungsmaschinerie ein. Die Behauptung, durch einen verstümmelten Funkspruch sei der Zugriff ausgelöst worden, diente lediglich dazu, die öffentliche Aufmerksamkeit in eine andere Richtung zu lenken. Am Schluß stand schließlich die Behauptung, Wolfgang Grams habe Selbstmord begangen getreu dem Prinzip "erst Verwirrung stiften und dann die Öffentlichkeit gezielt konditionieren". Untermauert wurde die Selbstmord-Behauptung vor allem durch das Gutachten des Rechtsmedizinischen Institutes Zürich. Daß dieses Institut Selbstmord keineswegs feststellte, sondern lediglich als Möglichkeit ansah, störte zu diesem Zeitpunkt nicht mehr. PolitikerInnen und der Öffentlichkeit wurde eine Erklärung aufgetischt, die von den Medien bereitwillig aufgenommen wurde.

Einen entscheidenden Widerspruch wollten diese nun nicht mehr wahrnehmen: Hätte Wolfgang Grams Selbstmord begangen, hätten dies BKA-Beamte sowie andere ZeugInnen zweifellos gesehen, in jedem Fall aber die GSG 9-Beamten, die ihn schließlich im Visier hatten. Keiner hat aber einen Selbstmord gesehen. Die Polizei-Zeugen und die politisch Verantwortlichen hätten es sich mit Sicherheit nicht nehmen lassen, einen Selbstmord medienwirksam in den schillerndsten Farben auszuschlachten. Auch die Schweriner Staatsanwaltschaft schloß nach ihren ersten Ermittlungen einen Selbstmord aus.

Bei der Recherche und dem Versuch, die Ereignisse von Bad Kleinen und insbesondere die Todesumstände von Wolfgang Grams zu rekonstruieren und zu bewerten, haben wir uns oft gefragt, warum die Kräfte der GSG 9 so offensichtlich logen, warum das BKA Spuren so offensichtlich vernichtete. Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß der Zweck der Vertuschung der war, das tatsächliche Geschehen nicht mehr rekonstruierbar zu machen. Daß dies durchschaubar war für alle, nehmen sie in Kauf.

Wir mußten also die Beweise, die noch existierten und die Fakten, die noch bekannt waren, in ein Verhältnis setzen zu dem, was nicht mehr existierte. Wir konnten also teilweise nur Rückschlüsse ziehen aus der Tatsache, daß und wie vertuscht und vernichtet wurde.

Über allen Vertuschungsmanövern steht der Begriff "Panne". Die meisten der sogenannten "Pannen" waren keine. Dies wird in dem Buch schon an anderen Stellen ausgeführt. Deshalb jetzt nur kurz: Das einzige, was sicher als Panne bezeichnet werden kann, ist der tote GSG 9-Mann. Sein Tod war sicher nicht eingeplant. Ansonsten wurde von Politikern, "Sicherheits"behörden und in den Medien der Begriff der "Panne" geliefert, wenn andere Erklärungsmuster fehlten. Die Tatsache, daß Birgit Hogefeld ihre Waffe erst etwa eine halbe Stunde später abgenommen wurde und der angeblich mißverstandene Funkspruch "wenn Zugriff erfolgt,

kontrolliert den Kadett", ebenso wie die anschließende Verwischung von Spuren waren keine Pannen, sondern hatten wie wir deutlich gemacht haben System. Als öffentliche Version bleibt übrig: Eigentlich hätte aus dem Polizeieinsatz in Bad Kleinen ein langersehnter "Fahndungserfolg" werden sollen, der allerdings durch allerlei technische Schwierigkeiten, "menschliches Versagen", "Kommunikationsschwierigkeiten" zwischen den Behörden usw. vereitelt wurde. Das Muster dieser Argumentationen war leicht durchschaubar: Es war das Ablenkungsmanöver von dem Mord an Wolfgang Grams.

Eine Seite dieser Argumentation ("Fahndungserfolg") stimmt allerdings: Die Festnahme in Bad Kleinen war eine lange und sehr detailliert vorbereitete Aktion. Spätestens seit Anfang Mai 1993 wußten die "Sicherheits"behörden durch ihren V-Mann, daß ein weiteres Treffen mit Birgit Hogefeld geplant war. Bereits Mitte Mai wurde die Operation in der KGT besprochen und Einsatzkriterien festgelegt. Seit dem 22.06.93, fünf Tage vor dem Einsatz, waren Einsatzkräfte in Bereitschaft gehalten worden. Das Ganze war also keinesfalls eine kurzfristige Angelegenheit, bei der die Einsatzkräfte "überfordert" waren und "Pannen" passieren konnten. Die Behauptung der Bundesregierung, Birgit Hogefeld hätte bereits in Wismar festgenommen werden sollen, aufgrund der "Freunde", die noch erwartet würden, sei die Festnahme jedoch verschoben worden, versucht, genau diese Kurzfristigkeit glauben zu machen, um die "Pannen" plausibel erscheinen zu lassen. Wie wir dargestellt haben, ist diese Behauptung eine Finte.

Was ist aber tatsächlich für den Apparat "schiefgegangen"? Hierüber wurden in den Medien und zum Teil auch in der Linken die unterschiedlichsten Hypothesen aufgestellt, auf die wir im folgenden näher eingehen wollen.

"Verwechslungstheorie" und "Racheversion"

Eine der nach Bad Kleinen geäußerten Theorien war die der Verwechslung von Wolfgang Grams mit dem V-Mann. Deshalb sei der GSG 9-Mann Newrzella ohne gezogene Waffe hinter Wolfgang Grams hergerannt. Als dieser auf Newrzella schoß, sei einer seiner GSG 9-Kollegen "durchgeknallt" und habe deshalb aus Rache Wolfgang Grams ermordet. Die Verwechslungstheorie tauchte irgendwann in den bürgerlichen Medien auf und wurde von Linken übernommen. Wir schließen diese Version nicht aus, halten sie aber auch nicht für die wahrscheinlichste. Die Annahme, daß Newrzella seine Waffe tatsächlich nicht gezogen hat, ist nicht bewiesen, sondern beruht lediglich auf Aussagen seiner Kollegen. Auch die Todesumstände Newrzellas sind bis heute im Dunkeln geblieben. Zum einen ist auffallend, mit welcher Schnelligkeit Obduktion und Beerdigung vonstatten gingen. Zum anderen ist festzuhalten, daß im Obduktionsbericht Newrzellas keine genauen Feststellungen zu den in seinem Körper gefundenen Geschossen und deren Verbleib bzw. Weitergabe getroffen werden.

Wir halten eine Verwechslung auch deshalb für unwahrscheinlich, weil die Einsatzkräfte über das Aussehen von Steinmetz genauestens informiert waren. Selbst die Angehörigen der GSG 9 bekunden, daß ihnen vor dem Einsatz nicht nur Fotos von Steinmetz vorgelegt, sondern auch Videos von ihm für Bewegungsstudien gezeigt sowie eine Beschreibung seiner Kleidung gegeben wurde die grün war, während Wolfgang Grams rote Kleidung trug. Selbst wenn nicht sicher gewesen sein sollte, daß es sich bei dem weiteren Mann um Wolfgang Grams handelte, ist davon auszugehen, daß die Einsatzkräfte "ihren" Mann erkannt haben.

Eine weitere Version besagt, daß es unter den GSG 9-Beamten einen "Racheschwur" gibt, der da lautet: Kommt einer der ihren ums Leben, soll auch der Gegner den Ort nicht lebend verlassen. Zwar ist der GSG 9 ein solcher Racheschwur schon als Moment ihrer inneren Stabilität durchaus zuzutrauen, er allein vermag aber Aufwand und Ausmaß der anschließenden systematischen Vertuschung nicht zu erklären. Zu beiden Theorien (Rache- und Verwechslungs-Theorie) ist zu sagen, daß sie in den Medien zur Schadensbegrenzung lanciert wurden. Wenn nur ein GSG 9-Mann durchdreht, stellt sich nur die Frage nach einer juristischen Verfolgung der einzelnen Tat, keinesfalls aber die der politischen Konsequenzen des gesamten Einsatzes. Beide Theorien waren also Ablenkungsmanöver. Selbst die Forderung nach Auflösung der GSG 9, die vom Spiegel und einigen Politikern aufgestellt wurde, folgt dem selben Muster. Auch wenn die Forderung natürlich richtig ist, für sich alleine genommen ist sie kurzsichtig und funktionalisierbar. Tatsächlich wurde aus der Forderung nach Auflösung der GSG 9 schnell eine nach Effektivierung bzw. Erweiterung dieser Einheit und sie wurde in den Zusammenhang der öffentlichen Diskussion um Versetzungen von hohen Beamten, Umstrukturierung des BKA und der Sicherheitspolitik insgesamt gestellt. Gefordert wurde auch eine weitergehende Zentralisierung von Entscheidungsstrukturen der verschiedenen Repressionsapparate. Damit wären die notwendigen Konsequenzen aus den Vorgängen in Bad Kleinen auf den Kopf gestellt: Statt Auflösung von Strukturen, die

solche Ereignisse ermöglichen, würden sie noch perfektioniert, die Verselbständigung der Sicherheitsapparate wäre einen entscheidenden Schritt weiter.

Das System hinter den "Pannen"

Es spricht viel dafür, daß die Erschießung von Wolfgang Grams geplant war.

Wie wir bereits dargestellt haben, drängt sich die Vermutung auf, daß der Bahnsteig 3/4 bewußt als einziger Fluchtweg offengehalten wurde. Dafür sprechen u.a. einige Zeugenaussagen, das Verhalten des ominösen GSG 9 Nr. 4 und die Tatsache, daß ausgerechnet Züge, die an diesem Bahnsteig zum fraglichen Zeitpunkt hätten ankommen müssen, außerhalb des Bahnhofs angehalten wurden. Da von allen Seiten Einsatzkräfte auf ihn zustürmten, konnte Wolfgang Grams nur noch die Treppe zu diesem Bahnsteig hochlaufen. Sollte die Erschießung dort stattfinden?

Für die Planung sprechen außerdem die sofort nach Ende des Schußwechsels einsetzenden Vertuschungen, Spurenvernichtungen und Lügen. Die Tatortarbeit, d.h. die Spurensicherung des BKA, läßt sich nicht mit einer "Panne" erklären. Nach allem, was aus den Lehrbüchern und Vorschriften zur Spurensicherung sowie der tatsächlichen Spurensicherung des BKA in anderen Fällen bekannt ist, war die Tatortarbeit in Bad Kleinen offensichtlich gewollter Dilettantismus.

Selbst in unbedeutenderen Fällen kam es schon vor, daß die Beamten auf der Suche nach verwertbaren Spuren mit Wattebäuschen eine Straße abtupfen oder Schmutz aus einem Auto sogar biologisch untersuchen lassen. Daß mit vergleichbarer Genauigkeit in Bad Kleinen durchgehend nicht gearbeitet wurde, kann nur heißen, daß die verantwortlichen Behörden etwas zu verbergen haben. Umgekehrt gehen die gleichen Beamten sehr wohl äußerst sorgfältig vor, wenn es gilt, Belastungsmaterial gegen politische GegnerInnen zu finden. Beispielsweise wird im Verfahren gegen Birgit Hogefeld akribisch selbst nach der Herkunft von Socken geforscht. Exemplarisch wird deutlich, daß es keine objektiven Ermittlungen gibt. Dies zeigen auch einige andere Ereignisse aus der jüngsten Vergangenheit: Da verlieren Polizisten einen Bus mit Faschisten "aus den Augen", die dann später die Gedenkstätte in Buchenwald und dortige Angestellte attackieren. Da können in Solingen seelenruhig Akten, also Beweismaterial, aus der Nazi-Kampfsportschule abtransportiert werden, ohne daß eingeschritten wird. Nebenbei war der Leiter dieser Sportschule ein V-Mann des Verfassungsschutzes, und ein Angehöriger der GSG 9 trainierte dort.

Das Fazit heißt: Die Polizei sieht bzw. findet das, was sie will. Die Tatortarbeit in Bad Kleinen ist weder eine Panne noch ein Skandal, sie hat System.

System hat auch das Verhalten aller involvierten Politiker. Kanzler Kohl wollte und mußte der GSG 9 Rückendeckung geben. Bewußt fuhr er zu einem Zeitpunkt zum Standort der GSG 9 nach Hangelar und sprach ihr sein volles Vertrauen aus, als der genaue Ablauf in Bad Kleinen selbst aus offizieller Sicht noch ungeklärt war. Gemeint war damit: Egal, was tatsächlich passiert ist, es wird von den politisch Verantwortlichen als konform mit den Inhalten und Zielen dieses Staates mitgetragen. In der letzten Konsequenz bedeutet dies, daß selbst die Erschießung eines kampfunfähigen politischen Gegners zur Staatsraison erklärt wird.

Dies ist auch eine denkbare Erklärung für Seiters' Rücktritt als Innenminister, mit dem er nach eigenen Worten die politische Verantwortung für den Einsatz übernommen hat. Bleibt die Frage, für was konkret. Nach offizieller Version gab es schließlich keinen den Rücktritt erklärenden Skandal. Wollte er möglicherweise die politische Verantwortung für das tatsächliche Geschehen oder das eigentliche Ziel des Einsatzes in Bad Kleinen gerade nicht übernehmen?

Gottfried Benrath (SPD), Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses, stand anfangs als einer derjenigen da, die vehement eine Aufklärung der Ereignisse von Bad Kleinen forderten und dabei auch kritische Fragen an die Verantwortlichen stellten. Nachdem bekannt wurde, daß es sich bei Steinmetz um einen V-Mann des Verfassungsschutzes im SPD-regierten Rheinland-Pfalz handelte, kam der große Schwenk. Öffentlich äußerte er, daß er im Innenausschuß weniger kritisch gefragt hätte, wäre ihm dieser Sachverhalt bekannt gewesen. In einem Interview mit der Bild am Sonntag vom 18.07.93 äußerte er dann auch dementsprechend: "Wir wissen, daß RAF-Terroristen immer wieder darüber diskutiert haben, daß ein Selbstmord nach Möglichkeit wie ein Mord aussehen soll."

Dabei spielt sicher eine Rolle, daß 1994 Wahlen stattfinden, bei denen der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Scharping, als Kanzlerkandidat auftritt. Er ist unter anderem mitverantwortlich für die kleineren und größeren "Straftaten", die der Spitzel Steinmetz im Lauf der Jahre begangen hat. Die CDU hätte ihr ideales Wahlkampfthema, um Scharping zu demontieren. Somit folgt Benrath der Staatsdoktrin, wonach nur dann Aufklärung gefordert wird, wenn sie einem selbst, das heißt staats- oder parteipolitischen Interessen, dient.

Was war das Ziel des Einsatzes in Bad Kleinen? Wir gehen davon aus, daß Ziel und Absicht des Einsatzes einen völlig anderen Ablauf als den tatsächlich stattgefundenen vorsahen. Es gibt jedoch derzeit keine Version über das eigentliche Ziel, die wir als die wahrscheinlichste ansehen. Es gibt lediglich verschiedene mehr oder weniger glaubhafte Hypothesen, die nebeneinander gestellt werden können.

Sämtliche weiteren Hypothesen, neben den oben genannten Verwechslungs- bzw. Rachetheorien, haben als Ausgangspunkt, daß der Einsatz im Kern so geplant war, wie er dann auch abgelaufen ist und zwar einschließlich der systematischen Vertuschung und Vernichtung von Spuren nach dem Ende des Schußwechsels.

1. Eine theoretisch denkbare Version ist die in einem anonymen Brief an die Wochenzeitschrift Freitag von zwei angeblich hohen Beamten des Bundesinnenministeriums aufgestellte Behauptung. Danach ist alles bewußt und gewollt so abgelaufen wie geschehen, um die absolute Unfähigkeit und Desorganisation der Sicherheitsapparate zu demonstrieren. Es sollte im "Superwahljahr 1994" das Thema "Innere Sicherheit" für einen nach rechts mobilisierenden Wahlkampf genutzt werden. Die "Pannen" in Bad Kleinen sollten die Argumente liefern, um mit rechter Law-and-Order-Politik die Sicherheitsapparate wieder handlungsfähig machen zu können, sprich: sie aufzurüsten. Wir halten diese Theorie für wenig wahrscheinlich, zur Authentizität des Briefes können wir uns nicht äußern. Auffällig ist nur, daß er nach unserer Kenntnis ausschließlich in Freitag veröffentlicht wurde.

2. Nach einer weiteren Variante war das Ziel des Einsatzes in Bad Kleinen, die RAF zu zerschlagen, bzw. ihr einen Schlag zu versetzen, von dem sie sich nicht oder nur langfristig wieder erholen würde. Wir halten diese Theorie für unsicher, da sich bei einem weiteren Einsatz des V-Mannes für dieses Ziel höchstwahrscheinlich günstigere Gelegenheiten ergeben hätten. Allerdings könnten die Sicherheitsbehörden, ausgehend von der Einschätzung, daß weitere Treffen der RAF mit Steinmetz fraglich seien, sich für schnelles Handeln entschieden haben.

3. Ausgehend davon, daß der Staat seit der Kinkel-Initiative erstmals geheimdienstlichen Methoden bei der Bekämpfung der RAF mehr Bedeutung einräumt, wurde eine weitere Hypothese in die Diskussion gebracht: Der Staat hat die RAF in ihrer über 20jährigen Geschichte mehrmals polizeilich-militärisch zerschlagen (1972, 1974, 1984), trotzdem wurde sie immer wieder neu aufgebaut. Das Kalkül des Staates könnte deshalb sein, die RAF nicht mehr militärisch zu zerschlagen, sondern unter Ausnutzung der derzeitigen politischen Schwäche der RAF wie der gesamten Linken gezielt auf ihre Selbstauflösung hinzuarbeiten. Angestrebtes Ergebnis könnte ein nicht nur von außen militärisch erzwungenes, sondern ein politisches, von der RAF selbst erklärtes und dadurch dauerhaftes Ende des bewaffneten Kampfes sein. Die Absicht des Einsatzes von Bad Kleinen würde dann nicht die militärische Zerschlagung der RAF gewesen sein für die es durch den Spitzel Steinmetz bessere Gelegenheiten gegeben hätte sondern, analog zur Spaltungs-und Neutralisierungsabsicht der Kinkel-Initiative, ein dosierter Schlag, eine Schwächung.

4. Die letzte Variante schließlich geht davon aus, daß geplant war, auch Birgit Hogefeld zu erschießen, da dies in der Situation die einzige Möglichkeit gewesen wäre, den V-Mann unenttarnt und weiter einsatzfähig zu lassen. Letzteres wird durch Steinmetz' Briefe nach Wiesbaden belegt. Möglicherweise war geplant, daß auch Birgit Hogefeld den einzigen nicht von Einsatzkräften besetzten Aufgang den zu Bahnsteig 3/4 als Fluchtweg benutzt, entsprechend einem für sie und Wolfgang Grams gedachten Szenario: "auf der Flucht erschossen". Für diese Variante könnte auch sprechen, daß Birgit Hogefeld entgegen den elementarsten Regeln der Polizei erst nach ca. einer halben Stunde nach Waffen durchsucht und ihr die Pistole abgenommen wurde.

Auch die Redaktionsgruppe kann keine der genannten Versionen als zutreffend benennen. Selbst darüber, welche der Versionen am ehesten wahrscheinlich ist, gibt es in der Gruppe keine Einigkeit. Sicher und einig sind wir uns aber darüber:

Wolfgang Grams ist ermordet worden.

Redaktionsgruppe Jitarra

September 1994

Bad Kleinen und die Erschießung von Wolfgang Grams. Hg. vom ID-Archiv im IISG, Berlin/Amsterdam. 315 Seiten. 29,80 DM. ISBN 3-89408-043-4.

Die Bundesanwaltschaft verfolgt das absurde Ziel, Birgit Hogefeld für einen Mord zu verurteilen, den sie nicht begangen haben kann: weil sie - unstreitig - zum Tatzeitpunkt gefesselt am Boden lag. Ihr Lebensgefährte Wolfgang Grams wurde bei der Festnahmeaktion erschossen. Diesen Mord zu vertuschen - weiterhin und um jeden Preis - ist das andere Ziel des Frankfurter Prozesses, und es ist schon abzusehen, daß es der Bundesanwaltschaft nicht leicht werden wird.

Die Fakten zur Erschießung von Wolfgang Grams sind zusammengetragen in einem neu erschienenen Band der Edition ID-Archiv. Neben einer Chronologie der Ereignisse wird der "Zugriff" und seine staatliche Verdunkelung minutiös rekonstruiert. Die verschiedenen amtlichen Versionen ("die letzte ist immer die gültige" - Kanther) werden mit den Zeugenaussagen und Sachbeweisen konfrontiert, die auch im Frankfurter Prozeß eine Rolle spielen werden. Die Kette von Pannen und Versäumnissen, von absolut unglaubhaftem "Dilettantismus" in der Spurensicherung und gezielter Beweisvernichtung, wird im zweiten Teil des Buches ebenso nachgezeichnet wie die amtlichen Gefälligkeitsgutachten zerpflückt und unabhängige Gegengutachten vorgestellt werden. Eine Dokumentation der Beschwerdebegründung der Anwälte von Wolfgang Grams Eltern vervollständigt die Darstellung des derzeitigen Wissenstandes.

Mit "Hintergründe" ist der dritte Teil des Buches betitelt, in dem es um eine Einschätzung der Ermittlungen nach völkerrechtlichen Prinzipien geht, um Todesschüsse und Todesschützen in polizeilichen Eliteeinheiten, um die "angebliche Objektivität" von wissenschaftlichen Gutachtern, um die parlamentarische und massenmediale Verarbeitung von Bad Kleinen und schließlich um die "Verschwörung in kleiner Runde", die Koordinierungsgruppe Terrorismus (KGT).

Mit dem Spitzel Klaus Steinmetz, einer Rekonstruktion seines Eindringens in die Szene und einer Diskussion der Folgen für die RAF und die antiimperialistische Linke befassen sich weitere Beiträge.

Mit dem Zusammentragen der Artikel für dieses Buch haben die AutorInnen einen wichtigen Schritt zur Verwirklichung der Forderung eines der Verteidiger von Birgit Hogefeld, RA Fresenius, unternommen: "Es sollte alles, aber auch wirklich alles unternommen werden, um Bad Kleinen nicht so zu beenden, daß ein Selbstmord - Wolfgang Grams -, eine Mörderin - Birgit Hogefeld - und eine GSG 9, der es an Erfahrung mangelt, übrig bleibt."

Einschätzung und Bewertung der Redaktionsgruppe drucken wir (mit freundlicher Genehmigung des Verlages) nach.

Einschätzung und Bewertung

28. "... wir haben nichts zu verlieren ..." Prozeßerklärung von Birgit Hogefeld

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:28

Während ich hier vor Gericht sitze, laufen die Mörder von Wolfgang Grams frei und staatlich gedeckt draußen rum. Die GSG 9 hat Wolfgang mit einem gezielten Kopfschuß hingerichtet, weil das in dieser Situation ihrem Gruppenkodex entsprochen hat, aber in Bad Kleinen ist mehr geschehen, als daß ein RAF-Mitglied in Lynchjustiz liquidiert worden ist.

Durch die Tatsache, daß diese Aktion nachträglich in den politischen Staatshaushalt überführt wurde, ist sie die politische Antwort auf unseren Versuch 1992 hier eine andere Entwicklung einzuleiten. Dieser Versuch ist niedergeschossen worden und das, was die Anklage hier in diesem Prozeß macht, ist Nahschußpolitik mit anderen Mitteln.

Wir alle haben in der zweiten Hälfte der 80er Jahre gespürt, daß sich etwas Gravierendes vollzieht, kaum faßbar aber klar, daß da etwas geschieht, das von unserer Analyse nicht erfaßt ist. Zuerst der Zusammenbruch des "Realsozialismus". Ereignisse von weltweiter Erschütterung, die so niemand vorhersehen konnte; aber alle wußten, daß unsere Erkenntnis die Prozesse dieser Welt nicht mehr faßt. Und wir hatten zunehmend eine Ahnung davon, daß auch das kapitalistische System von diesen Erschütterungen nicht verschont bleibt; so hat sie der Zusammenbruch der Sowjetunion und der osteuropäischen Staaten seit 1917 als Kriegs- und Endsiegparole ausgegeben vor unlösbare Probleme gestellt, die den gesamten Zersetzungsprozeß beschleunigt haben. Das einzige, was in dieser Umbruchsituation schnell erkennbar und einzuschätzen war, war die Tendenz ihrer Wirkung auf die Lebensgrundlagen und -bedingungen der Menschen in allen Kontinenten, nämlich daß die sowieso zugespitzte Situation, die zu diesen Umbrüchen geführt hatte, sich fast überall noch weiter verschärft. Bürgerkriege in der Welt um Raum, Nahrung, Wasser und andere Ressourcen; Millionen Menschen, die vor Krieg, Hunger und Armut auf der Flucht sind; Zerfallserscheinungen im Innern, massenhafte Arbeitslosigkeit, materielle Armut, Obdachlosigkeit, soziale Entwurzelung von immer mehr Menschen, Ausweitung von Gewalt und Rechtsradikalismus all das zeigt, daß der Kapitalismus nicht mehr funktioniert.

Die alte Gesellschaftsstruktur zerfällt und was immer jetzt kommt, es ist eine andere Republik. In welche Richtung das gehen kann, davon ist in Bad Kleinen etwas sichtbar geworden. Für Sekunden war der Vorhang einer möglichen Zukunft aufgerissen. Es ist eine Gefahr und Bedrohung aufgeblitzt, der dann alle ausgesetzt sind, nicht nur militante Linke und SystemgegnerInnen. In Bad Kleinen hat der nach innen entgrenzte aggressive Staat agiert, der bis zur Vernichtungspolitik alles im Repertoire hat, was an Unterdrückungsmethoden möglich ist: die Wiederkehr der Vergangenheit - nicht in ideologischen Inhalten, aber in Absichten und Formen.

Das zumindest zu ahnen - denn Bad Kleinen war 1993 und nicht etwa 1977 im "Deutschen Herbst" - war wohl auch einer der Gründe, warum sehr viele GenossInnen aus dem linksradikalen Spektrum, aber auch viele aus den sogenannten "fortschrittlichen Kreisen" wie gelähmt waren. Der Aufschrei blieb aus und selbst die Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungskommission kam nicht zustande, weil es kaum inländische InteressentInnen gab. Vielen Linken ist an Bad Kleinen ihre eigene Defensive, und daß sie auf die gesamte Entwicklung keine Antwort haben, deutlich geworden. Und wie oft, wenn einem die eigene, ohnmächtig erscheinende Lage vor Augen geführt wird, haben sich viele reflexartig auf reale und vermeintliche Fehler und Schwächen anderer, in diesem Fall von uns, gestürzt, anstatt sich zumindest gleichzeitig Gedanken darüber zu machen, wie dieser düsteren Zukunftsperspektive und realen Gefahr von unserer Seite aus begegnet werden kann. An welchen Fragen und Inhalten unsere Diskussion umorganisiert werden muß, damit wir Antworten darauf finden; mit welchen Bestimmungen und welchen Formen wir unsere Kämpfe führen müssen.

Am extremsten war dieser Reflex des um-sich-Schlagens in unserem Zusammenhang RAF/Gefangene, wo alles zu dieser "Spaltung" hinlief. Mir fiel und fällt dazu oft ein Satz von Frantz Fanon ein: "Da wo der Feind übermächtig erscheint, zerfleischen sich die Unterdrückten gegenseitig." Diese Verhaltensmuster sind bekannt und die kann sich jeder Mensch bewußt machen, um sich nicht an einer sinnlosen und sinnentleerten gegenseitigen Zerfleischung abzuarbeiten und aufzureiben, sondern sich auf das Wesentliche zu

konzentrieren (auch um den eigenen Lebensinhalt und -bestimmung nicht zu verlieren), nämlich auf die Frage, wie wir hier, trotz aller Schwierigkeiten und gegenläufigen Tendenzen eine an den Menschen orientierte gesellschaftliche Entwicklung erkämpfen können.

Für mich waren die Reaktionen, die es nach Bad Kleinen in unseren eigenen Reihen gegeben hat, der letzte Beweis dafür, daß das Alte vollständig aufgebraucht war und wir um neue Inhalte und Bestimmungen kämpfen müssen.

Die Ereignisse von Bad Kleinen sind in ihrem vollen Umfang und in ihrer Bedeutung nur zu verstehen, wenn sie im Zusammenhang der politischen Entwicklungen der Jahre vorher und der Entscheidung der RAF 1992 zur Zäsur und Deeskalation betrachtet werden. Ab etwa 1989/90 hatten wir uns schwerpunktmäßig mit zwei Fragenkomplexen befaßt. Zum einen ging es darum, die globalen Umbrüche und innergesellschaftlichen Zerfallsprozesse hier zu verstehen; außerdem hatten wir in dieser Zeit angefangen, unsere eigene Geschichte und die Kernelemente unserer politischen Bestimmung bis dahin unabhängig von der allgemein veränderten Situation zu hinterfragen und auf Schwächen und Fehler hin abzuklopfen. Es war eine Zeit, in der wir uns vieles, worin die RAF in ihrer Anfangsphase einmal stark gewesen war und was dann über lange Jahre im Aufreiben mit der Staatsmacht immer mehr verschüttet worden und verloren gegangen ist, wieder angeeignet haben. Das betrifft die selbstkritische und möglichst undogmatische Reflexion unserer eigenen politischen Praxis; Offenheit gegenüber anderen; den Kampf um relative Identität zwischen Denken und Handeln; um neue Inhalte und Formen der Beziehungen der Menschen untereinander; um die Aufhebung von Strukturen, die Eigeninitiative und emanzipatorische Prozesse eher gelähmt statt vorangebracht haben.

In dieser Auseinandersetzung wurde uns klar, daß die Grenze, auf die wir mit unserem Kampf gestoßen waren, nicht allein aus den weltweit veränderten Bedingungen für Befreiungskämpfe erklärt werden kann, sondern daß diese Grenze auch mit Fehlern von uns zusammenhängt. Grundlegende politische Bestimmungen, wie die, daß sich unser Kampf über lange Jahre fast ausschließlich gegen die Strategien des Imperialismus und deren zentrale Bewegungen gerichtet hatte, haben sich als falsch erwiesen. Eine solch' reduzierte Bestimmung kann, wenn überhaupt, allenfalls für eine kurze Übergangsphase richtig sein. Kämpfe, die langfristig an der Negation ausgerichtet sind, können auf Dauer keine Mobilisierungskraft entwickeln, ihnen fehlt das Moment des Aufbaus.

Mobilisierungskraft und die Chance des Aufbaues einer relevanten Gegenmacht liegt nur im gleichzeitigen Aufbau einer politischen Kraft, die an der Realität im jeweiligen Land eine gesellschaftliche Alternative zur kapitalistischen Ausrichtung formuliert und erkämpft. Und natürlich gibt es auch hier unzählige Menschen, die spüren oder zumindest eine Ahnung davon haben, daß sie in dem ihnen aufgezwungenen Gesellschaftsmodell nicht so leben können, daß sie in ihrem Leben Befriedigung und tieferen Sinn finden. Daß die Linke bisher die Verbindung zu diesen Menschen, wenn überhaupt nur vorübergehend herstellen konnte, liegt daran, daß unsere Kämpfe nur selten über den Tellerrand des eigenen linken Ghettos hinausgegangen sind, also keine gesellschaftliche Relevanz erreicht haben.

Wir brauchen hier den Aufbau einer Gegenkraft, einer emanzipatorischen Bewegung, die gegen den "Irrsinn des Kapitalismus, die Barbarei des globalen Marktes und die Verwertung von Mensch und Natur" einen eigenen sozialen Sinn entwickelt und diesen an konkreten praktischen Fragen des Alltagslebens durchsetzt. Erst im Aufbau einer solchen Kraft, im Kampf ums eigene Leben, wird internationale Solidarität hier neu entstehen.

Aus den Anfängen dieser Diskussion haben wir 1990 zögerlich und schrittweise angefangen, unsere Initiativen auch als Kraft für die unmittelbare Durchsetzung gesellschaftlich richtiger und sinnvoller Entwicklungen zu bestimmen. Aber unser Kampf blieb isoliert. Eine gemeinsame Diskussion mit linken und fortschrittlichen Teilen der Gesellschaft darüber, die veränderten Ausgangsbedingungen für emanzipatorische Entwicklungen zu begreifen und eigene Vorstellungen zu entwickeln, kam nicht zustande.

Aus diesen Erfahrungen und der Erkenntnis, daß wir auf viele Fragen keine Antwort haben und allein weder finden können noch wollen, weil der Entwurf einer politischen Gesamtvorstellung nicht allein Sache einer Gruppe, eines kleinen politischen Zusammenhanges wie der RAF sein kann, haben wir Anfang 1992 die Entscheidung zur Zäsur getroffen. Für uns war es die Entscheidung, aktiv mit dem Alten abzuschließen und dabei Subjekt zu bleiben.

Deshalb fanden wir die Vorwürfe, wir wollten "heim ins Reich", wie sie von Teilen der Linken gegen uns formuliert wurde, nur absurd. Darum ging es für niemanden von uns, sondern es ging darum, Sinn und Ziel unseres Aufbruchs, des Aufbruchs jedes und jeder Einzelnen und genauso des Aufbruchs RAF überhaupt festzuhalten. Im Zentrum unserer Entscheidung für diese Zäsur stand, daß wir aus unseren eigenen Erfahrungen und denen anderer revolutionärer und fortschrittlicher Gruppen einen neuen Aufbruch für eine menschliche Entwicklungsrichtung organisieren wollten. Deshalb hatten wir unsere Erklärung vom April 1992 mit dem Satz eingeleitet: "An alle, die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit an ganz konkreten Fragen organisiert und durchgesetzt werden kann."

Es ging für uns um den Übergang von einer Widerstandsform zu einer neuen. Dabei war uns wichtig, uns bewußt mit unserer eigenen Geschichte auseinanderzusetzen, um aus unseren Stärken und Schwächen der Vergangenheit Erkenntnisse für die Bestimmung zukünftiger Kämpfe zu ziehen. Es ging also nicht einfach darum, etwas Altes abzuschließen, um etwas Neues anzufangen, sondern darum, daß aus unserer damals 22jährigen Anstrengung etwas bleibt, daß es Erfahrungen gibt, die wir bewußt mitnehmen wollen. Gegen den Staat beinhaltete die Entscheidung zur Zäsur die Anstrengung, um eine politische Lösung zu kämpfen, aus der für alle von uns ein Neuanfang möglich ist. Nachträglich denke ich, es wäre in der Geschichte der RAF öfter notwendig gewesen, einen Schnitt zu machen. Jeder Kampf braucht die Atempause, braucht das Moment der Besinnung, der Ortsbestimmung, auch im Zurückgehen, um aus dieser Perspektive seinen eigenen Prozeß neu zu verstehen. Daß wir das vorher nie gemacht haben, hängt zum einen mit einem reduzierten Verständnis über politische bzw. revolutionäre Bewegungsabläufe zusammen, aber das ist nicht alles. Die andere Seite ist, daß jede und jeder die Entscheidung, bewaffnet zu kämpfen, subjektiv wie objektiv in einer historischen Situation getroffen hat, in der wir einem Feind gegenüberstanden, der ein bis dahin unbekanntes Zerstörungspotential hatte, und einzusetzen bereit war, und den es aufzuhalten galt. Daran hat sich bis heute nichts Grundlegendes geändert, denn die Feindschaft dieses Systems gegenüber den Menschen und der Natur ist strukturell und solange seine Herrschaft fortdauert, wird es weltweit nie etwas anderes als Tod, Zerstörung und Elend produzieren.

Menschen, die für revolutionäre Umwälzungen kämpfen, brauchen außer Utopien von einer zukünftigen menschlichen Welt und der Bereitschaft, im Kampf für deren Errichtung alles zu geben, gleichzeitig auch einen kühlen Kopf. Sie dürfen sich und ihren Kampf nicht von immer neuen Verbrechen dieses Systems treiben lassen, sondern müssen bewußt immer wieder Phasen der Besinnung und Neubestimmung einlegen, das ist vielleicht das allerschwerste.

Die Krise des Kapitalismus, Massenarbeitslosigkeit, die keine vorübergehende Erscheinung ist, führt in einem Land, dessen Kultur den Lebenssinn von Menschen weitgehend auf "Arbeit", Leistung, Konsum und die Anhäufung von Geld reduziert, zu Auflösungserscheinungen in der Gesellschaft. Für viele Menschen werden dadurch auch die letzten sozialen Kontakte abgeschnitten und ihre Vereinzelung noch weiter gesteigert. Das Lebensgefühl vieler Jugendlicher ist Langeweile und immer mehr Menschen fühlen sich ihrer Lebensperspektive und ihres Lebensinhaltes beraubt oder sehen diese bedroht. Und auch die "Freiheit" zwischen Camel und Marlboro, ZDF und RTL, Kohl und Scharping wählen zu können, ersetzt nicht fehlenden Lebenssinn zumindest nicht auf Dauer. Die unmittelbaren Auswirkungen dieser Auflösungsprozesse sind bekannt, sie reichen von der Eskalation von Gewalt über massenhaften Konsum verschiedenster Drogen bis hin zu Freizeitbeschäftigungen wie S-Bahn-Surfing oder Extremsport, weil Menschen, die die sinnliche Erfahrung, daß sie leben, in ihrem Alltag oft nicht mehr machen können, diese im Kitzel der Todesgefahr bei solchen Beschäftigung erleben wollen.

In dieser gesamten Entwicklung liegen Gefahren, aber auch Möglichkeiten. Die gesellschaftlichen Zersetzungsprozesse und die Entwurzelung vieler Menschen führt bei vielen, die aus dem kapitalistischen Gesellschaftsmodell rausgeschmissen oder zumindest an den Rand gedrängt werden, zur Identitäts- und Lebenskrise. Die alten Muster sind weggebrochen und neue sind noch nicht da. Es ist eine Art Leerstelle entstanden, die neu gefüllt werden muß und auch wird. Zur Zeit sieht alles danach aus, daß Linke und fortschrittliche Kreise in diesem Land vor dieser Anstrengung kapitulieren und das Feld den Rechten von CDU bis Neonazis überlassen, die angefangen haben, es mit nationalistischer und rassistischer Ideologie zu füllen. Inhalte, die vor einigen Jahren noch am rechten politischen Rand angesiedelt waren, sind heute in die gesellschaftliche Mitte gerückt. Menschen sollen ihre Identität zunehmend daraus ableiten, "deutsch zu sein" und weiße Haut zu haben. Und folgerichtig verurteilten Kohl und Kinkel die Verbrennungen türkischer Frauen

und Kinder nicht mit ethisch-moralischen Begründungen, sondern damit, daß solche Angriffe den Profitinteressen deutscher Großkonzerne im Weg stehen. Es sind dieselben Interessen, in deren Namen die Bundeswehr nicht mehr verdeckt, sondern offen und offensiv zum Völkermord und zur Ausplünderung anderer Länder eingesetzt werden kann. Was diese Entwicklung und das veränderte Klima in Deutschland für Menschen anderer Nationalität und Hautfarbe, die hier leben, bedeutet, schildert Mehmet Ramme, einer der türkischen AntifaschistInnen, die zur Zeit in Berlin vor Gericht stehen, sehr eindrücklich in seiner Prozeßerklärung.

"Wir sahen unser Leben in Gefahr, unsere Würde bedroht. Wir sahen, daß der deutsche Staat uns nicht schützt. Immer mehr von uns beschlossen, den eigenen Schutz selbst in die Hand zu nehmen. (...) Wir haben ein Recht, uns zu wehren, ohne Beleidigung und ohne Angriffe auf unsere Gesundheit und unser Leben hier zu leben." Seine Erklärung endet mit den Sätzen: "Nicht nur Skins und den organisierten Neonazis sollte der Prozeß gemacht werden. Auch die im deutschen Staat und in der Politik, die durch ihr Reden und Handeln in Deutschland dazu beigetragen haben, daß unser Leben bedroht und unsere Würde mit Füßen getreten wurde, müßten vor Gerichte gestellt werden."

Trotz dieser Tendenzen und bedrohlichen Zukunftsperspektive ist über die zukünftige Entwicklung in diesem Land nicht entschieden.

Diese Frage wird davon entschieden werden, ob das linke und fortschrittliche Spektrum in der Gesellschaft aus seiner "Totstell-Haltung" ausbricht und anfängt, das eigene Ohnmachtsbewußtsein zu überwinden, um eine menschliche Zukunft zu erkämpfen.

Der Kapitalismus hat heute auf fast alle brennenden Fragen, die sich im nationalen und internationalen Rahmen stellen, keine Antworten. Diese fehlende Lösungskompetenz in Bezug auf die heute aktuellen Menschheitsprobleme ist ihnen durchaus bewußt. Ob Hunger oder der drohende ökologische Kollaps, sie haben keine Antworten, weil jeder vernünftige und menschlich sinnvolle Lösungsansatz den Profitinteressen der Konzerne zuwider läuft und das Überleben des imperialistischen Systems in Frage stellt.

Was läuft ist knallhartes Krisenmanagement, das je nach Weltregion in der Schärfe seiner Wirkung für die dort lebenden Menschen verschieden ist, aber überall die Lebensgrundlagen verschlechtert oder ganz zerstört. Die Bandbreite der Maßnahmen ist groß. Hier sind es Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Sozialabbau usw. In den armen Ländern im Trikont eskaliert es beispielsweise in der sogenannten "Bevölkerungsplanung", die in ihren Auswirkungen systematischem Völkermord gleichkommt, damit die Menschen, die morgen als Flüchtlinge oder durch Befreiungskämpfe den Reichtum in den Metropolen bedrohen könnten, erst gar nicht geboren werden.

Dagegen brauchen wir den Aufbau einer gesellschaftlichen Kraft, die gegen diesen Wahnsinn aus Barbarei und Zerstörung eigene Vorstellungen und soziale Inhalte formuliert. Es geht dabei einerseits um die Erstellung einer politischen Gesamtvorstellung und zugleich um Basisarbeit, in der konkrete Schritte für die Lösung konkreter Probleme bestimmt und durchgesetzt werden. Das heißt natürlich auch, sich die Lösungskompetenz für Probleme der verschiedensten Bereiche anzueignen. Das betrifft die Frage nach der Bestimmung und Gestaltung menschlich sinnvoller und sozial nützlicher Arbeit genauso wie beispielsweise ökologische Probleme oder die Gestaltung von Stadtvierteln. Eine Kraft, die hier gegen die Kapitalinteressen eine solche Entwicklungsrichtung durchsetzen kann, kann nur von einer emanzipatorischen Bewegung entwickelt und aufgebaut werden; ich glaube, das ist eine der wichtigsten Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit, nicht nur denen der RAF, sondern den Fehlern fast aller linken Gruppen. Emanzipatorische Entwicklungen haben in vielen politischen Zusammenhängen über lange Zeit real nur eine untergeordnete Rolle gespielt und darin liegt wohl eine der Ursachen für den derzeitigen desolaten und defensiven Zustand der Linken. Denn nur Menschen, die gelernt haben, frei und selbstbewußt zu denken und zu handeln, halten auch in Zeiten wie diesen an ihren Zielen fest. Heute müssen alle von einem langfristigen Aneignungsprozeß ausgehen, in dem soziale Gegenmacht aufgebaut wird. Für eine emanzipatorische Bewegung wird es darum gehen, gegenkulturelles Bewußtsein zu entwickeln und gesellschaftlich durchzusetzen, und sie muß in der Lage sein, undogmatisch und schöpferisch ihren Weg zu suchen. Es wird darum gehen, gegen die "Kultur des Todes" dieses Systems eine "Kultur des Lebens" zu entwickeln, die jederzeit in den konkreten Zielsetzungen unserer Kämpfe sichtbar wird.

Anfang 1992 stand für uns fest, daß Eskalation solche Aufbauprozesse nicht voranbringt. Im Gegenteil, die Konfrontation zuzuspitzen, hätte falsche Orientierungen gesetzt, denn automatisch wären unsere Initiativen wieder an der Negation ausgerichtet gewesen, weil es eine soziale Gegenbewegung, in die sie hätten eingebettet sein können, damals nicht gab und auch heute hier nicht gibt.

Allein die moralische Begründung, daß es angesichts der Verbrechen dieses Systems gerechtfertigt ist, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, ersetzt nicht revolutionäre Bestimmung. Denn die wichtigste Frage, nämlich die, wie wir in einer veränderten Welt eine menschliche Entwicklungsrichtung durchsetzen können, wird dadurch nicht beantwortet.

Aber genau darum geht es und deshalb haben wir 1992 die Entscheidung zur Zäsur getroffen. Ein Genosse von den Tupamaros beschreibt die strategische Ausrichtung, die unsere Kämpfe für die Umwälzung der Verhältnisse heute haben müssen: "Macht wird nicht erobert, sie wird aufgebaut."

Die Linken und fortschrittlichen Teile dieser Gesellschaft haben heute eine besondere historische Verantwortung. Es ist unsere Aufgabe und Verantwortung nicht nur gegenüber uns, sondern auch gegenüber den Völkern der Welt, zu verhindern, daß zum dritten Mal in diesem Jahrhundert Krieg und Zerstörung von unserem Land ausgeht.

Es sah nicht nur danach aus, es gab 1992 in Fraktionen der Macht die Einsicht, daß nach Jahren ohne Fahndungserfolg und der Tatsache, daß sich die RAF, eben weil sie aus innergesellschaftlichen Konflikten kommt, über mehr als 20 Jahre immer wieder erneuern konnte, es eine militärische Lösung dieses Problems für den Staat nicht gibt. Sie waren zu der Erkenntnis gekommen, daß es zu einer Entschärfung im Verhältnis RAF - Staat nur kommen kann, wenn sie bereit sind, politisch auf uns einzugehen.

Was Kinkel gemacht hat, war nicht einfach nur ein Trick. Natürlich war es nie etwas anderes als der Versuch, einen Gewinn für den Staat zu erzielen, aber wessen Seite politisch am meisten für sich rausgeholt hätte, das hätte nur ein entschlossener Kampfprozeß darum herausfinden können.

Abgebrochen wurde diese Bereitschaft, auf uns politisch einzugehen, nachdem sich mit Steinmetz die Chance für einen militärischen Schlag gegen uns aufgetan hatte. Hier setzten sich die wieder durch, für die alles andere als ein militärischer Sieg und die Vernichtung von Fundamentalopposition unerträglich ist. Wieder einmal hat der verengte Polizeiblick die Politik bestimmt. Der Mord an Wolfgang war politisch nicht geplant, hätten sie das gewollt, wäre ihnen das in der Bahnhofsunterführung ein leichtes und ohne Zeugen möglich gewesen. Aber dieser Mord ist später durch Kanther und Kohl von der Politik übernommen worden. Sie wissen, was gelaufen ist. Seiters ist zurückgetreten, weil er von einer Hinrichtung ausging und wußte, daß das zu politischen Erschütterungen auch international führen kann. Das brauchte eine klare Konsequenz, nachdem sich durch öffentliche Falschangaben der BAW und systematische Spurenvernichtung gezeigt hat, daß der Apparat diese Tat reflexartig vertuscht und gar nicht daran denkt, die Wahrheit zuzulassen. Kanther ist gekommen und hat den Mord in den politischen Staatshaushalt übernommen. Aus der Staatskrise und der Krise der Apparate hat er einen Machtzuwachs für das Innenministerium organisiert. Er hat die Stunde genutzt, um die Verpolizeilichung der Innenpolitik voranzutreiben. Seine Disziplinierung des Apparats vor dem sich Seiters machtlos fand, hatte nicht den Zweck, in Zukunft Mordaktionen zu verhindern, sondern sie hatte den Zweck sicherzustellen, das zukünftig solche Aktionen der politischen Führung und Bestimmung des Innenministeriums unterliegen. Nicht der Mord war das Problem, das Problem war, daß untere Chargen eigenständig und unkontrolliert darüber entscheiden, und damit Folgen bis hin zur Staatskrise lostreten. Kanther hat sich hinter diese Aktion gestellt, weil er über die Option verfügen will. Deswegen konnte auch niemand von der eingesetzten GSG 9 Gruppe belangt werden, wurde nur die Struktur in den Führungsetagen umgruppiert und besuchte Kohl schließlich seine Mördertruppe in der gleichen Absicht, in der früher der Henker zu Staatsveranstaltungen eingeladen wurde: um sich hinter sie zu stellen und zu sagen, daß die Politik sie decken wird.

Was vorher eine Einzelaktion war, gehört nun zur organisierten verfügbaren Potenz des Innenministeriums. Die alte deutsche Tradition von "auf der Flucht erschossen" wird ergänzt um die Variante "Selbstmord bei Verhaftung". Solche Aktionen kennt die Welt der Gegenwart unter anderem von der britischen SAS oder den türkischen Militärs.

Der Staat schafft sich für die Zukunft seine extralegalen Apparate und damit ist nichts weniger gelegt als die Kernstruktur für abrufbare Todesschwadrone.

Wieweit diese Rolle heute schon im Apparat, also im Bewußtsein von Mitgliedern zum Beispiel solcher Spezialeinheiten wie der GSG 9 verankert ist, zeigt die Tatsache, daß sie sich in Bad Kleinen durch die Öffentlichkeit, also die Zeuginnen und Zeugen, die die Hinrichtung von Wolfgang beobachten konnten, nicht stören ließen. Der Corpsgeist solcher Spezialeinheiten verlangt von ihren Mitgliedern, daß sie im Fall des Todes einer ihrer Leute denjenigen töten, der aus ihrer Sicht dafür verantwortlich ist: in Bad Kleinen war es vermutlich der "Rudelführer", der Wolfgang erschossen hat - dafür sprechen zumindest viele Indizien. Dieser Corpsgeist ist auch der Politik bekannt. Die Killer haben darauf vertraut, daß sie gedeckt werden und sie wurden gedeckt. Und auch der Polizist, der ein Jahr später Halim Dener, einen kurdischen Jugendlichen, der in Hannover Plakate geklebt hatte, durch einen Schuß in den Rücken ermordet hat, kann sich der Rückendeckung durch die Politik sicher sein.

Diese Struktur, die inzwischen längst hinter den heute noch nützlichen rechtsstaatlichen Fassaden lauert, sollte jede/r registrieren, auch die, die zu diesem Staat stehen und deren Gesellschaftsutopie ein reformierter Kapitalismus ist. Hinter der Fassade organisiert sich schon längst wieder die neue staatliche Barbarei.

Wir haben eine Entwicklung in eine andere Richtung gewollt. Deshalb kam 1992 unser politischer Versuch, der dann gegen diese militärische Linie aufgelaufen ist. Für uns hat sich viel verändert. Der Bruch in den eigenen Reihen und die Unfähigkeit, eine politische Spannung auszuhalten, haben die in Apparat und Politik gestärkt, die ihre Vernichtungsphantasien befriedigt sehen wollen. Wir sehen das ganz nüchtern - aber wir wußten auch von vornherein, daß der Kampf so enden kann. Insoweit haben wir nichts zu verlieren. Wer das weiß, hat auch seine Ruhe vor dem, was kommen kann und versucht, sich trotzdem dagegen zu stellen.

Der Kampf für eine menschliche Zukunft, für eine Welt ohne Herrschaft, in der Menschen frei und nach ihren eigenen Bestimmungen leben können, steht nach wie vor auf der Tagesordnung. Die Umkehrung der gesellschaftlichen Entwicklung ist also das, worum gekämpft werden muß. Die, die denken, sie hätten uns in der Sackgasse, sollten sich nicht zu früh freuen. Sie sollten wissen, daß wir um uns selbst kämpfen werden. Es wird keine Rückkehr zur alten Strategie als politisches Konzept geben, aber wir haben unser Recht auf Selbstverteidigung. Ich glaube nicht, daß wir nun widerstandslos unserer Vernichtung zusehen und ich möchte, daß sich alle über unsere Zukunft Gedanken machen.

Isolation

(...) Als der Vertreter der Bundesanwaltschaft einen Brief von mir an meine Mutter vorgelesen hat, in dem ich über den auf reichem Standard organisierten Knast in Ländern wie Deutschland geschrieben habe, habe ich mir einige Gesichter in der ersten Reihe, also von Journalistinnen und Journalisten, angeschaut. Ich hatte zum Teil den Eindruck, daß das, was die Bundesanwaltschaft mit der Verlesung all meiner Besitztümer in der Gefängniszelle bezwecken wollte, nämlich daß Leute den Vergleich anstellen mit dem, was sie selber haben, aufgegangen ist. Und es stimmt ja auch, vom Fernseher bis zur Querflöte ist alles da, auch 20 Bücher habe ich in der Zelle und auch zwei Tageszeitungen und mehrere Zeitschriften. Und wenn Sie, Herr Hemberger, dazu anmerken, daß kaum ein Mensch dazu kommt, soviel zu lesen, das sind dann wohl schon die besonderen Vorzüge und Privilegien von Menschen in Einzelhaft, die frei über unbegrenzt viel Zeit verfügen, naja, das ist Zynismus von der eher platten Sorte. Aber was sagt all das, was sagt die Aufzählung all dieser Gegenstände über Isolationshaft aus? Nichts, oder zumindest nicht sehr viel.

(...) Isolation ist und wirkt darüber, daß du nie mit anderen Menschen zusammensein kannst, daß du immer nur mit dir selber zusammen bist, z.B. realisieren doch Menschen ihre Stimmungen und Gefühle fast immer in und durch andere Menschen, du brauchst den Mitmensch, um dich selbst als Mensch zu realisieren. In Isolation läuft jede Stimmung ins Leere, ob du gut gelaunt bist oder wütend oder unheimlich traurig, du kannst immer mit all dem nirgends hin, das heißt, du kannst das nicht leben. Und das bedeutet, all das bleibt immer in dir drin, du bist und sollst das auch, in dir eingeschlossen sein und werden. Der Kampf, den Menschen in Isolationshaft um ihr Leben und Überleben führen, ist v. a. ein Kampf darum, das immer wieder zu durchbrechen, also dieses Eingeschlossensein in einem selber. Für mich war es so, daß ich mir in dieser Zeit immer mehr die Sprache als Ausdrucksmöglichkeit angeeignet habe, vor allem die Trauer um den Tod meines Freundes habe ich in erster Linie in Gedichten ausdrücken können. Solche Gedichte zu schreiben ist sicherlich

nur ein sehr reduzierter Ersatz für Gespräche und das Zusammensein und die Nähe mit vertrauten Menschen, gerade in einer solchen Situation, aber für mich war es wie ein Rettungsanker. Ich habe monatelang Gedichte geschrieben über den Verlust, meine Trauer, meine Gefühle, aber auch über abgeschnittene Hände und über Obduktionsbilder, die mir die Bundesanwaltschaft hat zuschicken lassen, auf denen der Körper von Wolfgang Grams aufgehängt abgebildet und seine Kopfhaut abgezogen ist. Hätte ich in dieser Zeit die Sprache als Ausdrucksmöglichkeit für meine innersten Gefühle nicht gefunden bzw. entdeckt, ich glaube, daß die ganze Zeit sehr viel schwerer und mit sehr viel tiefergehenden Wirkungen gewesen wäre. Und da kommen Sie hier mit Fernsehgerät und ähnlichem an. Ich kann mich noch genau an den Tag erinnern, an dem ich das TV-Gerät gekriegt habe, es war der Tag von Wolfgangs Beerdigung und die allererste Sendung, die ich gesehen habe, war eine Nachrichtensendung, in der Bilder von der Beerdigung gezeigt wurden, an der im übrigen sie mich nicht haben teilnehmen lassen. Der Sarg, seine Eltern, meine Familie, alte Freunde und über diese und über tausend andere aufwühlende Situationen konnte ich nie mit einem anderen Menschen reden, all das mußte ich immer mit mir allein ausmachen: das ist Isolation und genau das soll sie sein.

Ich hatte mal dazu geschrieben: du sollst dich soweit in dich selber zurückziehen, daß du den Zugang zu dir verlierst, du sollst an dir selber, an deinen eigenen Gefühlen, die nie nach außen dringen sollen, ersticken. Das ist die Methode Isolationshaft, und es geht auch noch weiter, als das Abschneiden von den direkten menschlichen Kontakten, diese lange Postdauer ist einerseits natürlich Be- bzw. Verhinderung von politischer Diskussion, aber sie ist auch dafür da, alles Lebendige, was ja auch in einem brieflichen Kontakt stattfinden kann, abzutöten. Woran das Programm, also daß es darum geht, die Gefühle in einem Menschen einzusperren, auch deutlich wird, ist die Sache mit dem Musikinstrument. Es handelt sich dabei um eine Querflöte und als ich die gekriegt habe, war ich Anfängerin und konnte darauf keinen einzigen Ton spielen. Seit unmittelbar nach meiner Verhaftung laufen Anträge für ein Keyboard, das sind diese elektronischen Orgeln, und daß ich Orgel-spielen kann, ist der Bundesanwaltschaft bekannt. Sie haben mir während der ganzen Zeit in Isolation diesen Antrag wegen des Keyboards nicht genehmigt, weil ihnen klar ist, daß das dem Isolationsgrundsatz zuwidergelaufen wäre, nämlich Menschen ihrer Ausdrucksmöglichkeiten und Gefühlsäußerungen soweit als möglich zu berauben. Für einen Menschen wie mich ist es möglich, mich/meine Gefühle durch Musik auszudrücken. Ich hätte Gefühle der Trauer im Spielen von Bach-Fugen ausdrücken und nach außen bringen können und genau deshalb wurde mir so ein Gerät nicht genehmigt. Statt dessen die Flöte, von der bekannt war, daß ich das erst lernen muß. Mir eine Flöte anstatt des Keyboards zu genehmigen kommt mir ähnlich vor, wie einem Verdurstenden Milchpulver zu geben der weiß dann immer, daß es Milch gibt und es in seiner Situation gut wäre, die zu haben. (...)

Jean Amery schreibt in seinem Versuch, seine Auschwitz-Erfahrungen zu verarbeiten, daß Menschen, die gefoltert werden, diejenigen, die sie foltern, als "Gegenmensch" wahrnehmen. In Isolation bist du von einer unglaublichen Kälte umgeben (bis auf das wenige, was durch Briefe oder Besuche diese Mauer durchdringt), und du erwartest von denen, die das organisieren, nichts als Gemeinheiten und ständig neue Schläge, und genau das entspricht auch der Realität. Diese Haltung, diese Erwartung hatte ich vom Tag meiner Verhaftung an, und ich kann sagen, es ist in der ganzen Zeit nur selten etwas passiert, was diesen Erwartungen nicht entsprochen hätte. Gerade auch das Niveau, auf dem in Bielefeld die Isolation gegen mich trotz unglaublich hohem Arbeitsaufwand exzessiv durchgesetzt wurde von der Knastleitung, bis dahin, daß die untersten Schließerinnen, wenn ich am Fenster mit anderen Gefangenen über größere Entfernung gerufen habe, in den leeren Zellen dazwischen die Fenster geöffnet und Radio angestellt haben, um zwischen uns eine Geräuschkulisse zu schaffen, daß selbst das Reden am Fenster nicht mehr möglich war. Ein Mensch, der das und nichts anderes als unmittelbare Lebens- und Umwelterfahrung über Monate erlebt, der Mitmenschen eben vor allem als Gegenmenschen erlebt, dem bleibt gar nichts anderes übrig, als sich in sich selber zurückzuziehen, Mauern um sich zu errichten, denn du kannst nicht all diese Schläge bis in dein Innerstes durchhaun lassen, das hält kein Mensch aus; du mußt dich davor schützen.

Ich selber habe die Wirkungen der Isolation auf mich immer dann am deutlichsten gespürt und auch verstanden, wenn Dinge passiert sind, die das Isolationsprogramm durchbrochen haben. Wenn Situationen eintreten, in denen du unvorbereitet auf normale und eben nicht gegenmenschliche Umgehensweisen triffst, wird das in einer solchen Lebenssituation durchaus als schmerzhaft erfahren, weil dadurch was aufgerissen wird. Ich kann mich z. B. erinnern, daß ich im Sommer von einem Arzt untersucht worden bin, der sich mir gegenüber völlig normal verhielt; es war eigentlich nicht mehr, als daß er mich nicht entwürdigend behandelt hat und das war angesichts meiner Lebenssituation ein wirklich herausstechendes Ereignis. Allein die

Tatsache, daß entgegen der ständigen Realität keinerlei Entwürdigung stattgefunden hat, hat mich unglaublich aufgewühlt und beschäftigt.

Wenn mich jemand fragen würde, ob ich mich als Foltero pfer fühle, würde ich das nicht unbedingt bejahen, bei anderen ja, bei mir selber nicht, denn ich will das nicht sein, nicht in der Konsequenz, die Amery behauptet; ich will das abschließen und hinter mir lassen. Am letzten Prozeßtag war ein Genosse von den Tupamaros im Gerichtssaal, er hat mir einen Gruß ausrichten lassen und im Gespräch einen Satz gesagt, der mich seitdem nicht in Ruhe läßt: "Sie kann Blicke nicht halten, sie kann andere Menschen nicht lange anschauen, das ist bei Leuten, die längere Zeit in Isolation waren, immer so, das war bei uns in Uruguay auch so." Mir sind sofort x Gründe eingefallen, warum das nicht stimmt, daß das hier im Gerichtssaal bloß deshalb so ist, weil ich mir wie ein Zootier vorkomme, daß ich beobachtet werde und daß, wenn ich mir in der Nase bohre, das am nächsten Tag in den Zeitungen nachzulesen ist. Aber das alles ist Quatsch, schon an der Schnelligkeit und der Gereiztheit meiner Gegenargumente war mir das schnell klar; es stimmt, ich kann andere nicht lange anschauen. Solche Wirkungen von Isolation bei sich selber zu beobachten, hat natürlich auch was Bedrohliches, was kommt da noch alles, von dem ich heute noch nichts weiß? Und vor allem, was wird bleiben? Gibt es Zerstörungen, die ich Zeit meines Lebens nicht mehr los werde? Werde ich überhaupt jemals wieder fähig sein, intensive Beziehungen mit anderen Menschen zu leben, oder wird ein Teil von mir eingesperrt bleiben? Über all diese Fragen weiß ich heute noch nichts, kann ich auch nicht wissen, weil ich ein Leben führe, in dem unkontrolliertes Zusammensein nur mit Menschen möglich ist, die ständig wechseln, also sich von daher keine intensive Beziehung entwickeln kann.

Das waren ja jetzt alles nur Bruchstücke, erst weniges von mir vollständig begriffen und viele unbeantwortete Fragen; aber es sind Bruchstücke und Fragen, die den Kern von Isolationsfolter und ihrer Wirkung gegen Menschen betreffen. Die Aufzählung von Fernsehgeräten, Querflöten und Büchern berührt diesen Kern nicht; das ist logisch, denn es ist die Bundesanwaltschaft, die seit mehr als 22 Jahren diese Sorte Haftbedingungen gegen uns organisiert und die genauso lange schon behauptet, es würde sich dabei um die humansten Haftbedingungen der Welt handeln.

Birgit Hogefeld am 22.11.94

(Der Text ist redaktionell gekürzt.)

29. Mit der STASI-Keule gegen Geheimdienstgegner

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Geheimdienste · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:24

Der Kölner Journalist Michael Opperskalski, Mitbegründer des geheimdienstkritischen Magazins GEHEIM, ist am Dienstag, dem 8. November 1994, von der Staatsschutzabteilung des BKA heimgesucht worden. Der Vorwurf: Verdacht der Agententätigkeit nach §99 StGB, konkret: geheimdienstliche Tätigkeit für die DDR.

Michael Opperskalski wurde zu einer sogenannten freiwilligen Anhörung mitgenommen. Während seiner Abwesenheit wurden seine Privat- und Büroräume von Beamten des BKA durchsucht und es wurden kistenweise Unterlagen beschlagnahmt.

Aus der "freiwilligen Anhörung" wurde schließlich eine vorläufige Festnahme und eine Übernachtung in Bonner Polizeigewahrsam. Das Verhör dauerte schließlich zwei Tage. Am Mittwoch, dem 9.11. wurde er entlassen. Dennoch hat sich für den Staatsschutz die Aktion gelohnt - als "operative Maßnahme" gegen das Magazin GEHEIM, das den "Sicherheitsorganen" schon lange ein Dorn im Auge ist. Neben Michael Opperskalskis journalistischen Unterlagen (vor allem aktuellen) wurden auch Arbeitsunterlagen und das Archiv der Redaktion in Köln verschleppt.

GEHEIM, das geheimdienstkritische Magazin, steht seit seiner Gründung durch Michael Opperskalski vor fast zehn Jahren unter besonderer Beobachtung. Im Februar 1985 versprach der damalige Staatssekretär Spranger des ehemaligen Bundesinnenministers Zimmermann(CSU) in der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage zu GEHEIM, die Zeitschrift künftig beobachten zu lassen; er drohte ihr sogar mit Verbot (siehe Bundestags-Plenarprotokoll 11/123, S. 9117, vgl. GEHEIM 1/1989, S. 15). Im April 1989 versicherte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Anfrage der Abgeordneten der GRÜNEN, daß der Staatsschutz die Zeitschrift GEHEIM und ihre verantwortlichen Redakteure beobachtet habe, daß aber die Offenlegung der Ergebnisse aus "Geheimhaltungsgründen" unterbleiben müsse (BT Drucksache 11/4294 vom 4.4.1989).

Nicht aus "Geheimhaltungsgründen", sondern aus "Rechtsgründen" blieb die Bundesregierung dann im Jahr 1992 die Antwort auf die Frage schuldig, worauf ihre Erkenntnis beruhe, daß in GEHEIM "zahlreiche Linksextremisten" mitarbeiten würden. Dies hatte nämlich der Präsident des Verfassungsschutzes im Oktober 1991 im Zuge einer "operativen Maßnahme" behauptet. Die Maßnahme richtete sich gegen die Kandidatur des Juristen und Datenschutzexperten Dr. Thilo Weichert zum Amt des Landesbeauftragten für Datenschutz in Brandenburg, um den Kandidaten u.a. unter Berufung auf dessen Mitarbeit bei GEHEIM (sowie der Fachschrift "Bürgerrechte & Polizei") als "Linksextremisten" zu diskretieren (vgl. "Verfassungsschutz in flagranti crimine", in: GEHEIM 3/1993, S. 11ff). Mittlerweile ist die Rechtswidrigkeit dieser Geheimdienstaktion - Weitergabe eines Dossiers über Weichert - gerichtlich festgestellt worden.

Der Staatsschutz behauptet, Michael Opperskalski habe als "IM Abraham" für die Stasi der DDR gearbeitet. Seine Aufgabe sei die "Desinformation" gewesen, um westlichen Geheimdiensten zu schaden. Da aus gutem Grund Geheimdienste geheim arbeiten, und da die Offenlegung ihrer Praktiken ihrer Sache schaden, wird Michael Opperskalski gerade wegen seiner offenen und legalen politischen und journalistischen Arbeiten verfolgt. Das einzige Indiz, das gegen Michael Opperskalski angeführt wird, ist die mündliche Aussage eines nicht namentlich genannten ehemaligen Stasi-Funktionärs.

Michael Opperskalski schrieb zwischen 1980 und 1982 an den Büchern "CIA in Mittelamerika", "CIA im Iran" und "CIA in Westeuropa" mit. 1985 erschien die Nullnummer des Magazins GEHEIM, das über Geheimdienst-Aktivitäten, verdeckte Aktionen und "schmutzige Kriege" Hintergrundinformationen lieferte. Seit 1988 gibt er das englischsprachige Schwestermagazin "Top Secret" heraus, das der internationalen Verbreitung der Informationen dienst. Michael Opperskalski, Mitglied der DKP, lebte während der "Revolutionszeit" 1979 im Iran; er hat u.a. gute Kontakte im südlichen Afrika und in Zentralamerika. In den USA arbeitet GEHEIM mit dem CIA-Aussteiger Philipp Agee zusammen, der früher das Magazin "Counter-Spy" herausgab. In GEHEIM und "Top Secret" deckten er und seine MitstreiterInnen u.a. Agenten der CIA und des südafrikanischen Geheimdienstes auf. 1989 enthüllten sie in ihrem Magazin Destabilisierungsstrategien des Apartheidregimes gegen die namibische Befreiungsbewegung SWAPO. In Pretoria wurde Opperskalski deshalb als Staatsfeind eingestuft.

Gegenüber der belgischen Zeitung Solidaire erklärte Michael Opperskalski: "Nur wenige Tage vor meiner Verhaftung wurde mir von einem Informanten in Südafrika eine Warnung zugespielt. Die südafrikanischen Geheimdienststrukturen, die trotz des Regierungswechsels im Kern unverändert geblieben sind, haben in Zusammenarbeit mit dem nordamerikanischen CIA einen Plan ausgearbeitet, um Leute wie mich zu diskreditieren, zu neutralisieren und auch zu liquidieren. Dieser Plan trägt laut meinem Informanten die Code-Bezeichnung `Operation Skorpion'. Meine Magazine und ihre Rolle ist diesen Herren ein Dorn im Auge. Man muß also davon ausgehen, daß sowohl die CIA als auch die südamerikanischen Geheimdienststrukturen möglicherweise bei der Aktion gegen mich ihre Finger im Spiel hatten." (Zitiert nach einer Erklärung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.).

GEHEIM und "Top Secret" sind mehr als geheimdienstkritische Magazine. Sie sehen ihre Aufgabe u.a. auch darin, geheimdienstliche Strukturen und Aktionen aufzudecken. Allein dies muß aus Sicht des Staatsschutzes schon Desinformation sein. Es liegt weiterhin auf der Hand, daß eine solche Tätigkeit Kontakte zu geheimdienstlichen Kreisen als Quellen erfordert. Die so beschafften Informationen zu veröffentlichen, ist für den Staatsschutz selbstverständlich Hochverrat. Und es liegt nahe, daß die Hauptabteilung Aufklärung der Staatssicherheit der DDR auf das Magazin GEHEIM aufmerksam wurden. Was wiederum läge näher, als einen Kontakt aufzubauen, unter welcher Tarnung auch immer. Wie dies in den Akten dieses Geheimdienstes geführt wurde, liegt in dessen Verantwortung.

Sich mit den Geheimdiensten anzulegen, ist eine gefährliche Angelegenheit, auch wenn es nicht gleich um Liquidation geht.

(Zusammengestellt nach Informationen von: Redaktion GEHEIM, Bernhard Schmid, FG BRD-Kuba e.V.)

30. "Gegenmacht von unten." Neue juristische Konstruktion des Bundesgerichtshofs

Neue juristische Konstruktion des Bundesgerichtshofes

Autor: Roland Röder · Rubrik: Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:12

Anfang November wurde Ursel Quack aus Saarbrücken wegen Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (§129a) festgenommen. Nach zwei Wochen Haft wurde sie vorläufig wieder entlassen, da keine Fluchgefahr bestünde. Das Ermittlungsverfahren und den Haftbefehl hält der Bundesgerichtshof (BGH) Karlsruhe weiter aufrecht. In dem dreizehnseitigen Haftbefehl wird ihr Kontaktaufnahme zur nicht näher bezeichneten Kommandoebene der "Roten Armee Fraktion" (RAF) vorgeworfen. Soweit hört sich alles fast schon "normal" an.

Zum erstenmal im Zusammenhang mit politischen Verfahren verwendet der BGH jedoch die Konstruktion vom Aufbau einer "Gegenmacht von unten". Ursel Quack soll demzufolge im Auftrag der RAF in der Region Saarbrücken deren Konzept des Aufbaus einer "Gegenmacht von unten" umgesetzt haben. Vor diesem Hintergrund hätte sie in verschiedenen linken Organisationen wie dem "Antirassistischen, Antifaschistischen Notruftelefon", der "Aktion Gelber Punkt" und der Stadtteilzeitung "Stoffwechsel" mitgearbeitet, sich außerdem an einer Menschenrechtsdelegation in den türkischen Teil Kurdistans beteiligt und eine Demonstration gegen das PKK-Verbot organisiert.

Was ist "Gegenmacht

von unten"?

Ein wesentliches Merkmal der "Gegenmacht von unten", ist laut Haftbefehl das Eingehen und die Beschäftigung mit den lokalen Problemen der Bevölkerung. Abstrakte ideologische Diskussionen stünden nicht mehr im Mittelpunkt. Auf diese Weise möchte die RAF ihre personelle wie thematische Basis verbreitern. Im Besonderen sollen im Rahmen solcher Diskussionen Personen auf ihre Zuverlässigkeit für eine Zusammenarbeit mit der RAF überprüft und gewonnen werden.

Der Haftbefehl - übrigens von dem gleichen Richter ausgestellt, der auch für die PKK-Verfahren zuständig ist - listet minutiös das Engagement von Ursel Quack in den vergangenen Jahren auf. Offiziell angegebener Ausgangspunkt für die Ermittlungen soll ein Brief sein, der im Rucksack von Birgit Hogefeld nach den Vorfällen in Bad Kleinen (Sommer 1993) gefunden worden ist. Der BGH ordnet den Brief, der keine Absenderangabe enthält, Ursel Quack zu. "Für uns ist nicht die Frage, ob der Brief an Birgit bzw. die RAF von Ursel oder einer anderen Person geschrieben wurde. Noch weniger hat der Staatsschutz zu bestimmen, wer mit wem diskutiert", heißt es in einer Erklärung der Gruppe BASIS aus Saarbrücken. Die im Haftbefehl angegebenen Momente der politischen Arbeit von Ursel Quack begannen jedoch zu großen Teilen schon lange vor dem Auffinden des Briefes. Im Klartext: Sie ist jahrelang observiert worden. Die dabei zusammengetragene Masse an Einzelinformationen wird jetzt neu geordnet, mit der RAF in Beziehung gesetzt und ist Grundlage für den Versuch, eine neue juristische Konstruktion zu schaffen: Aufbau einer "Gegenmacht von unten". Ach so: so banal es klingt, eine konkrete Straftat wird Ursel Quack in dem Haftbefehl nicht vorgeworfen. Auch bei mehrmaligem Lesen bleibt nur ihre Gesinnung als corpus delicti übrig.

Beispiel 1: Was ist ein Stoffwechsel?

Ins Komische droht der Haftbefehl abzugleiten bei der Beschreibung der Stadtteilzeitschrift "Stoffwechsel". Der Name "Stoffwechsel" sei nämlich mehr als ein reiner Zeitungsname, sondern er beschreibe auch eine bestimmte Art der Kommunikation und des Gedankenaustausches zwischen verschiedenen linken Gruppen und der RAF. Die Zeitung, so faßt der BGH deren Selbstverständnis zusammen, verstehe sich als Sprachrohr für Menschen, die mangels fehlendem Geld und Machtpositionen die Entscheidungen nicht beeinflussen können, die ihr eigens Leben betreffen. Was sich auch bei mehrmaligem Lesen wie ein Witz anhört, gerät im Kontext des Haftbefehls zur zynischen Vorverurteilung. Auch die anderen "konkreten" Vorwürfe lesen sich eher wie ein who is who von linken politischen Zusammenhängen.

Beispiel 2: "Aktion gelber Punkt"

Daß sie in der "Aktion gelber Punkt" mitgearbeitet hat, ist allgemein bekannt. Schließlich hat sie auf mehreren öffentlichen Veranstaltungen für diese Kampagne geworben. Zur Erläuterung: An der "Aktion gelber Punkt" beteiligten sich zahlreiche Geschäfte, Kneipen und öffentliche Einrichtungen. Dabei wurde gut sichtbar ein großer gelber Aufkleber mit der Aufschrift "Wir schützen AusländerInnen vor rassistischen Übergriffen" im Schaufenster aufgehängt. Mehrsprachige Flugblätter machten auf die Kampagne aufmerksam.

Beispiel 3: Kurdistan

Der Haftbefehl listet weiter auf, daß sie sich für das Selbstbestimmungsrecht von KurdInnen eingesetzt hat. Neben der Organisation einer Demonstration in Saarbrücken gegen das PKK-Verbot hat sie an einer Menschenrechtsdelegation in den kurdischen Teil der Türkei teilgenommen und einen Prozeß gegen die türkisch-kurdische Tageszeitung "Özgür Gündem" vor dem Staatssicherheitsgericht in Istanbul besucht. (Anmerkung: Im April 1994 stellt "Özgür Gündem" ihr Erscheinen ein; als neue Zeitung erschien jetzt "Özgür Ülke" = freies Land. Die Gebäude dieser Zeitung in Istanbul und Ankara wurden am 3. Dezember 1994 vermutlich von türkischen Sicherheitskräften in die Luft gesprengt. Ein Mitarbeiter von "Özgür Ülke" wurde dabei umgebracht; 14 weitere verhaftet.)

Alles dies ist hinreichend bekannt. Zu diesen Themen hatte Ursel Quack zahlreiche öffentliche Auftritte. Eine neue Dimension enthält diese politische Arbeit durch den Versuch des BGH, alles dies als eine Auftragsarbeit der RAF zwecks Aufbaus einer "Gegenmacht von unten" hinzustellen.

Wie weiter?

Die Verfasser des Haftbefehls formulieren streckenweise sehr vage und in Andeutungen. Im Klartext könnte dies eine Ausdehnung der staatlichen Repression gegen links im Raum Saarbrücken (aber nicht nur da) bedeuten. Ob dies gelingt ist nicht nur von politischen Vorgaben staatlicher Stellen, sondern auch vom Widerstand gegen diesen pauschalen Kriminalisierungsversuch abhängig.

Der Begriff "Gegenmacht von unten" ist selbst juristisch so ungenau, daß damit jeder politisch aktive Mensch auf die Anklagebank gesetzt werden könnte. Er muß nur irgendwie in Zusammenhang mit der RAF gebracht werden. Die Betonung liegt auf "irgendwie".

An einer einzigen Stelle erwähnt der Haftbefehl den Spitzel des Verfassungsschutzes, Klaus Steinmetz. Auch hier könnte ein Einfallstor für weitere Verfahren bestehen. Ursel Quack hatte bereits im Sommer dieses Jahres vergeblich Auskunft von der Bundesanwaltschaft verlangt, ob gegen sie ein Ermittlungsverfahren läuft. Steinmetz hatte sich zehn Jahre lang bis zu den Vorfällen in Bad Kleinen als Agent des Verfassungsschutzes in linken Zusammenhängen bewegt. Wie in solchen politischen Verfahren üblich soll es nach Meinung des BGH sogenannte konspirative Treffen eines sogenannten "harten Kerns" gegeben habe.

Bisher haben sich aus den unterschiedlichsten politischen Zusammenhängen viele Menschen und politische Gruppen mit Ursel Quack solidarisiert und öffentlich gegen das Ermittlungsverfahren protestiert.(1) Wenn diese Solidarität über die unmittelbare Betroffenheit hinaus Bestand hat - und im Moment deutet einiges darauf hin - könnte verhindert werden, daß hier ein Einfallstor für die Aufmischung von beliebig vielen linken Gruppen und Zusammenhängen geschaffen wird.

Weitere Informationen gibt es bei folgender Kontaktadresse: basis (Büro und Anlaufstelle für Selbstorganisation und soziale Emanzipation), Alte Feuerwache, Landwehrplatz 2 , 66111 Saarbrücken, Tel. 0681/399 990, Fax 341 45. Bitte bei Anfragen nach Informationsmaterial mindestens 5,-DM für Porto und Kopien beilegen.

Aber Achtung: Hier hat Ursel Quack vor ihrer Verhaftung mitgearbeitet und macht es weiterhin .... zwecks Gegenmacht von unten...

Roland Röder

Anmerkung:

1) Ein Aufruf "Auch wir sind die Gegenmacht von unten", der von über 200 Menschen aus dem Saarland unterschrieben worden ist, sollte als bezahlte Anzeige in der "Saarbrücker Zeitung" abgedruckt werden, was diese ohne Begründung ablehnte. Wenige Tage zuvor hatte die gleiche Zeitung noch eine Todesanzeige für

den am 26.10.1944(!) in einem sowjetischen Kriegsgefangenen-Lager gestorbenen Obergefreiten Otto Schmidt abgedruckt. In der Todesanzeige vom 26.10.94 heißt es "Er gab sein Leben für seine Heimat und für sein deutsches Vaterland; nicht für eine multikulturelle Gesellschaft."

31. Tore zur Welt? Kongreß "Migration und Rassismus in europäischen Hafenstädten" in Hamburg

Kongreß "Migration und Rassismus in europäischen Hafenstädten" am 16.-19.2.1995 in Hamburg

Autor: Heiko Möhle · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:18

Was ist heute noch dran am Mythos von der weltoffenen Hafenstadt? Welche Rolle spielen die "Tore zur Welt" im Konzept der Festung Europa? Wie verändert sich die Situation der hier lebenden MigrantInnen vor dem Hintergrund der aktuellen sozio-ökonomischen Krisen und der immer repressiveren staatlichen Einwanderungspolitik? Vor welchen Herausforderungen stehen lokale EinwanderInnen-Communities, Antirassismus-Initiativen und Solidaritätsgruppen angesichts eines zunehmend "europäisierten" Rassismus? Fragen, denen Vertreterinnen von Initiativen aus (mindestens) neun europäischen Hafenstädten auf dem Kongreß "Migration und Rassismus in europäischen Hafenstädten" nachgehen wollen, der im Februar 1995 in der Hamburger Werkstatt 3 stattfindet.

Europas Hafenstädte, einstmals Durchgangspforten transkontinentaler Aus- und Einwanderungen, machen die Schotten dicht. Freie Fahrt für Rohstoffe, aber geschlossene Tore für die Menschen aus der "Dritten Welt", lautet das Credo der harmonisierten Einwanderungspolitik in den Staaten der EU. Der Mythos von der weltoffenen, kosmopolitischen Hafenmetropole hält sich dennoch hartnäckig: Hamburg gilt als "das Tor zur Welt", Marseille, etwas bescheidener, als "la Porte de l'Orient".

Auch in internationalistischen und antirassistischen Kreisen geht das Wissen über Gesellschaft, Politik und Ökonomie der jeweils anderen Länder und Städte selten über Mythen und Klischees hinaus. Während sich staatliche Abschottungspolitik und gesellschaftlicher Rassismus auf europäischer Ebene formieren, schafft es die "Szene" kaum einmal, über den eigenen Tellerrand zu blicken. Der Kongreß "Migration und Rassismus in europäischen Hafenstädten" soll deshalb eine erste Möglichkeit zum Austausch von Informationen und zur Diskussion gemeinsamer Perspektiven bieten. Im Folgenden ein kurzer Aufriß der Problematik.

Vom Tor zur Welt ...

Der Begriff "Tor zur Welt" ist kaum älter als hundert Jahre. Im 19. Jahrhundert entwickelten sich die jungen Nationalstaaten Westeuropas zu Industrienationen. Die moderne Hafenstadt entstand: Stadt, Hafen und Industrie aufs engste miteinander verknüpft und in rasantem Wachstum begriffen. Zwischen 1820 und dem Ersten Weltkrieg verzehnfachte sich beispielsweise Hamburgs Bevölkerung. Doch die industrielle Revolution produzierte soziale und ökonomische Krisen. Über Häfen wie Bremen, Genua oder Bordeaux exportierte Europa seine "soziale Frage" durch große Auswanderungsbewegungen nach Amerika. Im Zeichen einer wachsenden innereuropäischen Konkurrenz begann die Jagd um neue Rohstoff- und Absatzmärkte in Übersee. Hamburg, Marseille, London, Rotterdam wurden zu Knotenpunkten der europäischen Kolonialreiche, die Häfen zu Versorgungstrichtern der boomenden Wirtschaft. Hamburg erhielt den Beinamen "Deutschlands Tor zur Welt" - keineswegs ein Synonym für Weltoffenheit und Völkerfreundschaft, sondern schlichtweg Ausdruck des Expansionsdranges eines imperialistischen Nationalstaates.

Das Wirtschaftswachstum der europäischen Hafenstädte lief zu keiner Zeit ohne die Einwanderung von Arbeitskräften. Im 17. und 18. Jahrhundert waren es Glaubensflüchtlinge - Mennoniten aus den Niederlanden, Hugenotten aus Frankreich, Juden aus Portugal - die in den nordwesteuropäischen Küstenregionen Flußniederungen trockenlegten, Hafenanlagen befestigten und Handelsbeziehungen in die amerikanischen Kolonien knüpften. Das 19. Jahrhundert war geprägt von einem Exodus aus ländlich strukturierten Gebieten in die Städte - das neue Proletariat kam zunächst aus dem unmittelbaren Umland, dann vor allem aus den osteuropäischen Nachbarstaaten. Arbeitskräfte aus Übersee fanden sich in der Blütezeit des europäischen Kolonial-Imperialismus dagegen kaum in den Metropolen. Der Grund: Die europäischen Eliten fürchteten, daß die koloniale Arbeiterschaft mit dem "Bazillus der Arbeiterbewegung" infiziert würde. Erst in den 50er und 60er Jahren unseres Jahrhunderts, als die europäischen Kolonialreiche schon vor dem Zusammenbruch standen, importierte Westeuropa Arbeitskräfte aus seinen Ex- bzw. Nochkolonien. In London bildeten sich die ersten Communities von ArbeitsmigrantInnen aus der Karibik und aus Indien, Marseille wurde Wohnsitz für Menschen

aus den ehemaligen französischen Kolonien in Nordafrika. Deutschland, bereits seit 1918 keine Kolonialmacht mehr, schloß derweil Anwerbeverträge mit den ärmeren Staaten Südeuropas. Auf Hamburgs Werften schufteten zunächst Italiener und Portugiesen, und in der verarbeitenden Industrie lief ab 1965 nichts mehr ohne türkische "Gastarbeiter". Heute leben rund 15 Millionen Menschen in den Staaten der EU, die oder deren Eltern vor allem nach 1945 aus außereuropäischen Ländern eingewandert sind.

... zum Bollwerk

der Festung Europa

Die ökonomische Rezession in den europäischen Industriestaaten, die Wandlungen der Produktionstechnologien und die Veränderungen im System der internationalen Arbeitsteilung haben in den letzten Jahren zu veränderten Migrationsstrukturen geführt. Seit den sogenannten "Anwerbestopps" der 70er Jahre bildeten Flüchtlinge in fast allen westeuropäischen Ländern die größte Gruppe der nichteuropäischen EinwanderInnen. Durch die Einführung des Visumzwangs für die Hauptfluchtländer, Verschärfungen der Einreisebedingungen, weitgehende Abschaffung des Asylrechts sowie militärisch-polizeiliche Erfassung und Überwachung schotten sich die westeuropäischen Staaten gegen diese "unerwünschten" EinwanderInnen ab. Die Hafenstädte Portugals und Andalusiens bilden in der Festung Europa die letzten "Nadelöhre" für illegale EinwanderInnen, auf deren leicht auszubeutende Arbeitskraft spanische Weinbauern, französische Bauunternehmer und deutsche Bordellbesitzer nicht verzichten wollen.

Gleichzeitig verschärfen sich die Lebensbedingungen der in den Metropolen lebenden ImmigrantInnen erheblich. Als altindustrialisierte Gebiete sind die Hafenstädte in besonderer Weise von wirtschaftlichen Strukturveränderungen innerhalb des europäischen Wirtschaftsraumes betroffen. In immer weniger Häfen werden immer mehr Waren umgeschlagen, neue Industriezweige wandern ins Umland ab. Viele Hafenstädte orientieren sich neu. "Rebuilding the European Waterfront" heißt das Zauberwort. Großangelegte Umstrukturierungsprojekte sollen die brachliegenden Industrie- und Hafenflächen an der Wasserkante für moderne Dienstleistungsbetriebe und teures Wohnen erschließen: die Docklands in London, "Euro-Mediterrannée" in Marseille, die Olympia-Stadt in Barcelona. Leidtragende sind marginalisierte Bevölkerungsgruppen, darunter viele eingewanderte BewohnerInnen und Kleingewerbetreibende, die aus den Innenstädten vertrieben werden.

Eine Spaltung der Gesellschaft entlang ethnischer Kriterien ist am augenfälligsten auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten. Neue Formen der Arbeitsmigration und der Ausbeutung von Arbeitskräften sind entstanden, die nur noch wenig mit dem "Gastarbeiter"System der 50er und 60er Jahre gemein haben. Die westeuropäischen Staaten werben unterbezahlte und weitgehend entrechtete Werkvertrags- und Saisonarbeitskräfte aus Osteuropa und aus Nordafrika an, um die sich keine Gewerkschaft kümmert. In illegalen Beschäftigungsverhältnissen sind die Betroffenen gezwungen, in einem Räderwerk aus rechtlicher Unsicherheit, rassistischer und sexistischer Diskriminierung, ökonomischer Ausbeutung und der ständigen Bedrohung durch Gefängnis und Abschiebung zu arbeiten. Aber auch in anderen Lebensbereichen sind MigrantInnen zunehmend von gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen betroffen: im Ausbildungswesen, in der politischen Mitbestimmung, in der Sozial- und Gesundheitsversorgung.

Materielle und gesellschaftliche Krisen bilden fast überall in Europa den Hintergrund für eine neue Welle des Nationalismus und des Rassismus - ein Rassismus, der je nach nationaler Geschichte noch unterschiedliche Ausprägungen aufweist, sich aber zunehmend "europäisiert". Gemeinsam ist den europäischen Rassismen beispielsweise, daß Kategorien von "Rasse" durch die Betonung kultureller Differenzen abgelöst werden und daß sie sich zunehmend gegen MigrantInnen aus den ehemaligen Kolonien wenden. Die großen Hafenstädte, die sich ihres traditionell weltoffenen Charakters rühmen, machen hier keine positive Ausnahme. Im Gegenteil: In London, Rotterdam, Antwerpen und Marseille konnten rechtsextreme und rassistische Parteien überdurchschnittliche Wahlerfolge erzielen; Hamburg ist innerhalb der Bundesrepublik berechtigt für seine rigorose Abschiebepolitik und die ausländerfeindliche Rechtsprechung seiner Gerichte.

Wenn einige Hafenstädte heute besonders stark von rassistischen Entwicklungen geprägt sind, so bilden diese Städte auf der anderen Seite jedoch häufig auch Zentren des antirassistischen Widerstands. Kaum irgendwo findet sich ein vergleichbares Spektrum antirassistischer Initiativen und politisch aktiver MigrantInnen-Selbstorganisationen wie hier.

Zwischen den antirassistischen Bewegungen der verschiedenen Länder gibt es durchaus gravierende Unterschiede hinsichtlich ihrer Entstehungsgeschichte und ihrem politischem Selbstverständnis. So haben die französische und die niederländische Bewegung ihren Ursprung im antifaschistischen Widerstand gegen die deutsche Besatzung. Die britische Bewegung entstand nach dem Zweiten Weltkrieg aus den Kämpfen der von ArbeitsimmigrantInnen aus den ehemaligen Kolonien gebildeten "black communities " und war lange Zeit eng mit der Arbeiterbewegung verbunden. Die deutsche Antirassismus-Szene ist noch sehr jung und heterogen. Sie wird zu nicht geringen Teilen von den Überresten sozialer Bewegungen getragen, für die Rassismus bis vor einigen Jahren allenfalls ein Nebenwiderspruch war. Für alle antirassistischen Bewegungen gilt, daß sie die gesellschaftlichen Konflikte im jeweiligen Nationalstaat zumindest teilweise reproduzieren. Deshalb sind sie keineswegs frei von Brüchen und Spaltungen hinsichtlich politischer Ideologie, Nationalität, Geschlecht, sozialem Status usw. - das zeigt sich bereits im häufig umstrittenen Verhältnis zum Begriff des Antirassismus.

Angesichts des zunehmenden Rassismus erscheint es jedoch immer dringender, daß die im Internationalismus und im Antirassismus aktiven Gruppen sich auseinandersetzen, verständigen und vernetzen. Der Kongreß soll einen ersten Anstoß hierzu geben.

Heiko Möhle

Zu dem Kongreß werden ca. 200 TeilnehmerInnen aus Hamburg, Bremen, London, Marseille, Lissabon, Rostock, Rotterdam, Barcelona und weiteren Hafenstädten erwartet. Rund 30 ReferentInnen aus lokalen initiativen und Forschungsprojekten werden über die Situation in ihren Städten berichten und diskutieren. An der Vorbereitung und Durchführung des Kongresses wirken mit:

Afrikanische Union, Hamburg; AIZAN für Mädchen, Hamburg; Antirassistisches Telefon, Hamburg; Arbeit und Leben Hamburg e.V.; Arbeitskreis Asyl, Hamburg; Associacao cultural e recreativa angolana (ACRA), Lissabon; Campaign against Racism and Fascism (CARF), London; Centre d'Informació per a Treballadors Estrangers (CITE), Barcelona; Centre social La Renaude, Marseille; Dokumentations- og radgivningscenteret omt racediskrimination (DRC), Kopenhagen; Emile Temime, CNRS, Marseille; Fair Play, Kopenhagen; Federación de Colectivos de Immigrantes en Catalunya (FCIC), Barcelona; Gemeinwesenarbeit St. Pauli-Süd e.V. (GWA), Hafengruppe Hamburg; Initiative Bleiberecht, Hamburg; Institut für Migrations- und Rassismusforschung, Hamburg; Institute of Race Relations (IRR), London; Internationales WIR-Zentrum e.V., Hamburg; Michel Peraldi, Université de Toulouse; Mouvement contre le Racisme (MRAP), Marseille; Newham Monitoring Project (NMP), London; Redaktion Off Limits, Hamburg; Refugees Aid Association, Petersburg; Rotterdamse Anti Discriminatie Actie Raad (RADAR), Rotterdam; SOS Racismo, Barcelona; Southall Black Sisters, London (angefragt); Volkshochschule Hamburg-Mitte; WOGE e.V, Hamburg.

Programm des Kongresses, +

Donnerstag,, 16.02.95, +

15.00 - 16.00, Eröffnung,, Begrüßung,, Vorstellung des Programms

16.00 - 18.00, Vortrag: "Weltwirtschaft,, Metropolenentwicklung und Süd-NordMigration" (Lydia Potts,, Oldenburg

19.00 - 21.00, Vortrag: "Stadtgeschichte als Geschichte der Einwanderung: das Beispiel Marseille" (Emile Temime,, Marseille)

ab 21.00, Film im Lichtmeß-Kino: "The truth lies in Rostock"

Freitag,, 17.02.95, +

9.30 - 13.00, Stadtentwicklung,, Migration und Rassismus in europäischen Hafenstädten: Berichte aus Barcelona,, Hamburg,, London,, Petersburg

14.30 - 18.00, Exkursionen,, Hafenrundfahrt,, Workshops: Hamburger Initiativen stellen sich vor.

19.00 - 21.00, Podiumsdiskussion: "Rassismus und Flüchtlingspolitik in den Staaten der EU" (u.a. mit VertreterInnen von SOS Racismo Barcelona,, Campaign against Racism and Fascism,, London.) Moderation: Nadine Gevret,, Redaktion Off Limits

ab 21.00, Konzert in der W3

Samstag,, 18.02.95, +

9.30 - 13.00, Arbeitsgruppen: Flüchtlinge und MigrantInnen

in der Metropolen-Gesellschaft

1. Deregulierung und "ethnische" Spaltungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt., +

2. Immigration,, Stadtentwicklung und Wohnungsmarkt., +

3. Frauen-Forum: Feminisierung der Migration und doppelte Diskriminierung

durch Rassismus und Sexismus, +

4. Rassismus in der Großstadt-Gesellschaft., +

5. Die verlorene Generation? Jugendliche MigrantInnen in der Metropole., +

6. Antirassistische Praxis, +

14.30 - 16.30, Fortsetzung der Arbeitsgruppen

17.00 - 19.00, Workshops: Antirassistische Projekte u. Kampagnen in europäischen Hafenstädten

ab 20.00, Theater "Schaparak" (mit jugendlichen Flüchtlingen),, anschließend Party in der W3

Sonntag,, 19.02.95, +

10.00 - 11.00, Resolution,, Verabredungen für die Zukunft

11.00 - 13.00, Abschluß-Vortrag: "Erfahrungen und Perspektiven antirassistischer Kämpfe in Europa" (Liz Fekete,, Institute of Race Relations,, London)

32. Drahtzaun oder Menschenrechte schützen?

Autor: KM · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:42

Das war knapp! Durch das beherzte Eingreifen der Wormser Stadtverwaltung, der Kriminalpolizei Erbach/Odenwald im stillen Sensbachtal und des Staatsschutzes in Bonn konnte Schlimmeres verhindert werden: Aufruhr und Bürgerkrieg in Worms!

Dieser Eindruck entsteht jedenfalls zwangsläufig, wenn man die staatlichen Reaktionen auf einen Demonstrationsaufruf des Aktionskreises Ziviler Ungehorsam für Asylrecht wertet. Zum Tag der Menschenrechte, dem 10. Dezember, hatte der Aktionskreis zu einer Kundgebung unter dem Motto: "Für das Menschenrecht auf Asyl! Für die Abschaffung der Abschiebehaft!" aufgerufen und zur anschließenden Beteiligung "an der gewaltfreien Entzäunungsaktion der Abschiebehaftanstalt in Worms". Die Aktion verstehe sich "als Aufruf an die Öffentlichkeit, verstärkt der menschenunwürdigen Haft- und Abschiebepraxis entgegenzutreten und als dringender Appell an die politisch Verantwortlichen: Sie müssen dafür Sorge tragen, daß die menschenverachtende und Grundrechte verletzende Abschiebepraxis ein Ende hat".

Die Teilnehmer an der Entzäunung des Abschiebeknasts, hierauf wird mehrfach in dem Aufruf verwiesen, sollten "strikt den Prinzipien der gewaltlosen Aktion zustimmen." Es gehe nicht um eine Gefangenenbefreiung und auch nicht darum, möglichst schnell den ganzen Zaun zu beseitigen. Transparente sollten am Zaun befestigt, Teile des Zaunes abgeschnitten ("normale Drahtschere genügt") und damit deutlich gemacht werden: "Das ist ein Zaun, den wir nicht akzeptieren können - unser Gewissen sagt NEIN zur Abschiebehaft!" Bei etwaigen Festnahmen ("Jede/r sollte unbedingt seinen Personalausweis dabeihaben") dürfe kein Widerstand geleistet werden.

Nicht nur der - von 750 Personen unterschriebene - Aufruf, auch die Träger des Aktionskreises stehen für die absolute Friedfertigkeit des Unternehmens, handelt es sich doch um so gesetzte Persönlichkeiten wie Prof. Dr. Joachim Hirsch, Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr, Klaus Vack u.a.

Gleichwohl antwortete die Stadtverwaltung Worms mit Datum vom 30.11. auf die Demonstrationsanmeldung (die "Entzäunungsaktion" war nicht Teil dieser Anmeldung) mit einem Paket von Verfügungen, das einem Demonstrationsverbot nahekommt. Umzug und Kundgebung dürften wegen des verkaufsoffenen langen Samstags, des Weihnachtsgeschäfts und einer Sammlung des Diakonischen Werks nicht, wie angemeldet, im Stadtzentrum stattfinden: "Ein gleichzeitiges Stattfinden Ihrer Auftaktkundgebung mit 500 Teilnehmern würde wegen der räumlichen Begebenheiten des Obermarktes eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellen". Als Beleg für diese Aussage behauptete die Stadtverwaltung schlicht: Es sei "mit Sicherheit davon auszugehen, daß sich gewalttätige linke autonome Gruppen in großer Zahl beteiligen. Zudem muß auch mit einer großen Zahl von Gegendemonstranten der rechtsextremen Szene gerechnet werden. Die mit Sicherheit zu erwartenden Gewalttätigkeiten beim Zusammentreffen der Gruppen rechtfertigen die Verlegung vom stark frequentierten Obermarkt" zu einem abgelegeneren Platz, wo - das sprach die Stadtverwaltung zwar nicht offen aus - die DemonstrantInnen unter sich bleiben würden. Verlegt werden sollte auch die Abschlußkundgebung, die direkt vor dem Abschiebeknast durchgeführt werden sollte. Nebst der angeblich zu geringen Größe des Platzes werden nochmals "Auseinandersetzungen linker und rechter Gruppen" beschworen, wodurch es "zu einer Eskalation der Gewalt kommen" werde und zu befürchten sei, "daß es auch innerhalb der Anstalt zum Aufstand der Abschiebehäftlinge kommt". Kaffeesatzleserei ist eine seriöse Prognosemethode gegenüber diesem Wildwuchs an Spekulation.

Direkt verboten wurde die Entzäunungsaktion, was einigermaßen unsinnig ist, weil diese Aktion, die außerhalb des Rahmens des Versammlungsrechts stattfindet, gar nicht demonstrationsrechtlich angemeldet worden ist. Ungefragt greift die Stadtverwaltung tief in die Kiste mit Unterstellungen und Drohungen. Aus dem Text des Aufrufs (der oben in zentralen Auszügen zitiert ist), ergebe sich "die konkrete Gefahr, daß im Verlauf der Aktion Straftaten nach den §§ 303 StGB (Sachbeschädigung), 304 StGB (gemeinschädliche Sachbeschädigung), 125 StGB (Landfriedensbruch), 125 a StGB (schwerer Landfriedensbruch), 22 und 120 StGB (versuchte Gefangenenbefreiung) und 111 StGB (öffentliche Aufforderung zu Straftaten) begangen werden sollen".

Konnte man noch annehmen, daß der Autor dieser "Auflagen- und Verbotsverfügung" ein Einzeltäter ist, wurde man am 2.12. eines Schlechteren belehrt. An diesem Tag drang der polizeiliche Staatsschutz Bonn in die Privatwohnung von Martin Singe, dem Koordinator der Aktion "Ziviler Ungehorsam für Asylrechte", ein und beschlagnahmte in dessen Abwesenheit 700 Aktionsaufrufe, die Originalunterschriften der UnterzeichnerInnen, einen Computer, nicht unterschriebene Aufruftexte, Ordner, in denen Aktionsunterlagen gesammelt waren, und weitere Aktionsmaterialien. Zeitgleich wurde auf Beschluß des Amtsgerichts Bonn von der Kriminalpolizei die Wohnung von Klaus Vack, einem weiteren Initiator der Aktion, im Sensbachtal durchsucht. Dort wurden ebenfalls Aktionsaufrufe und -materialien beschlagnahmt.

KM

33. Dem organisierten Neofaschismus entgegentreten. "Wie weiter" mit der Antifa-Bewegung? Eine Antw. aus autonomer Sicht

"Wie weiter" mit der Antifa-Bewegung? - Eine Antwort aus autonomer Sicht

Autor: Rabaz-Red. · Rubrik: Autonome; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:10

Der folgende Artikel erschien in der neuen bayerischen Antifa-Zeitung "Rabaz" (Ausgabe 2/1994), die dem autonomen Antifa-Spektrum nahe steht. Die AutorInnen entwickeln eine Kritik am Organisierungsprozeß der "Antifaschistischen Aktion / Bundesweite Organisation" (AA/BO), einem bundesweiten verbindlichen Zusammenschluß autonomer Antifa-Gruppen (vgl. auch ak 372, S. 9/10). In einigen Städten kam es über die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Spektren zu einer Spaltung der autonomen Antifa-Szene. Unklar ist bis jetzt, ob neben der Kritik an den jeweiligen Organisationsformen auch inhaltliche Differenzen eine Rolle spielen.

ak Redaktion

Unter dem Motto "Dem organisierten Neofaschismus entgegentreten" fand am 20. August 94 eine Demonstration gegen das Schulungszentrum der Jungen Nationaldemokraten (JN) in Nürnberg statt, an der ca. 1200 AntifaschistInnen teilnahmen. Dieses Ereignis war für uns der Anlaß, antifaschistischen Widerstand wieder einmal neu zu thematisieren und kontrovers zu diskutieren. Dabei haben wir natürlich nicht den Anspruch, hier den "einzig wahren antifaschistischen Weg" zu präsentieren. Dies ist auch gar nicht möglich, da alle Formen des Widerstands gleichberechtigt sind und keine "die einzig richtige". Dementsprechend soll dieser Artikel auch nur einen Anstoß zu einer gleichberechtigten Diskussion um ein "Wie weiter - Antifa?" geben.

Zurück zur Ausgangslage. Eine Demonstration, wie sie am 20. August stattfand, halten wir generell für richtig und gut. Keine Frage, 1200 Menschen zeigten ihre antifaschistische Einstellung und trugen diese auf die Straße. Sie taten dies mit der Zielsetzung, sich "gemeinsam und entschlossen faschistischen Aktivitäten entgegenzustellen". Um, wie es die Gruppen der "Antifaschistischen Aktion / Bundesweite Organisation" (AA/BO), die die Demonstration maßgeblich vorbereitet haben, weiter formulieren, "faschistische Organisierung und ihre Auswüchse unmöglich zu machen". Die Form und die Art solcher Aktionen sind nichts Neues. Ähnlich wie bei den vorangegangenen Aktionen dieser Art blieb letztendlich die Frage offen, ob das jetzt schon alles war: Vor Polizeiketten dem organisierten Neofaschismus entgegenzutreten und weg vom JN-Schulungszentrum zu gehen? (Anm. ak: vgl. Kurzbericht in ak 369, S.2)

An dieser Stelle wollen wir dementsprechend erst der Frage nach dem Sinn und der Zielsetzung solcher "Angriffe" gegen faschistische Zentren nachgehen. Des weiteren wollen wir in diesem Artikel die Frage der antifaschistischen Organisierung thematisieren. Ausschlaggebend dafür war für uns nicht zuletzt die Herangehensweise bei der Demonstration gegen das JN-Schulungszentrum in Nürnberg.

Widerstand als

visuelle Inszenierung?

Sogenannte "Angriffe" gegen faschistische Zentren dürfen nicht zu Standbildern oder gar "Eintagsfliegen" einer einzelnen Demonstration verkommen. Es geht nicht um den Versuch, mit einem mehr oder weniger "schwarzen Block" vorneweg an einem Objekt faschistischer Organisierung vorbeizudefilieren. Solche antifaschistischen Aktionen sollten als das bezeichnet werden, was sie tatsächlich sind: Nämlich als Aktionen, die die Aufmerksamkeit einer breiten bürgerlichen Öffentlichkeit auf Orte faschistischer Aktivitäten lenken, um eine Organisierung von Nazis im Verborgenen unmöglich zu machen. Eine weiterreichende Perspektive ist damit noch nicht verbunden.

Das Ausmaß, in dem rechte Entwicklung in der BRD voranschreitet, verdeutlicht die Notwendigkeit für alle Menschen, die nicht schweigen oder sich verstecken wollen, jetzt Position zu beziehen. Dementsprechend

wichtig ist es, nicht bei einer Tagesaktion gegen ein Nazi-Zentrum stehen zu bleiben. Antifaschistische Aktionen sollten vor allem für das "danach" Perspektiven entwickeln. Ein notwendiger nächster Schritt wäre eine breite und konsequente Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, faschistische Ideologien und repressive Gesellschaftsvorstellungen sowie deren Verankerung in der bürgerlichen Gesellschaft aufzuzeigen.

Gerade am Beispiel der NPD und ihrer Jugendorganisation wäre dies möglich gewesen. Warum die VeranstalterInnen der Demonstration bei dieser einen Aktion stehen bleiben und auf eine weiterreichende Kampagne verzichten, bleibt offen. Das Urteil über den NPD-Bundesvorsitzenden Deckert, dem für die Verbreitung der "Auschwitzlüge" von einem deutschen Gericht auch noch ein guter Charakter attestiert wurde, wäre beispielsweise ein Anknüpfungspunkt für eine Kampagne gewesen, um im Bereich der revisionistischen Hetze einzugreifen. Die Verankerung revisionistischer Thesen, die sich bis ins konservative Lager fortsetzt, hätte thematisiert werden können, um bei einer sowieso schon sensibilisierten Öffentlichkeit antifaschistische Inhalte breit zu streuen.

Antifaschismus muß an derartige Vernetzungen heran. Er darf nicht bei einer "Gegen-Stiefel-Nazis-Haltung" stehen bleiben und sich ausschließlich auf die Form von Tagesdemonstrationen gegen die militanten Kader bzw. deren Schulungszentren reduzieren lassen. Sicherlich ist auch diese Arbeit notwendig, jedenfalls, wenn es darum geht, dem Terror faschistischer Kleingruppen auf der Straße entgegenzuwirken. Die gesellschaftlich relevanten Veränderungen finden aber an anderer Stelle statt. Sie sind an den Schnittstellen und den Berührungspunkten des braunen mit dem sogenannten konservativen Lager der "Neuen Rechten" zu suchen. Hier muß antifaschistische Arbeit ansetzen und Gegenstrategien bzw. Utopien entwickeln, wenn sie tatsächlich zum "gesellschaftsrelevanten Faktor", wie von der AA/BO immer wieder so schön formuliert, werden soll.

Die Form und der Ausdruck antifaschistischer Aktion sollten gerade von dem Anspruch her, zum "gesellschaftsrelevanten Faktor" zu werden, auch der Situation angepaßt sein. Sie dienen nicht dem reinen Selbstzweck, sich mediengerecht aufbereitet darzustellen. Die Demonstrationen unter dem Motto "Dem organisierten Neofaschismus entgegentreten" sind eine Kampagne der AA/BO mit dem Inhalt, gegen Zentren von militanten Nazikadern scheinbar offensiv vorzugehen. Dabei wird mit dem Mittel gearbeitet, Bilder zu produzieren. Diese Bilder sind der Funktion unterworfen, unabhängig von konkreten Realitäten und ohne eine tatsächlich gesellschaftlich verankerte Stärke, Fiktionen eines autonomen Mythos zu erzeugen. So schreibt die Autonome Antifa (M) in ihrer Broschüre zur Demonstration am 20. März 93 in Adelebsen: "Politische Inhalte vermitteln sich nicht nur über den Intellekt, sondern auch über Praxis." Diese Praxis wird im selben Absatz auch gleich mitgeliefert: "Menschen denken auch in Bildern und entwickeln sich gleichermaßen über emotionale Prozesse. (...) Auch der schwarze Block gehört dazu." Im Klartext sind das bildliche Fiktionen, mit erlebnispädagogischem Wert gekoppelt, um sich irgendwie revolutionär darzustellen. Die Frage, wie man zum tatsächlich gesellschaftsrelevanten Faktor wird, wird durch diese Showeinlagen sicher nicht beantwortet.

Genauso wie die vorangegangenen Aktionen dieser Art hinterließ auch die Demonstration gegen das Schulungszentrum der Jungen Nationaldemokraten den Eindruck, daß die eigene Organisationsmystik für Medien dargestellt wird. Anders können Vorkommnisse während der Demonstration nicht interpretiert werden. So wurde die Anbringung einer Gedenktafel für einen ermordeten Antifaschisten als Pressefototermin gestaltet. Die Fahne der Antifaschistischen Aktion verschwand dabei genauso schnell, wie die Presse brauchte, sie zu fotografieren. Wo der eigentliche Charakter des Gedenkens an einen ermordeten Antifaschisten zum medialen und spektakulären Ereignis verkommt, bleiben Inhalte und letztendlich auch der gesellschaftsrelevante Faktor vollends auf der visuell inszenierten Strecke. Die Art und Weise solcher Aktionen, wie sie unter dem Motto "Dem organisierten Neofaschismus entgegentreten" praktiziert werden - wobei deren Medienwirksamkeit sowieso zweifelhaft ist - hinterlassen eher einen schalen Nachgeschmack à la "War's das jetzt?" oder "Was war das denn jetzt?", als daß von ihnen relevante gesellschaftsverändernde Anstöße zu erwarten sind. Dies soll natürlich nicht bedeuten, daß Demonstrationen gegen Kader der Stiefelfaschisten sinnlos seien. Dennoch wäre es ein fataler Trugschluß, den eigenen Handlungsrahmen um der scheinbar "spektakulären Aktion" willen zu reduzieren.

Voraussetzungen

für eine Organisierung

der Antifa-Gruppen

An dieser Stelle wollen wir natürlich nicht bei der notwendigen und solidarischen Kritik an einer letztendlich erfolgreichen antifaschistischen Demonstration verharren, um deren Effekte und gesellschaftsrelevante Wirkungen zu thematisieren. Dies wäre reduktionistisch und würde sich "im Kreis um den eigenen Tellerrand drehen". Es geht uns darum, eine breite Diskussion um antifaschistische Perspektiven zu eröffnen. Dabei wollen wir nicht nur das Sprachrohr irgendeines Standpunkts sein. Dieser Artikel soll vielmehr die Möglichkeit zu einem gemeinsamen Diskurs über unsere Utopien und Ziele schaffen. Um möglichst kontrovers und vielseitig verschiedene Standpunkte beleuchten zu können, freuen wir uns natürlich über Stellungnahmen und Zuschriften.

Die Diskussion um ein "Wie weiter mit den antifaschistischen Perspektiven und auf welchem Weg?" ist nicht neu. Sie begleitet die Antifa-Bewegung von je her. Dennoch hat sie sich in jüngster Zeit, seit der Gründung der AA/BO vor ca. zwei Jahren, verändert. Die Erfahrungen mit den Gruppen der AA/BO aus Bayern sind für uns Anlaß, die Diskussion um die Entwicklung eines gesellschaftsrelevanten Faktors aufs neue zu thematisieren. Dabei geht es uns aber nicht um eine "Generalkritik" an der AA/BO. Vielmehr wollen wir für uns nach eigenen Möglichkeiten antifaschistischer Perspektiven im Rahmen einer Organisierung suchen.

Für uns treten dabei einige grundsätzliche Fragestellungen auf, die aus unserer Betrachtung der Antifa-Bewegung resultieren. Das Spektrum antifaschistischer Gruppen ist breit gefächert. Es besteht aus Menschen unterschiedlicher politischer Strömungen, Hautfarben und Geschlechter. Die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen diese arbeiten, sind genauso unterschiedlich wie die Motivationen, sich als AntifaschistInnen zu engagieren. Die Realitäten, in denen sich AntifaschistInnen in den unterschiedlichen Regionen befinden, sind individuell verschieden. Können beispielsweise im Westen langwierige Diskussionen über Faschismustheorien nach dem Motto "Hatte Dimitrov nun recht oder nicht?" geführt werden, sieht der Alltag von AntifaschistInnen im Osten schon ganz anders aus. Hier herrscht oftmals die Situation, daß Menschen, um ihr Leben selbstbestimmt organisieren zu können, gezwungen sind, sich gegen den alltäglichen Terror der "Stiefelnazis" wehren zu müssen. Hinzu kommt eine unterschiedliche Geschichte der "West-" und "Ost-Antifa".

Aus diesen unterschiedlichen Voraussetzungen heraus entstanden und entstehen Schwierigkeiten. Ein Beispiel dafür ist der mangelnde Austausch untereinander, bedingt durch die "Arroganz", mit der "West-Antifas" nur allzu oft "Ost-Antifas" begegnen. Bezeichnend dafür ist, daß sich viele Oststädte bei der Diskussion um einen Organisierungsprozeß relativ schnell ausgeklinkt haben. Daher ist es uns wichtig, genau solche Unterschiedlichkeiten zu erkennen, sie auf der Basis einer gleichberechtigten Diskussion zu berücksichtigen und sie nicht um einer einheitlichen Organisationsmeinung willen auszugrenzen. Wir wollen aus den verschiedenen Herangehensweisen voneinander lernen und Ideen weiterentwickeln, um den Kreis des Antifa-Widerstands zu vergrößern. Wir begreifen die Antifa als Teilbereich einer sich neu bildenden Linken, deren verschiedene Spektren eine unterschiedliche Geschichte haben. Daraus resultiert für uns, daß alte, untaugliche Konzepte und Herangehensweisen, nicht nur in bezug auf eine Organisierung, in Frage gestellt werden.

Vor diesem Hintergrund sollte eine Antifa-Bewegung nicht nur den Faschismus bekämpfen, sondern auch nach Wegen suchen, wie eine bessere Gesellschaft erkämpft werden kann. Von der Analyse der Ausgangslage machen wir auch die weitere Vorgehensweise abhängig. Wir halten eine Organisierung von Antifa-Gruppen für notwendig. Dies verstehen wir jedoch als längeren Prozeß, der sich nur über eine gleichberechtigte Diskussion entwickeln kann. Diese beinhaltet einen Erfahrungsaustausch, in dem sich Menschen vertrauen und kennenlernen, um sich miteinander zu vernetzen. Nur unter diesen Voraussetzungen kann Verbindlichkeit auf einer breiteren Ebene entstehen.

AA/BO als verfrühter Organisierungsversuch?

Die Antifa-Bewegung steht erst am Anfang eines solchen Prozesses. Dementsprechend halten wir die Frage, ob sich eine unabhängige Antifa-Bewegung nun besser als "bundesweite Organisation" zusammenschließt, momentan für nicht relevant und von der Zielrichtung her eher für kontraproduktiv. Sie ist vorschnell inszeniert und schließt die Entwicklung breitgefächerter Herangehensweisen und Ansätze aus. Das Resultat ist letztendlich ein Zusammenschluß einer bestimmten Szene, die sich selbst auf den eingeengten Rahmen einer weitgehend identischen Meinung reduziert. Nonkonform zur Organisationsmeinung stehende Positionen werden außen vor gelassen. Die Folge liegt auf der Hand: Eine Abgrenzung und Funktionalisierung anderer

zum "Wohl der eigenen Organisation" entsteht. Die Organisationsmeinung wird auf Biegen und Brechen nach außen getragen. Für BündnispartnerInnen wird sie als non plus ultra propagiert, nach dem man sich zu richten hat. Eine gemeinsame und gleichberechtigte Diskussion über die Zielrichtung und Herangehensweise bei antifaschistischen Aktivitäten ist dementsprechend nicht möglich bzw. gar nicht erwünscht. An diesem Punkt hapert der Anspruch der AA/BO.

In der Theorie formulierte Herangehensweisen, wie "Die Entwicklung politischer Konzepte kann und darf nicht isoliert vollzogen werden, es ist vielmehr absolut notwendig, daß in solch einen Prozeß die unterschiedlichen Erfahrungen einfließen. Dies können sowohl regionale als auch politische Erfahrungen sein", werden in der praktischen Umsetzung dem Dekret, die scheinbar bestimmende Kraft der Antifa-Bewegung sein zu wollen, unterworfen und ignoriert. Daß der Anspruch, Konzepte nicht isoliert zu entwickeln, richtig ist, steht zweifellos fest. Er kann aber nur Bestand haben, wenn er ehrlich gemeint ist. Das heißt, daß Konzepte eben nicht isoliert entwickelt werden dürfen, um sie BündnispartnerInnen höchstens zur Unterstützung zu präsentieren, ohne sie aber diskutieren zu wollen. Bei einer solchen Vorgehensweise wird die Stärke einer linken Diskussionskultur ad absurdum geführt, die über die Einbeziehung einer breiten Meinungsvielfalt versucht, zu einem Konsens zu kommen.

Die Folge ist, daß über die Funktionalisierung anderer die eigene Isolation vorangetrieben wird. Daß dieser Effekt in der Natur einer Organisation steht, die davon ausgeht, daß sich bei ihr in der Zukunft "(...) Menschen mit unterschiedlichstem politischen Werdegang, weitestgehend unabhängig von starren ideologischen Konzepten, zusammengefunden haben und finden werden", liegt auf der Hand. Da diesem Organisationsmodell die Überlegung zugrunde liegt, erst einen Rahmen zu schaffen, unter den sich andere einordnen können und nicht umgekehrt die Vorstellung, einen von vielen gemeinsam getragenen Rahmen zu entwickeln, sind Profilierungsansätze gegenüber anderen die logische Konsequenz und behindern eine inhaltlich breit getragene Zusammenarbeit.

Verbindliche Strukturen, im Rahmen einer Organisierung, an der "viele" teilhaben können, müssen langsam und von unten wachsen. Wichtig ist uns dabei, die Dominanz von weißen deutschen Männern, die die Diskussion um einen Organisierungsprozeß nach wie vor bestimmen, zu durchbrechen und mit den Menschen und Gruppen, die hauptsächlich das Ziel faschistischen Terrors sind, in eine Auseinandersetzung zu kommen. Dies kann nicht durch die Schaffung einer übergeordneten Struktur, in Form einer bundesweiten Organisation, von oben herab aufgesetzt werden.

Bundesweite Organisierung "von unten"

Daher halten wir es zum momentanen Zeitpunkt für richtig, einen langsamen Organisierungsprozeß im Rahmen der bisher drei Mal veranstalteten bundesweiten Antifa-Treffen anzugehen. Die Teilnahme daran ist nicht an einen formell eng ausgelegten Mitgliedsstatus gebunden. Damit ist für eine Vielzahl von Gruppen und Einzelpersonen ein offener Zugang gegeben. Die Möglichkeit einer breit angelegten Diskussion ist somit gewährleistet. Gerade diese Ausgangslage ermöglicht es einer unabhängigen Antifa-Bewegung zum einen, sich selber besser kennen und verstehen zu lernen.

Zum anderen besteht dadurch die Möglichkeit, besser zusammenzuarbeiten und mehr Menschen, die antifaschistischen Widerstand leisten wollen, den Zugang zu erleichtern. Die Situation, in der sich die "Anderen" befinden, kann somit erkannt werden. Verschiedene Herangehensweisen, die sich aus unterschiedlichen Ausgangslagen ergeben, können über gegenseitige Akzeptanz gleichberechtigt nebeneinanderstehen, ohne sich auszuschließen. Die Voraussetzung, den Grundstein für eine breite antifaschistische Bewegung zu legen, ist damit geschaffen.

Die bundesweiten Treffen sind bisher darauf angelegt, einen Erfahrungsaustausch an konkreten Diskussionspunkten zu ermöglichen, von denen die teilnehmenden Gruppen einen praktischen Nutzen mit nach Hause nehmen können. Es werden thematisch bezogene Arbeitsgruppen und Workshops veranstaltet. So geht es u.a. darum, sich mit der "Neuen Rechten" auseinanderzusetzen, da sich der Schwerpunkt antifaschistischer Arbeit in Zukunft in diese Richtung verschieben wird. In diesem Zusammenhang findet zu den Osteuropa-Bestrebungen der Nazis eine extra Arbeitsgruppe statt. Des weiteren gibt es einen Erfahrungsaustausch darüber, wie antifaschistische Arbeit mit Jugendlichen möglich sein kann und wie eine

Vernetzung in den Regionen vor Ort organisiert werden kann. Weitere Arbeitsgruppen finden zur Antifa-Recherche und zu Frauen in der Nazi-Szene statt.

Dabei ist es erstrebenswert, aus den Diskussionsergebnissen der Arbeitsgruppen konkrete Vorgehensweisen und Perspektiven gemeinsam zu entwickeln. So würde es sich etwa anbieten, Vorträge und Broschüren zu erarbeiten, um Inhalte in dokumentierter und schriftlicher Form breit weiterzuvermitteln. Es könnten gemeinsame Kampagnen mit bundesweiter Mobilisierung entwickelt werden.

Als die wichtigste Zielrichtung, die an ein bundesweites Treffen geknüpft ist, betrachten wir die Unterstützung einer Basisarbeit "von unten". Den einzelnen lokalen und regionalen Gruppen sollte damit in ihrer alltäglichen Arbeit eine Hilfestellung gegeben werden. Dabei soll aber kein falscher Eindruck entstehen und Erwartungen geweckt werden, die noch nicht erfüllt werden können. Die Hauptarbeit wird natürlich von den Gruppen vor Ort geleistet. Eine unabhängige Antifa-Bewegung steht noch auf zu schwachen Beinen, als daß sie diese Situation durch vollmundige Worte und einen inszenierten Mythos kaschieren könnte. Erst wenn unsere Inhalte und Strukturen gefestigt sind, kann sich dieser Zustand ändern. Dies setzt aber die Mitarbeit, die Ideen und die Utopien von vielen voraus. Im diesem Sinne: Organisiert die antifaschistische Selbsthilfe!

Mit antifaschistischen Grüßen

Die Rabaz-Redaktion

Anmerkung zum Text:

Bei der Erstellung und Diskussion dieses Artikels war es unser Hauptanliegen, einen Organisierungsprozeß zu thematisieren. Der Inhalt dieses Artikels ist von uns kontrovers diskutiert worden, dabei sind durchaus unterschiedliche Positionen aufgetreten. Dennoch haben wir uns dazu entschlossen, ihn in dieser Form abzudrucken. Wir sind uns sehr wohl bewußt, daß manche gegenüber der AA/BO formulierte Positionen so nicht zu pauschalisieren bzw. auch zugespitzt sind. Da der Text aus der Situation und den Erfahrungen in Bayern heraus entstanden ist und die AA/BO sich bewußt auch als bundesweite Organisation definiert, ist die Kritik dennoch an die gesamte AA/BO gerichtet. Der Text soll vor allem dazu dienen, eine gemeinsame Diskussion um ein "Wie weiter" zu ermöglichen, gerade in Bayern.

Bezugsadresse "Rabaz": c/o Radio Z, Hintere Ledergasse 10, 90403 Nürnberg. Erscheint 3 - 4 mal pro Jahr. Preis 4.- (+ 1.- Solibeitrag), Abo 25.- für 5 Nummern (+ Versandkosten).

34. Richter Orlet aus Mannheim spricht wieder Recht

Autor: Antirassistisches Telefon · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:20

Die 6. Kammer des Landgerichts Mannheim, die im Sommer mit einem unsäglichen Urteil gegen (?) den NPD-Vorsitzenden Günther Deckert für weltweites Aufsehen sorgte, ist wieder komplett. Richter Orlet, der Verfasser der schriftlichen Urteilsbegründung trat, nachdem er sich im Sommer zunächst einmal krankgemeldet hatte, am 14. November wieder zum Dienst an. Auf dem Terminkalender seiner Kammer steht bereits der nächste Fall einer Anklage wegen Auschwitzleugnung.

Zweihundert Demonstrantinnen und Demonstranten protestierten am 14. November vor dem Landgericht gegen den Wiederantritt Orlets. Der Bundesverband Jüdischer Studenten hatte in Zusammenarbeit mit dem Antirassistischen Telefon Mannheim eine Kundgebung organisiert, auf der unter anderem Michael Friedman vom Zentralrat der Juden in Deutschland auftrat. Zur Kundgebung aufgerufen hatten u.a. jüdische Gemeinden, Grüne und Jungsozialisten. Wir dokumentieren ein aus diesem Anlaß vom Antifaschistinnen und Antifaschisten verteiltes Flugblatt.

(...)

In der rechtsextremen Szene wurde das Urteil inzwischen als Renner vermarktet, denn es ist eine offene Sympathieerklärung für den notorischen Auschwitzleugner und NPD-Vorsitzenden Günther Deckert.

- Fast wie eine Honoratioren-Ehrung liest sich schon der in der Einleitung gezeichnete Lebensweg des Neonazis: braver "Familienvater" und "beliebter Studienrat", politisch verfolgt und in Schulden "hineingeraten".

- Über 27 Seiten weg, erst in englisch dann in deutsch, werden die aberwitzigen Behauptungen des "Hinrichtungsexperten" Leuchter zitiert, der die Existenz der Gaskammern in Auschwitz - angeblich wissenschaftlich - bestreitet, und den Deckert als Referent übersetzt und begeistert kommentiert.

- Hilfreich für Neonazis ist auch die richterlichen Anleitung, wie antisemitische Propaganda auch ohne Gefahr der Strafverfolgung zu verbreiten sei. Statt der plumpen Leugnung der Gaskammermorde "hätte zur Verfolgung des von ihm angestrebten Zweckes völlig ausgereicht, auf die lange, seit der nationalsozialistischen Judenverfolgung verstrichene Zeit, den Umfang der bereits erbrachten deutschen Sühneleistungen..." zu verweisen.

- Selbst der Schönheitsfehler der Verurteilung wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß ist für Deckert kein Grund zur Zurückhaltung, kann er sich doch seither für einen "Märtyrer für Forschungs-, Meinungs- und Redefreiheit" ausgeben. Die Freiheitsstrafe von einem Jahr wurde zur Bewährung ausgesetzt.

- Den krönenden Abschluß bildet denn die Begründung für diese "Rechtswohltat", die eigentlich einem moralischen Freispruch gleichkommt. Der bundesweit berüchtigte rassistische Einpeitscher Deckert wird darin als harmloser Ersttäter dargestellt, "charakterstark", "verantwortungsbewußt", eine "Persönlichkeit mit klaren Grundsätzen" - auch die Mörder von Auschwitz hatten klare Grundsätze. "Einem so gearteten Manne glaubt die Kammer das Bekenntnis zur Rechtstreue, (...) und hat daher kein Bedenken, ihm eine günstige Sozialprognose zu stellen."

Als im Sommer die öffentliche Kritik an der Urteilsbegründung nicht abflauen wollte, traten die verantwortlichen Richter nicht etwa zurück, sondern meldeten sich krank, wie üblich nach einem schweren "Betriebsunfall" - so der Beschwichtigungsversuch von Landgerichtspräsident Weber. Dr. Müller zog sich auf mißverstandene "Formulierungen" zurück, während Dr. Orlet in Fernseh- und Presseinterviews kumpelhaftes Verständnis für Deckert äußerte und ausdrücklich nur seine Schreibfehler bedauerte.

Orlet, der im Urteil die Wirklichkeit des Holocaust nur als "historische These" bezeichnet, die als "gesichert gilt" - mithin fraglich sei -, hält dem notorischen Auschwitzleugner strafmildernd "die Tatsache" zu gute, "daß Deutschland auch heute noch, rund fünfzig Jahre nach Kriegsende, weitreichenden Ansprüchen politischer, moralischer und finanzieller Art aus der Judenverfolgung ausgesetzt ist".

Die schäbige Gesinnung, - es sei genug bezahlt, und es müsse endlich Schluß sein mit der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit - entwürdigt die Millionen Opfer des Faschismus und will sie endgültig auch aus der

Erinnerung tilgen. Ein solcherart modernisierter Antisemitismus kommt aus der Mitte der Gesellschaft. Auf diesem Hintergrund können sich Richter offensichtlich trauen, ein solches Urteil zu formulieren.

Es kommt nicht von ungefähr, daß Richter politische und moralische Ansprüche aus der NS-Vergangenheit als lästig empfinden. Gerade in der Justiz hat das Verschweigen ihrer eigenen Rolle im Unrechtsstaat System. Nicht ein einziger NS-Richter wurde wegen noch so grausamer Unrechtsurteile bestraft. Im Gegenteil, viele machten Karriere. Auch der aus Mannheim stammende Hans Filbinger, der als Marinerichter noch 1945 an Todesurteilen beteiligt war, meinte selbst nach seinem erzwungenen Rücktritt vom Ministerpräsidentenposten völlig uneinsichtig: "Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein".

Die Abwehr jeglicher Kritik an der Justiz durch den Verweis auf die "richterliche Unabhängigkeit" versucht krampfhaft, die Fassade von einem völlig unpolitischen Dienst am Recht aufrecht zu erhalten. Dem Richterstand soll damit der angeschlagene Heiligenschein der "Unfehlbarkeit" wieder zurechtgerückt werden. Dies hat allerdings oft den Beigeschmack von politischer Selbstgerechtigkeit und Selbstentlastung.

"Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen", so steht es im Grundgesetz Art.97. Sie sind nicht einfach ab- oder versetzbar, wenn das Urteil nicht opportun ist. Richterliche Unabhängigkeit ist dabei nicht als Privileg der Richter gedacht, sondern um die Rechtsprechung vor äußerem Druck frei zu halten.

Als Konsequenz aus den grauenvollen Erfahrungen mit der NS-Justiz, die in weiten Teilen nicht auf Druck sondern aus eigenem politischem Wollen den Nazischergen willfährig war, wurde im Grundgesetz und in den Landesverfassungen ein weiteres Instrument zum Schutz der Unbeeinflußbarkeit der gerichtlichen Entscheidung verankert: die Richteranklage (Artikel 98 GG und Artikel 66 b der baden-württembergischen Landesverfassung). Sie bestimmt, daß ein Richter auf Antrag des Parlaments und durch Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abgesetzt oder versetzt werden kann, wenn er "im Amt oder außerhalb des Amtes gegen die Grundsätze des Grundgesetzes oder gegen die verfassungsmäßige Ordnung eines Landes verstößt". Richter, die ihre Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit gegen die Demokratie mißbrauchen, können also sehr wohl abgesetzt werden.

Diese Sanktion wurde gerade im Blick auf die Nazirichter, die 1945 entlassen worden waren und schnell mit weißgewaschenen Westen wieder (überaus erfolgreich) in die Ämter drängten, in den Verfassungen verankert. Tatsächlich aber ist bisher das Instrument der Richteranklage noch nie angewandt worden und wird auch heute in der Diskussion verdrängt und vergessen. Trotz starker Sprüche über erforderliche Konsequenzen hat kein Politiker das naheliegende Mittel ergriffen und im Landtag eine Richteranklage eingebracht.

Doch selbst angesichts der jüngsten Erfahrungen wird auch von nicht konservativer Seite oft davor gewarnt, jetzt aus Empörung über das Deckert-Urteil ja keinen Präzedenzfall zu schaffen, der letztlich nur gegen "links" benutzt werde, - eine altbekannte Übung. Doch alles, was jetzt durchgeht, schafft ebenso Tatsachen. So hielt es der bekannte NS-Staatsrechtler und spätere führende Grundgesetzkommentator Theodor Maunz noch für nötig, ein Doppelleben zu führen. Seine fortbestehenden Beziehungen zur rechtsradikalen Szene kamen erst nach seinem Tod vor einem Jahr heraus, er hatte unter Pseudonym in der "Deutschen Nationalzeitung" geschrieben. Richter Orlet schreibt zwar nicht direkt für die faschistische Presse, die Nazis treiben dafür schwunghaften Handel mit seiner Urteilsbegründung und Orlet ist ausdrücklich von der "sehr ausführlichen und korrekten" Berichterstattung der "Nationalzeitung" angetan. Das ist eine Arbeitsteilung, die sogar besser geeignet erscheint, den Ansichten Deckerts und seiner Gesinnungskameraden Ansehen und Achtbarkeit zu verschaffen.

Wir bleiben dabei: Dieser Richter ist und bleibt untragbar. Das Urteil des Landgerichts ist eine Entwürdigung der Opfer des Faschismus.

Antirassistisches Telefon

35. Justiz gegen Nazi-Kader

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:33

Es scheint, als würde die Luft dünn für verschiedene Nazikader. So jedenfalls der erste Eindruck, den die verschiedenen Meldungen über Prozesse und Urteile hinterlassen. Doch Anklageschriften und erstinstanzliche Urteile sind bekanntlich weit entfernt von dem letztendlichen Ausgang eines Verfahrens: Berufung, Revision und Prozeßverschleppung sind gerade bei Prozessen gegen Neonazis beliebte und bewährte Instrumente, die Mühlen der Justiz nahezu zum Stillstand zu bringen. So ist auch in den jetzt anstehenden Fällen wohl eher Skepsis angebracht, was die Entschlossenheit der Justiz anbelangt.

Urteile gegen Christian Worch

Gleich zweimal wurde Christian Worch in den letzten Wochen verurteilt. Das erste Mal vom Landgericht Hamburg, weil er 1983/84 gegen Bewährungsauflagen verstoßen hatte, als er vorzeitig aus der Haft entlassen worden war. Gegen das Urteil - eine Geldstrafe in Höhe von 2.000 DM - will Worch in Revision gehen. Ebenfalls Revision einlegen will Worch gegen das Urteil des Landgerichts Frankfurt, das ihn wegen Fortführung einer verbotenen Vereinigung zu zwei Jahren ohne Bewährung verurteilt hat. Hier wurde Worch für schuldig befunden, die verbotene "Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS) des Michael Kühnen unter dem Namen "Die Neue Front" fortgeführt zu haben. Die ANS war Ende 1983 verboten worden, Kühnen nach seiner Flucht nach Frankreich 1984 an die BRD ausgeliefert worden. Er war verantwortlicher Schriftführer der "Neuen Front", in der die ANS-Mitglieder weiter zusammengearbeitet hatten. Vergeblich hatte Worch in diesem Prozeß versucht, mit einer Flut von Beweisanträgen und Anhörung von 120 Zeugen das Verfahren zu verschleppen. Auch die Staatsanwaltschaft hatte Revision gegen das Urteil eingelegt, das erheblich unter den geforderten drei Jahren und sechs Monaten geblieben war.

Stuttgarter Prozeß wird erneut eröffnet

Nach dem vor allem die Taktik des Nazi-Pflichtverteidigers Jürgen Rieger den sogenannten Stuttgarter "Bewegungsprozeß" im Mai 1994 nach über drei Jahren Verhandlungsdauer wegen der Erkrankung einer Schöffin zum Platzen gebracht hatte, wird dieser bislang aufwendigste Prozeß gegen Neonazis "so bald wie möglich" vor der Stuttgarter Staatsschutzkammer erneut aufgerollt werden. Nicht mehr dabei: Jürgen Rieger, Pflichtverteidiger des Angeklagten - und ehemaligen Kühnen-Kontrahenten - Jürgen Mosler. Rieger wurde Ende November vom Stuttgarter Landgericht wegen "Prozeßsabotage" vom Prozeß ausgeschlossen. Dieser Prozeß richtete sich ursprünglich gegen 21 Angeklagte, die ebenfalls - wie Worch - die ANS/NA des Michael Kühnen fortgeführt haben sollen. Daß es insgesamt zu zwei getrennten Prozessen gekommen ist, liegt daran, daß im Stuttgarter Verfahren der kühnenfeindliche Nazi-Flügel vor Gericht steht. Nunmehr vor Gericht stehen nur noch zehn Angeklagte: Neben Jürgen Mosler sind dies Christian Malcoci, Michael Swierczek (Nationale Offensive), Willi Wegener (Hamburg; wird beschuldigt, Mitverfasser von Terroranleitungen zu sein), Bela Ewald Althans (siehe unten), Alois Hogh, Gerald Menhorn, Andreas Rossiar, Falco Schüssler und Christiane Mader.

Friedhelm Busse

Das Verfahren gegen Friedhelm Busse, Bundesvorsitzender der FAP, war 1993 von oben genannten Prozeß abgetrennt worden. Busse selbst wurde zu 20 Monaten auf Bewährung verurteilt. Als FAP-Vorsitzender muß Busse sich derzeit mit dem drohenden Verbot dieser Nazi-Partei befassen. Erst vor wenigen Wochen, als sich in Stuttgart ca. 100 Nazis zu einer Versammlung treffen wollten, die polizeilich verhindert wurde, war Busse erneut festgenommen worden: In seinem Auto wurden mehrere Dutzend Exemplare von Hitlers "Mein Kampf" beschlagnahmt, was zu einer erneuten Verurteilung führen müßte.

Busse ist Verurteilungen gewohnt: 1953 wurde er als Angehöriger des rechtsradikalen "Bund Deutscher Jugend" wegen Amtsanmaßung und Freiheitsberaubung (begangen an FDJ-Mitgliedern, die zu den Weltjugendfestspielen nach Berlin/DDR reisen wollten) verurteilt; als Mitglied der "Deutschen Reichspartei" wurde er 1963 wegen eines Sprengstoffanschlags in Südtirol verurteilt; 1980 folgte eine Verurteilung wegen Volksverhetzung. Die von ihm gegründete "Volkssozialistische Bewegung Deutschlands" (VSBD) wird 1982 verboten; wegen Hehlerei und Strafvereitelung wird Busse zu drei Jahren Haft verurteilt. Der Prozeß bezog

sich auf eine Schießerei 1981 in München, als fünf Neonazis von Busses Haus aus zu einem Bankraub aufbrechen und Kurt Wolfgram sowie Nikolaus Uhl bei einer Schießerei mit der Polizei ums Leben kommen.

Althans die erste, zweite und dritte

Gleich dreimal muß sich Bela Ewald Althans vor Gericht verantworten. Neben der Wiederaufnahme des Stuttgarter Verfahrens ist er derzeit in München vor dem Landgericht angeklagt wegen Leugnung des Holocausts und Mißbrauchs von Urheberrechten. In diesem Verfahren bemüht sich Althans, seinen "Ausstieg aus der Naziszene" glaubhaft zu machen. Die Verhandlungstermine dienen der Nazi-Szene als Treffpunkt, da die inkriminierten Videos, die Althans von seinem Münchner Büro aus vertrieben hatte, abgespielt werden.

Demnächst eröffnet wird in Berlin ein dritter Prozeß gegen Althans wegen seiner Äußerungen in dem umstrittenen Film "Beruf Neonazi" von W. Bonengel, der im letzten Jahr heftig diskutiert worden war. Ohne distanzierenden Kommentar kann Althans in diesem Film seinen Nazi-Dreck verbreiten.

Der Prozeß gegen Stefan Jahnel, der im Münchner Prozeß ursprünglich gemeinsam mit Althans angeklagt worden war, wurde abgetrennt. Jahnel, Aktivist der verbotenen "Nationalen Offensive", hatte in Althans Münchner Büro die Adressenverwaltung per Computer organisiert und wurde zu einer Bewährungsstrafe von vier Monaten und 500 DM Strafe verurteilt.

Prozeß gegen Auschwitz- Leugner Germar Rudolf

Wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Beleidigung steht vor der 17. Strafkammer des Stuttgarter Landgerichts der Diplom-Chemiker Germar Rudolf. Rudolf ist ehemaliger Redakteur der "Jungen Freiheit" und ehemaliger Funktionär des "Republikanischen Hochschulbundes". Er hatte 1991 ein sogenanntes "Gutachten über die Bildung und Nachweisbarkeit von Cyanidverbindungen in den ‚Gaskammern` von Auschwitz" veröffentlicht, das seitdem in verschiedenen Fassungen vertrieben wird und zur Unterstützung des "Leuchter-Reports" dienen soll. Insbesondere die dritte Auflage von 1992, erheblich erweitert und mit einem Vorwort des nach Spanien geflohenen Nazis Otto Ernst Remer versehen, ist Gegenstand des Prozesses. Speziell mit dieser Auflage will Rudolf nichts zu tun haben. Dabei hatte Rudolf sein Gutachten explizit zur Unterstützung des Angeklagten Remer im Auftrag von dessen Anwalt Hajo Herrmann erstellt.

Germar Rudolf ist im übrigen auch Autor eines neuen Buches im Tübinger rechtsradikalen und revisionistischen Grabert-Verlag, das auf 400 Seiten erneut angebliche Beweise für den Nazi-Revisionismus, d.h. die Leugnung der NS-Verbrechen aufführt. Neben Rudolf schreiben in diesem Machwerk u.a. Robert Faurisson, Udo Walendy (Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung, Vlotho), Friedrich Paul Berg (vom amerikanischen Revisionismus-Magazin "Journal of historical Review") und weitere in diesem Zusammenhang bekannte Autoren. Herausgeber des Bandes ist ein angeblicher Ernst Gauss; nach Vermutungen des SPD-Pressedienstes "blick nach rechts" könnte sich hinter diesem Pseudonym durchaus Germar Rudolf verbergen.

ES, Hamburg

36. Frey lügt - oder weiß er es nicht besser?

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; DVU (Deutsche Volks-Union) · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:34

Gerhard Frey, Vorsitzender der Deutschen Volksunion und Verleger der einflußreichsten Neonazi-Blätter "Deutsche Nationalzeitung" und "Deutsche Wochenzeitung" ist in der Öffentlichkeit der wohl wichtigste Vertreter des Versuchs, durch ständige neue "sensationelle Enthüllungen" dem Nazi-Revisionismus Gehör zu verschaffen.

Dabei ist Frey in seinen eigenen Blättern durchaus vorsichtig, nicht selbst bei strafbaren Äußerungen erwischt zu werden. Er beschränkt sich darauf, bestimmte revisionistische Veröffentlichungen anzuführen oder Widersprüche in der antifaschistischen Literatur genüßlich auseinanderzunehmen.

Es ist vor allem immer wieder das eine Foto, das in der Frey-Presse als Beleg für eine "vor Haß auf das eigene Volk kranke Meinungsindustrie" (DWZ, 25.11.94) präsentiert wird. Ein Original dieses Fotos - so die DWZ beispielsweise am 25.11.94 - sei nicht aufzutreiben. "Als Quelle wird meist das (kommunistisch-polnische) ‚Zydowski Institut Historycny` genannt". Auch die Datierung des Fotos gehe in der antideutschen Literatur völlig durcheinander. So seien Begebenheiten von 1940 bis 1944 genannt worden, anläßlich derer das Foto aufgenommen worden sei; der abgebildete Junge sei - so die Literatur - nach Treblinka oder Auschwitz ins Gas getrieben worden, sofort erschossen worden oder lebe, mal in England, mal als HNO-Arzt in USA.

Was Frey aber verschweigt und was mittlerweile nur noch als bewußte Lüge zu bewerten ist, ist die Tatsache, daß die Herkunft des Fotos alles andere als ungeklärt ist. Daß Frey diese Herkunft nicht nennt, ist symptomatisch für seine Presse, handelt es sich bei diesem Foto doch eindeutig um ein Nazi-Dokument. Es gehört nämlich zu den Fotos des sogenannten Stroop-Berichts. Dieser Bericht wurde nach der Vernichtung des Warschauer Ghettos auf Anregung des Oberbefehlshabers der SS und Polizei in Krakau, Krüger, in dreifacher Ausfertigung angefertigt und umfaßt 31 Abschriften detaillierter Meldungen, die der Leiter der "Aktion", der SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei, Jürgen Stroop, an Krüger täglich meldete. Als Vorwort des Berichts, der den Titel trägt: "Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr" dient eine Schilderung Stroops über die "Aktion" sowie eine Liste der toten (16) und verwundeten (85) Nazi-Einsatzkräfte. Im Anhang des Berichts befinden sich 54 Fotos, davon 39 mit Bildunterschriften in Sütterlinschrift. Unter diesen Fotos befindet sich auch das, dessen Authentizität von Frey bezweifelt wird. Als Bildunterschrift ist zu lesen: "Mit Gewalt aus Bunkern hervorgeholt". Empfänger des Berichtes waren Krüger und Himmmler; ein Exemplar verblieb bei Stroop.

Ein Negativ des Fotos scheint nicht zu existieren; das vorhandene Exemplar des Stroop-Berichts ist vermutlich dasjenige, das an Heinrich Himmler ging. Es wurde von amerikanischen Soldaten aufgefunden und in diverse Prozesse als Dokument eingebracht, so u.a. in das Nürnberger Internationale Militärtribunal 1946 und das amerikanische Militärtribunal 1947 (ebenfalls in Nürnberg). 1948 hat Jürgen Stroop in Polen selbst die Existenz dieses Berichts bestätigt; sein Adjutant Kaleske hat 1946 in Wiesbaden die Entstehung des Berichts geschildert. 1948 wurde das Dokument anläßlich des Stroop-Prozesses nach Warschau überstellt, wo es 1951 in den Prozeß eingeführt wurde und wo es heute noch ist. Auf deutsch gab es im übrigen mindestens zwei faksimilierte Ausgaben des Dokuments, sodaß Frey sich auf keinen Fall auf Nichtwissen herausreden kann, zumal er selbst sich und seine Zeitungen als profunde Kenner der Dokumente herausstellt. Von einer "kommunistisch-polnischen" Quelle, wie in der DWZ zu lesen war, kann jedenfalls keine Rede sein.

Es ist in jedem Fall davon auszugehen, daß dieses Bild authentisch ist in dem Sinne, daß Nazis es selbst als Dokument verwendet haben. Ein hineinretuschierter Soldat, wie von manchen Revisionisten behauptet wird (wegen einer angeblich unnatürlichen Fußstellung), wäre dementsprechend entweder schon von den Nazis verursacht worden, oder von den amerikanischen Besatzungsbehörden, oder - mit deren Einwilligung - von den polnischen Behörden. So absurd eine derartige Verschwörungstheorie auch ist, Frey selbst weitet sie sogar noch auf die "SED- ‚Justiz` Ulbrichts" aus: Immerhin ist 1969 ein Joseph Bötsch in der DDR als der Soldat auf diesem Foto verurteilt und als Kriegsverbrecher hingerichtet worden. Darüber hinaus ist für die Datierung des Fotos selbst als spätestes Datum der Mai 1943 in Warschau anzunehmen. Daß Stroop bei der Bebilderung des Berichts auf Fotos zurückgegriffen hat, die aus anderen Situationen stammen, ist zwar

unwahrscheinlich, aber nicht völlig auszuschließen; hier wären die Prozeßakten aus dem Bötsch-Prozeß beizuziehen.

Tatsächlich gibt es einen allerdings sehr menschlichen Grund, selbst solche Dokumente des Terrors sehr genau zu analysieren. Es geht dabei darum, die vielen Opfer des Holocaust der Namenlosigkeit zu entreißen und wieder zu Menschen zu machen, an die wir uns erinnern und um die wir trauern können. In diesem Sinne sind die Versuche zu sehen, dem Kind auf dem Foto einen Namen zu geben. Im Verlauf dieser Arbeit kann es dann durchaus zu Mehrdeutigkeiten kommen, zu falschen Schlüssen, zu enttäuschten Hoffnungen. So sind die Mutmaßungen zu erklären, die in dem Kind mal einen nach England entkommenen Juden, mal einen New Yorker Hals-Nase-Ohren-Arzt zu sehen meinen. Es bedarf schon der geistigen Blindheit eines Nazis, Geschichtsrevisionisten und notorischen Faschismus-Verherrlichers wie Gerhard Frey, darüber das Fotodokument selbst in Frage zu stellen.

Als zweites Dauerthema reitet Frey seit Monaten in der Deutschen Wochenzeitung darauf herum wie viele Personen denn nun in Auschwitz umgebracht worden seien: Die Gedenktafel in der KZ-Gedenkstätte selbst hatte bis 1990 die Zahl von vier Millionen Opfern angegeben. Sie ist jetzt durch eine Tafel ersetzt worden, die die mehr als eineinhalb Millionen Opfer betrauert - eine realistische Schätzung. Frey benutzt diese geänderte Zahl und verbreitet sich über die verschiedensten weiteren, in der wissenschaftlichen Literatur diskutierten Aussagen mit dem Ziel, die Zahl der Opfer möglichst niedrig erscheinen zu lassen.

Völlig unterschlagen wird von Frey dabei, daß in der seriösen Forschung seit langem die Zahl von ca. einer Million in Auschwitz getöteter Juden und Jüdinnen (u.a. Hilberg) angenommen wird. In der Aussage über die etwa sechs Millionen getöteten Juden und Jüdinnen ist diese Million inbegriffen.

Die neueren Arbeiten von Pressac, einem ehemaligen Revisionisten, der sich über seine revisionistischen Arbeiten zu einem seriösen Autor entwickelt hat, liegen nur unwesentlich unter der von Hilberg u.a. seit langem angenommenen Zahl.

Freys Artikel zum Thema entwickeln eine absteigende Zahlenreihe, die von vier Millionen über eine Million, dann von 750.000 bis hin zu einer - nur im revisionistischen Umfeld zur Kenntnis genommenen - Zahl von etwa 250.000 Toten reicht. Da in Auschwitz nicht vier sondern eine Million Juden und Jüdinnen umgebracht wurden, ergibt sich für den Nazi-Leser solcher Machwerke aus Freys Aneinanderreihung die Schlußfolgerung, daß nicht sechs Millionen Juden umgebracht wurden, sondern allenfalls drei Millionen, möglicherweise sogar nur zwei Millionen etc.

"Was den Deutschen von einer vor Haß auf das eigene Volk kranken Meinungsindustrie als ‚historische Wahrheit` zugemutet wird, paßt längst auf keine Kuhhaut mehr" - so die DWZ am 25.11.94. Wobei Frey sich damit eigentlich nur selbst meinen kann.

ES, Hamburg

37. Inseln des Friedens oder Grundstücke ohne Verkehrswert? Jüdische Friedhöfe und Grabschändungen (Teil 1).

Jüdische Friedhöfe und Grabschändungen (Teil 1) - von Sieghard Bußenius

Autor: Sieghard Bußenius · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:03

Der Autor der Studie über jüdische Friedhöfe und deren Schändungen, Sieghard Bußenius, ist als Sozialpädagoge in der Behindertenarbeit tätig. Außerhalb seiner Berufstätigkeit arbeitet er zu Geschichte und Gegenwart des Judentums mit den Schwerpunkten Besiedlung Palästinas, linker Zionismus, Antisemitismus nach 1945. Er war, laut Selbstauskunft, als Student in den siebziger Jahren regelmäßiger ak-Leser, ist heute aber "desillusionierter Linker". (Die Redaktion hofft, daß das eine nicht mit dem anderen zusammenhängt.)

Die Studie, die hier in vom Autor gekürzter und überarbeiteter Form publiziert wird, erschien in den "Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte" (Nr. 21, November 1991), die vom Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (AKENS) herausgegeben werden. Die vollständige Fassung der Studie ist vergriffen, kann aber in verschiedenen Bibliotheken Hamburgs und Schleswig-Holsteins ausgeliehen werden.

Im ersten Teil dieser Studie wird der Charakter jüdischer Friedhöfe beschrieben - soweit dies, fügte der Autor einschränkend hinzu, einem Nicht-Juden möglich ist. Erläutert werden jüdische Trauerriten und Todesvorstellungen, die sich oft erheblich von den entsprechenden christlichen Anschauungen unterscheiden. Da zudem über jüdische Friedhöfe viele Halbwahrheiten und Gerüchte verbreitet werden - was sich im Konflikt um den ehemaligen jüdischen Friedhof in Hamburg-Ottensen in krasser Form zeigte - wird im ersten Teil häufig aus jüdischen Quellen zitiert oder auf sie verwiesen.

Im zweiten Teil werden die Schändungen dargestellt, die antisemitische Täter in der Weimarer Republik, zur Zeit des Nationalsozialismus, in der Bundesrepublik Deutschland und in den letzten Jahren der Deutschen Demokratischen Republik auf jüdischen Friedhöfen anrichteten.

In der Nacht vom 24. auf den 25.3.1994 verübten junge Rechtsradikale einen Brandanschlag auf die Synagoge von Lübeck. Damit war es diesem Personenkreis zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gelungen, in makaberer Erinnerung an die Pogromnacht 1938 ein jüdisches Gotteshaus anzuzünden. Die Tat war ein deutlich sichtbarer und eindeutig erkennbarer Ausdruck des militanten Antisemitismus, der in vielen Ausprägungen derzeit wieder einmal ein neues Erwachen in Deutschland erlebt.

Jüdische Einrichtungen sind jedoch schon in früheren Zeiten der bundesrepublikanischen Geschichte bedroht gewesen. Seit den siebziger Jahren gelten für Synagogen und jüdische Gemeindehäuser besondere Sicherheitsbestimmungen. In vielen Städten finden die Veranstaltungen und Gottesdienste der jüdischen Gemeinden unter Polizeischutz statt. Jüdisches Leben ist auch im wieder vereinten Deutschland von einer normalen Entfaltungsmöglichkeit noch weit entfernt.

In einem besonders starken Ausmaß waren zu allen Zeiten jüdische Friedhöfe von Rechtsradikalen und anderen Antisemiten aufgesucht worden. Die Schändung eines jüdischen Friedhofs gilt als klassisches Delikt mit antisemitischem Hintergrund; die Anzahl der jährlich verübten Schändungen auf jüdischen Friedhöfen kann als Anhaltspunkt für die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung angesehen werden. Diese Taten haben in Deutschland eine lange Tradition, die ihre Spuren in allen Staatsformen und Gesellschaftssystemen hinterlassen hat.

Im Mittelalter wurden aus religiös motiviertem Judenhaß jüdische Friedhöfe verwüstet; nach den großen Judenaustreibungen wurden diese Orte oft geplündert und dem Erdboden gleichgemacht. In der Weimarer Republik, in der BRD und in der DDR drangen Rechtsextremisten und Antisemiten in die Friedhöfe ein und hinterließen zahllose Zerstörungen. Im Nationalsozialismus wurde zeitweise die Ausplünderung und der Ausverkauf jüdischer Friedhöfe von Reichs- und Parteistellen betrieben. So verschieden diese Taten von ihren Entstehungsbedingungen und Handlungsabläufen auch waren, so sehr lag ihnen ein gemeinsames Tatmotiv

zugrunde: Sie wurden verübt, um die jüdische Gemeinschaft der betreffenden Zeit und das Judentum im allgemeinen zu demütigen und bedrohen. Daher halte ich es für angebracht, diese unterschiedlichen Taten mit dem gemeinsamen Begriff "Schändung" zu belegen.

Jüdische Friedhöfe sollten jedoch nicht nur als Schauplätze von antisemitischen Ausschreitungen wahrgenommen werden. Zunächst stellen diese Orte für ihre nicht-jüdische Umwelt oftmals die einzigen Zeugnisse einer vergangenen und vernichteten Kultur dar. Wo die Synagogen zerstört und die Menschen vertrieben oder ermordet wurden, bleibt zur Erinnerung an das jüdische Leben oft nur der Besuch eines Friedhofs. Durch ihren besonderen Charakter regen jüdische Friedhöfe zur Beschäftigung mit jüdischer Geschichte und Gegenwart an.

I Zum Charakter

jüdischer Friedhöfe

Die jüdischen Trauerriten und Todesvorstellungen unterscheiden sich auf vielfache Weise von den hierzulande vorherrschenden Anschauungen und Gepflogenheiten, die entweder von der christlichen Tradition oder von volkstümlichen Bräuchen geprägt wurden. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit jüdischen Friedhöfen setzt daher voraus, daß man sich als Nicht-Jude zunächst mit den religiösen und geschichtlichen Hintergründen dieser Friedhöfe befaßt. Ein unvorbereiteter Besuch eines jüdischen Friedhofs kann leicht zu Mißverständnissen und Irritationen führen.

Eduard Duckesz, der große Rabbiner und Historiker aus Altona, schrieb 1937 im "Jahrbuch für die jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte" welche Bedeutung jüdische Friedhöfe haben: "Voll Pietät hängt das jüdische Herz an den Begräbnisstätten der Ahnen. Sie sind ihm ein Heiligtum. Sie gelten ihm als Inseln des Friedens und der Besinnlichkeit inmitten einer lärmenden unruhigen Welt. Um keinen Preis dürfen sie veräußert werden. Mahnend ragen sie in die Gegenwart hinein, als sprächen sie zu uns: stehe still und bedenke dein Ende, auch dich wird man einmal in die kühle Erde betten, und dann mußt du vor deinem himmlischen Richter erscheinen." (1)

Einen anderen Akzent setzte der niederländische Rabbiner S.PH. De Vries 1927 bei seiner Beschreibung jüdischer Friedhöfe. De Vries beabsichtigte, seiner nicht-jüdischen Umwelt aus einer traditionellen Sichtweise heraus jüdische Riten und Symbole zu erklären. Sein gleichnamiges Buch, das auch in deutscher Sprache immer wieder aufgelegt wurde, bietet Interessierten noch heute eine gute Orientierungshilfe. Über den jüdischen Friedhof schrieb De Vries: "Der Friedhof ist ein etwas unheimlicher Ort. Er hat mehrere Namen. Einer ist Beth Hakwarot, wortwörtlich übersetzt, das Haus der Gräber. Aber Juden, denen noch die alten hebräischen und jüdischen Ausdrücke bekannt sind, nennen ihn lieber Beth Hachajim, d.h. die Wohnung der Lebenden. Oder auch in der alten Ghettosprache auf jiddisch: der Getort, eine Verballhornung von ‚Gut Ort`. Solche Bezeichnungen sind vielsagend. Gewiß, sie können aus der Angst heraus entstanden sein, das Schreckliche bei seinem Namen zu nennen und es, Gott behüte, nicht heraufzubeschwören. Aber ihr Sinn liegt auch darin, den Tod emotionell als weniger bedrohend und furchterregend darzustellen, oder das, was er bedeutet, mindestens abzuschwächen." (2)

Es ist sicher bezeichnend, daß De Vries 1927 den jüdischen Friedhof gegenüber seiner nicht-jüdischen Umwelt einen "etwas unheimlichen Ort" nannte, während ihn Eduard Duckesz 1937 als eine "Insel des Friedens und der Besinnlichkeit" für Juden beschrieb. Ich denke, daß beide Bezeichnungen unseren zwiespältigen Gefühlen gegenüber diesem Ort Ausdruck geben können; von beiden Akzentuierungen habe ich Spuren in den mir vorliegenden Schriften finden können.

Juden haben zu allen Zeiten einen ausgesprochenen Totenkult oder gar eine Verherrlichung des Todes abgelehnt, das Judentum versteht sich als eine Religion des Lebens. Dennoch - oder gerade deshalb - wird in vielen jüdischen Schriften hervorgehoben, welche intensive Beziehung Juden zu ihren Friedhöfen haben. Diese ergibt sich aus der besonderen Verbundenheit, die Juden mit den ihnen vorausgegangenen Generationen empfinden. "Wir fühlen uns verantwortlich füreinander; denn es gibt keine Kollektivschuld, wohl aber eine Kollektivverantwortung", erklärte Landesrabbiner Nathan Peter Levinson 1983 zum hundertjährigen Bestehen des jüdischen Friedhofes in Hamburg-Ohlsdorf. "Die Schalschelet Hakabbala, die Kette der Überlieferungen, führt von Abraham unserem Vater über uns zum Ende der Geschichte, die wir die messianische Zeit nennen. Deshalb fühlen wir uns eins mit unseren Vätern und Müttern, erhält unser Leben

Sinn durch ihr Leben, geben wir ihnen ihre Unsterblichkeit, so wie wir hoffen, daß die, die nach uns kommen, unser Erbe weitertragen werden." (3) In diesen Sätzen wird deutlich, warum der jüdische Friedhof für viele Juden tatsächlich eine "Wohnung der Lebenden" sein kann; in ihrer Erinnerung leben die Verstorbenen fort.

Totenruhe

Die ungestörte und unbegrenzte Ruhe ihrer Toten ist für Juden wichtig und unantastbar. Auf jüdischen Friedhöfen gibt es keine vereinbarten Ruhefristen, nach deren Ablauf das Grab anderweitig benutzt werden kann. Das Grab, in das der/die Verstorbene einmal gelegt wurde, gilt für ewige Zeiten als dessen/deren Eigentum. Für Juden gilt nachdrücklich, was im letzten Vers des Buches Daniel zu dem Propheten gesagt wurde: "Du aber geh jetzt und lege dich zur Ruhe. Am Ende der Zeit wirst du auferstehen. Dann wird dir das Leben zuteil, das Gott für alle bestimmt hat, die ihm treu geblieben sind." (4) Ein einmal geschlossenes Grab darf grundsätzlich nicht mehr geöffnet werden; Exhumierungen sind nur zulässig, wenn der Verstorbene in ein bestehendes Familiengrab oder nach Israel überführt werden soll.

Der Tote wird, nach jüdischem Verständnis, der Erde zurückgegeben. Die Erde nimmt ihn auf und hier wird er allmählich zu Staub verwandelt. Aus dem natürlichen Prozeß der Verwesung soll kein Lebender einen Nutzen ziehen können. Daher sind auf jüdischen Gräbern nur selten blühende Blumen zu finden; man befürchtet, daß sie von Besuchern des Friedhofes gepflückt und zu irgendeinem Zweck benutzt werden könnten. Nach strenggläubiger ("orthodoxer") Auffassung dürfen auf den Friedhöfen keine Pflanzen, die ihre Kräfte aus dem Boden ziehen, angelegt werden; hierüber gab es in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts eine heftige Auseinandersetzung zwischen den jüdischen Autoritäten. Bäume, die dennoch auf den Friedhöfen wuchsen, sollten nicht behauen werden; ihre Äste oder ihr Gezweig hätte sonst von den Lebenden mit Gewinn genutzt werden können. Sogar das Gras auf dem Friedhof durfte nicht angetastet oder gar zum Füttern von Tieren verwandt werden; wurde es gemäht, dann sollte es in einer Ecke des Friedhofes zusammengetragen und liegengelassen werden. Aus diesen Gründen wirken jüdische Friedhöfe, die nach strenggläubigem Ritus geführt werden, auf unser Empfinden vernachlässigt oder sogar verwildert.

Es gibt jedoch nur noch wenige Friedhöfe, die nach einem solchen Ritus geführt werden. Gerade über die Pflege von Friedhöfen gibt es innerhalb der jüdischen Gemeinschaft große Meinungsunterschiede; zudem haben manche Entwicklungen in den letzten 100 Jahren zu einer weitgehenden Anpassung an christliche Bräuche geführt. Landesrabbiner Levinson schrieb zu dieser Frage: "Einige orthodoxe Autoritäten meinen, daß diese Friedhöfe nicht gepflegt werden sollen. Ich habe dafür keinerlei Belegstellen finden können. Im Gegenteil: Im Talmud Sanhedrin 96b finden wir, daß die jüdischen Friedhöfe schöner als königliche Paläste sind, vergleiche auch Matthäus 23, 29. Man dürfte sie also kaum vernachlässigt haben. Verboten ist allerdings die Benutzung des Grases, weil man ja eventuell damit seine Kühe füttern könnte, Gemüse anbauen usw. Dies war sicherlich ein Protest gegen heidnische Praktiken, die keinen Respekt vor den Toten zeigten. Man wollte verhindern, daß man nicht menschliche Knochen oder Menschenhaut wie die Haut von Tieren ‚benutzt`. Die Nazis haben ja im Konzentrationslager aus Menschenhaut Lampenschirme angefertigt, das Haar benutzt und aus menschlichen Körpern Seife produziert. Daher die Scheu überhaupt vor der Ruhestätte der Toten bis zu dem Verbot, Blumen anzupflanzen." (5)

Symbolik

Während die einzelnen Gräber auf allen jüdischen Friedhöfen oft nur mit einer schlichten Rasendecke überzogen sind, sind ihre Grabsteine kunstvoll gestaltet. Symbolische Motive, die bereits im 15. Jahrhundert entstanden und seither unverändert geblieben sind, geben dem/r Betrachter/in Auskunft über die Herkunft und Persönlichkeit der Verstorbenen. So zeigt z.B. eine Kanne, daß der Verstorbene von den Leviten abstammte; im alten Tempel von Jerusalem wuschen die Leviten, die Tempeldiener, den Priestern vor dem traditionellen Segen mit einer Kanne die Hände. Eine Tierzeichnung auf den Grabsteinen kann den Namen der Verstorbenen symbolisieren, z.B. Hirsch oder Löw. Ein geknickter Baum weist darauf hin, daß hier eine Frau oder ein Mann in der Blüte des Lebens starb; auf Kindergräbern finden wir oft eine gebrochene Blume. (6)

Studiert man diese Symbole, dann kann man auch ohne hebräische Sprachkenntnisse viel Wissenswertes über die Verstorbenen erfahren. Intensive Kenntnisse der hebräischen Sprache und der jüdischen Religion sind jedoch notwendig, um die Inschriften alter Grabsteine zu erfassen. Ihre Aussagen bleiben dem unkundigen Friedhofsbesucher verborgen. In der hebräischen Inschrift des Grabsteins wird die Persönlichkeit

des verstorbenen Menschen meist ausdrucksstark beschrieben. Alltägliche Empfindungen und religiöse Dichtungen werden in der kunstvollen Gestaltung miteinander verbunden. Im Vergleich zu den hebräischen Inschriften wirken die deutschen Texte, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts oft an deren Stelle traten oder sie zumindest ergänzten, nüchtern und karg.

Auf den Grabsteinen jüdischer Friedhöfe des letzten Jahrhunderts drückt sich auch die zunehmende Assimilation und Emanzipation der Juden in Deutschland aus. Mit der Übernahme der deutschen Sprache auf den Grabinschriften begann man auch die christliche Zeitrechnung zu benutzen. Diese geht von dem angenommenen Datum der Geburt Christi aus; lange Zeit wehrten sich insbesondere strenggläubige Juden gegen die Übernahme dieser Zählweise. Es würde theologisch die Anerkennung der Geburt Christi, des Messias, bedeuten, während nach jüdischem Glauben die Ankunft des Messias erst bevorsteht. Die jüdische Zeitrechnung beginnt mit dem angenommenen Datum der Erschaffung der Welt, 3761 Jahre vor dem Jahr 0 der christlichen Rechnung. Das jüdische Jahr 5000 entspricht dem Jahr 1240 christlicher Zählung.

Mit der zunehmenden Gleichstellung der Juden im 19. Jahrhundert lösten Juden die damit verbundenen Probleme des täglichen Lebens u.a. dadurch, daß sie die christliche Zeitrechnung übernahmen. Auch die jüdischen Grabsteine wurden immer mehr den allgemein vorherrschenden (christlichen) Normen und Gebräuchen angeglichen; sie sind seither kaum noch von den Grabmalen anderer Friedhöfe zu unterscheiden. Dennoch können jüdische Grabsteine als einzigartige Zeugnisse einer weitgehend vernichteten Kultur angesehen werden. Viele Steine sind im Laufe der Zeit verwittert und zahlreiche Inschriften sind allmählich unlesbar geworden, die Luftverschmutzung beschleunigt den Zerfallsprozeß noch. Bald werden viele Grabinschriften für WissenschaftlerInnen und FriedhofsbesucherInnen nicht mehr zu entziffern sein. Landesrabbiner Levinson schrieb daher schon 1984: "Es ist höchste Zeit, daß die Grabsteine erfaßt und entziffert werden. Das ist ein aufwendiges Unternehmen, aber die Zeit läuft aus. In einigen Jahren wird es für viele bereits zu spät sein." (7)

Auf den Grabsteinen legen jüdische BesucherInnen kleine Steine ab, um damit ihrem Gedenken Ausdruck zu geben; diese Geste ist mit dem Niederlegen von Blumen auf christlichen Gräbern vergleichbar. Sie entstand in biblischen Zeiten, als Grabmale noch aus schlichten Steinhügeln bestanden. Der Besucher des Grabes fügte einige Steine dem Hügel hinzu und trug so dazu bei, daß das Grabmal erhalten blieb und wuchs. Heute hat diese alte Geste noch eine besondere Bedeutung bekommen: Kehren Juden, die aus dem nationalsozialistischen Deutschland vertrieben wurden, aus Israel oder anderen Ländern noch einmal an die Gräber ihrer Vorfahren zurück, dann bringen sie häufig einen Stein aus ihrer neuen Heimat mit und legen ihn am Grabstein ihrer Vorfahren nieder. Dort erinnert er noch Jahre später an den Besuch, während ein Blumenschmuck längst verblüht und vergangen wäre. Gelegentlich werden diese Steine jedoch von nichtjüdischen Friedhofsbesuchern aus falscher Ordnungsliebe oder Unachtsamkeit entfernt; es ist verständlich, daß Juden hierauf ungehalten reagieren.

Schutz

Jüdische Friedhöfe müssen - nach den jüdischen Vorschriften - geschützt und durch eine sichtbare Einfriedung gekennzeichnet sein. Die Einfriedung bestimmt den Umfang des jüdischen Bodens, sie trennt den Friedhof - der kultisch als unrein gilt - von der Außenwelt ab und sie schützt die Gräber vor möglichen Störungen. Für einen bewußten Juden ist es selbstverständlich, daß man sich diesem Bereich nur mit der nötigen Achtung nähern darf; als äußeres Zeichen gilt bei Männern die Kopfbedeckung. Am jüdischen Wochenfeiertag, dem Schabbat, der am Freitagabend mit dem Sonnenuntergang beginnt und am Sonnabend mit dem Sonnenuntergang endet, sind die jüdischen Friedhöfe ebenso wie an den anderen jüdischen Feiertagen geschlossen. An diesen Tagen sollen die Menschen sich der Freude und nicht der Trauer hingeben. Auch nichtjüdische Besucher der Friedhöfe sollten diese Regelungen beachten; dies gebietet schon der angebrachte Respekt vor den Empfindungen einer religiösen Minderheit.

Jede Störung der Totenruhe verletzt das religiöse Empfinden eines bewußten Juden. Dabei ist es zunächst einmal unerheblich, ob die Störungen von jugendlichen Gewalttätern ohne bestimmte Absicht verübt werden, ob Friedhofsräuber die Grabstätten nach Kostbarkeiten durchsuchen oder ob Antisemiten in judenfeindlicher Absicht den Friedhof schänden. Die wüsten Zerstörungen mit neonazistischen Schmierereien, die in der gesamten Geschichte der Bundesrepublik Deutschland jüdische Friedhöfe nahezu periodisch überzogen haben, müssen jedoch im Bewußtsein der jüdischen BürgerInnen besonders tiefe Spuren hinterlassen. Sie

erinnern schmerzhaft an die lange Geschichte der Judenverfolgung in Deutschland und rufen fast zwangsläufig Assoziationen an die Zeit des Nationalsozialismus hervor.

Jüdische Friedhöfe lagen meist weit außerhalb der Städte und Dörfer. Zum einen erfordern jüdische Vorschriften selbst eine Trennung der Begräbnisstätte vom Wohnbereich der Lebenden; zum anderen war es eine weit verbreitete Praxis der Mächtigen in allen Jahrhunderten, Juden abgelegene Orte in ungünstiger Lage für ihre Friedhöfe zuzuweisen. Oft mußten sich die ansässigen Juden jahrzehntelang bemühen, bevor ihnen für viel Geld ein abgeschiedenes Grundstück für Begräbnisse überlassen wurde; bis zur endgültigen Zulassung des Friedhofes mußten sie ihre Toten oft über weite Strecken mit dem Pferdewagen zum nächsten jüdischen Friedhof überführen. In Schleswig-Holstein kann man an vielen Orten noch die ehemalige Abgeschiedenheit des Friedhofes erkennen, obwohl die Begräbnisplätze durch die zunehmende Ausbreitung der Wohngebiete nachträglich "eingemeindet" wurden.

In der Nähe großer Ballungszentren kam es vor allem in den zwanziger und dreißiger Jahren zu Konflikten, wenn jüdische Friedhöfe das ungehinderte Wachstum der Städte störten. Gerade in der nationalsozialistischen Zeit mußten im Großraum Hamburg zwei traditionsreiche Friedhöfe von der jüdischen Gemeinschaft aufgegeben werden. Im Jahre 1937 mußten die ca. 9000 Grabstellen des 225 Jahre alten Grindelfriedhofes geräumt werden. Auf diese Räumung werde ich im folgenden Absatz noch näher eingehen. Dem Grindelfriedhof folgte 1939-41 der Friedhof in Ottensen, dessen Gelände Hamburger Juden 1663 in der damals dänischen Grafschaft Pinneberg erworben hatten. Fast 280 Jahre lang waren auf diesem Friedhof Juden aus Hamburg und Altona beerdigt worden; als 1934 das letzte Begräbnis stattfand, befanden sich auf den verschiedenen Teilen des Friedhofes ca. 4000 Grabsteine. 1937 ging der Friedhof durch das sogenannte Groß-Hamburg-Gesetz von der preußischen Provinz Schleswig-Holstein in das Gebiet von Hamburg über. Ab 1939 erfolgte die Räumung des Friedhofsgeländes, auf dem schließlich Luftschutzbauten errichtet wurden. Engagierte Bestrebungen jüdischer Repräsentanten konnten gerade noch verhindern, daß der 325 Jahre alte jüdische Friedhof von Altona ehenfalls geräumt wurde.

... aus unseren Gräbern geschleudert

In besonderer Weise hatte jedoch die bereits 1937 erfolgte Räumung des Grindelfriedhofes einen spürbaren Schock bei den Hamburger Juden hinterlassen. Eduard Duckesz begann seinen Bericht über die Räumung des Grindelfriedhofes mit den Sätzen: "Noch steht die ganze Hamburger Judenheit unter dem betrübenden Eindruck der Räumung des Grindelfriedhofes. Er ist nicht mehr. Wie die benachbarten großen kirchlichen Friedhöfe ist er unter dem Zwang der veränderten Verkehrsverhältnisse der Großstadt in der Zeit vom März bis Juni 1937 geräumt worden." (8)

Bei der Räumung des Friedhofes wurden auf Veranlassung der jüdischen Gemeinde 6500 Grabsteine gezählt und fotografiert. Alle Grabsteine aus dem 18. Jahrhundert sowie eine Auswahl der bedeutendsten Denkmäler des 19. Jahrhunderts wurden auf den jüdischen Friedhof nach Ohlsdorf gebracht. Die Gebeine sämtlicher Rabbiner und bekannter Persönlichkeiten wurden exhumiert - ein ungeheures Sakrileg nach jüdischen Vorschriften - und nach Ohlsdorf überführt. Dort erhielten sie neue Grabstätten, die in der Form eines Rechtecks angeordnet wurden; in der Mitte des Rechtecks wurden die übrigen Gebeine des Grindelfriedhofes beigesetzt.

Vor der Exhumierung der Rabbinen sprach der Oberrabbiner Joseph Carlebach ein Gebet, das die Empfindungen der jüdischen Gemeinschaft zum Ausdruck brachte:

"Und wir sind wider unseren Willen gezwungen, Euch aus Euren Gräbern zu nehmen,

Ihr Priester des Höchsten, Ihr Schläfer des Staubes.

Wehe uns, daß also über Euch und uns verhängt wurde!

Wie ein Tag des Gerichtes, ein Tag des Zorns und Grimmes ist uns dieser Tag der Aufstörung unserer Toten.

Mit gebrochenem und niedergeschlagenem Herzen treten wir hier an die Stätte unserer Tränen und unserer Gebete,

Deren Steine wir lieben, deren Staub wir verehren,

Um die Gebeine Eures von voller Reinheit geweihten Leibes zu sammeln.

Uns ist als sprächen all Eure Gebeine:

Ist das die Tora und das ihr Lohn, daß wir aus unseren Gräbern geschleudert werden?

Darum haben wir uns alle hier versammelt im Gedenken an der

Väter Frömmigkeit,

Von Euch Verzeihung, Vergebung und Sühne unserer Schuld zu erbitten,

Rechnet es uns doch nicht als Sünde an, wenn wir töricht waren

und versagten,

Wenn es uns nicht gelang, Euch zu schützen in der Not und

im Zwang, die uns betroffen." (9)

Dieses Gebet ist eine bleibende Erinnerung an die jüdische Gemeinschaft von Hamburg und Schleswig-Holstein aus den Jahren, die unmittelbar der Schoah vorausgingen. Eindrucksvoll kann es nochmals zeigen, welch intensive Beziehung diese Gemeinschaft zu ihren Friedhöfen hatte und welchen Schmerz sie bei einer Störung der Totenruhe empfand. Oberrabbiner Joseph Carlebach, der das Gebet an den Gräbern seiner Vorgänger sprach, sollte selbst keine geweihte Ruhestätte finden. Nach einem jahrzehntelangen Wirken in Lübeck, Altona und Hamburg wurde er am 6.12.1941 mit dem größten Teil seiner Gemeinde nach Riga deportiert; dort soll er am 26.3.1942 gestorben sein. Sein Grab kennt keiner, niemand hat dort ein Gebet sprechen können.

Denkmalpflege

Nach der Schoah gab es an den meisten Orten in Deutschland keine jüdischen Gemeinden mehr, die alten Friedhöfe verwaisten und verkümmerten. Daher beschloß das Bundeskabinett am 31.8.1956 nach vielen Verhandlungen, daß der Bund und die Länder künftig gemeinsam die Betreuung der verwaisten jüdischen Friedhöfe übernehmen sollten; die betroffenen Landesregierungen haben diesem Beschluß zugestimmt. Seither ist die jeweilige oberste Landesbehörde für die andauernde Betreuung der Friedhöfe zuständig und verantwortlich, bei der Wahrung ihrer Aufgaben soll sie vom betreffenden jüdischen Landesverband beraten und unterstützt werden. Zur Betreuung gehören die Erhaltung der jeweiligen Friedhöfe und die Bewahrung der Ruhe der Toten, eine sichere Einfriedung mit einem verschließbaren Tor, die Unterhaltung der Zugangs- und Hauptwege sowie das regelmäßige Schneiden des Grases und die Beseitigung des Unkrauts. Die offenen Friedhöfe - das sind diejenigen Friedhöfe, auf denen noch Bestattungen stattfinden - werden von der zuständigen Jüdischen Gemeinde unterhalten.

In vielen Bundesländern wurden die alten jüdischen Friedhöfe zusätzlich unter Denkmalschutz gestellt. So sind z.B. in Baden-Württemberg alle erhaltenen jüdischen Friedhöfe Objekte der Denkmalpflege, da sie dort als einzigartige Zeugnisse der Kulturgeschichte des ganzen Landes verstanden und gepflegt werden. Udo Theobald, Leiter des Kulturreferates im Regierungspräsidium Karlsruhe und zuständig für jüdische Friedhöfe, Denkmalschutz und Kunstförderung, schrieb 1984 über die Bedeutung jüdischer Friedhöfe für die nicht-jüdische Bevölkerung: "Festzuhalten bleibt, daß sich die jüdischen Friedhöfe insgesamt als Zeugen eines bedeutenden Teiles unserer eigenen Kulturgeschichte darstellen, der Geschichte einer Gesellschaft, ihres Verhältnisses zu ihren Minderheiten, als Zeugnis des kulturellen Beitrages der jüdischen Mitbürger zu unserer Geschichte, des jüdischen Glaubens und jüdischer Geisteshaltung. Und schließlich als jüngstes Kapitel dieser Geschichte zeigt sich darin auch die Wirklichkeit in unserem heutigen Staate, in unserer heutigen Gesellschaft; wenn wir sehen, wie unser Staat, unsere Gesellschaft sich diesen Friedhöfen gegenüber verhält, so können wir darin sicher nicht nur ein neues Geschichtsbewußtsein oder moralische Wiedergutmachung und Reue sehen, sondern ganz sicher auch einen Ausdruck des Verständnisses, das dieser Staat, das diese Gesellschaft zu den unter uns lebenden jüdischen Mitbürgern, ja zu allen Minderheiten hat." (10)

II Schändungen

jüdischer Friedhöfe

in der Weimarer Republik

In Deutschland wurden nach 1918 wieder in größerem Ausmaß jüdische Friedhöfe geschändet. Waren diese Taten im Mittelalter noch aus einem religiösen Judenhaß heraus entstanden, so müssen sie in der Weimarer Republik auf einen politisch motivierten Antisemitismus zurückgeführt werden. Als konkrete Ursachen für die zunehmenden Schändungen auf jüdischen Friedhöfen können die von nationalistischen und völkischen Kreisen ausgehende Hetze gegen Juden sowie die im Kriege entstandene Brutalität und Aggressivität vieler Menschen angesehen werden.

Der Centralverein Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens, der in der Weimarer Republik vorwiegend mit Argumenten und rechtsstaatlichen Mitteln den Antisemitismus bekämpfen wollte, veröffentlichte 1932 eine Broschüre mit dem Titel: "Friedhofsschändungen in Deutschland 1923-1932". In einer Dokumentation werden 112 Schändungen jüdischer Friedhöfe in der Zeit vom 1.1.1923 bis zum 5.2.1932 angeführt. Die Broschüre trug den treffenden Untertitel: "Dokumente der politischen und kulturellen Verwilderung unserer Zeit".

Rabbiner Leo Baeck, der führende Repräsentant des deutschen Judentums, hatte das Vorwort zu jener Broschüre geschrieben; wegen seiner Aussagekraft und seiner anhaltenden Aktualität soll es hier zu einem großen Teil wiedergegeben werden: "Es gibt eine Geschichte menschlicher Worte, des Sprechens und Anrufens von Menschen, aber es gibt auch eine Geschichte dessen, wozu Menschen geschwiegen haben, und sie ist eine Geschichte menschlicher Enge und Niedrigkeit. Wenn so oft Verbrechen und Untat sich weithin dehnen konnten, es ist fast immer geschehen, weil die Gewissen verschlossen und die Lippen stumm blieben, die sich zum Worte des Rechtes und der Sittlichkeit hätten öffnen sollen. Schuldig sind die, welche ein Böses verüben, aber schuldig, zumal vor dem Gesicht der Geschichte, sind auch die, die einen Frevel sehen oder um ihn wissen und still dazu sind; sie sind die, welche, ohne es zu wollen, ihm erst den Weg bereiten. Nur wo Unfreiheit ist, kann die Gewalt ihre Bahn haben, und niemand ist unfreier als der, welcher stumm ist dort, wo er reden, wo er mahnen und warnen sollte." (11)

Besonders schwere Schändungen ereigneten sich nach der Dokumentation des Centralvereins in

- Erfurt: am 13.3.1926 wurden 96 Grabsteine zerstört;

- Köln; in der Nacht vom 29. auf den 30.7.1927 wurden etwa 70 Grabsteine umgestürzt;

- Ribnitz (Mecklenburg): im Mai 1924 wurden etwa 60 Grabsteine umgestürzt;

- Trebnitz (Oberschlesien): im November 1930 wurden 34 Grabsteine mit Hakenkreuzen beschmiert, die Leichenhalle wurde verwüstet.

Eine Friedhofsschändung, die in Hamburg verübt wurde, kann als Beispiel für viele Taten ähnlicher Art angesehen werden: In der Nacht vom 4. auf den 5.1.1932 drangen zwei arbeitslose Anhänger der NSDAP in den jüdischen Friedhof am Grindel in der Rentzelstraße ein. Sie warfen sechs Grabsteine von Kindergräbern herab, stießen fünf andere große Grabsteine um und beschädigten ein eisernes Gitter. Die beiden jungen Männer, die 24 bzw. 27 Jahre alt waren, wurden bei ihrer Tat gesehen und festgenommen. Einen Tag später wurden sie von einem Schnellgericht in Hamburg zu sechs bzw. neun Monaten Haftstrafe verurteilt. Die Haftstrafe des jüngeren Täters, dessen Vater ein leitender Finanzbeamter in Berlin war, wurde im Juli 1932 vom Hamburger Landgericht auf vier Monate herabgesetzt. Der ältere Täter war schon nach zwei Wochen bei einem Hafturlaub geflohen.

Nur in 23 von 112 Friedhofsschändungen konnten die Täter festgenommen und verurteilt werden. Etwa 80% aller Taten blieben unaufgeklärt, obwohl jüdische und gelegentlich auch staatliche Stellen ansehnliche Belohnungen für die Ergreifung der Täter festgesetzt hatten. Beim Studium des Centralvereins-Broschüre bekommt man den Eindruck, daß die zuständigen Behörden schon in den Jahren 1923-1932 keine allzu großen Bemühungen bei der Verfolgung der Täter aufbringen konnten oder wollten.

Betrachtet man das Alter und die politische Zugehörigkeit der verurteilten Täter, erhält man folgendes Bild: Sämtliche Täter, von denen Altersangaben überliefert wurden, waren zwischen 12 und 32 Jahren alt; in 15 Fällen handelte es sich um Kinder oder minderjährige Jugendliche. Aus diesen Angaben ließe sich allzu leicht die These ableiten, daß die Schändungen jüdischer Friedhöfe in der Weimarer Republik vorwiegend von altersmäßig unreifen Tätern verübt wurden. Der Eindruck täuscht jedoch; denn Altersangaben wurden

hauptsächlich überliefert, wenn das jugendliche Alter der Täter bei der Strafzumessung berücksichtigt wurde. Bei sieben Schändungen waren die Täter Mitglieder oder Anhänger des NSDAP; in je einem Fall waren es Mitglieder des Stahlhelm, des Schlageterbundes und des Wikingerbundes. Schon dieser kurze Überblick zeigt, von welchen politischen Kreisen die Schändungen jüdischer Friedhöfe hauptsächlich ausgegangen waren. In der Einführung zu seiner Dokumentation schrieb der Centralverein: "Es treffen aber eine Reihe von Umständen zusammen, die den Beweis führen lassen, daß es sich bei dieser Häufung von Zerstörungen jüdischer Grabstätten um Ausflüsse judenfeindlicher Gesinnung handelt. Denn Schändungen nichtjüdischer Grabstätten sind in der gleichen Zeit nur in verschwindend kleiner Zahl geschehen, und die Zahl der Schändungen jüdischer Gräber verläuft deutlich parallel zu dem Anschwellen der judenfeindlichen Agitation in Deutschland." (12)

Jüdische Organisationen versuchten in der Weimarer Republik mehrmals, mit Appellen an die Öffentlichkeit und mit Eingaben an die Reichsregierungen bzw. an die jeweiligen Landesregierungen dem zerstörerischen Treiben auf den Friedhöfen Einhalt zu gebieten. Besonders der bereits mehrmals erwähnte Centralverein Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens engagierte sich hier in besonderer Weise. 1927 ließ er den Aufruf von Wilhelm Michel: "Kampf um Gräber!" und 1932 die genannte Dokumentation veröffentlichen und reichsweit vertreiben. Wir wissen heute, daß sein Abwehrkampf die weiteren Entwicklungen bis zur Schoah nicht verhindern konnte.

III Ausplünderung und Ausverkauf der jüdischen Friedhöfe im Nationalsozialismus

Im Nationalsozialismus wurden zeitweise die Ausplünderung und der Ausverkauf jüdischer Friedhöfe zum erklärten Ziel von Staats- und Parteistellen erklärt. Nach vorsichtigen Schätzungen wurden in der Zeit von 1933-45 etwa 80-90% aller jüdischen Friedhöfe in Deutschland in irgendeiner Form geschändet. Waren diese Schändungen in der Weimarer Republik noch von einzelnen Tätern oder Tätergruppen ausgegangen, so wurden im Nationalsozialismus jüdische Friedhöfe mit strategisch vorbereiteten und oftmals administrativ angeordneten Aktionen geschändet.

Bei der Behandlung der jüdischen Friedhöfe im Nationalsozialismus lassen sich insbesondere drei Formen der Schändung unterscheiden:

1. Gewaltsame Zerstörungen: In den ersten Jahren des sog. Dritten Reichs fanden weiterhin gewalttätige Zerstörungen auf den Friedhöfen statt. Später wurden solche Aktionen noch einmal in großer Zahl im Rahmen der Novemberpogrome 1938 durchgeführt.

2. Gezielte Plünderungen: Mit dem Krieg begann 1939 die Erfassung von Metallgegenständen, die für militärische Zwecke genutzt werden konnten. Im Rahmen einer "Reichsmetallspende" wurde die Bevölkerung aufgerufen, alle entbehrlichen Gegenstände aus Messing, Kupfer, Bronze, Zinn, Blei usw. abzuliefern. Daraufhin wurden auf jüdischen Friedhöfen fast alle Gegenstände aus Buntmetall - wie z.B. die Inschriften und Umrandungen von Grabsteinen oder die Einfriedung von Gräbern - abgerissen und entfernt. Für die Demontage dieser Gegenstände setzte man an vielen Orten Jugendliche ein, die nicht nur mit Brechstangen und Hämmern die Metalle abrissen, sondern auch Grabsteine umwarfen und zerstörten. Im Winter 1942/43 wurde die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland vom Reichskommissar für Altmaterialverwertung angewiesen, "auf den jüdischen Friedhöfen die Grabeinfriedungen, Grabmäler und sonstige Gegenstände aus Eisen und Metall einschließlich der Friedhofstore zu entfernen und der Verwertung zuzuführen." (13) Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland war am 4.7.1939 als Zwangseinrichtung geschaffen worden und hatte lediglich als Vollstreckerin des staatlichen Willens aufzutreten. Die deutschen Juden waren zu dieser Zeit längst aller tatsächlichen Vertretungsorgane beraubt worden. Mit der Entfernung der Metalle sollten ursprünglich jüdische Arbeitskräfte beauftragt werden; da es zu jener Zeit kaum noch lebende Juden in den deutschen Städten und Dörfern gab, wurden oft Schrottbetriebe mit den Abbrucharbeiten beauftragt.

3. Ausverkauf der Friedhöfe: Mit der Deportation von Juden in die Vernichtungslager begann der angestrebte Verkauf von Friedhofsgrundstücken und Friedhofsgebäuden. Den Auftrag zum Verkauf von Immobilien der

ehemaligen jüdischen Gemeinden erhielt zunächst die oben bereits erwähnte Reichsvereinigung. Während in den ersten Jahren zumindest noch dem äußeren Anschein nach auf gesetzliche Bestimmungen und religiöse Bindungen geachtet worden war, mußte die Reichsvereinigung im Dezember 1942 und im Januar 1943 allgemeine Weisungen zum beschleunigten Verkauf der Grundstücke und insbesondere der Friedhöfe erlassen. Eine Bezirksstelle der Reichsvereinigung berichtete: "Hiernach sollen die Friedhöfe den Gemeinden der Orte, in denen sie liegen, zum Verkauf angeboten werden. Das Angebot soll auf der Grundlage des angemessenen Verkaufswertes erfolgen. Zeitraubende Ermittlungen über den Verkaufswert sollten jedoch unterbleiben." (14) Diese Weisung betraf ausdrücklich auch jene Friedhöfe, die noch für Bestattungen benutzt wurden; bei dem Verkauf eines solchen Friedhofes sollten zwischen den Vertragsparteien Regelungen für künftige Bestattungen und Besuche vereinbart werden: Entweder sollte ihr Materialwert ermittelt und in den Grundstückspreis einbezogen werden oder sie sollten einer anderen Verwertung zugeführt werden. Am 10.6.1943 wurde die Reichsvereinigung aufgelöst und ihr gesamtes Vermögen beschlagnahmt, danach verhandelte das Großdeutsche Reich selbst mit den örtlichen Verwaltungen über den Verkauf der jüdischen Friedhöfe. Es ist sicher den Bedingungen den Krieges zuzuschreiben, daß unter diesen Verhältnissen nicht mehr jüdische Friedhöfe zerstört und eingeebnet wurden. In diesen Jahren fehlten an allen Orten sowohl die Arbeitskräfte als auch die Finanzmittel, um die jüdischen Friedhöfe in Bau- oder Agrarland umzuwandeln. Daher haben relativ viele Friedhöfe die nationalsozialistische Zeit, wenn auch vielfach geschändet, letztlich überstanden.

Quellen:

1) Eduard Duckesz: Der Grindelfriedhof. In: Jahrbuch für die jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte 9 (1937/38), S. 61.

2) S.Ph. de Vries: Jüdische Riten und Symbole, Reinbek 1990, S. 301.

3) In der Festschrift der Jüdischen Gemeinde in Hamburg: 100jähriges Bestehen des Jüdischen Friedhofes in Hamburg-Ohlsdorf 1883-1983, S. 14.

4) Buch Daniel 12, 13

5) In: Adolf Diamant: Jüdische Friedhöfe in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme, Frankfurt am Main, S. IX.

6) Albrecht Schreiber: Über Zeit und Ewigkeit - Die jüdischen Friedhöfe Lübecks, Lübeck 1988, S. 45 ff.

7) Nathan Peter Levinson: Der jüdische Friedhof und seine religiöse Bedeutung. In: Alfred Udo Theobald (Hg.): Der jüdische Friedhof. Zeuge der Geschichte - Zeugnis der Kultur, Karlsruhe 1984, S. 66.

8) Duckesz (s. Anm. 1), S. 61

9) ebd., S. 71 ff.

10) Alfred Udo Theobald: Der jüdische Friedhof in Geschichte und Gegenwart. In: Der jüdische Friedhof (s. Anm. 7), S. 44.

11) Central-Verein Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens: Friedhofsschändungen in Deutschland 1923-1932. Dokumente der politischen und kulturellen Verwilderung unserer Zeit, Berlin 1932, S. 4.

12) ebd., S. 2.

13) Nach: Paul Sauer: Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933-1945, Teil II, Stuttgart 1966, S. 357 f.

14) ebd., S. 355

Der zweite Teil der Studie erscheint in ak 374.

38. Flüchtlingselend größer denn je. Eindrücke einer Reise nach Ex-Jugoslawien und ein dringender Hilfsappell

Eindrücke einer Reise nach Ex-Jugoslawien und ein dringender Hilfsappell - von Klaus Vack

Autor: Klaus Vack · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:05

Am 4. November 1994 kehrte Klaus Vack (Komitee für Grundrechte und Demokratie) von einer einwöchigen Reise aus Kroatien und Nordbosnien zurück. Zu befürchten sei, daß die "neue Runde" des Krieges die Lage von Teilen der Bevölkerung (ob muslimisch, kroatisch oder serbisch) weiter verschlechtern wird. "Der Winter wird in doppelter Weise hart werden, denn die Meteorologen haben für die Region eine bald einbrechende lange Kälteperiode vorausgesagt, und die Gefahr der Eskalation und einer Intervention von außen hat sich vergrößert."

Wir dokumentieren Teile des Reiseberichts und den dringenden Hilfsappell des Komitees, das seit 1991 im Wert von ca. vier Mio. DM humanitäre, friedenspolitische und menschenrechtliche Hilfe in Ex-Jugoslawien geleistet hat.

Die Lage hat sich für die Zivilbevölkerung und insbesondere für die Flüchtlinge in Kroatien und Nordbosnien, die auf der Reise besucht wurden, weiter verschlechtert. Hinzu kommt eine Art Zweiklassensystem, in welchem es den bosnischen Flüchtlingen noch erheblich schlechter geht als den kroatischen.

So besuchten wir ein Flüchtlingslager mit muslimischen Flüchtlingen nicht weit entfernt von Slavonski Brod (auf kroatischer Seite in der Nähe der Grenze zum serbisch besetzten Bosnien), wo die Menschen von den kroatischen Behörden fast wie Gefangene gehalten werden. Sie dürfen das Gebiet nicht verlassen, die Kinder werden in gesonderten Barackenschulen unterrichtet und so von den kroatischen Kindern getrennt gehalten. Die Art und Weise, wie die kroatische Regierung nicht nur in diesem Falle mit den muslimischen Flüchtlingen umgehen läßt, hat wenig mit der "Waffenbrüderschaft" der bosnischen Regierungstruppen und der bosnisch-kroatischen Armee gegen die bosnisch-serbischen Einheiten zu tun. Im alltäglichen Leben der Muslime, soweit sie nach Kroatien fliehen mußten oder vertrieben wurden, herrscht weitgehend Diskriminierung vor.

Wir besuchten u.a. 17 Flüchtlingslager in Zagreb. Erste Erkenntnis: Die kroatische Regierung vernachlässigt die Flüchtlingslager noch mehr als vor etwa einem halben Jahr. Die Absicht ist klar: Man will die Flüchtlinge zwingen, nach Hause zurückzukehren. Das ist in manchen Fällen auch vernünftig, aber in mehr als der Hälfte der Fälle glatter Wahnsinn, weil dort, wo die Flüchtlinge herkommen, entweder noch Krieg ist oder zumindest kriegerische Handlungen stattfinden oder damit gerechnet werden muß, daß solche erneut ausbrechen. Zweite Erkenntnis: Die Staatsregierung Tudjman und die Stadtregierung von Zagreb scheinen zu beabsichtigen, die Hauptstadt sukzessive flüchtlingsfrei zu machen. Flüchtlinge, die nicht zurückgeschickt werden können, werden in bereits bestehende große Lager weitab der Hauptstadt umgesiedelt. Diese Lager im Osten des Landes zählen meist mehr als je 10.000 Menschen, die in einer katastrophalen Versorgungslage vegetieren. Dritte Erkenntnis: Es deutet sich ein Trend an, Kroatien möglichst vollständig von muslimischen Flüchtlingen "zu säubern", was vor allem auch darin zum Ausdruck kommt, daß die Versorgung dieser Flüchtlinge durch offizielle Stellen gegen Null tendiert.

Unter den bosniakischen Flüchtlingen läßt sich zunehmend ein Trend feststellen, der zu neuen Spannungen und Spaltungen führt. Es kommt viel Hilfe aus - in der Regel - fundamentalistisch orientierten arabischen Staaten, die damit verknüpft ist, daß die Empfängerinnen und Empfänger der Spenden sich den Religionsfanatikern anschließen. Dies geschieht oft nach dem Motto: Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Willen. Selbst seit jeher gläubigen Muslimen sind die fundamentalistischen Erziehungsmethoden und Glaubensriten fremd. Zudem ist die Mehrzahl der Bosniaken religionslos.

Wenn ich dies darstelle, geht es mir nicht um religiöse Parteinahme. Die Probleme, die zu kritisieren sind, bestehen für mich vor allem darin, daß die Flüchtlinge, die bereits viel Schlimmes mitmachen mußten, nun auch noch diesen inneren Zwiespalt und psychischen Streß aufgezwungen bekommen.

Jenseits solcher Probleme geht es um jede auch nur minimalste Hilfe, vor allem für die Flüchtlinge und sonstige Mittellose. Nicht zuletzt auch um Serben, die ihr ganzes Leben in Zagreb oder anderen kroatischen Städten gelebt haben und nun von der Polizei aus ihren Wohnungen vertrieben und schlicht auf die Straße gesetzt werden.

Es gilt zu allererst, die schlimmste Not der Flüchtlinge zu lindern. Wir können da nur einige Löcher schließen bzw. helfend eingreifen, aber es gibt noch weitere kleine Organisationen, die helfen, so daß sich das ganze summiert, und jede Hilfe lindert im konkreten Fall bittere Not und rettet Leben. Es gibt zwar keine verläßlichen Zahlen, aber alles spricht dafür, daß die zivilen Todesopfer des Krieges zehnmal höher liegen als bei den Soldaten aller beteiligten Seiten, die zudem in aller Regel mit Nahrung und Schnaps gut versorgt sind.

Wir wurden aber diesmal in einem Ausmaß wie nie zuvor auch mit dem Problem Geld für die Infrastruktur und die Organisation für Hilfsaktionen konfrontiert. Alle kleineren Gruppen und Institutionen in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Serbien, die humanitär, friedenspolitisch und menschenrechtlich arbeiten, erhalten selbstverständlich von den staatlichen Stellen kein Geld. Sie wurden bisher überwiegend von ausländischen Organisationen, auch von unserem Komitee, unterstützt. Eine Organisation ohne Infrastruktur kann nicht oder nur unzureichend funktionieren.

Hierzu fünf Beispiele, die auf unserer jetzigen Reise besonders deutlich wurden und Gruppen betreffen, mit denen wir seit langem kooperieren und die unserer besonderen Hilfe bedürfen.

1) "Nexus", unsere Zagreber Partnerorganisation, verteilt große Mengen an Medikamenten und anderen Hilfsgütern. Wenn die Organisation aber nicht über ausreichend Internationale Langzeit-Freiwillige und nicht über Transportmittel verfügt, dann kommen diese Dinge auch nicht in die Flüchtlingslager, schon gar nicht in die weiter entfernten und ebenso nicht in die zugänglichen Teile Bosniens. "Nexus" steckt in diesem Sinne gerade in einer großen Krise, ist aber zugleich inzwischen in eine so wichtige Rolle gewachsen, daß alles getan werden muß, dieses internationale Hilfsnetzwerk zu erhalten. Nicht nur wir vom Komitee, sondern auch die anderen Hilfsgruppen, die sich "Nexus" "bedienen", sind deshalb aufgerufen, auch Bargeld für die sowieso minimal gehaltenen Büro-, Personal- und Transportkosten beizusteuern.

2) Von größter Wichtigkeit sind u.a. öffentliche Veranstaltungen, Mahnwachen, Flugblattverteilungen und vor allem die Zeitungen wie etwa ARKzin (Zeitung der Antikriegskampagne in Kroatien) oder WHY (Zeitschrift des Friedenszentrums Sarajewo). Über diese wird ein Netzwerk, das die Republikgrenzen überschreitet, aufrecht erhalten und ein Zusammenhang der oft weit verstreuten Gruppen forciert, der zum Weitermachen im friedenspolitischen und menschenrechtlichen Engagement ermuntert. Vor allem diese Zeitungen wären ohne Hilfe aus dem Ausland dem Untergang geweiht. Damit gäbe es keine friedenspolitische und demokratische Gegenöffentlichkeit mehr.

3) Die freiwillige Ambulanz bei der Moschee von Zagreb. Die Ambulanz besteht aus etwa acht Ärztinnen, einem Arzt, Krankenschwestern, Pflegerinnen und weiteren Hilfskräften und versorgt täglich etwa 300 Flüchtlinge in Zagreb. Sie sind selbst Flüchtlinge oder Vertriebene aus Bosnien-Herzegowina. Ihre Hilfe gilt primär bosnischen Flüchtlingen, die nur in Ausnahmefällen gesundheitliche Versorgung in Kroatien erhalten. Aber die Ambulanz schickt auch keine Kroatinnen oder Kroaten zurück, die sich hilfesuchend an sie wenden.

Obwohl die Ambulanz zwanzig Beschäftigte hat, ist sie dennoch ständig überlastet. Medikamente erhält die Ambulanz vom "Roten Halbmond" (Bosnien und Kroatien), von dem Internationalen Roten Kreuz (IRK), von "Nexus" und an vierter Stelle von unserem Komitee. In kleineren Mengen auch von zahlreichen anderen Organisationen.

Die notwendige finanzielle Infrastruktur ist, wie wir jetzt erfahren mußten, am zerbröckeln. Das bedeutet für die Ambulanz, daß sie nur noch beschränkt und kurzfristig effektiv arbeiten kann. Wenn wir unseren bisherigen Hilfsanspruch ernst nehmen, müßten wir sofort außer mit Medikamenten auch mit Bargeld unterstützend eingreifen mit dem Ziel: Rettet die unabhängige Frauenambulanz in Zagreb!

4) Das Pakrac-Projekt. Auch bei dieser Reise waren wir wie schon so oft in Pakrac, jener Stadt in West-Slawonien, die unter UN-Mandat steht. Pakrac wurde von der UN-Wien ausgewählt, die Stadt, die zu zwei Dritteln völlig zerstört, zu einem Drittel schwer beschädigt ist, zum einen wieder aufzubauen, zum anderen aber auch, um die Serben und die Kroaten wieder zusammenzuführen. Pakrac ist - sieht man von Mostar ab, wo die Probleme aber völlig anders liegen - die einzige Stadt, für die ein solcher Versuch unternommen wird. Und dies unter schwierigsten Bedingungen. Durch die Stadt geht eine Demarkationslinie. Im östlichen Teil leben die etwa 1.800 zurückgekehrten Serben, im westlichen Teil die etwa 3.000 zurückgekehrten Kroaten. Pakrac hatte vor dem Krieg etwa 10.000 Einwohner, gleich verteilt Kroaten und Serben und wie überall in Ex-Jugoslawien kleine Gruppen anderer Volksminderheiten.

In Pakrac West arbeiten auf Initiative von UN-Wien und verknüpft mit der Antikriegskampagne Zagreb im Durchschnitt 30 Internationale Freiwillige. Sie arbeiten in den städtischen Brigaden mit, die den Schutt wegräumen, Steine sauber klopfen und inzwischen zahlreichen Häusern mindestens ein neues Dach aufgelegt und zwei Räume für den Winter hergerichtet haben. Des weiteren beschäftigen sich die Freiwilligen viel mit Kindern, Jugendlichen und alten Menschen. Sie haben dazu beigetragen, daß die Schule in Pakrac West wieder funktioniert. Sie veranstalten Feste oder nehmen an solchen der Einheimischen teil, zu denen sie in aller Regel eingeladen werden.

Insbesondere das Pakrac-Projekt entspricht der Parole, die von der Komitee-Vertretung bereits bei der internationalen Friedenskarawane durch Jugoslawien im Herbst 1991 mitgeführt wurde: Verständigung statt Krieg!

Auch in Pakrac geht es immer und immer wieder um finanzielle Unterstützung. Die meisten der Freiwilligen sind mehr oder weniger mittellos und haben, wenn sie längere Zeit in Pakrac sind, keinerlei Einkünfte. Sie müssen also mit einem Minimalbetrag unterstützt werden. Wenn erst Freiwillige kontinuierlich auf der "serbischen" Seite arbeiten, kommt es darauf an, konkrete Projekte zu finanzieren. Das erste wäre die Errichtung einer Schule und eines - dies ist relativ kompliziert und kostenaufwendig - Kommunikationssystems zwischen Ost und West. Die Minimalausrüstung für ein kleines Büro müßte angeschafft werden. Mehr als auf der "kroatischen" Seite käme es auf die Motivierung der Selbsthilfe der serbischen Bürgerinnen und Bürger an, einer Selbsthilfe, die in manchen Fällen auch mit finanziellen Kosten verbunden ist.

5) Serbien. Wir unterstützen, soweit es unsere begrenzten Mittel zulassen, das Antikriegsbüro in Belgrad und weitere derartige Gruppen in Serbien und leisten humanitäre Hilfe in serbischen Flüchtlingslagern. Die Zahl der meist bosnischen Serben, die von Bosnien nach Serbien geflüchtet sind und in Flüchtlingslagern leben, wird auf etwa 600.000 geschätzt. Nur zu einem Bruchteil der bestehenden Flüchtlingslager gibt es Kontakt. Nach der derzeitigen Kriegslage werden neue Flüchtlinge aus Bosnien hinzukommen. Auch hier besteht also bereits eine Aufgabe von großem Ausmaß, was sich ins gleichsam Unermeßliche steigern kann. Auf keinen Fall ist es möglich, diese Hilfe von außen zu organisieren. Dazu sind wir auf die kleinen Friedensgruppen in Serbien selbst angewiesen. Diese Gruppen aber sind noch ärmer als beispielsweise in Kroatien oder Bosnien-Herzegowina und haben zudem bald noch mehr als bisher die Aufgabe, sich um aus der Bundesrepublik abgeschobene Deserteure zu kümmern. Sie brauchen unsere Hilfe.

Unter dem Eindruck meiner 40. Hilfsreise vom 29. Oktober bis 4. November 1994, drängt es mich, einen unüberhörbaren Hilferuf in unsere reiche Gesellschaft zu schreien: Spendet und helft den unschuldigen Kriegsopfern in Ex-Jugoslawien!

"Helfen statt schießen!"

Volksbank Odenwald, 64743 Beerfelden

Kontonummer 8024618, BLZ 50863513

Klaus Vack

Koordinator des Komitees für Hilfe in Ex-Jugoslawien

39. Bankiers gegen Frauen. Bevölkerungspolitik als Allheilmittel

Bevölkerungspolitik als Allheilmittel - von Anna Sax

Autor: Anna Sax · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:27

Eine Frau in einem Land des Südens trifft, wenn sie sich im Familienplanungszentrum nach Verhütungsmitteln erkundigt, auf Personal, das in erster Linie Sollzahlen für abgegebene Verhütungsmittel erfüllen muß. Oder sie wird mit mehr oder weniger sanftem Druck dazu überredet, sich sterilisieren zu lassen oder eine ganz bestimmte, neue Methode anzuwenden. Sie bekommt zu hören, daß sie unfähig sei, täglich an die Pille zu denken oder eine der unschädlichen Barrieremethoden richtig anzuwenden. Sie erhält keine oder ungenügende Informationen über mögliche Risiken und Nebenwirkungen, und keinerlei Aufklärung über die Prävention von HIV oder anderen sexuell übertragbaren Krankheiten. Falls eine Methode versagt, hat sie keine Möglichkeit zu einem legalen Schwangerschaftsabbruch. Und schließlich kann es ihr passieren, daß sie überhaupt kein Verhütungsmittel erhält, weil sie jung und/oder unverheiratet ist.

Diese traurige Liste macht deutlich, daß es mit der Freiheit und Selbstbestimmung der Frauen im Bereich der Geburtenplanung schlecht bestellt ist. Mißbräuche sind vorprogrammiert, weil Familienplanung weitgehend in den Händen der großen Bevölkerungsorganisationen liegt. Diese führen in den Ländern des Südens unter Titeln wie "Familienwohlfahrt" oder "Mutter-Kind-Gesundheit" unzählige Programme durch, die auf Kosten der Gesundheit und der körperlichen Integrität von Frauen gehen. Ziel ihrer Maßnahmen im Bereich der Familienplanung ist schlußendlich eine Reduktion der Geburtenzahlen. Neben etablierten Bevölkerungsorganisationen wie z.B. dem privaten Population Council, der US-Entwicklungsagentur USAID und dem UNO-Bevölkerungsfonds UNFPA, hat sich die Weltbank in den letzten Jahren zu einer der wichtigsten Kreditgeberinnen im Kampf gegen das Bevölkerungswachstum entwickelt.

Verhütungsmittel gegen

den "Bevölkerungsdruck"

Schon früh in diesem Jahrhundert beschäftigten sich einzelne Forscher mit Empfängnisverhütung, doch stießen sie vorerst auf moralische Schranken: Mit Forschung, welche die zügellose Sexualität der Frauen womöglich begünstigte, waren in den 20er und 30er Jahren keine wissenschaftlichen Lorbeeren zu holen. Salonfähig wurde die Verhütungsmittelforschung erst in den 50er Jahren, in einer Zeit, in der vermehrt die Rede vom "übervölkerten" Süden aufkam. Es war kein Zufall, daß ausgerechnet auf der Karibikinsel Puerto Rico die ersten Anti-Baby-Pillen an Frauen ausprobiert wurden. Laut Aussagen von Pillenforschern war Puerto Rico in den 50er Jahren "eine Region, wo der Bevölkerungsdruck ein Problem für die Volksgesundheit ist" (Hartmann 1987, S. 177). Dieser "Bevölkerungsdruck" wurde allerdings hauptsächlich dadurch erzeugt, daß Hunderttausende von Menschen durch die Zuckerbarone von ihrem angestammten Land, das ihnen die Nahrungsversorgung sicherte, vertrieben worden waren.

Zur gleichen Zeit wurde in New York der Population Council gegründet. Private US-amerikanische Stiftungen wie die Rockefeller- und Ford Foundation begannen, Millionen von Dollar in die Erforschung neuer Verhütungstechnologien zu investieren. Diese Organisationen schrieben sich nicht nur den Kampf gegen das Bevölkerungswachstum in Asien, Afrika und Lateinamerika aufs Banner, sie trugen auch wesentlich dazu bei, der "Bevölkerungslehre" oder Demographie, die bis dahin innerhalb des wissenschaftlichen Establishments ein eher mißtrauisch beäugtes Schattendasein geführt hatte, zu Respektabilität zu verhelfen. In dem Maß, wie im reicher werdenden Norden die Angst vor dem "Bevölkerungsdruck" aus dem armen Süden um sich griff, stiegen auch die Geldmittel für Verhütungsmittelforschung, welche zur Hauptsache von nördlichen Regierungen und privaten Stiftungen zur Verfügung gestellt werden. Selbst die Weltgesundheitsorganisation WHO hat in Genf ein eigenes Programm zur "Erforschung der menschlichen Reproduktion". Dort wird unter anderem ein "Impfstoff" entwickelt, der Schwangerschaften über eine Reaktion des Immunsystems verhindern soll - ein neuartiges Verhütungsprinzip, gegen dessen Weiterentwicklung inzwischen Frauen aus der ganzen Welt protestieren. ExpertInnen halten die gesundheitlichen Risiken einer Manipulation des Immunsystems für nicht vertretbar (Richter, 1993).

Die finanziellen und organisatorischen Verflechtungen, die Zusammenarbeit zwischen Regierungen, privaten Organisationen und öffentlichen Institutionen sowie die besondere Rolle der Pharmaindustrie machen die Szene im Bereich der Bevölkerungspolitik höchst unübersichtlich. Die Pharmaindustrie hat sich - aus Angst vor Haftpflichtforderungen - weitgehend aus der Forschungstätigkeit zurückgezogen. Sie spielt jedoch eine wichtige Rolle bei der Vermarktung von Verhütungsmitteln, deren Umsatz weltweit auf jährlich vier bis fünf Milliarden US Dollar geschätzt wird (Weltbank 1993).

Der Ehrgeiz der ForscherInnen richtet sich auf neue, technologisch noch raffiniertere Verhütungsmethoden - angeblich um sicherzustellen, daß jede Frau, in jeder Lebensphase, in jeder sozialen Situation und in jedem kulturellen Umfeld die passende Methode wählen kann. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus: Frauen, die über die notwendigen finanziellen Mittel, Informationen und den Zugang zu Gesundheitseinrichtungen verfügen, können zwischen Dutzenden von Methoden wählen, während für arme Frauen im Süden "Wahlfreiheit" ein leeres Wort bleibt: Für sie werden fast ausschließlich Mittel entwickelt und zur Verfügung gestellt, die potentiell gesundheitsschädigend sind und die außerhalb ihrer Kontrolle liegen - Sterilisation, Langzeitspritzen, Hormonimplantate oder Spiralen. Viele dieser Verhütungsmittel sind in den Industrieländern praktisch unbekannt. Für Männer, ob arm oder reich, stehen nach wie vor nur Kondome oder die Sterilisation zur Verfügung.

Die BevölkerungspolitikerInnen verwenden kaum einen Gedanken auf den Schutz vor HIV-Infektionen. So beklagt beispielsweise die sambische Ärztin Nkandu Luo von der afrikanischen Gesellschaft für Frauen und AIDS, daß Bevölkerungsorganisationen in Afrika neue Verhütungstechnologien propagieren, statt nach neuen Strategien in der Familienplanung zu suchen. Da in Afrika AIDS überwiegend durch heterosexuellen Kontakt übertragen wird, müßte laut Dr. Luo der Gebrauch von Kondomen vorrangig propagiert werden.

Wachsende Weltbank-Kredite

Mit einem 2 Millionen Dollar-Kredit für Jamaika begann die Weltbank 1970, Programme zur Kontrolle der Bevölkerungszahl zu finanzieren. Inzwischen ist sie, neben der US-amerikanischen Entwicklungsagentur USAID und der UNO-Bevölkerungsorganisation UNFPA, zur wichtigsten Geldgeberin für die Bekämpfung des Bevölkerungswachstums in der Dritten Welt geworden. Bis 1989 hatte sie Kredite in Höhe von 881 Millionen Dollar für Bevölkerungsprogramme versprochen, in den Jahren 1990-1993 sind schätzungsweise nochmals 675 Millionen Dollar hinzugekommen. Der Anteil der Weltbank an der internationalen Unterstützung für Bevölkerungsprojekte lag in den Jahren 1985-1989 bei 12,4 Prozent, mit steigender Tendenz (Weltbank 1992/1993). Bei diesen Zahlen handelt es sich um Kredite mit ausschließlich demographischer Zielsetzung: Würden alle Programme mit eingerechnet, die unter Titeln wie "Mutter-Kind-Gesundheit" oder "Familienwohlfahrt" letztlich das Ziel verfolgen, die Geburtenraten zu senken, müßten sie mindestens vervierfacht werden.

Innerhalb der internationalen Bevölkerungslobby übernimmt die Weltbank die Rolle des "Hardliners". Sie hat Zugang zu höchsten Regierungsstellen und kann direkt Druck auszuüben, damit Mittel freigemacht werden für die von ihr gewünschten Zwecke. Sie kümmert sich wenig darum, ob Familienplanung "integriert" in Gesundheitsprojekte oder als reine Fruchtbarkeitskontrolle daherkommt. Für sie ist eine Reduktion der Geburtenzahlen in der Dritten Welt schon fast zum Allheilmittel geworden: Gegen Hunger und Armut, für ein gesteigertes Wirtschaftswachstum und gegen Umweltzerstörung. Im Weltentwicklungsbericht 1991 stellt die Bank die Vernichtung der Urwälder in Brasilien, Bolivien, Nepal, Bangladesch, Indien und Teilen Afrikas direkt als Folge des "Bevölkerungsdrucks" dar: "Viele Gebiete Afrikas südlich der Sahara weisen zwar noch große Flächen von potentiell kultivierbarem Boden und eine relativ niedrige Bevölkerungsdichte auf, doch führt das Vordringen einer rasch wachsenden Bevölkerung in die tropischen Regenwälder bereits zu Umweltproblemen."

Indien

Das "India Population Project" (IPP) ist eines der ältesten und ehrgeizigsten Bevölkerungsprogramme der Welt und wird von der Weltbank seit 1972 gefördert. Im Rahmen dieses Programms werden Frauen zu Tausenden mit Geschenken und Versprechungen zur Sterilisation überredet. Die Inderin Deepa Dhanraj zeigt in ihrem preisgekrönten Film "... wie ein Krieg", wie Lehrern und Dorfvorstehern die Auszahlung des Lohnes über

Monate verweigert wird, wenn sie nicht genug "Fälle" liefern - "Fälle" sind Frauen, die bereit sind, sich sterilisieren zu lassen.

Bis 1988 hatte die Weltbank 28 Prozent ihres Bevölkerungs-Etats in Indien investiert. In einer internen Evaluation über dieses Engagement kommt viel Unzufriedenheit über die Rolle der Bank zum Ausdruck: Die Verantwortlichen hätten zu wenig getan um zu verhindern, daß Sterilisationen "exzessiv" durchgeführt worden seien; sie hätten zu wenig auf Wirksamkeit und Qualität geachtet; die Zentralisierung und Gleichschaltung der Programme sei problematisch und Faktoren, welche die Nachfrage nach Verhütungsmitteln beeinflussen könnten (z.B. Gesundheit, Bildung, Kindersterblichkeit), würden vernachlässigt (Weltbank 1992, S.3). Als Konsequenz auf diese Kritik verlangt die Weltbank seit Ende der 80er Jahre genauere Rechenschaft über die Durchführung der indischen Bevölkerungsprogramme. Zudem werden auf Geheiß der Bank vermehrt private Organisationen herangezogen.

1989 bewilligte die Bank für das IPP einen Kredit von 124,6 Millionen Dollar. Ein Teilprojekt, das "IPP-V", wird in Greater Bombay durchgeführt. In der Projektbeschreibung für die Kreditgeberin, die Weltbank, und im Übereinkommen mit privaten Freiwilligen-Organisationen, listet das indische Gesundheitsministerium detailliert Ziele und Maßnahmen für die siebenjährige Projektperiode 1989-95 auf: In "Outreach-Programmen" schwärmen SozialarbeiterInnen aus, um in den Armenvierteln junge Paare für die Familienplanung zu gewinnen. Anschließend wird die Anwendung der Verhütungsmittel regelmäßig überwacht. Viel Wert wird auf "Information-Communication-Education" gelegt. Gemeint ist damit die Anwendung klassischer PR-Strategien. Beispielsweise wird statt von Familienplanung lieber von "Familienwohlfahrt" gesprochen. Und weil der Ruf der Familienplanungszentren in Indien wegen rigorosen Sterilisationsprogrammen in der Vergangenheit stark angeschlagen ist, werden sie "Gesundheitsposten" genannt. Nach Ansicht der Bank sind private Organisationen besser als Regierungsstellen geeignet, die Akzeptanz für Verhütungsmittel zu fördern und deren Anwendung zu kontrollieren. So wird ein Teil der Gesundheitsposten von privaten Organisationen eingerichtet und geführt. Das indische Gesundheitsdepartement bezahlt die Gehälter und Einrichtungen der Posten und nimmt monatlich einen Bericht entgegen. Unter den detailliert aufgelisteten Aufgaben der Gesundheitsposten ist die Nachbetreuung beim Gebrauch von Verhütungsmitteln nirgends zu finden.

Indonesien

1991 hat die Weltbank in das staatliche indonesische "Familienplanungsprogramm" 105 Millionen Dollars investiert. Die indonesischen Programme gehen in der Verbreitung von Verhütungsmitteln äußerst aggressiv vor. In den letzten Jahren wurde der Schwerpunkt auf Langzeitverhütungsmethoden verschoben, vor allem auf die Spirale, die Sterilisation und Norplant - Methoden, die keine Kontrolle durch die Frau zulassen. Frauen, die Verhütung betreiben, dürfen sich sogenannten "acceptors clubs" anschließen und erhalten bevorzugten Zugang zu Krediten und Ausbildungsmöglichkeiten.

Die Weltbank finanziert in Indonesien hauptsächlich Infrastrukturen und übernimmt die "typische Rolle einer Bank", während andere Institutionen, allen voran die USAID, bei der konkreten Ausgestaltung der Programme aktiv mitreden. Im Evaluationsbericht der Bank werden speziell die Gebäude der Familienplanungsstellen erwähnt, die "beeindruckend - signifikant besser als andere Regierungsgebäude in der Nähe" aussehen. Ohne Weltbankkredite hätte die Regierung wohl viel "kleinere und spartanischere" Häuser aufgestellt - und das erst noch langsamer. "Der Einfluß der Bank besteht hier darin, die Ausbreitung der Programme zu beschleunigen und ihren Status in den Augen der Öffentlichkeit und der Angestellten zu verbessern", stellt der Bericht fest.

Das staatliche indonesische Familienplanungsprogramm gilt als besonders erfolgreich. Die Bank lobt die Zusammenarbeit mit der Regierung: "Die indonesischen Behörden wissen, was sie wollen, und sie haben bewiesen, daß sie es auch ausführen können." Die Unterstützung der Bank jedoch "mag das Land dazu ermutigt haben, schneller und aggressiver vorzugehen, als es sonst geschehen wäre." (Weltbank 1992, S. 29). Beim "schnellen und aggressiven" Vorgehen ist jedoch die Gesundheitsversorgung ins Hintertreffen geraten, wie der Bericht der Bank selber bemängelt. Das Beispiel der Einführung des Verhütungsmittels Norplant macht deutlich, welche schwerwiegenden Folgen solche "Nachlässigkeit" mit sich bringen kann.

Mehrere hunderttausend Indonesierinnen erhielten bis 1990 Norplant in ihren Körper eingepflanzt. Norplant besteht aus sechs Stäbchen, die unter die Haut gebracht und dort fünf Jahre lang schwangerschaftsverhütende Hormone abgeben. Es muß spätestens nach fünf Jahren von ausgebildeten

Fachleuten wieder entfernt werden, weil sonst unter anderem die lebensbedrohliche Gefahr einer Eileiterschwangerschaft besteht. Obwohl seit kurzem auch in den USA zugelassen, ist Norplant wegen seiner vielfältigen Nebenwirkungen nach wie vor höchst umstritten. Für den Population Council, der das Mittel entwickelt und eingeführt hatte, war die Massenanwendung ein Grund, im Februar 1990 eine Studie über den Einsatz von Norplant in Indonesien zu erstellen. Die Resultate der Studie sind schockierend: Frauen, die unter teils massiven Nebenwirkungen leiden, wird die Entfernung des Implantats verweigert. Die Richtlinien zur Anwendung von Norplant werden kaum eingehalten, und eine medizinische Begleitung der Anwenderinnen ist im Normalfall nicht vorhanden. Die Entfernung nach fünf Jahren ist nicht gewährleistet, denn: "Alles in allem hat das indonesische Gesundheitswesen begrenzte Möglichkeiten, Norplant-Anwenderinnen wieder aufzuspüren."

Die Weltbank hat auch im von Indonesien besetzten Osttimor den Bau von Familienplanungszentren finanziert, so 1985 in Dili. Bevölkerungspolitik in Osttimor hat einen besonders bitteren Beigeschmack, weil hier die indonesische Armee seit der Besatzung 1975 rund ein Drittel der Bevölkerung militärisch massakriert hat. Kurz nach der Eröffnung des weltbankfinanzierten Zentrums schnellte die Rate der mit Langzeitspritzen verhütenden Frauen von 30 auf fast 60 Prozent. Frauen aus Dili berichteten, daß sie als anti-indonesisch und als Sympathisantinnen der Unabhängigkeitsbewegung verdächtigt wurden, wenn sie sich weigerten, die Spritzen zu akzeptieren.

Überzeugungsarbeit in Afrika

Die regionalen Strategien der Weltbank unterscheiden sich je nach Stand der "Akzeptanz" gegenüber bevölkerungspolitischen Maßnahmen. In Asien wird Bevölkerungskontrolle von den meisten Regierungen als vordringliches Anliegen aufgefaßt, und entsprechende Programme wurden schon in den siebziger Jahren eingeleitet. In Afrika hingegen wehren sich einige Länder gegen Programme zur Geburtenkontrolle, sei es, weil eine Zunahme der Bevölkerung erwünscht ist, oder weil die Ansinnen der Industrieländer als Einmischung empfunden werden. Folglich muß die Weltbank zuerst "Überzeugungsarbeit" leisten. BankvertreterInnen verhandeln hier nur auf "höchster Ebene" über Bevölkerungspolitik - mit Vorliebe im Zusammenhang mit Kreditbegehren.

Viele Regierungen südlich der Sahara waren noch Ende der 70er Jahre ausgesprochen "pronatalistisch" eingestellt, und ein schnelles Bevölkerungswachstum war erwünscht. Die Weltbank hat sichere Methoden entwickelt, um mit der Uneinsichtigkeit der AfrikanerInnen fertig zu werden. Mit Stolz beschreiben die beiden BankmitarbeiterInnen Fred Sai und Lauren Chester in einem Artikel die Erfolge auf diesem Sektor: Mit Unterstützung des UNFPA werden hohe Regierungsbeamte zu Seminaren zitiert, wo ihnen sogenannte "Rapid-Präsentationen" vorgeführt werden. Dabei handelt es sich um Computer-Demonstrationen, welche "die Auswirkungen verschiedener Szenarien auf die Entwicklung verschiedener Sektoren" bildlich darstellen, "z.B. die Wachstumsrate der Bevölkerung auf die Waldzerstörung". Anschließend wird in einer "offenen Diskussion" ein "Konsens entwickelt" über die Notwendigkeit einer Kontrolle des Bevölkerungswachstums. Dank kontinuierlicher "Sektorarbeit" haben inzwischen viele hochverschuldete afrikanische Regierungen ihren Widerstand gegen Bevölkerungsprogramme aufgegeben. So beispielsweise Senegal, als es mit der Weltbank über die Auszahlung der dritten Tranche eines bereits bewilligten Strukturanpassungskredits verhandelte: "Im Zusammenhang mit den Verhandlungen kamen Bankvertreter auch auf Bevölkerungspolitik zu sprechen. Als Resultat einigte man sich darauf, daß ein Bevölkerungsprogramm Bedingung sei für die Freigabe des Kredits." (Sai/Chester 1990)

Besonders im frankophonen Afrika halten die Verantwortlichen der Bank ein drastisches Vorgehen für angebracht: "Mit dem pronatalistischen kolonialen Erbe muß jetzt explizit und öffentlich gebrochen werden." (Weltbank 1992, S.5). Tatsächlich waren im Senegal moderne Verhütungsmittel bis 1980 verboten.

Kenia, das nach Ansicht der Weltbank-Verantwortlichen zuviele Ressourcen in die ländliche Gesundheitsversorgung steckte und darüber die Bevölkerungspolitik vernachlässigte, gab schon 1982 klein bei, nachdem ihm mittels "politischer Dialoge" der Tarif bekanntgegeben worden war. "Bank-Offizielle vom Präsident an abwärts ließen keine Gelegenheit aus, das Thema mit ihren Gesprächspartnern zu erläutern." Das kenianische Bevölkerungsprogramm kam zustande, und zwar "in Form einer Bedingung für die Auszahlung der zweiten Tranche des Zweiten Strukturanpassungskredites." (Weltbank 1992, S.54) Doch noch immer zeigte sich das Gesundheitsministerium nicht sehr kooperativ. Die kenianischen

Bevölkerungsprogramme wurden zwischen 1982 und 1989 zu ca. 80 Prozent mit Weltbank- und anderen ausländischen Geldern finanziert - und sie waren in bezug auf die Senkung der Fruchtbarkeitsraten vollkommen wirkungslos. Im Gegenteil, das Bevölkerungswachstum beschleunigte sich noch, falls man den offiziellen Statistiken Glauben schenken darf.

Es scheint, daß die BevölkerungsstrategInnen der Weltbank ihre Rechnung noch immer ohne die Frauen machen: Nicht bevölkerungspolitische Vorgaben sondern ihre eigenen Lebensumstände sind für Frauen maßgebend bei der Entscheidung, wieviele Kinder sie haben wollen. Die Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln ist dabei nur ein Faktor unter vielen.

Literatur:

Betsy Hartmann, Reproductive Rights and Wrongs; New York, 1987.

Betsy Hartmann, "Old Maps and New Terrain"; präsentiert am fünften internationalen Frauenkongress in Costa Rica, 23.2.93

Judith Richter, "Traum der Forscher, Alptraum für Frauen?"; Herausgegeben von der BUKO-Pharmakampagne Bielefeld, 1993.

Fred T. Sai und Lauren A. Chester, "The Role of the World Bank in Shaping Third World Population Policy"; New York, 1990.

Weltbank-Publikationen:

Population and the World Bank, Implications from Eight Case Studies, Washington, D.C., 1992;

Effective Family Planning Programs, Washington, D.C., 1993;

The World Bank Annual Report 1993.

Diesen Artikel haben wir mit freundlicher Genehmigung der Autorin der Broschüre "Wenig Kinder - viel Konsum? Stimmen zur Bevölkerungsfrage von Frauen aus dem Süden und dem Norden", herausgegeben von Brot für Alle, Erklärung von Bern und Fastenopfer, entnommen.

40. Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation der Debatte sowie eine ausführliche Antwort von Karl Heinz Roth

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Theorie; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:07

Über anderthalb Jahre ist es her, da ein Vortrag des Hamburger Arztes und Sozialwissenschaftlers Karl Heinz Roth, den er auf einem von der Zeitschrift konkret durchgeführten Kongreß im Juni 1993 gehalten hatte und der kurz danach weitgehend vom ak abgedruckt worden war, für erhebliches Aufsehen in linken Kreisen sorgte. Roths Vortrag liegt nun seit ein paar Monaten in vollständigem Umfang und in allgemein gut zugänglicher Weise in einem vom isp-Verlag herausgegebenen Band vor. Darüber hinaus sind in der Veröffentlichung offenbar sämtliche Beiträge, die sich auf Roths Referat beziehen, wiedergegeben und schließlich führt Karl Heinz Roth in einem 130 Seiten langen Aufsatz noch einmal in vertiefter Weise seine Analyse aus, wie er auch auf die eben erwähnten Reaktionen eingeht.

"Dokumentation der Debatte" heißt dementsprechend auch der Untertitel des Buches. Das ist insofern etwas irreführend, als von einer wirklichen Debatte nur in Ansätzen die Rede sein kann, da es sich weitgehend um Artikel aus linken Zeitungen und Zeitschriften handelt, denen das Medium Zeitung enge Grenzen gesetzt hat.

Eine gewisse Ausnahme im Reigen der summa summarum eher zu überfliegenden Diskussionsbeiträge stellt meines Erachtens ein längerer Artikel von Heiner Möller dar (ursprünglich in Bahamas Nr. 13 erschienen). Möller geht darin mit Nachdruck gegen Roths These an, daß der Nationalstaat seine nationalen Funktionen verlöre, weil das neoliberale Akkumulationsmodell jegliche disparate ökonomische Strukturen zerstört und sich somit tendenziell ein neues Proletariat in einer kapitalistischen Welt herstellt: "Die Dominanz der monetaristischen Politik der Entstaatlichung der Wirtschaft, Privatisierung und Deregulierung ... bedeutet zwar den unmittelbaren Rückzug des Staates aus wirtschaftlichen Operationen, doch ist damit der Staat mitnichten zunehmend überflüssig für die Wirtschaftspolitik und die Vermittlung ökonomischer Prozesse", meint Möller. Im Zeichen der globalen kapitalistischen Krise bestimmten nicht mehr ökonomische Gesetzmäßigkeiten allein den Gang der Dinge. Statt dessen werde "der jeweilige nationale Standort des Kapitals ... in Anschlag gebracht, um vorteilhaft aus der Krise herauszukommen". (S.99f) Im weltweiten zugespitzten Konkurrenzkampf des Kapitals, dessen transnationale Konzerne keinesfalls ihre nationalen Kommando-Zentralen aufgäben, spielten außerökonomische Faktoren wie Kriegsfähigkeit nach außen und faschistische Formierung nach innen eine zunehmende Rolle. Die faktische Aufteilung der Welt in drei Zonen (die Metropolen sowie zweierlei Arten von Peripherie) führe auch zu einem "dreigeteilten Proletariat"; in den Metropolen sei dabei mit einer Interessenidentität zwischen Kapital und Proletariat zu rechnen.

Schade, ausgerechnet diesem Beitrag sowie einem weiteren von Detlef Hartmann verweigert Roth eine weitere Auseinandersetzung (und zwar, weil er sich - zu Recht - über Möllers sich anschließende kategorische Ablehnung jeglichen Zusammenhangs von sozialer Deklassierung einerseits und Befreiung und Widerstand andererseits ärgert). Dabei konstatiert auch Roth in seinem ursprünglichen Referat mindestens an einer Stelle "eine erbitterte Konkurrenz" der Staaten oder auch der Wirtschaftsblöcke "um die besten ‚komparativen Standortvorteile`". (S. 19) Und auch in seiner Replik heißt es, daß die Staaten in dem Bemühen, eine zu weitgehende Erosion ihrer Integrationsfunktionen zu verhindern, versuchen, "möglichst viel Kapital anzuziehen". "Die Folge ist ein ständiger Kampf um die Attraktion und das Immobilisieren von Teilen des Weltkapitals nach dem Prinzip des beggar-my-neighbour..." (S. 176) Roth meint freilich des weiteren, daß im Verlauf dieses Wettlaufs um die besten Plätze vom Weltkapital die dabei entstehenden hegemonialen und subalternen Positionen gleichsam zugeteilt werden; staatliche Standortpolitik werde dabei "zu einer nachgeordneten Variablen in der durch das Weltkapital diktierten Neubestimmung von Profitraten, Lohneinkommen und sozialpolitischen Transferzahlungen zur Befriedung des Klassenkonflikts bzw. zur Steuerung der Unterbeschäftigung". (ebd.)

Das gerade wiedergegebene Zitat illustriert Roths Neigung, hinter den Bewegungen des internationalen Kapitals ein steuerndes Zentrum oder zumindest ein planvolles Vorgehen zu vermuten - das trägt zunächst einmal zur Spannung bei der Lektüre seine Analyse bei, auch wenn Roth mit expliziten Äußerungen in dieser

Richtung eher spart. Aber davon abgesehen sollte Roths zugrundeliegendes Axiom, nämlich den Kapitalismus in letzter Instanz als Form von Herrschaftsausübung zu betrachten, aus einer stärker marxistischen Sicht nicht bloß kopfschüttelnd oder belustigt zur Kenntnis genommen werden. Denn wenn in marxistischer Theorie auch - je nach Traditionslinie - mit dem "Mehrwert heckenden Wert" oder aber mit der Entfaltung der Produktivkräfte "objektive" Größen als letztlich ausschlaggebend für die Kapitalbewegung angesehen werden, so ist trotzdem nicht von der Hand zu weisen, daß kapitalistische Ausbeutung gerade auch im internationalen Maßstab durch planende und handelnde Subjekte exekutiert wird.

Daß also beispielsweise die seit Beginn der 70er Jahre auf den internationalen Finanzmärkten vorhandene, auf die Überakkumulation von Kapital zurückzuführende überschüssige Liquidität den Trikont-Ländern nicht in Form günstiger Kredite zur Verfügung gestellt wurde, sondern daß im Gegenteil mit der US-amerikanischen Hochzinspolitik der Reagan-Ära reihenweise Volkswirtschaften in den Ruin bzw. in die Abhängigkeit von den imperialistischen Zentren getrieben wurden, kann ohne weiteres als Ergebnis einer bewußt durchgeführten Politik angesehen werden. Dasselbe läßt sich für die in Chile ab Ende der 70er Jahre durch die Monetaristen aus Chicago betriebene "Sanierungs"- und Ausverkaufspolitik feststellen. Eine ähnliche Außensteuerung ließe sich auch im Falle Südkoreas mit gutem Grund vermuten.

Was Roths Buch trotzdem in hohem Maße lesenswert macht, ist die Farbigkeit und die politische Griffigkeit, mit der Roth den faktischen Verlauf der weltweiten neoliberalen Konterrevolution darstellt, die Anfang der 80er Jahre zu greifen beginnt. Die aktuellen und zukünftigen Umstrukturierungen gerade auch in den Metropolen anschaulich und spannend auf den Begriff zu bringen, ist Karl-Heinz Roths großes Verdienst. Daß Roth zugleich bei der Bestimmung der revolutionären Subjekte wenig überzeugend argumentiert - welche/r linke Theoretiker/in säße da nicht im Glashaus, um Roth mit billiger Polemik bedenken zu können?

Ein weltweites neues kapitalistisches Modell

Roth skizziert die seit Mitte der siebziger Jahre einsetzende Herausbildung eines neuen, sich inzwischen weltweit etablierenden kapitalistischen Akkumulationsmodells auf den drei wichtigsten Ebenen. Zum einen analysiert er die Weichenstellungen auf den internationalen Finanzmärkten ("von hier aus begann der Gegenangriff ... (auf die) sich tendenziell globalisierenden Arbeiter- und Sozialrevolten", so jedenfalls Roths Diktion; S. 163), die zunächst auf eine Konsolidierung der Ausbeutungsraten zielten: "Voraussetzung dafür war, daß sich die Finanzmärkte als universelle Konzentrationspunkte des Geldkapitals und als mobilste Kapitalform gegenüber dem realen Kapital zunehmend verselbständigten und die gefallenen Profitraten an allen Punkten des Erdballs unter Druck setzten ... Realinvestitionen wurden nur noch dann getätigt, wenn die erwarteten Profitraten sich mindestens an die unangreifbar hoch gehaltenen Zinssätze annäherten. Das war immer häufiger nur dann der Fall, wenn Produktivitätssteigerungen mit verschärftem Arbeitstempo, verlängerten Arbeitszeiten und sinkenden Lohneinkommen einhergingen und wenn durch die Restriktion der nationalen Sozialbudgets Masseneinkommen zusätzlich zugunsten der gesteigerten Durchschnittsprofitrate und des Hochzinsregimes umverteilt wurden." (S. 166) Gegenüber diesen Instrumenten des "stummen ökonomischen Zwangs" trat die blutige Unterdrückung der Arbeiterklasse, die anfänglich beispielsweise in Chile, Südkorea, Brasilien oder der Türkei noch im Vordergrund gestanden hatte, allmählich in den Hintergrund.

Zum anderen nimmt Roth die Reorganisation des kapitalistischen Produktionsprozesses unter dem Oberbegriff des "Toyotismus" in den Blick. Stichworte sind hier etwa Lean Production, Gruppenarbeit und die Auslagerung ganzer Produktionsbereiche aus den Großkonzernen und ihre Delegierung an differenzierte Mehrwertketten vom hochtechnisierten Zuliefererbetrieb bis hinunter zu quasi frühkapitalistischen "Schwitzbuden". Roth beobachtet für die 80er Jahre die "endgültige Abkehr von den überwiegend technologisch/kapitalintensiv initiierten Reorganisationsstrategien und die Zuwendung zu integrierten Managementkonzepten, die den Schwerpunkt auf die Arbeitsorganisation verlagerten und die Unternehmensstruktur durch die Verringerung der Fertigungstiefen sowie den verstärkten Fremdbezug von Komponenten an die Pyramidenstruktur des real gewordenen Postfordismus annäherten." (S. 205)

Drittens schließlich wendet sich Roth der "merkwürdigen Wiederkehr von eindeutig proletarischen und subproletarischen Klassenlagen" zu, "wie sie noch vor wenigen Jahren völlig unwahrscheinlich erschienen". (S. 8) Eine "radikale Sanierungsstrategie" werde sichtbar, "die auf die weitere Steigerung der Kapitalintensität verzichtet und eine sprunghafte Erhöhung der Ausbeutungsraten auf die Tagesordnung setzt". (S. 27) Die

"relative Überbevölkerung" bildet dabei die Voraussetzung, daß der Marxschen Verelendungstheorie in den letzten zwanzig Jahren "ein denkwürdiges come back beschieden" war. Strategisches Ziel des Neoliberalismus sei es, angesichts des vom Finanzkapital durchgesetzten strategischen Abbaus der Realinvestitionen "auch an den zentralen Standorten eine neue Ordnung der langfristigen Unterbeschäftigung durchzusetzen, die das gesamte Proletariat trifft". (S. 187) Bislang atypische ungeschützte Arbeitsverhältnisse würden auch in den Metropolen tendenziell zur Norm. Und an die Stelle des social welfare untergegangener Zeiten trete immer stärker die ständige Mobilisierung der nicht- oder unterbeschäftigten Teile des Proletariats durch workfare, flexiwork, geschlechtshierarchische Arbeitsteilung und self employment der "selbständigen Arbeiter", was "die Arbeiterklasse der kapitalistischen Zentren bei allen auch weiterhin bestehenden ... Einkommensunterschieden zunehmend mit dem Proletariat der Schwellenländer und der drei Kontinente" verbinde. (S. 190)

Erst wenn "tatsächlich die Einbindung von Massenarbeitslosigkeit und Pauperismus in eine vielstufige Hierarchie von Niedriglohnketten und zentralen Ausbeutungsstrukturen gelingt, kann sich (das neoliberale) Neuordnungsmodell tatsächlich festigen", gäbe es dann nur noch ein weltweit unterbeschäftigtes Proletariat und eine Globalisierung der Ausbeutung bis hinunter zum prekärsten selbständigen Arbeiter. (S. 197f)

Mit der tendenziell weltweiten Angleichung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse sieht Roth das definitive Ende nationaler Arbeiterbewegungen bzw. nationaler Befreiungsbewegungen gekommen. Aber auch die von Roth selbst vor zwei Jahrzehnten getroffene Unterscheidung in die "eine" und die "andere" Arbeiterbewegung werde zunehmend hinfällig. Inzwischen werde das Proletariat in allen Entwicklungsstadien des Kapitals - also weltweit - neu formiert und seine Zusammensetzung verändert, so daß die für das Kapital erforderlichen Arbeitskräftepotentiale weltweit abrufbar würden.

Für Roth folgt daraus im Hinblick auf eine antikapitalistische Strategie, die Suche nach ausgewählten Klassensubjekten zu beenden und statt dessen die Potentiale sozialrevolutionärer Prozesse in ihrer ganzen Breite zu beachten, "allerdings unter der entscheidenden Voraussetzung", daß der ",Arbeiterfrage` als der ältesten und ehrwürdigsten Matrix aller derzeitigen ‚Sozialbewegungen` wieder die oberste Priorität" zukommt, wie Roth reichlich diffus zum Besten gibt. Und auch die Feststellung, "daß eine sozialrevolutionäre Intervention ... an jedem Ausbeutungspunkt prinzipiell möglich und sinnvoll ist, weil sie unmittelbar an alle anderen Widerstandspunkte des Weltsystems vermittelt werden kann", ist in ihrer Allgemeinheit kaum zu überbieten und wird im übrigen auch schon zum wiederholten Male aufgewärmt. Die von Roth nach wie vor mit großem Eifer betriebene umstandslose Verknüpfung von Verelendung und sozialrevolutionärem Protest trägt nach meinem Empfinden doch einige Züge des von Roth ein ums andere Mal angegriffenen "marxistischen Determinismus" und ist mit großen methodischen Schwächen behaftet. Im übrigen scheint Roth den Gedanken der "proletarischen Zirkel" nun nicht mehr weiter zu verfolgen.

Aber, wie schon gesagt, wer hat in der Frage des "subjektiven Faktors" schon den Stein der Weisen gefunden...? Roths Anstrengungen um eine politisch-wissenschaftliche Annäherung an das neue weltweit herrschende Akkumulationsmodell, das immer konkreter auch in unser aller Alltag eingreift, macht sein Buch zu einem echten kleinen Bildungserlebnis - wofür im übrigen auch seine Neigung zum ausgiebigen Gebrauch von Fremdwörtern und englischen Kurzformeln sorgt, die es bei Bedarf nachzuschlagen gilt, deren Verwendung nichtsdestotrotz Roths Ausführungen eine eigene Farbigkeit und Lebendigkeit verleiht.

J./Westberlin

Karl Heinz Roth (Hrsg.), Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation einer Debatte, Köln 1994 (isp-Verlag), 285 Seiten, DM 29,80/öS 233/sFR 30,80

Jüngere und ältere Abhandlungen und Beiträge Karl Heinz Roths aus einem 20 Jahre umschließenden Zeitraum sind in einem 1994 erschienenen Sammelband zusammengetragen, der zu einer Rekonstruktion der Geschichte der sozialrevolutionären Linken beitragen soll. Operaismus, die Fabrikkämpfe der "Massenarbeiter" in den frühen 70er Jahren, die Auseinandersetzung mit dem bewaffneten Kampf, der Anschluß der DDR und die "neue Proletarität" sind einige der hier vertretenen Themen.

Frombeloff (Hrsg.), ... und es begann die Zeit der Autonomie. Politische Texte von Karl Heinz Roth, Hamburg 1993 (Verlag Libertäre Assoziation), 330 Seiten, 25 DM

41. "Jenseits von Moskau" - Leseprobe aus "186 und eine Geschichte von der inneren Entkolonialisierung" von Kai Ehlers

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:22

Was kommt nach Moskau? Wohin wenden sich die Menschen nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Versorgungsstaates, nach der enttäuschten Hoffnung auf den neuen Menschen? Welche Kräfte werden freigesetzt, welche Gefahren drohen im postsowjetischen Raum?

Drängende Fragen, denen Kai Ehlers auf ausgedehnten Reisen in die Gebiete "Jenseits von Moskau" nachgegangen ist. Seine Antwort: ein Plädoyer für eine antikoloniale und emanzipatorische Neuordnung des Raumes sowie die Auseinandersetzung mit den Scheinlösungen des Nationalismus.

Seine Begegnungen, Geschichten und Impressionen an der Wolga, auf den Höhen des Altais oder in den Niederungen der sibirischen Taiga münden in die Absage an geradliniges Fortschrittsdenken, Technizismus, patriarchale Rationalität und in der Vision einer chaotischen, spirituellen und weiblichen Zukunft "Jenseits von Moskau" und anderswo.

Anton Romanow ist ein Mann mit Prinzipien, gegenwärtig, beweglich, genau. Entschiedene Männlichkeit geht von ihm aus. Mein Gastgeber Oleg hatte mich auf ihn aufmerksam gemacht: "Einer unserer stärksten Rechten! Ein sehr fähiger Mann, leider. Leiter einer über tausend Leute umfassenden Organisation."

Romanows Ideal ist die "duchownaja Obschtschina", die höhere, die geistige, die seelische Gemeinschaft, die er vom "duchowni Nationalism" abgegrenzt haben will: "Ich bin kein Nationalist", betont er. In seiner "Obschtschina" gebe es Tataren, ebenso wie Deutsche, Bujaten, Mongolen, Chinesen, unterschiedlichste Nationalitäten eben.

Er empfängt mich in seinem Kabinett im obersten Sowjet. Auf der Tür steht: "Kommission für Jugendbildung". Neben ihm sitzen zwei sichtlich durchtrainierte junge Männer mit Bürstenhaarschnitt vor einem Computer. Freundlich begrüßt er mich, stellt sich selbst und die beiden namentlich vor: "Redakteure unserer Zeitungen". Es sind zwei Karatekampfmagazine.

Wer mich empfohlen habe, will Romanow wissen. "Ah, die Gebrüder Woronin?" Ein feines Lächeln huscht über sein Gesicht: "Nun, gut. Was wollen Sie wissen?"

Ich erkläre ihm, wer ich bin: Journalist, Publizist, arbeite zu den Veränderungen im Raum des ehemaligen sowjetischen Imperiums, gehe jetzt der Frage nach, was aus dem Zerfall des Staatskollektivismus entstehe...

Er hört mir aufmerksam zu: "Haben Sie Interesse, unsere Schule zu sehen?" fragt er unvermittelt: "Das wird die beste Antwort für Sie sein."

Natürlich habe ich. Fünf Minuten später sind wir in einem Kleinbus unterwegs zu einem der Außenbezirke der Stadt. Es ist einer der Bezirke, von denen Sergei gesagt hatte, dort zu leben, sei eine Strafe: Saufereien, Schlägereien, Jugendbanden.

Wir halten vor einem stattlichen, zweistöckigen Gebäude, das allein auf weitem Gelände steht. 1982/83 hätten sie die Schule gegründet, erklärt Romanow, während er mir die Tür aufhält. Das Gebäude sei ursprünglich als Lager für ein geplantes Wasserkraftwerk errichtet worden, dann aber, als dies nach Protesten nicht weiter gebaut wurde, ungenutzt liegengeblieben und verrottet. "Wie so viel bei uns, Sie wissen ja."

Er führt mich durch Räume, in denen die Zucht des Tagesdienstes ins Auge springt: Reihen parallel gestellter Schuhe unter den Spinden, gewachste Flure, klare Fenster, zwei helle Turnsäle im Erdgeschoß, schwingender Holzfußboden, Übungsgeräte, ein großer Versammlungsraum im zweiten Geschoß, auch Holz in Holz. Eine Treppe führt zu einem weiteren Tagungsraum in einem Aufbau; er ist zugleich Romanows Kabinett, kunstvoll getäfelt, bequem möbliert, Schreibtisch in der Mitte: Erster, zweiter, dritter Stock - eine demonstrative Hierarchie.

Gut zweitausend Menschen hätten sich im Lauf der ersten drei Jahre an dem Bau beteiligt, höre ich von Romanow: "Alles Handarbeit, alles freiwilliger Einsatz, eins griff ins andere. Natürlich war das schwer, tagtäglicher harter Einsatz. Aber das Ergebnis zeigt: Man kann auch bei uns etwas erreichen, wenn man will."

Oben angekommen, bietet er Tee an, legt einen Videoclip ein: "Dann werden Sie besser verstehen."

Der Videofilm beginnt mit den Bauarbeiten: Junge Männer, Halbwüchsige, sogar Kinder sehe ich, harte Arbeit, militärische Disziplin, massenhafte Wehrsportübungen im Karatestil. "Junge Männer bis fünfundzwanzig gehören der Schule an. Dann gehen sie ihre eigenen Wege, Familie, Beruf", sagt Romanow, "aber sie bleiben uns auch weiter verbunden. Die Schule ist eine Gemeinschaft fürs Leben. Sie bildet Willen, Initiative, Einsatzbereitschaft."

Offiziell heißt Romanows Gemeinschaft "Schule für Jugendsport". Außerhalb von Irkutsk wird sie nur nach ihm benannt, Romanow-Schule, ihre Absolventen sind die "Romanowzis". In Irkutsk hat sie nach Angaben von Romanow dreitausend Mitglieder, darüberhinaus hat die Schule noch Niederlassungen in anderen sibirischen Städten.

Romanow lehrt eine eigene Karate-Version. Er habe sie sich angeeignet und auch die Schule eröffnet, als Karate noch als "westliche Ideologie" galt, er selbst als "zuwenig rot". "Da haben wir es einfach ein bißchen abgewandelt und anders genannt", lacht er. Wo er gelernt habe, wenn es verboten war? "Bei Reisen", antwortet er lässig, "die ich als Tourist nach Frankreich und nach China machen konnte."

"Perestroika hat den weiteren Aufbau der Schule natürlich erleichtert", räumt er ein. Dann fährt er trocken fort: "Aber Gorbatschow ist einen falschen Weg gegangen. Natürlich brauchen wir eine Reform der Wirtschaft, aber er hat Rußland verkauft." Was das heiße? Richtig sei der chinesische Weg: Abschotten nach außen, freie Zonen und Schritt für Schritt die Produktion aufbauen. Gorbatschow und die Liberalen dagegen hätten nicht die Produktion aufgebaut, sondern nur den Krebs der "Perepradasche", von Kauf und Weiterverkauf, anwachsen lassen. "Ein Zurück gibt es natürlich nicht", stellt Romanow klar. Unter Stalin und Breschnjew habe der Staat sich eindeutig falsch entwickelt. Kollektivität und Gleichheit seien in einer Weise überzogen worden, daß sich Persönliches und Kollektives soweit miteinander vermischt hätten, bis sie schließlich nicht mehr voneinander zu unterscheiden gewesen seien: "Wenn sich die Arbeitszeit, die Dienstzeit immer weiter ausdehnt, schließlich den ganzen Tag einnimmt", bemüht sich Romanow, mir diesen Gedanken zu illustrieren, "dann legen die Menschen ihre privaten Besorgungen notwendig in die für das Kollektiv bestimmte Zeit, so daß das Kollektive sich letztlich in die formale Hülle für das Private verwandelt. Das ist doch klar: Wo alle immer verantwortlich sind, ist keiner verantwortlich. Das gilt übrigens auch für ihre Demokratie", stichelt er locker, fast sportlich, "aber das ist vielleicht ein anderes Thema."

Die "höhere Obschtschina", die Romanow dem staatlichen Kollektivismus entgegenstellt, soll nach dem "Prinzip des Territoriums", nicht nach dem des Blutes organisiert sein: Wer sich ihren Regeln unterordnet, gehört dazu. Aber weder mit "Pamjat" noch mit russischen Faschisten will Romanow verglichen werden.

"Und die Kosaken?"

"Mit den Kosaken", höhnt er, "streite ich mich ständig. Ihre administrativen Ordnungsvorstellungen halte ich für naiv."

Das "Prinzip des Territoriums" fängt für Romanow bei der Besinnung auf die eigene Person, die eigene Gruppe, das eigene Stück Land an und hört bei der Verteidigung des Imperiums auf. Die Verbindung der eigenen "Obschtschina" zu anderen soll demokratisch und liberal, Minderheiten und kleine Gruppen sollen geschätzt sein. Mehr noch: "Unsere Schule ist eine Schule der Minderheit", versichert Romanow: "Innerhalb unserer Gemeinschaft wird die Zugehörigkeit nicht nach dem Blut, sondern nach dem Bewußtsein bestimmt. Jeder entscheidet sich selbst. Jeder findet seinen eigenen Weg. Die Unterordnung unter die gemeinsame Disziplin geschieht aus eigener Einsicht, weil man sich gegenseitig helfen muß. Auf diesen Grundsätzen baut unsere Gemeinschaft auf. Das macht sie stark nach außen." Selbstverständlich solle die militärische Erziehung nicht in kriegerischem Einsatz enden: "So wenig wie es um Nationalismus geht, geht es um die Vorbereitung tatsächlichen militärischen Einsatzes. Es geht um die Schulung des Geistes."

Trotz solcher Distanzierungen fühle ich mich an Olegs Schilderungen der Kosaken erinnert.

"Ja, früher", lächelt Romanow mit einem koketten Anflug von Selbstkritik, "haben wir diesen Gedanken auch verfolgt. Wir wollten eine parallele Macht neben der Polizei aufbauen. Man muß ja irgendetwas gegen das anwachsende Verbrechertum unternehmen, wenn die Polizei es nicht tut. Man muß die Menschen schützen. Inzwischen habe ich begriffen, daß Trunksucht und Hooliganismus der jungen Leute nicht mit administrativen Maßnahmen bewältigt werden können, selbst wenn unsere Schule die ganze Polizei stellen würde. Jetzt haben wir uns auf den Ausbau der sozialen Angebote konzentriert - Sportfeste, Auftritte bei öffentlichen Anlässen, Wettbewerbe. Sie haben ja gesehen", lächelt er verhalten, "daß auch das Feiern bei uns nicht zu kurz kommt. Dazu laden wir unsere Ehemaligen mit ihren Frauen und Töchtern. Sogar Mißwahlen hatten wir schon!"

Nur so kämen die jungen Leute von der Straße weg, fährt er fort. Mit einem Anflug von Stolz setzt er hinzu: "Unsere Leute gehören zu den Aktiven. Es ist eine positive Auswahl. Die meisten, die durch die Schule gegangen sind, werden selbst initiativ machen kleine Unternehmen auf, gründen Organisationen. Sie haben einfach Selbstvertrauen gewonnen." Bemerkenswert schließlich, wie Romanow das "Prinzip Territorium" mit den aktuellen politischen Erfordernissen verbindet: Der Sowjetismus habe die natürlichen kollektiven Herrschaftsstrukturen zerstört, meint er, letztlich in anarchisches Chaos verwandelt - lange vor Perestroika. Jetzt seien zwei Bewegungen zu vollziehen: Mit der einen müsse der Einzelne, seine Kollektive, sein Territorium, die eigene "Obschtschina", mit der anderen die Verbindung zwischen den "Obschtschinas", die große Gemeinschaft, der Staat, das Imperium gestärkt werden: "Denn das Imperium ist eine Gemeinschaft der Obschtschinas. Es garantiert die staatliche Ordnung. Ohne staatliche Ordnung", da müßte ich ihm doch wohl zustimmen, "kann es letzlich überhaupt keine Ordnung geben."

Warum diese Ordnung ausgerechnet das Imperium, noch dazu das russische in den Grenzen von 1914 sein müsse, und wie er sich dessen Wiederherstellung vorstelle, wenn nicht auf gewaltsamem Wege - diese Antwort bleibt Romanow schuldig.

Statt dessen antwortet er mit Philosophie: Es ist der Weg des Samurais, den er suche, die Ordnung eines Karate-Klosters. Die "höhere Obschtschina" brauche den Staat als äußeren Rahmen, das Imperium einfach deshalb, weil heute die Welt so klein geworden sei, daß nicht jeder machen könne, was er wolle.

Und noch eins müsse er mir sagen: "Der russische Mensch besitzt größere seelische Fähigkeiten als andere, vor allem als die Europäer. Wir haben eben nicht nur eine europäische, sondern mehr noch eine asiatische Seele." Ich stutze. Nachsichtig fährt er fort: "Bei Ihnen ist es nichts Besonderes, seinen Hund zu verkaufen. In Amerika gibt es sogar diese Redensart: Die Oma verkaufen. Sie wissen!" Er schüttelt sich, ich weiß nicht ob vor Vergnügen oder aus Ekel: "Wir halten es da mehr mit den Asiaten: Ich könnte nicht einmal meinen Hund verkaufen. Andererseits", er zuckt leicht bedauernd mit den Schultern, "ist der russische Mensch in seinem Alltag haltloser, hilfloser und eben deshalb mehr auf Lenkung von oben angewiesen."

Ich verstehe: "Duchownost" auf der einen, Despotismus auf der anderen, als hätte der Meister es mir direkt ins Notizbuch diktieren wollen. Seine Meinung zur Tagespolitik setzt diese Linie fort: "Alles wird besser", antwortet er auf meine Frage, wie er sich die Entwicklung konkret denke, "wenn die Führung ausgetauscht wird. Die Fähigkeiten zur Führung wurden in den siebzig Jahren bolschewistischer Herrschaft zerstört. Wir haben verlernt, zu führen. Wir brauchen keinen Systemwechsel. Wir brauchen eine neue Elite, die führen will - und die dazu auch imstande ist. Für die jetzige Regierung gilt das nicht."

Kai Ehlers: Jenseits von Moskau - 186 und eine Geschichte von der inneren Entkolonialisierung. Eine dokumentarische Erzählung, Porträts und Analysen in drei Teilen., Stuttgart, Schmetterling Verlag, 304 S., Format 16x22cm, DM 30.-, ISBN 3-926369-07-8

42. Schleierkomplex (zu ak 372, S. 19)

Autor: KM · Rubrik: Iran · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:41

Die marokkanische Soziologin, Fatima Mernissi, Verfasserin mehrerer kritischer Studien über Frauen und Islam, forderte in einem Interview, der Westen müsse sich endlich von seinem "Schleierkomplex" befreien. Fatima Mernissi zielte mit dieser Aufforderung auf die Angewohnheit westlicher MeinungsbesitzerInnen, eine Frau im Schleier grundsätzlich als unterdrückt anzusehen und die Verschleierung überhaupt als wesentliches Merkmal des Islam aufzufassen. Zahllose Illustrierten-Artikel und Buchumschläge, die einen Text enthalten, der irgendwo-irgendwie einen Bezug zum Islam hat, transportieren die Gleichsetzung Schleier=Islam.

Völlig frei zu sein von diesem "Schleierkomplex" scheint auch die ak nicht zu sein. In ak 372 (S. 19) erschien ein Artikel, in dessen Überschrift der - in Anführungszeichen gesetzte - Begriff "Gottesstaat" verwendet wurde. In diesem Artikel wird fast ausnahmslos die aktuelle Situation im Iran dargestellt. Illustriert ist der Artikel, nebst einer Khomeini-Huldigung aus dem Jahr 1979, mit einem Foto verschleierter Frauen - ohne weitere Erläuterung. Die Folgerung liegt nahe: Es sind Frauen im "Gottesstaat". Und die Folgerung ist falsch: Das Foto stammt aus dem Herbst 1978, die abgebildeten Frauen sind Teil einer Demonstration gegen den damals noch herrschenden Schah, und nicht etwa von religiösen Fanatikern in den Schleier gezwungen worden.

KM

43. Säuberung des deutschen Fußballs?

Autor: Js. · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak373/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:32

Das Wirtschaftsunternehmen Eintracht Frankfurt hat sich - vorläufig - von dreien seiner Mitarbeiter getrennt. Den Fußballprofis Anthony Yeboah, Augustine ("Jay-Jay") Okocha und Maurizio Gaudino wurde vom Präsidium "anheimgestellt", sich einen neuen Verein zu suchen. Wenn die kolportierten Summen, welche die drei jährlich verdienen sollen, annähernd stimmen, muß man sich um ihre Zukunft auch für den Fall keine Sorgen machen, daß sie nun für längere Zeit arbeitslos sein sollten. Spitzenverdiener Yeboah bringt es auf 2,8 Millionen, Okocha immerhin noch auf 500.000 DM Jahresverdienst. Also eigentlich kein Thema für eine linke Zeitung? Schließlich beschäftigen wir uns auch nicht mit dem Schicksal hochbezahlter Topmanager, die von einem Tag auf den anderen gefeuert werden.

Zweierlei hebt die Frankfurter Affäre über solche Alltäglichkeiten hinaus. Zum einen handelt es sich bei den Gefeuerten in zwei Fällen um Nicht-Deutsche: Yeboah ist Ghanaer, Okocha Nigerianer. Gaudino hat als Sohn süditalienischer Einwanderer inzwischen die deutsche Staatsangehörigkeit. Zum anderen wird der Fall mit seltener Offenheit für die Propagierung von Disziplin und Fleiß instrumentalisiert - und für die Reinerhaltung des deutschen Fußballs, der sich nun einmal durch Kampf, Härte und Gerenne bis zum Umfallen auszeichnet.

Die Ereignisse der Reihe nach: Nach dem Abschlußtraining der Eintracht-Profis am Freitagmorgen (2.12.) ordnete Trainer Josef ("Jupp") Heynckes für die drei seiner Ansicht nach trainingsfaulen Spieler Yeboah, Okocha und Gaudino ein Sondertraining am Nachmittag an: 30 Minuten Waldlauf. Yeboah, in den vergangenen zwei Spielzeiten Torschützenkönig der Bundesliga, Stammspieler und seit Mai auch Mannschaftskapitän, ist danach nicht nur "völlig kaputt", sondern auch "total geschockt": Üblicherweise wird, wer am Tag vor dem Spiel zweimal trainiert hat, nicht aufgestellt. Yeboah teilt seinem Trainer mit, er werde am Abend nicht im Trainingsquartier erscheinen und am nächsten Tag gegen den Hamburger SV nicht spielen. Okocha erklärt, er fühle sich "mental schlecht", und bittet seinen Chef, ihn am nächsten Tag nicht aufzustellen. Ähnlich äußert sich Gaudino. "Einzigartig" findet Heynckes diese kollektive Verweigerung, andere verwenden stärkere Worte: "unfaßbar" (Manager Hölzenbein), "unglaublich" (Präsident Ohms), "unmöglich" (Libero Binz).

Des Trainers zweifache Mahnung an Yeboah, sich abends bei der Mannschaft einzufinden, nutzte nichts: Yeboah kam nicht. Ein klarer Fall von "Arbeitsverweigerung" (Heynckes) - "die beiden anderen waren etwas klüger" (derselbe). Am nächsten Tag, zwei Stunden vor dem Spiel, wurde die vom Trainer geforderte klare Entscheidung des Präsidiums verkündet: "Aufgrund der Vorkommnisse der letzten Tage sind wir überzeugt, daß eine sinnvolle, fruchtbare Zusammenarbeit nicht mehr möglich ist. Wir stellen ihnen anheim, sich einen neuen Verein zu suchen." Dann erfolgte der Anpfiff.

Die Eintracht besiegte den HSV mit 2:0 und bewies: "Es gibt ein (Fußball)-Leben nach Yeboah. Sogar ein sehr gutes." Mit diesen Worten beginnt der Spielbericht der Frankfurter Rundschau. "Das Herz in die Hände genommen und gefightet wie noch nie" habe die Mannschaft und "ohne die Künstler völlig neue Tugenden entdeckt." Der Kommentator hofft, daß der "radikale Schnitt vom Wochenende" sich als "zukunftsweisend" herausstellen möge und daß in Frankfurt künftig "Kicker spielen, die Loyalität gegenüber dem Arbeitgeber nicht für eine bloße Worthülse halten."

Auf der Pressekonferenz nach dem Spiel lobte Trainer Heynckes, mehrfach von Beifall unterbrochen, die Leistung der dezimierten Mannschaft: "Die Reaktion der Spieler war die richtige Antwort. Sie haben eindrucksvoll bewiesen, daß sie Kerle sind, die gegen Ungerechtigkeit angehen. Daß sie Kerle sind, die Moral haben. Unter Umständen wird es sehr schwer für die Eintracht, aber da müssen wir durch."

Die Kollegen von der Konkurrenz begrüßten den harten Kurs der Eintracht-Chefetage. "Jetzt muß sich die Bundesliga solidarisch zeigen, keinen von den Dreien nehmen", fordert Mönchengladbachs Manager Rüssmann. Sein Kaiserslauterer Kollege Geye pflichtete bei: "Wir werden keinen von den Rebellen kaufen." Uli Hoeneß (Bayern München) fand Gelegenheit zum Nachtreten: Okocha sei "ein Traumtänzer" und solle "im Zirkus Roncalli auftreten"; Gaudino habe "gegen die Ethik des Fußballs verstoßen". Interesse an Yeboah bekundete Bayern-Trainer Trapattoni, wenn auch mit verräterischer Wortwahl: "Yeboah ist eine Sache, die man auf jeden Fall in Erwägung ziehen sollte."

Vermutlich wird aus dem Geschäft nichts werden. Nicht ausgeschlossen ist, daß Yeboah und Okocha doch in Frankfurt bleiben dürfen, wenn sie denn eine Erklärung abgeben, die als Entschuldigung interpretierbar wäre. Vorstellbar ist auch, daß bei fortgesetzter Erfolglosigkeit statt dessen Trainer Heynckes das Saisonende als Arbeitsloser erlebt - so geht es halt zu in der Bundesliga. Auf die Dauer wird sich das an spielerischen Glanz gewöhnte Frankfurter Publikum mit Hausmannskost nicht zufriedengeben; die jetzt Heynckes Beifall klatschen, werden schon bald "Jay-Jays" Kabinettstückchen vermissen.

In jedem Fall bleibt ein übler Beigeschmack. Das Exempel wurde sicher nicht zufällig an zwei Afrikanern und einem gebürtigen Neapolitaner statuiert. Zur Steigerung von "Disziplin, Leistungsbereitschaft und Hingabe" (laut Bild die "Lieblingsworte" des "harten Jupp") war die Konfrontation mit den "beliebtesten", aber "unproduktivsten" Ballkünstlern ein durchaus geeignetes Mittel. Wenn Heynckes die Kritik Yeboahs am Spielsystem mit einem barschen Verweis auf dessen "Artikulations-

schwierigkeiten" abtut, dann untermauert er damit nur die Klage des "ersten schwarzen Mannschaftskapitäns in der Bundesliga" (auf den der um Imagepflege besorgte Verein so stolz war): Er sei vom Trainer als Kapitän nie ernst genommen worden.

Daß Yeboah, der "stolze Ashanti-Krieger" (Bild), sich auf eine Kraftprobe einließ, die er nur verlieren konnte, mag naiv erscheinen. Das ehrliche Entsetzen über seine Verweigerung zeigt nur, daß die Unterwerfung der Spieler unter jede noch so unsinnige Anordnung des Trainers zu den unverrückbaren Grundwerten des Berufsstandes zählt. Und sportlich unsinnig war das Straftraining; hier ging es um die Demütigung der trainingsfaulen "Laumänner". Wer sich dem nicht unterwirft, stellt das System Profifußball in Frage, das den Spielern zwar Millionen beschert, ihnen aber jegliches Selbstbestimmungsrecht vorenthält. Nur ganz wenigen Superstars werden Sonderrechte zugestanden. Zu denen wollte Yeboah dazugehören - und wurde in die Schranken gewiesen.

Daß der Streit in einem schon länger als chaotisch verschrienen Fußballverein zu einer Frage von allgemeinem Interesse werden konnte, ist nicht zuletzt der Bild-Zeitung zu "verdanken". Ihr Aufmacher vom Montag danach nutzte die Affäre zur moralischen Aufrüstung der ganzen Nation: "Die Meuterer von Frankfurt haben ausgespielt." Wo kämen wir hin, wenn jeder macht, was er will? Männer und Frauen "aus dem Volke" dürfen die Antwort geben. Installateur Konrad Babl ("2800 Mark netto"): "Auf der Baustelle sind wir ein Team. Blaumacher haben auch bei uns keine Chance." Ähnlich äußern sich eine Friseurin, ein Bäckergeselle und ein Kneipenwirt: "Dienst ist Dienst, und Schnaps ist Schnaps." Das lernt man hierzulande spätestens in der Grundschule - fürs Leben.

Js.

ak-Versand macht Sonderschicht!

Alle bis spätestens 22. Dezember eingehenden Bestellungen von Geschenk-Abos werden von uns noch am selben Tag bearbeitet.

44. Quelldatei 16.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak373/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:16

Dritte Welt-Handbuch

In achter, vollständig überarbeiteter Auflage erschien jüngst das Aktionshandbuch Dritte Welt. Herausgeber sind nationale Dachverbände oder Organisationen entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in der BRD, in Luxemburg, Österreich und der Schweiz. Vorgestellt werden in dem Band die "entwicklungspolitischen Szenen" in den Ländern der Herausgeber, einzelne Gruppierungen, Kampagnen und Aktionsbeispiele. Weitere Kapitel geben "Tips für die Praxis" und Hinweise für den Bezug von Informationen und Medien. Der Band wird beschlossen mit einem umfangreichen Adreßteil, der für die BRD auch thematisch geordnet ist. Alles in allem ein Handbuch im wahren Sinne des Wortes, das der zersplitterten und zerfallende "Szene" die Erfahrungen der jeweils anderen Gruppen zugänglich macht.

Aktionshandbuch Dritte Welt. Hg.: BUKO u.a. Stuttgart (Schmetterling Verlag) 1994, 8. vollst. überarb. Aufl. 344 S., 24,80 DM.

Lateinamerika

Schwerpunkt der November-Ausgabe der Lateinamerika-Nachrichten ist der Dritte-Welt-Handel, dessen Entwicklung in einem einleitenden Artikel nachgezeichnet wird. In weiteren Beiträgen werden die Arbeit von "BanaFair" und der kolumbianische Blumenhandel dargestellt. Die Dezember-Ausgabe eröffnet mit einem Bericht über die Wahlniederlage Clintons und informiert über das rassistische Ausländergesetz, das jüngst in Kalifornien durchgesetzt wurde.

Lateinamerika-Nachrichten. Monatl., A5, 84 S., 6 DM.

Karibik

Emigration ist in der Karibik und in Zentralamerika eine altbekannte Erscheinung. Hintergründe und Folgen von Migrationsbewegungen sowohl in den Heimatländern als auch den Einwanderungsländern werden in der aktuellen ila-Ausgabe in Berichten und Interviews dargestellt.

ila - Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika. H. 180, Nov. 94. A4, 64 S., 7 DM.

Islam

"Is West Best?" fragen Irmgard Pinn und Marlies Wehner in ihrer Analyse der im "Westen" gängigen Vorstellungen von der "islamischen Frau". Silsila setzt mit der Veröffentlichung dieses Artikels die bisherige Konzentration auf Berichte über Entwicklungen im Nahen Osten und eine kritisch-solidarische Auseinandersetzung mit dem Islam fort. Dies durchaus auch mit Sinn für Geschichte: Die jüngste Ausgabe der Zeitschrift enthält einen umfassenden Beitrag zu den Kreuzzügen, mit denen die Konfrontation zwischen "Abendland" und "Morgenland" begann, und die bis heute einen wichtigen Platz im arabischen Geschichtsbewußtsein einnehmen.

Silsila. Zeitschrift gegen Rassismus und Imperialismus. H. 4 (1994). A4, 60 S., 6 DM.

Antirassismus

Jüngst erschien die bereits siebte Nummer der antirassistischen Zeitschrift Off Limits. Anders als eher aktionsorientierte Publikationen, die durchaus ihren eigenen Wert haben, veröffentlicht Off Limits vorwiegend analytische Artikel und dokumentiert Protestaktionen. Neben Beiträgen, die sich auf die Abschottung Europas beziehen, einer Fortführung der Berichterstattung über Abschiebeknäste, die den Schwerpunkt der vorhergehenden Nummer bildete, und Berichten aus dem Flüchtlingsalltag enthält die vorliegende Ausgabe Länderberichte aus Algerien, Portugal und von der Elfenbeinküste.

Off Limits. Antirassistische Zeitschrift. Nr. 7, Dez. 1994 / Jan. 1995, A4, 48 S., 5 DM. (Bezug über den besser sortierten linken Buchhandel oder: Off Limits, c/o Haus für Alle, Amandastr. 58, 20357 Hamburg.

Lichterketten

Lichterketten und andere Irrlichter lautet der Titel einer neuen Sammlung von Aufsätzen der "autonome(n) l.u.p.u.s. gruppe" vorwiegend aus den Jahren 1993/94. Der Tenor der Aufsätze ist damit präzis umschrieben - auch die TeilnehmerInnen der Lichterketten sind halt "Irrlichter". Gleichwohl ist die Lektüre dieses kleinen Bands anzuraten: Die antirassistische Arbeit wird heute ganz vorwiegend nicht von der (alten) Linken geleistet, sondern von den Gruppierungen, die eher diffus als "Autonome" bezeichnet werden. In diesem Kreis ist die "autonome l.u.p.u.s. gruppe" eine der wenigen Formationen, die sich auch theoretisch äußert. Zudem haben die AutorInnen der Aufsätze zumindest soweit recht, als es wesentlich die "Irrlichter" sind, die die hiesige Politik bestimmen, und nicht wohlmeinende Kerzenhalter.

autonome l.u.p.u.s. gruppe: Lichterketten und andere Irrlichter. Texte gegen finstere Zeiten. Berlin (Edition ID-Archiv) 1994. 160 S., 20 DM.

Alltagsgeschichte

"Alexander eroberte Persien" - aber, fragt Brecht: "Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?" Um die "Köche" geht es jener Bewegung, die neben der etablierten Historiographie als "Barfußforscher" und in "Geschichtswerkstätten" die Erforschung der "Alltagsgeschichte" aufgenommen haben, die "Geschichte von unten" zu erkunden angetreten sind. Teil dieser "Bewegung" ist auch der Neustädter Arbeitskreis Regionalgeschichte, der bisher sechs Titel veröffentlicht hat: Fliegerhorst Wunstorf 1933- 1939; Neustadt 1945-1949, Nachkriegsgeschichte in der Provinz; Hexenprozesse in Neustadt a/Rbge; "Die Polizei griff ein ..." Die vergessene Geschichte der Hamelner Arbeiterbewegung; Juden in Neustadt a/Rbge, Diskriminierung, Verfolgung und Vernichtung einer Minderheit. Der neuste Band - Die Vergessenen - ist den Gegnern und Opfern des Faschismus in Neustadt gewidmet. Die Bände der Reihe sind zwischen 70 und 330 Seiten stark und kosten zwischen 13 und 29 DM.

Der Verlagskatalog ist zu erhalten beim: Verlag Region + Geschichte, Im Dorn 7, 31535 Neustadt.

Linksgrün

Der vormalige Titel Linkes Forum (LiFo) scheint als anstößig empfunden worden zu sein. Die "Neue Folge" des LiFo nennt sich nun aussagestark Andere Zeiten - und wer hätte die nicht gern?! Laut Selbstauskunft ist das Organ "ein Diskussionsforum linksökologischer und radikalreformerischer Kräfte", das zur "konzeptionellen Weiterentwicklung und zum Austausch zwischen den verschiedenen AktivistInnen, Gruppen und Initiativen beitragen" solle. Die Diskussion innerhalb der Grünen bilde dabei "einen wichtigen Bezugspunkt". Im Mittelpunkt der aktuellen Ausgabe steht der Frust über das Abschneiden bei den Bundestagswahlen und insbesondere "der Einbruch" der Bündnisgrünen im Osten. Friedrich Heilmann, Mitglied des Bundesvorstands von Bündnis 90/Grüne ortet die Ursachen des "Desasters" in "Selbstüberschätzung, Basisverlust, Abgehobenheit, Realitätsferne und Realitätsverlust".

Andere Zeiten. Forum für politische Ökologie und soziale Emanzipation. H. 5/94, Nov. 1994. A4, 40 S., 10 DM.

45. Quelldatei 25.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak373/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:25

Kalender

GEWALT/Geschäfte

Die Ausstellung "GEWALT/Geschäfte", die in mehreren Berliner Galerien gezeigt wird, beschäftigt sich mit dem Begriff und den Bildern der Gewalt in der gegenwärtigen künstlerischen Auseinandersetzung. Einen Schwerpunkt bilden dabei Arbeiten deutscher und US-amerikanischer Künstlerinnen und Künstler. Die Ausstellung wird begleitet von einer Vortrags- und Diskussionsreihe über künstlerische Probleme im Umgang mit der Gewalt und ihrer Darstellung.

10.12.94-19.2.95. NGBK-Galerie, Oranienstr. 25; Kunstamt Kreuzberg, Mariannenplatz 2; Schwules Museum, Mehringdamm 61 - sämtlich in Berlin-Kreuzberg. (Das Vortragsprogramm ist bei der NGBK- Galerie erhältlich.)

Jugoslawien und Somalia

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über Out-of-area-Einsätze der Bundeswehr ist davon auszugehen, daß die Bundesregierung Kriege und Krisen in aller Welt mit militärischen Mitteln "lösen" will. Die Erkenntnisse über weltwirtschaftliche Zusammenhänge, wie sie in den letzten Jahren von der Dritte-Welt-Bewegung herausgearbeitet worden sind, haben bislang nur wenig Einfluß auf die friedenspolitische Debatte gehabt. Gleichzeitig haben Teile der Dritte-Welt- Bewegung bis heute nicht wahrgenommen, daß die neue Militärpolitik der Bundesregierung auch direkt auf die sog. Dritte Welt zielt: Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen, Sicherung "freier" Märkte, Abwehr von Flüchtlingsströmen. Eine engere Zusammenarbeit zwischen der Dritte-Welt-Bewegung und der Friedensbewegung ist daher geboten. Entwicklungspolitische und Internationalismus-Gruppen laden zu einem Seminar, um den Austausch zwischen Dritte-Welt- und Friedensgruppen zu ermöglichen, Einfluß auf die öffentliche Diskussion zu nehmen und (mittel- und langfristig) dem zunehmenden Militarismus durch eine verstärkte Gegenbewegung Paroli bieten zu können.

16.-18.12.94, Niederkaufungen bei Kassel: Bundesweites Seminar "... plötzlich bricht ein Krieg aus ... Charakter und Entwicklungen aktueller Konflikte in der ‚Neuen Weltordnung`. Die Beispiele Jugoslawien und Somalia." - Anmeldung bei: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg.

Blicke auf Fremde

In einer Diskussionsveranstaltung sollen unter dem Thema "Kulturelle Identität oder neue Proletarität - Chancen für einen neuen Sozialismus?" die Fragen: Wie kann sich die Linke am eigenen Schopf aus dem politischen Sumpf ziehen? Gibt es materialistische Ansätze für ein neues revolutionäres Subjekt? Ist die Hoffnung auf einen neuen Internationalismus Chance oder Utopie? erörtert werden. Es diskutieren Yves Dorestal, Nadine Gevret, Rolf Surmann.

20.12.94, 19.30 Uhr. Haus für Alle, Amandastraße 58, Hamburg.

Antifaschistisches Kino

Die u.a. von der (Hamburger) Film-AG der Hochschulantifa organisierte Reihe antifaschistischer Filme wird im Januar 95 an vier Abenden fortgesetzt.

12.1.95: Roma, cittá aperta (Rom, offene Stadt).

19.1.95: Ich war neunzehn (Film von Konrad Wolf).

23.1.95: Die Rattenlinie (Fluchtwege der NS-Kriegsverbrecher). Und: Das Braune Netzwerk (neofaschistische Formierung in der BRD).

26.1.95: The truth lies in Rostock (Die Wahrheit lügt/liegt in Rostock).

Alle Filme werden im Hörsaal A des Unihauptgebäudes, Edmund-Siemers-Allee 1, Hamburg gezeigt. Beginn ist jeweils um 18.15 Uhr, Kostenbeitrag: 3 DM.

Mexiko

Danuta Sacher (Informationszentrum Lateinamerika) und Herby Sachs (agentur Transparent - Trotzdem-Verlag) berichten über die Lage in Chiapas ein Jahr nach dem Beginn des Aufstands.

14.1.94, 12 Uhr. Stadtteilzentrum Nordstadt (Bürgerschule), Schaufelderstr. 30, 30167 Hannover.

Irakisch-Kurdistan

"Wadi" lädt alle Hilfsorganisationen, Solidaritätsgruppen und interessierte Einzelpersonen, die sich für und in Irakisch- Kurdistan engagieren zu einer Arbeitskonferenz. Die OrganisatorInnen schlagen vor, einen breiten und offenen Austausch über bisherige und zukünftige Projekte und Aktivitäten zu führen. Des weiteren soll eine theoretische Auseinandersetzung über die Möglichkeiten politischer Aktivitäten in der BRD erfolgen (Status Irakisch-Kurdistans, die Rolle westlicher Politik, die Zukunft Kurdistans). "Einzige Voraussetzung einer solchen Auseinandersetzung", heißt es in der Einladung, "sollte unserer Meinung nach sein, soweit wie möglich die innerkurdische Parteienpolitik auszuklammern."

14./15.1.94, Frankfurt. Anmeldung bei: wadi, Gutleutstraße 144, 60327 Frankfurt. Teilnahmekosten: 25 DM.

Kapitulation oder Befreiung?

Zum 50. Jahrestag des Kriegsendes wird es in der BRD zahlreiche politische und wissenschaftliche Veranstaltungen geben. Besonders empfehlenswert erscheint uns, gemessen an Konzeption und Referenten, die Konferenz "Kapitulation und Befreiung. Das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa."

Die Konferenz, heißt es im Programm, soll zwei Schwerpunkte haben:

"I. Der Übergang vom Krieg zum Nachkrieg: Das Kriegsende aus konkret sozialgeschichtlicher Gesicht.

Hier soll unter sozialgeschichtlichem Aspekt Prozessen nachgefragt werden, die direkt und im Massenumfang mit dem Übergang vom Krieg zum Nachkrieg zusammenhingen, also z.B.

- Wie endeten die militärischen Kampfhandlungen und wie gestaltete sich die Lage der Millionen Soldaten?

- Wie war das Ende der hunderttausende KZ-Häftlinge vor und nach ihrer Befreiung?

- Welche Wirkungen hatte das Kriegsende auf die Millionen Flüchtlinge?

- Welche unmittelbaren Konsequenzen hatte das Ende des Bombenterrors und der Kampfhandlungen am Boden für die Lage der Zivilbevölkerung?

- Welche Konsequenzen hatte die Kapitulation als definitives Ende des NS-Herrschaftssystems auf allen Ebenen für die Bevölkerung?

- Welchen Einfluß hatten die Besatzungsregime auf die Lage der Bevölkerung, welche sozialgeschichtlichen Akzente setzten sie für deren Veränderung? (...)

II. Resultate des Krieges: Irreversible und reversible Konsequenzen der Niederlage Deutschlands

Die Tagung soll angesichts des definitiven Endes der Nachkriegsordnung in Europa nach den irreversiblen und den reversiblen Folgen der Kapitulation für die einzelnen Länder fragen und in diesem Zusammenhang die gegenwärtige Bedeutung des 8. Mai diskutieren. Dabei geht es

- um den Zusammenhang von Kapitulation und Befreiung,

- um die Wirkungen dieser Zäsur innerhalb des Feldes von Kontinuität und Diskontinuität deutscher und europäischer Geschichte,

- um die kontroversen Wertungen des 8. Mai 1945 in der Geschichtsschreibung,

- und um die künftige Bedeutung der Resultate dieses Krieges für die Entwicklung der europäischen Länder.

Die Konferenz soll deutsche Historiker und Kollegen aus den Nachbarländern zusammenführen, um sowohl die sozialhistorischen Aspekte als auch die Bedeutung der Resultate des Krieges für die einzelnen Länder und Regionen streitbar und vergleichbar zu erörtern."

3./4.2.95, Berlin. Anmeldungen an die: Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung, Postfach 649, 10128 Berlin. Tagungsgebühr: 40 DM.

46. Quelldatei 38bu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak373/38bu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:373:38bu

Bus zu Art.nr. 38

1. Foto auf S. 1 der Jerusalem Post, 26.11.94

Gaza, 18.11.94. Ein von palästinensischer Polizei angeschossener Jugendlicher wird aus der Kampfzone getragen.

2. Foto auf S. 2 der Jerusalem Post, 3.12.94

Israelische Soldaten haben das Haus der Familie des Mannes, der das Bus-Attentat in Tel Aviv verübte, gesprengt. Das Gericht urteilte gegen den Einspruch der Familie, diese (international geächtete Kollektiv-)Bestrafung könnte Angehörige eines potentiellen Attentäters veranlassen, ihn von seiner Tat abzuhalten. Die gesetzliche Grundlage für die Sprengung von Häusern stammt aus der Zeit der britischen Mandatsherrschaft, die mit dieser Maßnahme gegen den jüdischen Untergrund vorging.